

Texte

dietz berlin

Michael Brie (Hrsg.)



Schöne neue Demokratie

Elemente totaler Herrschaft

rls

39

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Texte 39

Rosa-Luxemburg-Stiftung

MICHAEL BRIE (HRSG.)

Schöne neue Demokratie – Elemente totaler Herrschaft

Mit einem Essay von Rainer Rilling
zur US-amerikanischen Imperialitätsdiskussion

Karl Dietz Verlag Berlin

Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.)
Schöne neue Demokratie – Elemente totaler Herrschaft
(Reihe: Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 39)

ISBN 978-3-320-02116-0
© Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2007

Satz: Elke Sadzinski
Umschlag: Heike Schmelter unter Verwendung eines Fotos von Michael Brie
Druck und Verarbeitung: MediaService GmbH BärenDruck und Werbung
Printed in Germany

Inhalt

Vorwort	7
Christina Kaindl: Neoliberale Produktionsweise, Mobilisierung der Subjekte und das Erstarren des Rechtsextremismus	9
Morus Markard: »Wir alle« – Universalisierung von Verantwortung als kollektive Indienstnahme	25
Lutz Brangsch: Die neuen Angstregime	35
Katrin Reimer: Widerstandspotenziale gegen Autoritarismus/ Rechtsextremismus in Staat und Zivilgesellschaft	44
Alex Demirovic: ... ist das noch demokratisch?	55
Dirk Jörke: »I prefer not to vote« – warum es für immer mehr Bürger gar nicht so dumm ist, nicht zur Wahl zu gehen	76
Volker Caysa: Das Versklavungstheorem und die Kritik der politischen Ökonomie der Körper	88
Werner Ruf: Barbarisierung der Anderen – Barbarisierung des Wir	97
Erhard Crome: Die Neuen Kriege	107
Michael Brie: Auswege aus selbstverschuldeter Barbarei	125
Rainer Rilling: Imperialität. US-amerikanische Diskurse seit 9/11	141

Vorwort

Während jene, die den Zweiten Weltkrieg überlebten, sich – in aller Unterschiedlichkeit, ja Gegensätzlichkeit – im »Nie wieder!« einig waren, sehen wir, ihre Nachgeborenen, Zeichen, dass diese Selbstverständlichkeit der Vergangenheit angehören könnte. Und unsere Kinder wiederum und deren Kinder werden nicht einmal mehr wissen, dass es jemals eine derartige Selbstverständlichkeit gab.

Auschwitz ist zu Geschichte geworden – ein unerhörter Vorgang. Politiker, die sich jenseits der Gedenkrituale noch auf den europäischen Judenmord, auf den Dreißigjährigen Krieg in Europa zwischen 1914 und 1945 beziehen, tun dies, um ein Handeln zu begründen, was in keinerlei Zusammenhang mit den geschichtlichen Ereignissen steht. Mal dient Slobodan Milosevic, mal Saddam Hussein, mal Mahmud Ahmadinedschad als Hitler der Gegenwart. Die Abwehr der Barbarei als Begründung für Barbarei war und ist der gängige Casus belli des 20. wie offensichtlich des 21. Jahrhunderts.

Gerade der völlig beliebige und instrumentelle Umgang mit den Zivilisationsbrüchen des 20. Jahrhunderts signalisiert, wie oberflächlich das Bewusstsein um die wirklichen Gefahren der Rückschritte in die Barbarei geworden ist. Dabei ist die Barbarei seit Jahrtausenden der unheilvolle Schatten des Fortschritts wie der Reaktion. Die Befreiung von der geistigen Knechtschaft der Papstkirche öffnete das Tor für den Dreißigjährigen Krieges im 17. Jahrhundert. Die Französische Revolution setzte die Gewalt eines großen europäischen Krieges frei. Die Russische Revolution von 1917 mündete in einen Bürgerkrieg, der gleichfalls ein zehnmillionenfaches Leichenfeld zurückließ. Auf den Bauernaufstand folgte das Bauernmorden, auf das Freidenken das Verbrennen, auf den Kampf um soziale Grundrechte die brutale Diktatur. Der globale Sklavenhandel, der organisierte Völkermord und die Nuklearwaffen sind die Kehrseiten einer Moderne, die dem Profit, der Gewalt, der technischen Machbarkeit keine Fesseln aufzuerlegen vermochte. Unendlich teuer wurde die mühseligen Fortschritte bei der Bändigung dieser Gewalten bezahlt, unglaublich leichtfertig werden sie heute zur Disposition gestellt.

Das vorliegende Buch schreibt an gegen das Wegsehen im Anblick der Freisetzung von Elementen der totalen Herrschaft und Barbarei, gegen den verbrecherischen Übermut derer, die glauben, die Kollateralschäden ihrer aggressiven Strategien beherrschen zu können, gegen den Leichtsinn, mit der die alltägliche Aufgabe der Zivilisierung unserer Gesellschaften anderen wichtigeren Zielen im »globalen Wettbewerb« und der »Standortkonkurrenz« geopfert wird. Die Autoren machen deutlich, dass der Kampf gegen die Barbarei immer der wichtigste Kampf ist – auch in der Hoffnung, dass aus ihm der Kampf für eine menschliche, eine wahrhaft demokratische, humane, naturerhaltende, eine sozialistische Gesellschaft wird.

Michael Brie

Neoliberale Produktionsweise, Mobilisierung der Subjekte und das Erstarken des Rechtsextremismus

Mit dem Ende des Realsozialismus und der Überführung einiger Diktaturen wie dem südafrikanischen Regime in eine repräsentative Demokratie wird oft von einer weltweiten »Ausweitung« der Demokratie gesprochen, die aber mit einer »Entzauberung« (Claus Offe) einhergehe: der Verunsicherung vieler Menschen, ob die Demokratie ihre materiellen Grundlagen und Leistungsversprechen einlösen kann. Heitmeyer u. a. untersuchen entsprechend »Demokratieentleerung«¹, die in verschiedenen Dimensionen operationalisiert werden und als Teil des Survey zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) aufgenommen wird. In den empirischen Ergebnissen zeigt sich, dass über 80 Prozent der Befragten der Aussage eher oder voll zustimmen, dass »letztendlich die Wirtschaft in unserem Land [entscheidet] und nicht die Politik«², knapp 90 Prozent stimmen der Aussagen eher oder voll zu, dass »die demokratischen Parteien alles [zerreden] und die Probleme nicht [lösen]«³ und über 90 Prozent, dass »die Politiker mehr dafür tun [sollten], Zweifel an der Demokratie auszuräumen«⁴. Die Autoren können Korrelationen aufweisen zur Wahrnehmung der Befragten, dass die sozialen Spaltungen zunehmen⁵. Doch Korrelationen können nichts über die inneren Zusammenhänge sagen: Welche Sinnzusammenhänge stellen sich für die Einzelnen dar?

Die Frage lenkt den Blick auf das »alte« Problem der Vermittlung von Struktur und Handlung, das hier von Heitmeyer weitgehend nicht gestellt, bzw. in Korrelationen aufgelöst wird. Anders gelagert ist der Versuch von Bourdieus »Elend der Welt«⁶: hier werden konkrete Strukturanalysen mit den aus Interviews entwickelten Begründungen der Menschen ins Verhältnis gesetzt. Es bleibt auch hier das Problem, dass sich Strukturaussagen und individuelle Begründungen äußerlich gegenüberstehen, auch wenn durch Einfühlung und soziale Nähe in den Interviews die Strukturen in den individuellen Beschreibungen herauspräpariert werden sollen, ohne den Betroffenen Probleme oder Sichtweisen »aufzudrängen«.

Ich möchte im Folgenden die gesellschaftlichen Veränderungen mit Bezug auf ihre »den Subjekten zugewandte Seite« hin untersuchen und fragen, welche An-

1 Wilhelm Heitmeyer; Jürgen Mansel: Entleerung der Demokratie. Die unübersichtlichen Folgen sind weitreichend. In: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 2, Frankfurt/M, S. 35-60.

2 Ebenda, S. 43.

3 Ebenda, S. 44.

4 Ebenda.

5 Ebenda, S. 51.

6 Pierre Bourdieu u. a.: Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft. Konstanz 1997.

forderungen, aber auch welche Versprechen damit für die Einzelnen verbunden sind und welche Denk- und Handlungsbegründungen ihnen darin begegnen.

Kämpfe um Produktions- und Lebensweise

Die Anforderungen und Versprechen an die Subjekte möchte ich in Anlehnung an Gramscis Konzept der Produktions- und Lebensweise diskutieren. Damit wird es möglich, die aktuellen gesellschaftlichen Veränderungen nicht nur unter dem Gesichtspunkt politischer Theorien und Konzepte betrachten, nicht nur als Abbau von sozialen Rechten und Durchmarsch von Neoliberalismus und Marktwirtschaft, sondern mit den Veränderungen des globalen Kapitalismus zusammen zu denken. Der Blick wird auf den Zusammenhang von ökonomischen und politischen Veränderungen gelenkt und auf die Subjekte, die von diesen Veränderungen betroffen sind, sie tragen und reproduzieren.

Die Bereitschaft, sich entsprechend den Anforderungen der Produktionsweise an subjektive Umgangs- und Bewältigungsweisen zu verhalten, analysiert Gramsci in der Anfangszeit des Fordismus anhand von gesellschaftlich verbreiteten Moralvorstellungen, Kampagnen des (erweiterten) Staates für Monogamie und gegen Alkoholismus und gleichzeitig als Kampf um alltägliche Hegemonie, die aus einem Zueinander von Konsens und Zwang, von ›Lebensentwürfen von unten‹ und herrschaftlichen »Anrufungen« (Althusser) besteht. Die Herausbildung einer neuen Lebensweise kann also nicht als einfache »top-down«-Anordnung verstanden werden. Sie greift – unerlässlich für die Herstellung von Hegemonie – auf oppositionelle, alternative und reformerische Forderungen und Lebensweise zu und reartikuliert sie im Kontext der aktuellen Produktionsweise.

Die Vermittlung von Produktions- und Lebensweise, die Ausarbeitung solch »regulierender Ideologien« ist u. a. Aufgabe der Intellektuellen im weiten Sinne – im Bezug auf den Fordismus betraf das eben Henry Ford selbst, aber auch die Kirchen und andere Institutionen, die sich an der Verbreitung und Ausarbeitung der Vorstellungen vom »guten« und »richtigen Leben beteiligten. Dies betrifft auch die Kultur- und Unterhaltungsindustrie: Ausgehend von Gramscis Beobachtung, dass die USA »keine Gruppe von großen Intellektuellen geschaffen hat, die das Volk im Bereich der Zivilgesellschaft führen« könne⁷ und das durch das Fehlen der traditionellen Intellektuellen zu einer »massiven Herausbildung aller modernen Superstrukturen gekommen«⁸ ist, argumentiert Barfuss, dass den organischen Intellektuellen »der ›Star‹ und das Starsystem« zur Seite tritt⁹. Der Star sei nicht

7 Antonio Gramsci: Gefängnishefte, Bd. 4 (Hrsg. v. Klaus Bochmann, Wolfgang F. Haug unter Mitwirkung von Peter Jehle). Berlin-Hamburg 1992. Heft 6, §10, S. 719.

8 Antonio Gramsci: Gefängnishefte, Bd. 7 (Hrsg. v. Klaus Bochmann, Wolfgang F. Haug und Peter Jehle unter Mitwirkung von Ruedi Graf und Gerhard Kuck). Berlin-Hamburg 1996. Heft 12, §1, S. 1510.

9 Thomas Barfuss: Konformität und bizarres Bewusstsein. Zur Verallgemeinerung und Veraltung von Lebensweisen in der Kultur des 20. Jahrhunderts. Hamburg 2002, S. 74.

nur eine Schlüsselfigur ökonomischer Rationalisierung, sondern »ebenso Ausdruck einer rationalisierten fordistischen Zivilgesellschaft, auf deren Terrain Wünsche gebündelt und Mehrheiten hergestellt und repräsentiert werden«¹⁰.

Ich möchte im Folgenden der Frage nachgehen, welche Vermittlungen sich aktuell aufweisen lassen, welche vermittelnden Vorstellungen dabei eine Rolle spielen. Dabei möchte ich sowohl Zustimmung organisierende, Konsens schaffende Momente wie zwingende oder gewaltsame untersuchen – beide Seiten gehören zum Hegemonieverständnis nach Gramsci, in dem es gerade nicht einfach um »Vorherrschaft« oder Unterdrückung, auch nicht um bloße Zustimmung geht, sondern um das Zueinander der beiden Momente, Konsens und Zwang.

Mobilisierung der Subjekte als Aspekte der »neoliberalen« Lebensweise

Die aktuellen Prozesse zur Herausbildung einer neuen Lebensweise und zur Herstellung von zumindest passiver Zustimmung lassen sich auf den unterschiedlichsten Ebenen analysieren. Sie sind nicht nur ein Prozess »gouvernementaler« Diskurse im Sinne der Veränderung von Managementkonzepten und ISO-Din-Normen – das auch –, sie finden sich in den Grundlagen der Soziastaatsreformen, in den Hartz-Konzepten, in den einschlägigen Reden, in Fernsehshows wie Popstars und Big Brother. Sie organisieren Zustimmung, Wünsche werden gebündelt und »Mehrheiten hergestellt und repräsentiert«¹¹. Setzt man politische Hochglanztexte für die neoliberale Lebensweise mit Zeugnissen von alltäglichen Denkweisen ins Verhältnis, lässt sich die »Auftreffstruktur« skizzieren. Als gewaltsame und mit Zwang arbeitende Variante der Herstellung der aktuellen Lebensweise untersuche ich einige Aspekte der Hartz-Gesetze. Als Material für die alltäglichen Denkweisen dienen mir Interviews aus dem Band »Gesellschaft mit begrenzter Haftung«, der deutschen Anschlussstudie zu Bourdieus »Elend der Welt«¹².

Der Kampf um Hegemonie verläuft nicht un widersprochen. Anforderungen sind nicht bereits mit ihrer Erfüllung gleichzusetzen, wie in der Tradition der »Gouvernementalitätsstudien« angenommen, sondern als Nahelegungen zu verstehen, die – mit den Begriffen der Kritischen Psychologie gesprochen – zu Prämissen subjektiver Handlungsbegründungen werden können¹³. Ausmaß und Form der Nahelegungen sind gerade Ausdruck oder Aspekt von Hegemonieverhältnissen: welche Denk- und Deutungsangebote ragen in meinen Möglichkeitsraum hinein, welche alternativen, oppositionellen oder gegenhegemonialen Konzepte sind wahrnehmbar. Erst wenn gesellschaftliche Anforderungen und subjektive Handlungsgründe, Prämissen etc. analytisch getrennt gedacht werden, können psychi-

10 Ebenda.

11 Ebenda.

12 Franz Schultheis, Kristian Schulz (Hrsg.): Gesellschaft mit begrenzter Haftung. Zumutungen und Leiden im deutschen Alltag. Konstanz 2005.

13 Klaus Holzkamp: Grundlegung der Psychologie. Frankfurt/M. 1983.

sche Kosten und Widerstandsmöglichkeiten sichtbar werden. Insofern darf die Konfrontation der unterschiedlichen Textsorten in meinem Beitrag nicht mit einer Ableitung verwechselt werden.

Die Subjektanforderungen stehen im engen Zusammenhang mit den veränderten Anforderungen an Arbeitskräfte – Produktions- und Lebensweise. In Anlehnung an Ursula Huws spricht Candeias¹⁴ von der Herausbildung eines Kybertariats und Prekariats:

Das *Kybertariat* meint die hochqualifizierten, flexiblen, in Projektarbeit »beschäftigter Individuen, die den alten Habitus des Arbeiters abgelegt haben, gewerkschaftlichen Organisationsstrukturen skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen, deren Tätigkeiten durch die Bedienung/Beherrschung von I&K-Technologien geprägt sind«. Sie dürfen sich angesprochen fühlen von der Hochglanzseite des Neoliberalismus: die Freisetzung von Kreativität, die Verflachung von Hierarchien, Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung in der Arbeit scheint hier realisiert. Die Autonomie ist allerdings nicht ohne Selbstausbeutung zu haben und wird gehandelt um den Preis erhöhter Arbeitsbelastung und eines hohen Konkurrenzdrucks: »Prekarisierungsgänge, wie wir sie selbst in den Sektoren mit hoch qualifizierter Informationsarbeit finden, sind subjektiv nicht minder belastend als Prekaritätserfahrungen«¹⁵. Das *Prekariat* betrifft »ein wachsendes Subproletariat in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen und geringer Entlohnung«¹⁶, das unter anderem durch die Reformen des Sozialstaates hergestellt wird. Am anderen »Ende« weiten sich prekäre Arbeitsformen und Niedriglohnbereiche aus: »Eingezwängt in die schnellen tempi der neuen Produktionsweise existieren die »Resttätigkeiten«, die unter den alten Bedingungen von Hitze, Lärm und Schmutz monotonrepetitive Teilfunktionen auf sich konzentrieren.«¹⁷ In den Maquiladoras und Sweat-Shops der »freien Wirtschaftszonen« sind scharfer Blick und geschickte Hände gefragt, daher trifft es oft junge Frauen, die diese Tätigkeiten ausführen. So kommt es hier zu einer »Feminisierung der Arbeit«. Zum Zwang zur Niedriglohnarbeit durch Armut und den Abbau von Sozialleistungen kommt der »Einsatz von Leih- und Zeitarbeit, die Entstehung von neuen Branchen, deren Arbeitswirklichkeit mit der neoliberalen Regierungspolitik der Verbreitung des Niedriglohnsektors auch in den industriell entwickelten Ländern aller Hoffnung auf eine Humanisierung der Arbeit Hohn spricht«¹⁸. Sicherlich sind beide Phänomene nicht immer klar voneinander abzugrenzen, sie werden sich gegenseitig durchwirken und gerade ideolo-

14 Mario Candeias: High-Tech, Hartz und Hegemonie. In: Christina Kaindl (Hrsg.): Subjekte im Neoliberalismus. Marburg 2007 (im Erscheinen).

15 Klaus Dörre; Klaus Kraemer; Frederic Spedel: Marktsteuerung und Prekarisierung von Arbeit – Nährboden für rechtspopulistische Orientierungen? In: Joachim Bischoff; Klaus Dörre; Elisabeth Gauthier u.a. (Hrsg.): Moderner Rechtspopulismus. Ursachen, Wirkungen, Gegenstrategien. Hamburg 2004, S. 94.

16 Mario Candeias: High-Tech, Hartz und Hegemonie. A. a. O.

17 Frigga Haug: Humanisierung der Arbeit. In: Wolfgang Fritz Haug (Hrsg.): Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus. Bd. 6.1. Hamburg 2004, S. 542.

18 (Haug 2004, 542). Die empirische Relevanz der jeweiligen Gruppe kann hier nicht Gegenstand meiner Untersuchung sein.

gisch oft auf der einen Seite mit den anderen – der Gefahr des »Hinabsinkens« oder dem Leitbild von Selbständigkeit, Kreativität und Selbstverwirklichung – Politik gemacht wird. Ich möchte den Blick eher auf die Frage richten, wie beide Formen als Teil der Herausbildung einer neuen Lebensweise und neuen hegemonialen Diskursen über Subjekte sind.

Zivilgesellschaft und politische Gesellschaft sind nicht scharf voneinander zu trennen: Architekt der aktuellen Sozialpolitik – vornehmes Feld zur Herstellung einer der Produktionsweise angemessenen Lebensweise – ist bekanntlich Peter Hartz. In seinem Buch »Job Revolution«¹⁹ versucht er explizit, die Umorganisation von Unternehmen und individuellen Ansprüchen und Lebensweisen zusammen zu denken und zusammen zu bringen, und zwar als Mischung aus Versprechungen und Drohungen²⁰. Als Vorsitzender der nach ihm benannten Kommission der Bundesregierung finden sich seine Vorstellungen entsprechend in den Grundgedanken der Arbeitsmarktreform wieder, die nun das Leben von Millionen Menschen unmittelbar betreffen. Mit den Pfeilern »Zumutbarkeit, Eigenverantwortung, Beschäftigungsfähigkeit und Aktivierung« verallgemeinert »der sozialstaatliche Aktivierungsgedanke [...] auch die individuelle Internalisierung der Marktlogiken aus der Sphäre des unmittelbaren Produktionsprozesses zu einem umfassenden gesellschaftlichen Leitbild«²¹. Der Bericht der Hartz-Kommission endet wiederum mit einem Aufruf an zivilgesellschaftliche Akteure – hier genannt die »Profis der Nation«, von Journalisten und Kulturschaffenden über Sozialarbeiter bis zu Unternehmen und Politik –, sich an der Verbreitung von Problemsicht und Lösungsansätzen zu beteiligen; die Aktivierung der Einzelnen wird ergänzt durch die Aktivierung der Zivilgesellschaft:

»Unser Ziel soll es sein, die in unserer Gesellschaft vorhandenen vielfältigen Kompetenzen zu aktivieren und auf das gemeinsame Ziel hin auszurichten. [...] Jeder ist] gefordert, sich auf sein spezifisches Können und auf seine Stärken zu konzentrieren und mit anzupacken, wo immer es geht.«²²

Ähnlich bewegte sich Horst Köhler vom zivilgesellschaftlichen zum im engeren Sinne staatlichen Akteur, der als »Mann der Wirtschaft« und Pragmatiker, der »sagt was notwendig ist«, versucht, Aufrufe zu Verzicht und Versprechen von Prosperität zu verbinden. Kritik an den Sozialstaatsreformen verweist er in die Schranken der internationalen Vergleichsmaßstäbe von Armut: »Wissen wir eigentlich, was es heißt, von weniger als zwei Euro am Tag leben zu müssen – wie über drei

19 Peter Hartz: Job Revolution. Wie wir neue Arbeitsplätze gewinnen können, Frankfurt/M. 2001

20 Vgl. Frigga Haug: »Schaffen wir einen neuen Menschentyp«. Von Henry Ford zu Peter Hartz. In: Das Argument 252 (2003), S. 606-617; Christina Kaindl: Rechtsextremismus und Neoliberalismus. In: Dies. (Hrsg.): Kritische Wissenschaften im Neoliberalismus. Marburg 2005, S. 180-200.

21 Mario Candeias: Neoliberalismus, Hochtechnologie, Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Eine Kritik. Hamburg 2004, S. 595.

22 Peter Hartz u. a.: Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt. Vorschläge der Kommission zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Umstrukturierung der Bundesanstalt für Arbeit. Berlin 2002, S. 286.

Milliarden Menschen auf diesem Planeten?«²³ Er weist verantwortungslosen Erwartungshaltungen die Schuld an den gesellschaftlichen Problemen zu – »die Bürger ließen sich gern immer neue Wohltaten versprechen und Geschenke machen. Deshalb ist die Arbeitslosigkeit über Jahrzehnte immer weiter gestiegen.«²⁴ Schließlich ruft er dazu auf, die eigenen Ideen permanent auf den Markt zu werfen: »Jeder Einzelne hat Ideen, Sie und ich. Aber wir kämpfen nicht genug um ihre Verwirklichung.«²⁵

Auch die einstige Gegenspielerin von Köhler, Gesine Schwan, bedient diesen Diskurs. Bei der Frage, welche Aufgaben sich die Sozialpolitik stellen sollte, fordert sie unter anderem: »Es gibt Schmarotzer in allen Schichten der Gesellschaft, mehr: eine weit verbreitete Mentalität, den Staat zu schröpfen und zu überlisten. Gerechtigkeit verlangt, solchen Missbrauch des Staates, d. h. der Allgemeinheit, abzustellen.«²⁶ Zentral sei, die »Reformanstrengungen wirtschaftlich auf die Erneuerung von Produkten und Produktionsverfahren, auf eine kreative Antwort auf neue Marktbedürfnisse zu richten«²⁷ – wozu aber eben nicht nur technologische Erneuerung gehöre, sondern auch wirtschaftliche Aktivitäten hingen weitgehend von »kulturellen Faktoren« ab, »von den Grundeinstellungen der Menschen, von ihrer Fantasie, Vielseitigkeit, Initiativbereitschaft, Neugier, Risikobereitschaft, von der Fähigkeit, in Alternativen zu denken und zu handeln, insgesamt von ihrem Selbst und Zukunftsvertrauen. Reform braucht also ganz wesentlich kulturelle Erneuerung«²⁸. Dass hier die alternative Bundespräsidenten-Kandidatin gerade keine politische Alternative formuliert, kann als Aspekt der hegemonialen Situation gewertet werden: zumindest auf der Ebene der Repräsentation sind Alternativen nicht denkbar, bzw. werden keine alternativen Deutungsangebote sichtbar²⁹. Kannegiesser, Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall und einer der führenden Köpfe der Initiative neue soziale Marktwirtschaft, fordert ebenfalls eine »mentale Veränderungen«, es gehe darum »auch um der Freiheit willen persönliche Initiative, persönliche Verantwortung und persönliche Risiken in zumutbarer Weise von jedem Einzelnen einzufordern. [...] Innovation in allen Lebensbereichen heißt nicht nur Finanzierbarkeit sondern auch Anstrengung, Mühe,

23 Horst Köhler: Wir können in Deutschland vieles möglich machen. Antrittsrede am 1. Juli 2004 im Deutschen Bundestag. Berlin 2004, S. 2 (www.bundespraesident.de).

24 Horst Köhler: »Die Ordnung der Freiheit« – Rede beim Arbeitgeberforum »Wirtschaft und Gesellschaft« am 15. März 2005 in Berlin. Berlin 2005 (www.bundespraesident.de).

25 Horst Köhler: Wir können in Deutschland vieles möglich machen. A. a. O., S. 5.

26 Gesine Schwan: Das Vertrauen der Menschen in die soziale Demokratie zurückgewinnen. In: Stephan Lessenich; Andrea Nahles; Jürgen Peters; Barbara Stolterfoht und u. a. (Hrsg.): Den Sozialstaat neu denken. Hamburg 2005, S. 83.

27 Ebenda, S. 84.

28 Ebenda.

29 Was nicht bedeuten soll, dass es innerhalb der Kapitalfraktionen nicht auch Auseinandersetzungen um die Frage gibt, welche Konzeption innerhalb der herrschenden Fraktionen führend und fähig zur Einbindung ausreichender subalternen Fraktionen ist. Das Konzept der SPD ist nicht einfach dasselbe wie das der CDU, sondern beharrt auf dem Moment der Armenfürsorge – vgl. für die britische Diskussion (Hall 2004).

Konkursgefahr – und zwar durch alle Bevölkerungsschichten«³⁰. Die Existenzrisiken der Menschen sollen hier umfassend privatisiert werden, was als Schließung einer Gerechtigkeitslücke daherkommt: nicht nur das Kapital soll den Existenzrisiken ausgeliefert sein – im bürgerlichen Diskurs waren diese Risiken, die sonst dem Kapital vorbehalten waren, die ideologische Rechtfertigung für die private Aneignung des Mehrwertes.

Die einheitliche Forderung aus Politik und Kapital zielt auf eine Veränderung der Erwartungshorizonte der Menschen, einen Mentalitätswandel, der sie befähigen soll, sowohl mit den schwindenden Leistungen des Sozialstaates zurecht zu kommen, vor allem den veränderten Anforderungen durch »Arbeitsmarkt« und Kapital nachzukommen: lebenslängliche Lernanstrengung, kein Beharren auf Qualifikationen und Erfahrungen, Flexibilität in Raum, Arbeitszeit, Qualifikation und Einkommen. Die Forderung nach Unterwerfung unter die gesellschaftliche Formen kommt immer wieder als Negation fordistischer Konformität, mit dem neuen Konformitätszwang des Nonkonformismus daher: »Es lebe der kreative Unterschied«³¹, kann als Versprechen gelesen werden, queere Lebensweisen, »Pluralisierung der Lebensstile« zu akzeptieren und sie zugleich verwertbar zu machen – wie zu sehen an der erfolgreichen Einbindung weiter Teile des grünen Klientels in das neoliberale Projekt der letzten Jahre. Köhler bindet daran das Versprechen der Prosperität: »in allen Lebensbereichen Mut, Kreativität und Lust auf Neues, ohne Altes und Alte auszugrenzen. Das sind neue Gründerjahre.«³²

Die hegemoniale Bindekraft der Diskurse kommt aus der Anrufung der ehemals kritisch gegen den Fordismus gewendeten Forderungen der westdeutschen sozialen Bewegungen um 1968. Gerade deren Hinwendung zu Kulturproduktion und ihr Versuch, darin dissidente, selbstverwirklichende und kreative Existenzen zu führen, die sich nicht am starren »9-5« orientieren, werden in den Versprechen und Werbetexten neoliberaler Politik um Lebensweisen immer wieder aufgerufen – neben ihrer Staatskritik, die jetzt als Sozialstaatskritik artikuliert wird.

Boltanski und Chiapiello³³ haben herausgearbeitet, dass die Kulturschaffenden als »die ›role models‹ schlechthin für neue Formen von selbstbestimmter und selbstverantwortlicher Arbeit propagiert [...] und ihr spezifisches Arbeiten wird zum Erfolgsrezept für den gesamten Arbeitsmarkt erklärt [wird]. Managern ebenso wie Arbeitslosen werden ›die Künstler‹ als Vorbilder für Tugenden hingestellt, die großenteils aus der Not geboren sind: Eigenverantwortung, Risikobereitschaft, Innovation«³⁴. Barbara Ehrenreich etwa analysiert, dass in den letzten Jahren zu-

30 Martin Kannegiesser: Der Sozialstaat nach dem Sozialstaat – ein Angebot an die Gewerkschaften. In: Stephan Lessenich; Andrea Nahles; Jürgen Peters; Barbara Stolterfoht und u. a. (Hrsg.): Den Sozialstaat neu denken. Hamburg 2005, S. 69.

31 Peter Hartz: Job Revolution. A. a. O., S. 15.

32 Horst Köhler: Wir können in Deutschland vieles möglich machen. A. a. O., S. 2.

33 Luc Boltanski; Eve Chiapello: Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz 2003.

34 Daniela Böhmeler; Peter Scheiffele: Überlebenskunst in einer Kultur der Selbstverwertung. In: Franz Schultheis; Kristina Schulz (Hrsg.): Gesellschaft mit begrenzter Haftung. Zumutungen und Leiden im deutschen Alltag. Konstanz 2005, S. 423.

nehmend die Anforderung an Unternehmensmitarbeiter und Management gestellt wird, dass sie sich leidenschaftlich ihrer Aufgabe verschreiben, was durch die Unsicherheit des Angestelltendaseins und die immer öfter wechselnden Anstellungen so »grausam und pervers«³⁵ sei. »Nicht einmal von Prostituierten wird erwartet, dass sie jedes Mal ›Leidenschaft‹ an den Tag legen.«³⁶ Für Künstler allerdings ist diese Identifikation mit ihrer Arbeit geradezu konstitutiv, und im ideologischen Bild des »brotlosen Künstlers« werden Prekarität und Innovation (von oben und unten) als notwendige Zwillinge aufgerufen. Indem die »leidenschaftliche Bindung an ihre Tätigkeit und das Versprechen auf Anerkennung [...] als Legitimationsgrundlage für den eigenen prekären Status«³⁷ dient, ist das Bild des Künstlers auch anknüpfungsfähig für arbeitspolitische Diskurse der »neuen Zumutbarkeit«.

In »Gesellschaft mit beschränkter Haftung« werden verschiedene Interviews mit Kulturschaffenden analysiert, die zumeist in prekären Verhältnissen leben und über diese Engpässe mit Ironie und Galgenhumor berichten. Thomas Barfuss hat herausgearbeitet, wie Ironie als Mittel zur Bewältigung der neoliberalen Anforderungen, der Gleichzeitigkeit von Kooperation und Konkurrenz, Nähe und Distanz dient, wie sie die Beweglichkeit sichert, die »heute ein Kennzeichen der gehobenen Berufe, der gut ausgebildeten und flexiblen Spezialisten, Projektarbeiter und Manager, die sich damit im Rennen halten und auf diese Manövrierfähigkeit ihr Selbstbewusstsein gründen«³⁸. In den Interviews mit den Kulturschaffenden zeigt sich, dass das für Prekarierte nicht minder gelten muss. »[I]ronisch, selbstreflexiv und vergleichsweise selbstbewusst mit ihren Miseren und ihrer prekären Lebens- und Arbeitssituation umgehen zu können«, erlaubt diese Miseren »vor sich und den anderen als das Ergebnis einer bewussten Entscheidung und eines selbst gewählten Verzichts darstellen zu können«³⁹. Den Punkt der »Entscheidung« machen auch die Sprachregelungen der Hartz-Gesetze stark, wenn sie den Übergang in Frühverrentung ohne Rentenausgleich, die Erfindung einer Ich-AG, die – ursprünglich freiwillige – Übernahme eines so genannten 1-Euro-Jobs, aber auch die Abmeldung von der Arbeitsagentur, wenn man von deren Maßnahmen nicht weiter belästigt werden möchte, positiv in eine solche Entscheidungsrhetorik kleiden: Die »neue Zumutbarkeit« ist eine der Grundbestandteile der neuen Hartz-Gesetze (Abschaffung des Rechtsanspruchs, keine Sicherung des Qualifikationsniveaus, keine Sicherung des erworbenen Lebensstandards usw.) – aber sie kommt immer mit dem Zwilling »neue Freiwilligkeit« daher.

Eine Orientierung weg von langfristigen Absicherungen, Perspektiven und Berufslaufbahnen, hin zu »Jobfamilien« und kurzfristigem Engagement, kurzfristi-

35 Barbara Ehrenreich: *Qualifiziert und arbeitslos*. München 2006, S. 243.

36 Ebenda.

37 Daniela Böhmeler; Peter Scheiffele: *Überlebenskunst in einer Kultur der Selbstverwertung*. A. a. O., S. 423.

38 Thomas Barfuss: »Schaffe dir Ironie!« Ironische Haltungen in Konsum und Arbeit. In: Christina Kaindl (Hrsg.): *Subjekte im Neoliberalismus*. Marburg 2007, im Erscheinen.

39 Daniela Böhmeler; Peter Scheiffele: *Überlebenskunst in einer Kultur der Selbstverwertung*. A. a. O., S. 425.

gen Anforderungen des Unternehmens oder des Arbeitsmarktes und flexibler Lebensführung ist zentraler Bestandteil der Anforderungen den neuen Produktionsweise⁴⁰.

Für die interviewten Kulturschaffenden ist das Durchführen von Projekten oder an solchen Mitzuwirken zentral »das Leben wird als eine Abfolge und eine Durchdringung von ›Projekten‹ erfahren, wobei vom Ausstellungen-Initiieren, Veranstaltungen-Organisieren, Forschungsprojekte-Durchführen, Bücher-Schreiben oder Konzipieren und Wissensbestände-Aktualisieren bis zum Diätpläne-Schmieden, Dem-Fitnessclub-Beitreten und Liebesbeziehungen-Retten beinahe alles zum Projekt erklärt wird und überall Beschäftigung signalisiert wird. Dabei klebt an diesem Zustand des pausenlosen Beschäftigtsein wie eine zweite Haut das permanente schlechte Gewissen, man arbeite nicht genug«⁴¹. Hier scheint Köhlers Satz, dass wir alle nicht genug für unsere Ideen kämpfen, nachzuklingen – schließlich ist aus seinem Mund, da er gerade der erste Mann im Staate geworden war, der Selbstaktivierungssatz einigermaßen überraschend, was heißt das dann erst für die »Normalen«!

Die Projektorientierung weitet die Grenzen des Arbeitstages, so dass es keine klare Grenze zwischen Arbeit und Privatleben gibt, sie werden »permanent verwischt und überschritten, aber auch wieder etabliert und erstritten [...] Gerade die Tatsache, dass die Grenzen nicht einfach verschwunden sind, sondern man mit dieser ständigen Pendelbewegung zwischen Entgrenzung und neuer Grenzziehung zu kämpfen hat, ist ein nie versiegender Quell des Leidens«⁴². Gleichzeitig liegt darin auch ein Moment der Einbindung, weil ja die hier von Böhmler implizit gewünschte und verteidigte Trennung von Arbeits- und Freizeit auch nicht *per se* wünschenswert ist, sondern sich unter den spezifischen gesellschaftlichen Formen der Lohnarbeit herausgebildet hat – worin selbstverständlich auch der Kampf um die Grenzen des Arbeitstages seinen Sinn hat. Jenseits der Lohnarbeit, sozusagen in der utopischen Negation, ist diese Trennung aber gerade eine, die aufzuheben wäre – nicht damit die Menschen endlos arbeiten, sondern weil die Unterordnung unter fremde oder eigene (Verwertungs-) Interessen wegfallen würde. Diesen kleinen utopischen Funken und die oben beschriebenen Effekte der Entgrenzung der Arbeit macht sich eine Lohnarbeitsorganisation, die auf Stechuhr und fremdbestimmte Zeitvorgaben verzichtet, zu Nutze – Zielvereinbarungen, oder »Vertrauensarbeit« sollen den Arbeitenden »Mündigkeit« und »ein hohes Maß an Selbstdisposition und -organisation«⁴³ ermöglichen – mit dem Ergebnis, dass sich selbst bei Krankenkassen unbezahlte Überstunden häufen: Im Rahmen von Zielvereinbarungen werden keine Überstunden mehr angeordnet, können dann auch nicht abgerechnet oder abgefeiert werden.

40 Vgl. Peter Hartz: Job Revolution. A. a. O., S. 68 ff.

41 Daniela Böhmler; Peter Scheiffele: Überlebenskunst in einer Kultur der Selbstverwertung. A. a. O., S. 438.

42 Ebenda.

43 Vgl. Peter Hartz: Job Revolution. A. a. O., S. 15.

Entsprechend äußert eine der Kulturschaffenden: »Ich glaube, das ist wahrscheinlich der einzige Luxus, den ich habe – ich habe den Luxus, mich mit Fragestellungen und Dingen zu beschäftigen, die ich für mich immer wieder als Herausforderung empfinde.«⁴⁴ Gleichzeitig fühlen sie sich in einer »Dauerschleife von Selbstausschöpfung und Unsicherheit«⁴⁵ – unentgeltlich geleistete Projekterfindung, Beantragung, Lobby-Arbeit, dann ggf. bezahlte Durchführung, gleichzeitig muss der Prozess schon von neuem losgehen. Prekarität als Herausforderung zu erleben, bedeutet gleichzeitig, dass die Gescheiterten »unversehens auf der Seite der ›Unengagierten« landen – das Scheitern wird fast immer auf sich selbst zurückbezogen«⁴⁶.

Dem Aktivierungsgedanken entsprechend, ist Untätigkeit und Arbeitslosigkeit ein Problem mangelnden Engagements und mangelnder Aktivierung. Unter den neuen Hartz-Gesetzen müssen die Arbeitssuchenden von sich aus nachweisen, was sie zur Erlangung einer neuen Arbeit getan haben. Dadurch ist die Nahelegung produziert, die Arbeitsmarktprobleme seien im Prinzip durch Eigeninitiative aus dem Weg zu räumen, sie werden damit klar personalisiert und in die Verantwortung/Schuld der Einzelnen gestellt. In einem Interview mit einer Ostberliner Psychiaterin, die aus ihrer Praxis von einer Vielzahl von Depressionen und anderen psychischen Erkrankungen berichtet, die nach 1990 explosionsartig ausgebrochen sind, schildert sie den Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und psychischer Destabilisierung bei ihren Klientinnen. Besorgte oder mitleidige Nachfragen von Familie und Freundeskreis werden zunehmend als unerträglich empfunden und führen zu einem sozialen Rückzug. Die Individualisierung der Schuld, die Verknüpfung von Misserfolg und mangelndem Engagement ist bei den Betroffenen voll angekommen: »Du glaubst es nicht, es sind Leute dabei, die bringen mir ihre Aktenordner mit, mit ihren hunderten von Bewerbungen, weil sie mir zeigen wollen, was sie gemacht haben, dass sie nicht schwindeln und dass sie sich wirklich Mühe gegeben haben.«⁴⁷

Vergleichbar versuchen die Kulturschaffenden dauernd von »geplanten oder bevorstehenden Projekten zu berichten, um ja nicht den Eindruck zu erwecken, man befinde sich in einer Notsituation und suche verzweifelt nach einer Anschlussmöglichkeit, denn bedürftig zu sein und zu wirken kann [...] die Chancen, die man auf dem Markt der symbolischen Güter hat, empfindlich reduzieren.«⁴⁸

Die Kulturschaffenden haben zu ihrem Status und den sich wandelnden Anforderungen des Kulturmarktes durchaus eine kognitive Distanz – die sich schon in ihrem selbstironischen Umgang zeigte – sie reflektieren die prekären Lebens- und

44 Daniela Böhmeler; Peter Scheiffele: Überlebenskunst in einer Kultur der Selbstverwertung. A. a. O., S. 443.

45 Ebenda, S. 439.

46 Ebenda, S. 442.

47 Margarete Steinrück: Soziales Elend als psychisches Elend. In: Franz Schultheis und Kristina Schulz (Hrsg.): Gesellschaft mit begrenzter Haftung. A. a. O., S. 203.

48 Daniela Böhmeler; Peter Scheiffele: Überlebenskunst in einer Kultur der Selbstverwertung. A. a. O., S. 443.

Arbeitssituation, »zumeist aber nur, um ihr flexibilisiertes Arbeiten im selben Atemzug als privilegierte, selbst bestimmte oder leidenschaftliche Tätigkeit hervorzuheben und dies mit der Formulierung von Disziplinierungserfordernis an sich selbst zu verbinden«⁴⁹.

Das Gefühl des Privilegs wird durch das relative Schreckensszenario der Sozialreformen potenziell gestützt. Mit der Umsetzung der so genannten Hartz-Reformen hat sich der hier vor allem werbend und versprechend erscheinende Diskurs für Millionen von Menschen zum Zwang materialisiert. Damit sind die ideologischen Nahelegungen, die damit verbunden sind, den Menschen sozusagen »auf die Pelle« gerückt.

Da mit der Dauer der Arbeitslosigkeit auch die Zumutbarkeit von Arbeitsstellen außerhalb der eigenen Qualifikation, bisherigen Entlohnung oder dem bisherigen Lebensmittelpunkt anzunehmen, steigen auch Druck und Zwang.

Die Verunsicherung soll die Arbeitsintensität und -dauer steigern – und tut es auch: »Das sind häufig Leute, die kommen, die sind völlig am Ende, Frauen, auch meistens mit Kindern, die ganz schnell so einen kleinen Posten bekommen, eine kleine Leitungsfunktion, die erst mal total stolz sind und auch geschmeichelt sind, dass sie jetzt diese Verteilung überwachen dürfen. Ja, und dann halten sie noch länger durch, und dann kommt irgendein Punkt, da sind die so erschöpft und physisch nicht mehr in der Lage, das weiterzumachen und so verzweifelt, da nicht rauszukönnen. Dann ist meistens schon das Bild einer schweren Erschöpfungsdepression...«⁵⁰

Die Hartz-Reformen behandeln das Problem der Arbeitslosigkeit als eines des Missmatches, entsprechend ist die »Marktorientierung« ein zentraler Bezugspunkt der »Aktivierung«. Ist die Marktorientierung erfolgreich, zeigt sich das in der (»konkreten«) Beschäftigungsfähigkeit, die sich darin zeigt, dass Beschäftigung gefunden wurde. Candeias analysiert für Beschäftigte unter den neuen Management- und Unternehmenskonzepten, dass es den Unternehmen gelungen sei, den »Druck der Marktkonkurrenz als Handlungsanforderung auf die Arbeiter zu erweitern bzw. zu übertragen«⁵¹. Die Verbindung vom Druck der unsicherer Arbeitsverhältnisse mit den Bedürfnissen nach Selbstverwirklichung führe dazu, dass die Beschäftigten »in Verbindung mit einer Ideologie des ›Erfolgs‹ die Flexibilitäts- und Effizienzanschauung in ihre eigenen Denk- und Handlungsmuster«⁵² internalisieren.

Der Mobilisierungs- und Aktivierungs-Diskurs verweist durchgängig gesellschaftliche Probleme in die Verantwortlichkeit der Einzelnen. Er erfordert ein neues subjektives Selbstverhältnis, in dem z. B. die Emotionalität ein Teil des subjektiven Kapitals wird, das es jederzeit bereit zu halten und zu investieren gilt. Im

49 Ebenda.

50 Margarete Steinrück: Soziales Elend als psychisches Elend. A. a. O. S. 203.

51 Mario Candeias: Neoliberalismus, Hochtechnologie, Hegemonie. A. a. O., S. 195.

52 Ebenda.

Umkehrschluss ist mangelnder Erfolg keine Frage struktureller Ungleichheit, gesellschaftlicher Ausgleichsstrukturen, der Umgang damit keine Frage demokratischer Entscheidungsfindungen, sondern der Grund liegt im Versagen der Einzelnen, in ihrem mangelnden Engagement, eben der nicht gelungenen Selbst-Mobilisierung. Hegemonial werden solche Diskurse, Sichtweisen und Politiken nicht dadurch, dass eine Mehrheit ihnen emphatisch zustimmt. Auch der Mangel an alternativen Vorstellungen, die für viele Menschen ein leidvolles »nach innen nehmen« der Anforderungen bedeutet, ist Teil einer passiven Zustimmung oder doch passiver Anerkennung der hegemonialen Verhältnisse.

Rechtsextreme »Antworten«

Die Mobilisierung und Aktivierung der Subjekte, die Individualisierung von Verantwortung und Vorsorge wirft die Einzelnen auf sich selbst zurück. Dieser Prozess verläuft nicht ohne psychische Kosten, wie oben gezeigt wurde, und er bleibt nicht unwidersprochen. Er ist umkämpft – von unterschiedlichen politischen Seiten und auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen, auch auf der kulturellen, wie ich unten am Beispiel der »Dresdner Weber«, zeigen möchte.

Die Frage, in welchem Rahmen Alternativen gedacht und geäußert werden (können) ist wiederum eine der Hegemonie und der Repräsentation: Sind alternative Vergesellschaftungsformen überhaupt am gedanklichen Horizont der Gesellschaft vertreten? Argumentieren sie auf der Höhe der Zeit oder sind sie rückwärtsgewandt?

Die extreme Rechte hat in den letzten Jahren ihre Konzepte verändert – parallel zur neoliberalen Wende der sozialdemokratischen Parteien Europas. Von Vorreitern der neoliberalen Veränderungen, die sie noch bis Anfang der 1990er waren, sind sie zu Kritikern von Neoliberalismus und Globalisierung geworden.⁵³ Ich möchte dafür plädieren, dieses Auftreten nicht einfach als »Trick« oder »Betrug« abzutun.

Zentrale Mobilisierungspunkte der extremen Rechten sind derzeit: gegen Globalisierung, Liberalismus, Sozialabbau, für eine Verteidigung der »guten alten Arbeit« und der Arbeiterrechte – auch gegen Imperialismus und Krieg. Gleichzeitig sind diese Argumentationen eingebunden in Konzepte von völkischen Solidargemeinschaften, die die Frage von Arbeitsplätzen und Sozialleistungen auf Kosten von so genannten Ausländern oder sozial Schwachen lösen sollen und sich gleichzeitig »nach oben« abgrenzen, gegen die »Manager und Bosse«, die Politiker, die allesamt zu viel bezahlt bekämen. Die internationale Wirtschaftsideologie wird zum Feind Nummer 1⁵⁴, dem ein Modell der »Volkswirtschaft« entgegen gehalten

53 Dabei gibt es vor allem bei rechtsextremen Parteien an der Macht Überschneidungen, wie sich etwa in der italienischen Regierungskoalition zeigt. Dennoch stellt die Widersprüchlichkeit der unterschiedlichen rechtsextremen Parteien hier weniger einen Nachteil im Sinne einer nichtkohärenten Politik dar, vielmehr gelingt es, unterschiedliche Klientels zusammenzubinden.

54 Hans-Georg Betz: Radikaler Rechtspopulismus im Spannungsfeld zwischen neoliberalistischen Wirtschaftskonzepten und antiliberaler autoritärer Ideologie. In: Wilhelm Heitmeyer; Dietmar Loch (Hrsg.): Schattenseiten der Globalisierung. Frankfurt/M. S. 171.

wird, die gleichermaßen durch multinationale Konzerne wie durch die Anwesenheit von so genannter ausländischer Bevölkerung zersetzt wird, weil beide die kulturelle Selbstbestimmung der Völker untergraben. Ausgehend vom Vordenker der Neuen Rechten in Frankreich, Benoist, wandelt sich der europäische Rechtsextremismus.

Das Europäische Forschungsprojekt *Siren*⁵⁵ orientiert sich in seinen qualitativen Interviews an Bourdieus Konzept des »Verstehens«⁵⁶. Die Siren-Forscher rekonstruieren, wie Subjektanforderungen der veränderten Produktionsweise rechtsextrem verarbeitet, in rechten Konzepten gedacht werden. Dabei konnten unterschiedliche Typologien herausgearbeitet werden, die die jeweils sehr unterschiedlichen Erfahrungen von prekarierten Putzfrauen bis hoch qualifizierten IT-Arbeitern formulieren. Gemeinsam scheinen ihnen zwei Grundformen der Reproduktion rechtsextremer Vorstellungen zu sein: 1. der »aufgekündigte Vertrag« und 2. Angst vor Deklassierung.

Der »Vertrag« bezieht sich auf die implizite Vorstellung, dass sich »harte Arbeit gegen gesellschaftliche Absicherung, Lebensstandard und Anerkennung« »tausche«; die Interviewten äußern durchaus Bereitschaft, angesichts der gesellschaftlichen Veränderungen härter zu arbeiten, mehr zu leisten, müssen aber feststellen, dass legitime Erwartung in Bezug auf von Arbeit, Beschäftigung, sozialen Status oder Lebensstandard dauerhaft frustriert werden: Der Vertrag ist »einseitig gekündigt« worden. Dies führt zu Ungerechtigkeitsgefühlen und Ressentiments in Bezug auf andere soziale Gruppen, die sich den Mühen der Arbeit anscheinend nicht in gleichem Maße unterziehen und für die besser gesorgt werde oder die ihre Sachen (illegal) selbst arrangierten: einerseits Manager, Politiker mit hohem Einkommen, die sich großzügige Pensionen zusprechen etc., andererseits Menschen, die von der Wohlfahrt leben statt zu arbeiten oder Flüchtlinge, die vom Staat unterstützt werden. »Diese gestörte Balance in ihrem Bezug zur Arbeit bei gleichzeitigem Mangel an legitimen Ausdrucksformen für das Leiden scheint in vielen Fällen der Schlüssel für das Verständnis des Zusammenhangs zwischen sozioökonomischen Wandel und politischen Reaktionen zu sein.«⁵⁷ Ein Kernthema derjenigen, die sich rechtsextremen Argumenten zuwenden, ist, dass die »ordentlichen und hart arbeitenden« und daher moralisch überlegen Menschen betrogen werden. Politische Botschaften und Ideologien des Rechtspopulismus, die die zweifache Abgrenzung »des Volkes« von Eliten oben und Ausgestoßenen unten in Anschlag bringen, finden hier Resonanz. Die Abgrenzung von angeblichen untätigen Leistungsempfängern, also Flüchtlinge, Sozialhilfeempfänger, Kranke und Behinderte, findet sich dabei bis in die höchsten Hierarchieebenen der Beschäftigten (oft auch als Wohlstandschauvinismus bezeichnet) und ist auch in gewerkschaftlichen Kreisen verbreitet.

55 Jörg Flecker; Gudrun Hentges: Rechtspopulistische Konjunkturen in Europa. In: Joachim Bischoff, Klaus Dörre und Elisabeth Gauthier u. a. (Hrsg.): *Moderner Rechtspopulismus*. Hamburg 2004.

56 Pierre Bourdieu u. a.: *Das Elend der Welt*. A. a. O., S. 779 ff.

57 Jörg Flecker; Gudrun Hentges: *Rechtspopulistische Konjunkturen in Europa*. A. a. O., S. 142.

Im Zentrum des zweiten »Begründungsmusters« stehen Angst vor Deklassierung, Unsicherheit und Ohnmachtgefühle, die mit industriellem Niedergang, prekärer Beschäftigung und Entwertung von Fähigkeiten und Qualifikationen verbunden sind. Die Erfahrung, Spielball der ökonomischen Entwicklung oder anonymer Mächte zu sein, wird verbunden mit rechtspopulistischen Mobilisierungen, die die Bevölkerung als passives Opfer von übermächtigen Gegenspielern ansprechen. Ähnlich »funktioniert« die nostalgische Wertschätzung der guten alten (Arbeiter-)Zeiten, und die populistische Glorifizierung von traditionellen Gemeinschaften. Die vom Rechtspopulismus angezogenen Menschen hatten das Gefühl, sich nur auf sich selbst verlassen zu können – und dieses Gefühl entspricht den oben analysierten arbeitspolitischen Diskursen, die gerade eine Schuldzuweisung über »Aktivierung« der Einzelnen vornimmt. Die traditionellen Vertreter der Arbeiterklasse, wie etwa die Sozialdemokratien, werden eher als Anwalt der »Gegenseite«, denn als Interessenvertreter wahrgenommen.

Es existiert also eine »Lücke« oder Krise in der Repräsentation: »Ab einem bestimmten Punkt ihres geschichtlichen Lebens lösen sich die gesellschaftlichen Gruppen von ihren traditionellen Parteien, das heißt, die traditionellen Parteien in dieser gegebenen Organisationsform, mit diesen bestimmten Männern, die sie bilden, sie vertreten oder führen, werden von ihrer Klasse oder Klassenfraktion nicht mehr als ihr Ausdruck anerkannt. Wenn diese Kreise eintreten, wird die unmittelbare Situation heikel und gefährlich, weil das Feld frei ist für die Gewaltlösungen, für die Aktivität obskurer ächte, repräsentiert durch die Männer der Vorsehung oder mit Charisma.«⁵⁸ Die eingangs zitierten Ergebnisse der Heitmeyer-Untersuchung zur Demokratieentleerung können dabei als Teil einer solchen Repräsentationskrise verstanden werden. Sie speist sich aus den Erfahrungen der veränderten und verschärften Anforderungen an die Einzelnen in der Arbeitswelt, die keine politische Artikulation finden – hierzu passend ist auch der Befund, dass »rechtspopulistisch orientierte Personen [...] durchgehend kritischere Positionen vertreten als die übrige Bevölkerung«⁵⁹.

Die öffentliche Anerkennung der Probleme von Prekarisierung und sozialem Abstieg ist hier ein Vorteil rechtsextremer Parteien und Mobilisierungen. Ebenso vermag ihre Thematisierung von nationalen oder subnationalen Einheiten als Träger kollektiver Interessen die Ohnmachtgefühle der Menschen anzusprechen, die sich nicht nur auf individuelle Ebene beziehen, sondern auch kollektive Einheiten wie Regionen, die Arbeiterklasse, die Nation.

Kämpfe um Lebensweisen

Der Kampf um Hegemonie verläuft nicht unwidersprochen, Anforderungen werden nicht einfach »durchgestellt«, sie sind umkämpft: politisch und kulturell. Die

58 Antonio Gramsci: Gefängnishefte. Bd. 7. A. a. O., S. 1577 f.

59 Wilhelm Heitmeyer; Jürgen Mansel: Entleerung der Demokratie. A. a. O., S. 47.

allgegenwärtigen Forderungen nach Selbstmobilisierung – die in ihrem Zwangs-
moment immer auch Selbstdemütigung ist⁶⁰ – sind Gegenstand etwa der »Dres-
dner Weber« des Dresdner Staatsschauspielhaus (so Volker Lösch und Stefan
Schnabel). Hier wird die Politik um neue Lebensweisen, die Anrufungen des ak-
tivierenden Sozialstaates konfrontiert mit subjektiven Erfahrungen und Verarbei-
tungen. Als Material werden Interviews mit Hartz-4-Empfängern aus dem Umfeld
des Dresdner Staatstheaters genutzt, die zu Perspektiven, Erfahrungen, Sichtwei-
sen auf Gesellschaft und Utopien und Veränderungen befragt wurden. Die Ant-
worten werden zumeist im Chor vorgetragen und damit ins Kollektive gehoben.
Die alltäglichen Anrufungen und Anforderungen sind übers Bühnenbild präsen-
tiert – »wohnst du noch oder lebst du schon« und durch das übergroße Logo der
Agentur für Arbeit – und über die öffentlichen Hegemonie-Arbeiter, die organi-
schen Intellektuellen des herrschenden Blocks an der Macht: Sabine Christiansen,
BILD, Köhler usw.

Wie bei den Webern von Gerhart Hauptmann stehen sich alte und neue Ar-
beitsweisen, Lebensansprüche und Verwertungsinteressen gegenüber. Die Weber
von 1844 sollten »noch für eine Quarkstulle« arbeiten oder Gras fressen, die
Dresdner Weber berichten von ihren Erfahrungen mit Hartz, Aktivierung und Zu-
mutbarkeiten.

»Ich habe ‘nen Treppenreinigungsjob. Viermal im Monat, vom 3. Stock bis
zum Erdgeschoss, für 66 Euro im Monat. Davon darf ich fuffzehn Prozent behal-
ten, das sind 9 Euro 90.«⁶¹

In den Antworten auf die Frage »Sie bewerben sich um einen Arbeitsplatz. Was
können sie besser als jeder andere?«⁶² finden sich die gespenstischen Widergänger
der Casting-Shows⁶³: Sie ziehen sich plötzlich »unmotiviert« aus, bieten Sex,
Massagen, Ausspionieren der Kollegen, jederzeitige Einsatzbereitschaft, Durch-
setzungsvermögen, die Fähigkeit, »sich zum Obst zu machen, Dünger zu werden,
sich selbst zu verdauen«⁶⁴ an, sie singen plötzlich, spielen Blockflöte und bieten
die ganze Breite ihre Emotionalität zur Verwertung an.

Die Weber von 1844 weisen Anrufungen an Opferbereitschaft, Fleiß und Ge-
meinschaftssinn im Namen von König, Götzen und Vaterland zurück und stürmen
schließlich die Fabrikantenvilla.

Köhlers Aufruf, zu Opferbereitschaft – das Programm sei hart, »dennoch: Un-
ser Land sollte uns etwas wert sein«⁶⁵ – wird auf der Bühne die Rede des Fabri-

60 Candeias, Mario: Erziehung der Arbeitskräfte. Rekommodifizierung der Arbeit im neoliberalen Workfare-Staat,
in: Utopie kreativ 165/166 (2004), S. 595.

61 Dresden, Staatsschauspiel (Hrsg.: Die Dresdner Weber. Eine Hommage an Gerhart Hauptmann. »de werden noch
fer'ne Quarkschnitte arbeiten«, Dresden 2004, S. 38.

62 Ebenda, S. 12.

63 An anderer Stelle (Kaindl 2005a) habe ich gezeigt, dass die Aktivierungsdiskurse auch durch Formate wie »Big
Brother« oder Casting-Shows wie »Popstars« vermittelt werden.

64 Ebenda, S. 27.

65 Horst Köhler: Wir können in Deutschland vieles möglich machen. A. a. O., S. 2.

kanten an seine protestierenden Arbeiter. Die Dresdner Weber antworten mit Heines Weberlied von 1844:

Deutschland wir weben dein Leichentuch,
wir weben hinein den dreifachen Fluch
[...]
Ein Fluch dem falschen Vaterlande,
Wo nur gedeihen Schmach und Schande

Die Dresdner Weber richten ihre Verweigerung, ihre Wut und ihre Gewaltfantasien gegen die Hegemone aus Politik und Kultur – Schröder, Köhler, Sabine Christiansen. Der goldene Wagen, in dem Christiansens Sendung ›Wutdemos im Osten – ist die Angst gerechtfertigt?‹ nachgespielt wird, wird erstürmt und zertrümmert. Köhlers »Wir sind jetzt als ein Volk gefordert«⁶⁶ zerschellt an Differenzen zwischen Elite und Ausgegrenzten, und der Hohn in den Ohren der Angerufenen wird hörbar fürs Theaterpublikum.

Die Aufführungen der Dresdner Weber hatten ein großes Echo; Vorstellungen, wie etwa Gerhard Schröder in eine Laufband zu sperren, dass ihn zu einem überhöhten Arbeitstempo sinnloser Tätigkeit zwingt, unentwegt seine eigene Stimme zu hören, wie sie sagt »es gibt kein Recht auf Faulheit« ist auf spontanen Applaus und lauthalse Zustimmung gestoßen. Die Erleichterung, die alltägliche Last von Aktivierung und Demütigung nicht mehr individualisiert, sondern in die öffentliche – damit auch wieder demokratische – Aushandlung gehoben zu sehen, war förmlich greifbar.

Doch die Utopien der Dresdner sind zerrissen; hier zeigt sich nicht einfach ein neues politisches Subjekt. In den Kampf sind auch die rechtsextremen Akteure eingetreten und sie haben mit ihren völkischen Solidarkonzepten nicht wenig Erfolg.

Die Collage der Utopien zwischen autoritärer gewaltsamer Beseitigung der Verantwortlichen, »Ausschaltung Aller, die über 100 000 Euro besitzen«, die »Einrichtung von Straflagern«, »Todesstrafe«, »Pranger« und andere Forderungen, die als Grundlage und Echo rechtsextremer Diskurse zu erkennen sind, und »Kommunen«, »Alle sind gleich« und »Alles für Alle und zwar umsonst« spannt das Feld für emanzipatorische Interventionen im Ringen um eine neue Lebensweisen und eine andere Gesellschaft.

66 Horst Köhler: Wir können in Deutschland vieles möglich machen. A. a. O., S. 11.

»Wir alle« – Universalisierung von Verantwortung als kollektive Indienstnahme

In einem Artikel über Verhandlungen zur Freilassung inhaftierter RAF-Mitglieder analysierte Peter Tzscheetzsch 1995 im »Forum Kritische Psychologie«, wie der politische Charakter der RAF bzw. die politischen Motive ihrer Mitglieder gegen deren Willen durch dafür bemühte psychiatrische Gutachten zugunsten einer pathologisierenden Klassifizierung eskamotiert werden sollten.¹ Wie im direkten Gegensatz dazu wehrt sich Inge Vieth, eine Zeitlang von der DDR gedecktes und verstecktes und dann nach deren Befreiung zum Kapitalismus verhaftetes und zu mehreren Jahren Haft verurteiltes Mitglied der »Bewegung 2. Juni« in ihrer Autobiografie gegen die psychologisierende Enteignung ihrer politischen Motive: Nicht Momente wie Vernachlässigung durch die Mutter und Heimerziehung hätten sie zum »2. Juni geführt«, sondern »die soziale Kälte einer herzlosen Kriegsgeneration, die ihre beispiellosen Verbrechen leugnete oder verdrängte, die unfähig war, uns anderes als Besitztenden und Anpassung zu lehren, die den Vietnamkrieg unterstützte, weil sie ohne Umschweife von der Vernichtungsstrategie gegen die ›Jüdische Weltverschwörung‹ zur Vernichtungsstrategie gegen die ›Bolschewistische Weltverschwörung‹ übergegangen war«; weitere Stichpunkte sind: »Konsum-Klimbim«, »Talmi-Moral«, »Elite-Gesellschaft, die aus Eigennutz, Profit und Machtgelisten oder aus traditioneller Beschränktheit letztendlich immer nur Zerstörung auf breiter Bahn zustande bringt«, etc.² Mir kommt es hierbei weder auf analytische Einzelheiten noch auf strategische Debatten an, sondern nur darauf, dass Inge Vieth ihre Motive politisch versteht und sie als politische gegen Psychologisierungen verteidigt.

Wenn man sich – etwas aktueller – Analysen des islamistisch inspirierten Terrorismus ansieht³, zeigt sich wieder – zwischen der Einschätzung des Terrorismus als politischer Strategie oder psychischem Wahn – eine gewisse Tendenz zur Privilegierung pathologisierender Deutung. Der Psychoanalytiker Bohleber bspw. versucht sich zunächst noch in einer mentalitätsorientierten Deutung, die aber in fünf angeblichen anthropologischen Konstanten (psychosexuelle Entwicklung, Geschwisterrivalität, Mutterbeziehung, Urszene und Ödipuskomplex⁴) versandet

1 Peter Tzscheetzsch: Psychologisierung politischen Widerstands. Forum Kritische Psychologie 35. Berlin 1995, S. 134; vgl. auch den »Spiegel« Nr. 43/1994, S. 86 ff.

2 Inge Vieth: Nie war ich furchtloser. Autobiographie. Hamburg 1996, S. 18.

3 Ilka Raddatz: »Strategie oder Psychologie? Der Beitrag psychologischer Theorien zur Analyse des Terrorismus«. Unveröffentlichte Diplomarbeit am Studiengang Psychologie der FU Berlin 2004.

4 Werner Bohleber, (2002): Kollektive Phantasmen, Destruktivität und Terrorismus. Psyche – Zeitschrift für Psychoanalyse und ihre Anwendungen 2002, S. 708.

und schließlich in zwei aus zweiter Hand referierten Beispielen narzisstischer Kränkungen verendet, denen man z. B. entnehmen kann, dass eigentlich und in letzter Instanz – und bestätigt durch eine Tante – die Eltern eines Selbstmord-Attentäters Schuld sind⁵.

Die von Skrupeln kaum angefressene, keineswegs auf das Gebiet des Terrorismus beschränkte psychologische Pathologisierung anderer liegt durchaus auch in der Tradition der Frankfurter Schule, für die Psychologie weitestgehend identisch mit Psychoanalyse war; dass sich der aktuelle theoretische Blinddarm der Kritischen Theorie, die Antideutschen, nur noch von Wahnsinnigen umgeben sieht, wäre mit seinem eigenen analytischen Instrumentarium leicht als Projektion retour zu kutschen, aber das wäre ja nur Teil eben des Problems, mit dem ich mich auseinandersetzen will. Dieses Problem ist das der Psychologisierung.

Bevor ich mich damit weiter auseinandersetze, will ich den begrifflichen Rahmen, in dem ich selber psychologisch operiere, bezüglich der (lebenspraktischen) Vermittlung der individuellen mit der gesellschaftlichen Reproduktion explizieren. Die Kritische Psychologie richtet sich sowohl gegen eine krude Umwelt- bzw. biographische Determiniertheit des »Verhaltens« als auch gegen die Vorstellung eines Lebens in weltentbundenen subjektiven Sinnstiftungen. Psychologisch von Bedeutung sind objektive Lebens-Bedingungen als ökonomische, kulturelle, symbolische Handlungsmöglichkeiten bzw. Handlungsbehinderungen, zu denen sich das Individuum verhalten kann und muss – ebenso wie es sich zu sich selber und den anderen Menschen verhalten kann und muss. In der individuellen Art und Weise, in der das Individuum Handlungsmöglichkeiten und -behinderungen nach seinen Bedürfnissen interpretiert, werden diese Bedingungen für das Individuum dessen »Handlungs-Prämissen«. Prämissen in diesem Sinne meinen den subjektiv begründete Weltbezug des Individuums. Subjektives Handeln, Empfinden, Leiden sind deswegen nicht aus Bedingungen abzuleiten, ihnen gegenüber allerdings auch nicht beliebig⁶.

Dies bedeutet nun dreierlei:

1. Deterministische Positionen scheiden aus: Frigga Haug bspw. irrt, wenn sie meint, dass der deterministische Behaviorismus zwar »zynisch« sei, zugleich aber »massenhaft tatsächlichem Verhalten bzw. seinen Änderungen« entspreche⁷. Adorno hat denselben – falschen – Gedanken schon 1957 methodisiert: »Dort, wo die Menschen unter dem Druck der Verhältnisse in der Tat auf die »Reaktionsweise von Lurchen« (hier verweist Adorno auf die »Dialektik der Aufklärung«, M. M.) heruntergebracht werden, wie als Zwangskonsumenten von Massenmedien und anderen reglementierten Freuden, passt die Meinungsforschung, über welche sich der ausgelagerte Humanismus entrüstet, besser auf sie als etwa eine »verstehende« Soziologie: Denn das Substrat des Verstehens, das in sich einstimmige und sinn-

5 Ebenda, S. 715.

6 Klaus Holzkamp: Grundlegung der Psychologie. Frankfurt/M. 1983, S. 349.

7 Frigga Haug: Lernverhältnisse – Selbstbewegungen und Selbstblockierungen. Hamburg 2003. S. 134.

hafte menschliche Verhalten, ist in den Subjekten selbst schon durch bloßes Reagieren ersetzt.«⁸

Eben nicht: Eine Theorie über Opportunismus, Anpassung und Verblödung ist mit dem Behaviorismus nicht – oder eben nur scheinbar – zu haben. Oder mit Holzkamp⁹: Organismische Anthropologie ist Denkweise, nicht Realität. Theoretisch und methodisch ist eine menschlich spezifische Differenz zwischen gesellschaftlichen Anforderungen mit ihren Handlungsbedeutungen und Nahelegungen und der Art und Weise, wie sich Individuen dazu tatsächlich emotional, kognitiv und praktisch verhalten, zu berücksichtigen – differenziert nach den Freiheitsgraden natürlich, die die Anforderungen lassen. Unter diesem Aspekt sind Behauptungen über (neue) Subjekt(ivitäts)formen immer sehr kritisch zu beäugen. Sicher gibt es die althusserschen Anrufungen – aber es gibt auch, um in derselben Metapher zu bleiben, Anrufbeantworter und abgestellte bzw. nicht abgenommene Telefone. Allgemein: Der Umstand, dass verschiedene Menschen objektive Umstände verschieden erfahren und sich verschieden darin und dazu verhalten, ist kein ernsthafter empirischer Befund, sondern begrifflich schon vorausgesetzt. Dass (viele) verschiedene Menschen sich ähnlich verhalten, ist danach kein deterministischer Effekt, sondern auf die jeweilige subjektive Funktionalität bzw. (typische) Prämissen-Gründe-Zusammenhänge hin zu analysieren. Auf diese Weise ist es auch zu vermeiden, Menschen klassifikatorisch über einen Leisten zu schlagen und damit komplexitätsreduzierende Sortier- und Ordnungserwartungen zu bedienen, die allenthalben an die Psychologie gestellt werden, und mit denen sich eine Kritische Psychologie anlegen muss.

2. Handeln, Empfinden, Leiden, auch Gestörtsein zu verstehen, heißt, den Zusammenhang von Gründen und Prämissen in einem Begründungsdiskurs zu rekonstruieren. Das heißt aber auch: Verstehen ist Verstehen eines subjektiven Weltbezuges, nicht einer weltlosen Innerlichkeit. Ein Prämissen-Gründe-Zusammenhang muss keineswegs bewusst sein, er ist aber zu rekonstruieren und kann im Zuge dieser Rekonstruktion bewusst gemacht werden. Die Rede vom »Unbewussten« als psychischer Dynamik macht im Übrigen nur im Begründungsdiskurs Sinn. Im Bedingtheitsdiskurs ist dagegen weder die Rede vom »Bewussten« noch vom »Unbewussten« sinnvoll: Lackmus-Papier färbt sich zwar gewiss nicht bewusst blau oder rot, aber eben auch nicht unbewusst.

3. Handeln und Empfinden können psychologisch nicht als »irrational« abqualifiziert werden, auch z. B. das von »Anti-Deutschen« nicht. Vielmehr ist, was mir an mir selber und an anderen irrational erscheint, in seiner Begründetheit, in seinem Prämissen-Gründe-Zusammenhang (noch) nicht aufgeklärt.¹⁰ Ich kann natür-

8 Theodor W. Adorno: Soziologie und empirische Forschung. In: Gesammelte Schriften. Frankfurt/M. 1997, S. 202 f.

9 Klaus Holzkamp: Wissenschaftstheoretische Voraussetzungen kritisch-emanzipatorischer Psychologie (1970). In: Ders.: Kritische Psychologie. Vorbereitende Arbeiten, Frankfurt/M. 1972, 75-146.

10 Dies kann an einer kleinen Geschichte veranschaulicht werden: Eine Frau kauft bei IKEA einen Kleiderschrank, den sie im Schlafzimmer erfolgreich zusammensetzt; der Schrank bleibt aber nur so lange stehen, bis die Straßen-

lich meine Handlungen, Denkweisen, Empfindungen und die anderer an meinen bzw. irgendwelchen gesellschaftlichen Rationalitätsmaßstäben messen und bewerten; dies ist aber etwas anderes, als (mir) die jeweiligen Beweggründe verständlich zu machen (die ich allerdings wiederum zu externen Rationalitätsmaßstäben ins Verhältnis setzen kann).

Zurück zum Problem der Psychologisierung, das ich an den Terrorismusbeispielen einführte. Psychologisierung ist eine allgemeine Denkweise mit zwei Varianten, man könnte auch sagen, eine bürgerliche Medaille mit zwei Seiten, die ich zunächst erläutern möchte, um dann zu zeigen, wie diese mächtige Denkform im neoliberalen Verantwortungsdiskurs so auf den praktischen Begriff kommt, dass selbst mancher Psychologiekritik bzw. kritischen Psychologie der Kopf verdreht wird.

Als Motto der allgemeinen Denkweise der Psychologisierung kann die Mitteilung der Mutter allen Neoliberalismus, Margaret Thatchers gelten, sie kenne nur Individuen und Familien, aber keine Gesellschaft. Alles, was als Gesellschaft imponieren kann, löst sich danach in das Handeln der vielen Individuen auf. Jede(r) handelt für sich selber und ist für sich verantwortlich. Das moralische Credo lautet: Wenn jede(r) an sich denkt, ist an alle gedacht.

Thatcher war mit ihrer Auffassung durchaus auf der Höhe einer Psychologie, die mein akademischer Lehrer, Klaus Holzkamp, folgendermaßen beschrieb: »Es ist charakteristisch für die bestehende Psychologie, dass sie das Einzelindividuum unbefragt als das »Konkrete« bestimmt und demgegenüber Konzeptionen wie »Gesellschaft« als Resultat generalisierender Abstraktion ansieht, die an den Verhaltensweisen »konkreter« Einzelindividuen ansetzt, so dass »Gesellschaft« als etwas bloß Gedachtes erscheint, das im Verhalten von Einzelindividuen seine einzige Grundlage hat.«¹¹

Im Anschluss an Marx nannte Holzkamp dies eine Verkehrung von Konkretheit und Abstraktheit, die von den gesellschaftlichen Vermittlungen individuellen Handelns absieht (abstrahiert). Was konkret erscheint, ist in Wirklichkeit abstrakt oder mit einem Wort von Karel Kosík¹² – »pseudokonkret« und bspw. Grundzug einer individuumsbesessenen und gesellschaftsvergessenen Diagnostik.

bahn vorbeirattert. Auch ein erneuter Aufbau übersteht das Vorberatern der Straßenbahn nicht. Ein freundlicher IKEA-Mitarbeiter lässt sich erweichen, selber den Aufbau vorzunehmen. Als er damit fertig ist, wird beschlossen, dass er die nächste Straßenbahn abwartet – und zwar (mit Taschenlampe) im Schrank, damit er einen potenziellen Zusammenbruch des Schrankes von innen verfolgen kann. Während nun die Frau dem freundlichen IKEA-Mitarbeiter ein Bier holt, passiert, was in solchen Geschichten immer passiert: Der Ehemann der Frau kommt – zu diesem Zeitpunkt jedenfalls – überraschend nach Hause. Im Schlafzimmer sieht er den neuen Schrank und öffnet ihn: »Was machen Sie denn hier?«, fragt er fassungslos den Fremden im Schrank. »Ich warte auf die Straßenbahn.«

Die (wissenschaftliche) Moral der Geschichte: Die Antwort des Fremden – »Ich warte auf die Straßenbahn« – ist nur für den »irrational«, der die Prämissen des Fremden nicht aufgeschlüsselt hat, bzw. das nicht kann oder nicht will. »Irrationalität« ist also nicht das positive Resultat einer Analyse, sondern deren Abbruch bzw. das Eingeständnis, sie nicht zu Ende führen zu können.

11 Klaus Holzkamp: Wissenschaftstheoretische Voraussetzungen kritisch-emanzipatorischer Psychologie. A. a. O., S. 101.

12 Karel Kosík: Die Dialektik des Konkreten. Frankfurt/M. 1967.

Personalisierung bedeutet vor diesem Hintergrund in der ersten Variante (bzw. in der einen Medailleseite), von den Lebensumständen der Menschen derart zu abstrahieren, dass gesellschaftliche Beschränkungen in subjektive Beschränktheit uminterpretiert werden. So wird aus einer alleinerziehenden Mutter mit fünf Kindern in zwei Zimmern mit fließend Wasser von allen Wänden das psychologische Problem der mangelnden Frustrationstoleranz dieser Frau oder aus dem hyperaktiven Kind, wie Klaus Weber analysierte¹³, umstandslos ein Anwendungsfall für das Medikament Ritalin, aber kein Anlass für ein Überdenken von Zuständen in der Schule¹⁴.

Vor dem Hintergrund teilweise skandalöser Ausblendungen der Vermitteltheit von Verhalten und Verhältnissen wird verständlich, wieso in der Tradition einer gesellschaftskritisch inspirierten Psychologie bzw. Psychoanalyse (im Sinne von Fromm, Brückner, Mitscherlich) diskutiert wurde, die den Individuen gesellschaftlich zugefügten Beschränkungen und Beschädigungen so zu theoretisieren, dass der Begriff der (psychischen) Krankheit auf die Gesellschaft selber zu übertragen sei, also von einer »Pathologie der Normalität«¹⁵ zu reden, gegenüber der das Erkenntnisinteresse psychoanalytischer Sozialpsychologie dann darin zu bestehen habe, »gesellschaftliche Einrichtungen (Institutionen) und ihren komplexen Zusammenhang zu untersuchen, die dazu dienen, den Ausbruch sozialpathologischer Störungen zu verhindern oder ihn zu befördern«¹⁶. In diesem Sinne meinte Adorno, man könne den »Charakter« eines Menschen »beinahe ein System von Narben nennen, die nur unter Leiden, und nie ganz, integriert werden. Die Zufügung dieser Narben ist eigentlich die Form, in der die Gesellschaft sich im Individuum durchsetzt, nicht jene illusorische Kontinuität, zu deren Gunsten (...) von der schockhaften Struktur der einzelnen Erfahrung« abgesehen werde«¹⁷.

Entsprechend ist der Pathologie des Normalen weder individuell zu entkommen, noch ist ihr individuell beizukommen. Diese psychologische Kritik der Psychologisierung benennt also auf spezifische Weise jene gesellschaftlichen Strukturen, die das psychologisierende Denken ausblendet.

Die zweite Variante der Psychologisierung (bzw. die andere Seite der Medaille) ist die Reduktion gesellschaftlicher auf psychologische Fragen, anders (und mit Adorno¹⁸) formuliert, die Denkweise, gesellschaftliche »Zustände aus dem Seelenleben ihrer Opfer zu erklären« – allgemeiner, psychologische Muster auf gesellschaftliche Sachverhalte auszudehnen, ein Prozess, der durch die Entpolitisierung

13 Weber, Klaus: Wann ist (m)ein Kind normal? Oder: Wie Erziehungsratschläge Verwirrung stiften. In: Forum Kritische Psychologie 45 (2002), S. 131-145.

14 Annette Raggatz: Subjektive Theorien von Lehrern zum Verhältnis von Unterricht und ADS. Unveröffentlichte psychologische Diplomarbeit am Fachbereich Erziehungswissenschaft und Psychologie der Freien Universität Berlin 2003.

15 Thomas Leithäuser; Brigitte Volmerg: Psychoanalyse in der Sozialforschung. Opladen 1988, S. 16.

16 Ebenda, S. 17 f.

17 Theodor W. Adorno: Die revidierte Psychoanalyse (1952). In: Gesammelte Schriften. Frankfurt/M., Bd. 8, S. 24.

18 Ders.: Minimal Moralia (1951). Gesammelte Schriften. Frankfurt/M., Bd. 4, S. 36.

der Gesellschaft begünstigt wird. Zykowski zeigte schon 1987, wie in dieser Denkweise Armut als gesellschaftliches Phänomen sich in Arme auflöse; Rogers empfahl zur Gesellschaftsveränderung die Therapierung der Mächtigen, Moreno lud auf dem Höhepunkt der Kubakrise Kennedy und Chruschtschow zu einem Psychodrama ein, Watzlawick interpretierte diese Krise als Interpunktionsproblem, Stierlin rekonstruierte Aktionen der RAF familiendynamisch.¹⁹

Ein für mich in diesem Zusammenhang schlagendes aktuelles Beispiel ist die Auflösung von Geschichtspolitik in unterschiedliche Formen des »Gedächtnisses« (individuelles, Familien-, kollektives und kulturelles Gedächtnis²⁰): Indem auch gesellschaftlich-politische Auseinandersetzungen unter den psychologischen Begriff des Gedächtnisses subsumiert werden, werden sie gleichzeitig ihres politischen Charakters weitestgehend beraubt, die Gesellschaft wird enteignet und löst sich in Psychologie auf.

Psychologie wird, so die Konsequenz beider Seiten der Psychologisierung bzw. der Entpolitisierung der Gesellschaft, zu einem umfassenden Paradigma der Interpretation der gesellschaftlichen Verhältnisse befördert (vgl. auch Sonntag 1993). Eine der zentrale Denkfiguren dabei ist die maßlose Aufblähung des im Titel meines Beitrages angeführten Verantwortungsbegriffs, durchaus im Zusammenhang mit der von Adorno benannten »Illusion der Ohnmächtigen, ihr Schicksal hinge von ihrer Beschaffenheit ab«²¹: Verantwortungszuschreibung als psychologisierende Kehrseite gesellschaftlicher Marginalisierung.

Mit meiner bisherigen Argumentation habe ich mich – den Workshop-Charakter unseres Unternehmens sozusagen ausnutzend – in folgende Probleme hineinmanövriert, die ich – zumindest hier – nicht in Gänze lösen, sondern eher nur explizieren kann und zur Diskussion stellen will:

1. Es ist für die Analyse des Verantwortungsproblems notwendig, die bewusste politische Strategie, die Einzelnen für das Gesamte verantwortlich zu machen, von dem psychologischen Irrtum zu trennen, auf die damit verbundene Psychologisierung hereinzufallen; ich bin mir übrigens nicht sicher, inwieweit die verschiedenen foucault-inspirierten »Gouvernementalitätsstudien« zwischen diesen Polen changieren, das Konzept der Gouvernementalität seinen intellektuellen Siegeszug dem Umstand verdankt, dass es letztlich psychologisiert ist, sich im psychologischen Paradigma verfängt.

2. Gegenüber einem psychologischen/psychologistischen Paradigma der Gesellschaftsdeutung muss eine ihres Geltungsbereichs bewusste und insofern wissenschaftlich haltbare Psychologie verteidigt werden – als eine psychologische Basis der Kritik des Psychologismus.

19 Nach Peter Tzscheetzsch: Psychologisierung politischen Widerstands. A. a. O., S. 137.

20 Vgl.: Aleida Assmann: Vier Formen des Gedächtnisses. In: Erwägen – Wissen – Ethik, 13, H.2 (2002), S. 183–190.

21 Theodor W. Adorno: Zum Verhältnis von Soziologie und Psychologie. In: Gesammelte Schriften, Bd. 8, S. 54.

3. Es ist zu analysieren, in wieweit der, wie geschildert, kritisch inspirierten Konzeption der »Pathologie des Normalen«, die Tendenz innewohnt, den Pathologiebegriff so aufzublähen, das letztlich doch im allgemeinen »Wahn« Gesellschaft und Individuen in psychologischer Manier verschmelzen.

Meine These ist nun, wie ja schon angedeutet, dass die neoliberale Umstrukturierung, wie sie sich vor allem in den Veränderungen der Arbeitsverhältnisse und des Sozialsystems zeigt (vgl. etwa Seppmann 2005, Wolf 2005, Ferchland 2005), psychologisierendes Denken wesentlich plausibler macht, als es ohnehin schon war.

Auffällig ist dabei, dass in dieser aktuellen Psychologisierung die Gesellschaft nicht mehr ausgeklammert werden muss, sondern als integraler Bestandteil psychologisierenden Denkens fungiert: Die vielfältig vermittelte Gesellschaft(lichkeit) wird nach dem Muster einer unmittelbaren Gemeinschaft dargestellt, wobei dann Globalisierung nur heißt, dass es überall auf der Welt (die ja »ein Dorf« geworden ist) so zugeht. Die Parole »Du bist Deutschland« spitzt das nur ebenso blöde zu wie die triumphale Versicherung »Wir sind Papst«.

Die Verantwortung der Einzelnen für sich und das Ganze reduziert dieses auf ein natürlich klassenloses Beziehungsgeflecht. Man könnte fast meinen, Marx hätte sich dagegen prophylaktisch gewehrt, als er im »Kapital« schrieb: »Weniger als jeder andere kann mein Standpunkt, der die Entwicklung der ökonomischen Gesellschaftsformation als einen naturgeschichtlichen Prozeß auffaßt, den einzelnen verantwortlich machen für Verhältnisse, deren Geschöpf er sozial bleibt, sosehr er sich auch subjektiv über sie erheben mag.«²³

Und in eben diesem Sinne stellt Engels (1886) klar: »Wenn ich in dem Sinne wie hier und anderwärts von der Gesellschaft als einer verantwortlichen Gesamtheit spreche, die ihre Rechte und Pflichten hat, so versteht es sich, daß ich damit die Macht der Gesellschaft meine, diejenige Klasse also, die gegenwärtig die politische und soziale Herrschaft besitzt und damit zugleich auch die Verantwortlichkeit für die Lage derer trägt, denen sie keinen Teil an der Herrschaft gibt.«²⁴

Demgegenüber kommt die psychologisierende Diffusion von Verantwortung, auch wenn sie kritisch gemeint ist, etwa in folgenden Passagen bei Ute Osterkamp zum Ausdruck, wenn sie schreibt, dass »die Verantwortung für die Flüchtlingspolitik ... alle trifft«²⁵ bzw. »dass die Verantwortung für die offizielle Abschreckungspolitik ... bei uns allen liegt«²⁶. Wenig später konstatiert sie, dass die »gängigen

22 Werner Seppmann: Dynamik der Ausgrenzung. Über die soziostrukturellen Konsequenzen der gesellschaftlichen Spaltungsprozesse. In: Utopie kreativ 179 (September 2005), S. 781 – 795; Michael Wolf: »Aktivierende Hilfe«. Zu Ideologie und Realität eines sozialpolitischen Stereotyps. In: Utopie kreativ 179 (September 2005), S. 796 – 808; Rainer Ferchland: Ein regierungsamtliches Paradoxon. Zum Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. In: Utopie kreativ 179 (September 2005), S. 809 – 818.

23 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band. In: MEW, Bd. 23, S. 16.

24 Friedrich Engels: Lage der arbeitenden Klasse in England. In: MEW, Bd. 2, S. 324 (Fußnote zur Ausgabe von 1886).

25 Ute Osterkamp: Rassismus als Selbstentmächtigung. Hamburg 1996, S. 56.

26 Ebenda.

psychologischen Theorien« »von der individuellen Verantwortung für das Verhalten der jeweils anderen ablenken«²⁷. Hier wird die Absurdität der Verantwortung aller Einzelnen für gesellschaftliche Zustände konkretisiert auf die Verantwortung eines jeden für den jeweils anderen – mit der aparten Folge, dass eigentlich keine(r) mehr für sich verantwortlich sein kann, weil es ja jemand anders schon ist, gleichwohl alle verantwortlich sind. Die psychologisch relevante Frage, inwieweit ich das Verhalten anderer so beeinflusse, dass ich dafür mit verantwortlich bin, kann so als offene Frage gar nicht mehr gestellt werden. Den Vergewaltiger, der sich eingeladen sieht, wird's freuen.

Unbeschadet solcher Ungereimtheiten impliziert die Verantwortungsuniversalisierung eine Verstrickung, aus der Befreiung nicht mehr gedacht werden kann: Denn auch wenn ich mich bspw. bis an die Grenzen meiner Möglichkeiten gegen Rassismus oder barbarische Flüchtlingspolitik einsetze, bleibt ja das Problem, dass es – sozusagen ohne Ende – weitere Probleme gibt, gegen die ich dann nichts unternehmen kann – etwa Gewalt gegen Kinder, neo-imperialistische Kriege, Fleischskandale, AIDS-Politik, religiöse Umtriebe, etc. Trotzdem soll ich dafür verantwortlich sein. Meine so existenziell gegebenen wie strukturell uneinlösbare Verantwortung haftet mir an wie die Erbsünde in der katholischen Kirche – nur dass es im psychologistischen Verantwortungsuniversum nicht einmal die Taufe gibt.

Ähnliche Probleme bringt der Verantwortungsdiskurs in der Aufarbeitung von Geschichte mit sich, sofern er die kritisierte horizontale oder synchrone Entgrenzung der Verantwortung durch eine vertikale oder diachrone Entgrenzung ergänzt und bei den so Beschuldigten jenen Reflex nach dem »Schlussstrich« nahe legt, welcher mit einer strukturell informierten Argumentation nicht zu kriegen ist. Um es provokatorisch zuzuspitzen: Heute 20-Jährige als »Täterenkel« in eine Verantwortungshaftung zu nehmen, ist so sinnvoll, wie mir eine Verantwortung am Ersten Weltkrieg anzudienen.²⁸ Anders und allgemein: Mit dem Mittel derartiger Psychologisierungen dürfte eine Politisierung von Jugendlichen kaum klappen.

Entgegen dem – ggf. intentionswidrig bedienten und beförderten – psychologischen Paradigma der Deutung gesellschaftlicher Zustände, das Politiker/innen natürlich – interessiert – allenthalben im Munde führen, um sich zu entlasten und sich mit dem von ihnen dazu gemachten »kleinen Mann« gemein zu machen, muss eine kritische Psychologie darauf bestehen, dass individuelle Verantwortung nicht strukturell diffundiert²⁹.

27 Ebenda, S. 59.

28 Wenn schon, würde ich persönlich dann lieber die Mitverantwortung für die Gründung des Spartakusbundes übernehmen.

29 Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass das Aufkommen Haftungs- und Versicherungsüberlegungen gerade dazu diene, Individuelle Unsicherheiten und Verantwortlichkeiten zu reduzieren, sei es bezüglich der Folgen von Handlungen (etwa Haftpflichtversicherung), sei es bezüglich kontingenter Ereignisse (etwa Hausratsversicherung), und dass demgegenüber der Abbau des Sozialstaates die Verantwortung des Einzelnen faktisch wieder ausdehnt – ideologisch gestützt eben dadurch, dass der kritisierte Verantwortungsdiskurs Verantwortung

Der neoliberalen kollektiven Indienstnahme durch einen universal aufgeblähten Verantwortungsbegriff, der psychologisierendem Denken eine aktuelle Note verleiht, durch dieses sich gesellschaftstheoretisch gebärden kann, ist m. E. auf gleichem Felde kaum zu begegnen, sondern nur so, dass der Verantwortungsbegriff »hinterfragt« wird: Wenn ich für etwas die Verantwortung übernehmen soll, muss ich fragen, inwieweit das, was ich übernehmen soll, in meinem Interesse ist, eine Problem- oder Fragestellung, die der gleicht, mit der ich zu tun kriege, wenn ich »motiviert« werden soll, also wenn ich auch wollen soll, was ich (tun) soll. Hier hat Ute Osterkamp zur Kritischen Psychologie das Konzept des »inneren Zwangs«³⁰ beigetragen, das ich für meine Problemstellung für wesentlich halte. Ich kann gegen eine Anforderung Widerstand leisten oder ich kann zu ihrer Übernahme gezwungen werden.

»Innerer Zwang« als die dritte Variante bedeutet, dass ich den Zwangscharakter so verinnerliche, dass ich zu wollen meine, was ich soll – mit der Implikation, dass diese Konstellation für mich widersprüchlich ist, weil ich gegenläufige Impulse abdrängen muss. Ein Beispiel dafür wären Leistungsentäußerungen in Konkurrenzsituationen, in denen ich in sozusagen Verfolgung meiner Leistungsziele gleichzeitig meine sozialen Beziehungen ruiniere, dies aber in seiner Bedeutung abwerte. (Die Fähigkeit zu einem so verselbständigten Willen ist übrigens nach Auffassung der Kritischen Psychologie der psychische Ermöglichungsgrund der Ausbeutbarkeit³¹.)

ohnehin ins Endlose ausdehnt. Mit der Übernahme einer derartigen Verantwortung kann man sich aber nur übernehmen. Es passt zu dieser Entwicklung, wie in sozialer Arbeit der Begriff der »Ressourcen«, dessen ursprüngliche Intention darin bestand, Menschen, die Hilfe brauchen, nicht (nur) unter »Defizit«-Gesichtspunkten zu sehen, nunmehr so personalisiert wird, dass man sich gefälligst auf sich selber besinnen und Krisen auch dann als Chance wahrnehmen soll, wenn man keine hat. Hier wäre interessant, Begriffe wie »Empowerment«, »Gemeindeorientierung«, »Prävention«, »Gesundheitsverhalten« auf Funktionswandel und damit verbundene Zumutungen zu analysieren (vgl. Jochen Kalpein : Case Management: Methode zwischen Emanzipation und Affirmation? Unveröffentlichte Abschlussarbeit zum Weiterbildungsstudium Psychosoziale Arbeit »Studiengang Systemisches Casemanagement« 2005 an der Alice-Salomon-Fachschule Berlin; Morus Markard: »Für Jugendliche und mit Jugendlichen« oder: Zum Verhältnis von Willen und Wohl. Unveröffentlichtes Manuskript 2005).

Bayertz hat Genese und Problematik des Verantwortungsbegriffs rekonstruiert (Kurt Bayertz: Eine kurze Geschichte der Herkunft der Verantwortung. In: Ders. (Hg.), Verantwortung. Prinzip oder Problem? Darmstadt 1995, S. 3-71). Graumann hat, was die Psychologie angeht, darauf verwiesen, dass dort »Verantwortung« sozusagen in zwei Sparten existiert: »verantwortlich gemacht werden« in den Attributionstheorien, »verantwortlich sein oder sich fühlen« (oder auch eben nicht) in Theorien zu prosozialem Verhalten (Carl Friedrich Graumann: Verantwortung als soziales Konstrukt. In: Zeitschrift für Sozialpsychologie, 25, H.3/1994, S. 184-191). Ich kann dem hier nicht weiter nachgehen.

Demirovic hat in seinem Aufsatz »Verantwortung und Handeln« verschiedene struktur- und handlungstheoretische und Argumentationslinien nachgezeichnet und damit verbundene Verantwortungszuschreibungen, diffusions- und -übernahmen diskutiert (Alex Demirovic: Verantwortung und Handeln. In: Frankfurter Arbeitskreis für politische Theorie & Philosophie (Hrsg.): Autonomie und Heteronomie der Politik. Politisches Denken zwischen Post-Marxismus und Poststrukturalismus. Bielefeld 2004, S. 143-169).

30 Ute Osterkamp: Grundlagen der psychologischen Motivationsforschung 2. Die Besonderheit menschlicher Bedürfnisse – Problematik und Erkenntnisgehalt der Psychoanalyse. Frankfurt/M. 1976, S. 342 ff.; Klaus Holzkamp: Grundlegung der Psychologie. Frankfurt/M. 1983, S. 412 ff.

31 Klaus Holzkamp: Grundlegung der Psychologie. A. a. O., S. 323.

Interesse ist aus meiner Sicht der Begriff, mit dem »Verantwortung« bzw. Appelle, Verantwortung zu übernehmen, zu hinterfragen sind. Dabei wäre es allerdings unsinnig, Interessen nur so aufzufassen, dass man diese allein individuumszentriert oder auf unmittelbare Gruppenbeziehungen zentriert begreifen kann. Denn das hieße, dass mein Interesse mein ein und alles wäre, und das Interesse aller anderen ihr ein und alles, was wiederum bedeutete, dass keiner für den anderen sich interessierte, dass das mich Interessierende das für den/die anderen Uninteressante wäre³².

Handlungsvorsätze bzw. Handlungen sind, wie oben dargestellt, in Prämissen als subjektiven Weltakzentuierungen und nach Maßgabe individueller »(auf Weltverfügung/Lebensqualität gerichteten) Lebensinteressen«³³ begründet. Interessen ergeben sich häufig nicht von selber, sondern sie sind argumentativ zu entwickeln. Horkheimer 1936 hat in seiner Schrift »Egoismus und Freiheitsbewegung« die Gegebenheiten reflektiert, unter denen die Vertretung eigener Interessen auf Kosten anderer geht, insofern die Vertretung eigener Interessen im negativen Sinne egoistisch ist.³⁴ Die Frage ist also, unter welchen Bedingungen die Vertretung eigener Interessen überhaupt ein Problem ist. Denn eine Gesellschaft, in der keiner seine Interessen verträte, kann ja wohl auch nicht das Interesse aller sein – jedenfalls nicht in jener Perspektive, in der die freie Entwicklung eines jeden die Voraussetzung der freien Entwicklung – und damit der freien Interessenentfaltung – aller ist.

Wenn sich in dieser Perspektive das Übernehmen von Verantwortung als eigene psychische Qualität oder als besondere Aufgabe herauskristallisiert, müsste eigentlich ausgeschlossen werden können, dass sie neoliberal entgrenzt oder im Sinne einer Indienstnahme instrumentalisiert ist,³⁵ man sich also mit der Übernahme von Verantwortung fremdbestimmen lässt bzw. strukturell übernimmt.

Unter diesem Aspekt ist es eher problematisch, wenn man sich, wie Matthias Platzeck 2005 damit brüstete, sich »nie vor Verantwortung gedrückt« zu haben; andererseits wurde er dafür von allen Flügeln der SPD herzlich gedrückt und mit ca. 103,8 Prozent der Stimmen zum Parteichef befördert worden, was ja laut Platzeck-Vorgänger Franz Müntefering das schönste Amt »neben dem Papst« ist, was wir ja wiederum jetzt alle sind – eine Verantwortung, vor der man sich sowieso nicht drücken kann.

32 Morus Markard: Wenn jede(r) an sich denkt. Ist an alle gedacht. Zum Problem Verallgemeinerbarkeit von Interessen/Handlungen zwischen kollektiver Identität und Universalismus. Erscheint in: Forum Kritische Psychologie 49 (2006), S. 106-123.

33 Klaus Holzkamp: Alltägliche Lebensführung als subjektwissenschaftliches Grundkonzept. In: Das Argument 212 (1995), S. 817- 846.

34 Max Horkheimer: Egoismus und Freiheitsbewegung (1936). In: Ders.: Traditionelle und kritische Theorie. Fünf Aufsätze. Frankfurt/M 1992, S. 43-122.

35 Es ist dann jeweils ausfindig zu machen, was der Präsident der Akademie der Künste in Berlin, Adolf Muschg, bei der Eröffnung einer Ausstellung zu Leben und Werk Edgar Hilsenraths so formulierte: »Verantwortung ist schon lange der Deckname der Macht.« (Tagesspiegel vom 22. November 2005, S. 25)

Die neuen Angstregime

Über Demokratie zu sprechen bedeutet über Macht und Herrschaft zu sprechen, über einen Weg, Herrschaft und Macht auszuüben. Verändern sich die Akteure in diesen Beziehungen, gewinnen oder verlieren sie Einfluss oder ändert sich der Gegenstand der Auseinandersetzung um Macht, verändert sich damit untrennbar auch der Charakter der Demokratie. Will man diese Veränderungen fassen, sollte man an erster Stelle die Konstante in ihnen bestimmen. Soweit Demokratie eine Art und Weise der Machtausübung darstellt und damit staatliche Institutionen, gesellschaftliche Organisationen usw. hervorbringt, ist sie nicht passive Hülle, sondern wirkt aktiv auf die Entwicklung der Machtverhältnisse in der Gesellschaft zurück. Gegenstand der hier anzustellenden Überlegungen soll die Frage sein, wie das gegenwärtige demokratische politische System auf Motivationen, Antriebe zum Handeln in der Gesellschaft wirkt und damit auch den Charakter von sozialen Beziehungen beeinflusst.

Eine zentrale Frage des Überlebens einer jeden Gesellschaft besteht darin, ob und inwieweit sie ihrer Struktur nach in der Lage ist, die Fähigkeiten und Fertigkeiten ihrer Mitglieder in einer sie selbst stabilisierenden Weise freizusetzen. Stabilisierend ist dabei nicht einfach als Konservierung eines gegebenen Zustandes zu verstehen. Vielmehr bedeutet Stabilität in dem hier zu betrachtenden Sinne, dass:

- Gesellschaft in ihrer Totalität (Ganzheitlichkeit) fähig ist, der Tätigkeit ihrer Mitglieder eine bestimmte Richtung zu geben,
- Gesellschaft Möglichkeitsfelder schafft, in denen Varianten eigener (d. h. so wohl der Gesellschaft als auch ihrer Mitglieder) Entwicklung praktizierbar und diskutierbar werden
- Gesellschaft Raum für die Umsetzung von bestimmten, auch widersprüchlichen Interessenkonstellationen in Handeln schafft und neue Interessenlagen produziert.

Eine stabile Gesellschaft produziert so beständig die Voraussetzungen eigener Weiterentwicklung als Totalität. Dies bedeutet nicht, dass diese stabile Gesellschaft frei von Unsicherheit wäre. Gerade die kapitalistische Gesellschaft schöpft ihre Antriebe vor allem aus Unsicherheit und Angst, die notwendige Momente der Konkurrenz sind.

Das Handeln der Einzelnen, der sozialen Gruppen wie auch der Gesellschaft insgesamt vollzieht sich ausgehend von der eigenen Interessenlage auf der einen und unter der Bewertung von Möglichkeiten, die die Gesellschaft in ihrer gegebenen Struktur bietet (oder zu bieten scheint) auf der anderen Seite. Aus der Wechselwirkung dieser beiden Komponenten erwachsen die Motivationen und Trieb-

kräfte, Werte, Rechte und Pflichten, die mehr oder weniger vermittelt Handeln nach sich ziehen. Gegebene Produktionsverhältnisse und Widersprüche durchlaufen, obwohl im täglichen Handeln der Menschen beständig reproduziert, immer diesen aus der Totalität von Gesellschaft erwachsenden und von dieser Totalität geprägten Umwandlungsprozess, bevor sie wiederum selbst handlungsbestimmend werden.

Die gegebene relative Selbständigkeit der einzelnen Elemente dieser Totalität macht Entwicklung von Gesellschaft überhaupt erst möglich, bedingt aber auch den Fakt, dass Antriebe, Motive und Triebkräfte, also letztlich Gründe für den Einzelnen oder Menschengruppen, sich auf bestimmte Art zu verhalten, eine eigenständig zu bearbeitende Bedeutung besitzen, aber auch in gewissen Grenzen gestaltbar sind. Macht erwächst aus der Fähigkeit, diesem beständigen Wandel von Interessen und Bedingungen Raum zu geben und gleichzeitig die Früchte dieser Dynamik zu monopolisieren, z. B. durch Rechtskonstruktion, Repression, Inkorporation und geistige Hegemonie.

Es war eine der vornehmsten Aufgaben des bürgerlich-demokratischen gegen den alten feudalen Staat, die letzten Beschränkungen für die Wirksamkeit der dem Kapitalismus entsprechenden Triebkraftkomplexe, am offensichtlichsten die der freien Konkurrenz, zu beseitigen. Demokratie bedeutet hier an erster Stelle Befreiung des Wirtschaftsbürgers, des fungierenden Kapitalisten von allen Schranken feudaler und zünftiger Produktionsweise. Die Produktion des Proletariats als dazu spiegelbildlicher gigantischer Enteignungsprozess erscheint zuerst als politisch marginales, durch Arbeitshäuser und Polizei beherrschbares Nebenfeld.

Die wirtschaftlichen und kulturellen Veränderungen im 19. Jahrhundert verwandeln jedoch die »Arbeiterfrage« in die »soziale Frage« und schließlich den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit zum wesentlichsten, das System bürgerlich-demokratischer Herrschaft prägendes Widerspruchs- und Kampffeld. Davon gehen vom Ende des 19. Jahrhunderts (mit dem Fall des Sozialistengesetzes) die entscheidenden Impulse für die Ausformung der bürgerlichen Demokratie aus. Allein mit staatlicher Gewalt und Pressung in technologische Zwangsregime lässt sich das entstehende Proletariat, zunehmend durch eine qualifizierte Facharbeiterschaft geprägt, nicht mehr beherrschen.

Mit dem Sozialistengesetz und dessen Fall vollzieht sich in Deutschland der Übergang zu neuen bürgerlich-demokratischen Herrschaftsstrukturen, in denen Formen der Kompromissfindung und der Inkorporation wachsendes Gewicht gewinnen. Die Perfektionierung der Kompromiss- bzw. Konsensbildung wird zum äußeren Merkmal des Ausbaus bürgerlicher Herrschaft. Ähnliche Prozesse sind um die Jahrhundertwende in den anderen bürgerlichen Staaten zu konstatieren. Die damit verbundenen kulturellen und Veränderungen in Moral und Ethik schaffen nicht nur relative »politische Ruhe«, sondern erschließen auch neue Quellen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Dynamik. Repression und Angst verschwinden dabei natürlich nicht, sie werden aber, vor allem durch das Erstarken der Bewe-

gung der Arbeiter und Arbeiterinnen und ihrer Organisationen, anders beherrschbar. Diese Organisationen dämmen die Konkurrenz der Beschäftigten untereinander ein und geben der Entwicklung von solidarischen Strukturen eine kollektive Grundlage.

Der Gewinn der proletarischen Solidarität nach dem Verlust der Dorfgemeinschafts-, zünftigen oder Familiensolidarität schafft neue relative Sicherheiten, die von der Politik aufgegriffen werden und durch die Schaffung von Systemen sozialer Sicherung, durch Arbeits- und schließlich Tarifrecht in die kapitalistische Ordnung inkorporiert werden. Es ist festzuhalten, dass die Konstituierung der Arbeiterbewegung in der Gewerkschafts- und der sozialdemokratischen Bewegung auf der einen Seite und die Konstituierung der Unternehmerschaft in Verbänden und als »Sozialpartner«, also die Etablierung kollektiver Formen der Konfliktbearbeitung, den Charakter der Entwicklung des bürgerlich-demokratischen Systems bis in das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts prägen.

Angst der Arbeiterinnen und Arbeiter vor Repression und sozialem Druck, vor Hunger und Elend und positive Anreize aus dem Arbeitsprozess, aus der vergesellschafteten Arbeit können sich kombinieren, weil auch die Probleme kollektiv zu bewältigen erscheinen und teilweise auch zu bewältigen sind. Aus der Sicht der Kapitaleseite erscheinen die Verhältnisse auch sicherer – der Arbeiter, die Arbeiterin wird berechenbarer, verlässlicher letztlich auch entwicklungsfähiger. Sie erzwingt auch Konsenskultur auf der Kapitaleseite, auch hier wird in dieser Zeit Konkurrenz kollektiv gestaltbar. Die staatlich garantierte demokratische Ordnung macht dieses Zusammenwirken verlässlich. Sie wirkt so notwendig konservativ und macht sich so von allen Seiten angreifbar. Die Kehrseite dessen ist, dass jedes Herausbrechen eines der Elemente aus dieser Konstellation auch die entsprechende handlungsrelevante Struktur von Triebkräften infrage stellt. Ohne Verluste an gesellschaftlicher Stabilität und Dynamik lassen sich verschiedene politische Systeme und Kulturen nicht vermischen – die Illusion, man könne etwa Elemente des amerikanischen politischen Systems ohne weiteres mit denen Deutschlands zusammenwerfen.

Die Debatte um die Antriebe, Triebkräfte und Motivationen muss also als politökonomische, ideologische und als kulturelle Debatte geführt werden. Das Zusammenwirken von Profitlogik, Konkurrenz und bürgerlich-demokratischer Ordnung, Moral und Ethik bündelt sich auf einer Seite in einem historisch bestimmten Menschenbild (in allen seinen z. T. gegensätzlich scheinenden Ausformungen, wie etwa auch Parteiprogrammen, Lehrmeinungen, Werten etc.), auf der anderen im konkreten politischen Handeln der verschiedenen gesellschaftlichen Akteure, also Parteien, Gewerkschaften, Unternehmerverbände usw.

Für das hier zu betrachtende Problem des Neuen in der Ausformung des politischen Systems des Kapitalismus soll der Schwerpunkt auf die Wandlung des Konkurrenzmechanismus gelegt werden.

»Konkurrenz belebt das Geschäft« ist eine gängige Redensart. Die implizite Vorstellung ist idyllisch – Konkurrenz sei wie ein Wettbewerb (meist auch syno-

nym gebraucht), eine sportliche Veranstaltung, in der nicht gewinnen heißt, dass man wenigstens mit dem aus der Auseinandersetzung herauskommt, was man eingebracht hat – sieht man vom Energieverlust und möglichen Blessuren ab. Man bleibt Sportler bzw. Sportlerin, kann jederzeit wieder antreten oder es auch sein lassen. Konkurrenz erscheint als Spiel. Tatsächlich entfacht der Kapitalismus durch die ökonomische und politische Beseitigung von alten Abhängigkeiten und Bindungen eine Dynamik gesellschaftlicher Entwicklung, wie sie bisher von keiner anderen Gesellschaft entwickelt werden konnte. Es scheinen, so eine der Behauptungen, alle dabei zu gewinnen, oder wenigstens gewinnen zu können, wenn man sich denn auf das Spiel einlässt. Die Erklärung von Konkurrenz- bzw. Kooperationsmechanismen mit Methoden der Spieltheorie scheinen dem auch einen wissenschaftlichen Hintergrund zu geben. Tatsächlich ist die Konkurrenz selbst als Triebkraft ein Moment von Machtverhältnissen, sie ist ein spezifischer Mechanismus gesellschaftliche Anerkennung von komplexen Ansprüchen an die Gesellschaft und insofern auch Gegenpol von bürgerlicher Demokratie. Der Verlust der sozialen Existenz, des sozialen Status verändert auch die Stellung im politischen System, die Artikulations- und Durchsetzungsfähigkeit im demokratischen System.

In der Mainstream-Ökonomie taucht die Triebkraftfrage nur in deren äußerer Form der »Anreize« bzw. »Fehlreize«, »Steuerung« bzw. »Fehlsteuerung« auf. Sie kennt keinen Zusammenhang im Sinne einer umfassenden Wechselwirkung von verschiedenen wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Prozessen. Die manifesten Ängste werden als individuelle Unzulänglichkeiten gefasst, als aus Unverständnis resultierende, neidinduzierte Massenpsychose. Der in diesem Kontext gepflegte Eklektizismus bei der Formulierung von Ratschlägen für die Politik muss sich an einer Stelle in einen jegliche Gesellschaft bedrohenden Zustand verwandeln, weil der Misserfolg der Konzepte aus der Sicht der Theorie nur durch weitere Verschärfung zu wenden sei – die Politik und die praktizierenden Wirtschaftseliten nutzen diese ideologische Begleitmusik zu gerne, um ihren Schnitt dabei zu machen. Es lässt sich sagen: Die Elite ist sich des Mechanismus der eigenen Machtausübung nicht bewusst, praktiziert ihn aber. Diese Bedenkenlosigkeit dem eigenen Handeln gegenüber ist vor dem Hintergrund der Erfahrungen des 20. Jahrhunderts mehr als bedrohlich.

In der Realität bedeutet Konkurrenz der Kampf um die eigene soziale Existenz. Konkurrenz und Wettbewerb sind wenigstens unterschiedliche, wenn nicht ab einer bestimmten Stufe gesellschaftlicher Entwicklung sogar gegensätzliche Formen der Herstellung bzw. Organisation von Arbeitsteilung und Gesellschaftlichkeit. Der Verlust der alten Bindungen, die neue Art der Herstellung von Gesellschaftlichkeit in einem fortschreitenden Vergesellschaftungsprozess über den Markt, schafft neue Zwänge für das Verhalten und für die Überlebensstrategien und in diesem Kontext neue Ängste. Die Angst verändert ihren Charakter, sie bezieht sich zunehmend auf die Anonymität des Marktes. Der Bedrohung der eigenen Existenz als vergesellschafteter Mensch scheint man nur durch eigene, individu-

elle Anstrengung, Qualität und Erfindungsreichtum gegen die anderen und in feindlicher Abgrenzung zu ihnen entgegen zu können. So erweisen sich die Markt und Konkurrenz positiv zugeschriebenen Phänomene Kreativität, Flexibilität, Innovationsfähigkeit usw. auch als Resultante von Angstmechanismen.

Diese »soziale Angst« wird gleichzeitig tabuisiert, wie sie überall präsent ist. Sie wird künstlerisch eindrucksvoll aufgearbeitet als Wirkung »der Gesellschaft« auf das Individuum, als menschenzerstörender Zwang, dem man nicht entfliehen zu können meint, der schließlich in Krankheit, Zerstörung oder Selbstzerstörung endet.

Dies alles ist nicht neu. Die Verarbeitung dieser Angst fällt aber im Zuge der Veränderung in Produktionskonzepten und Managementstrategien sowie mit der Durchsetzung neoliberaler Weltsicht wieder vorrangig dem Individuum zu. Damit werden auf einer neuen Stufe gesellschaftlicher Entwicklung die kollektiv-basierenden Motivations- und Triebkraftzusammenhänge negiert. Es wird so getan, als ob diese allseits präsente und notwendig präsente Angst nichts mit der Bewegung der Gesellschaft zu tun habe, man nur die Mechanismen ihrer Verarbeitung perfektionieren müsse, um »damit umgehen zu können«. Reich werden dabei die Psychiaterinnen und Psychiater der Oberschicht...

Tatsächlich gehen die Eliten mit der Angst der anderen sehr kreativ um. Der sozialstaatliche Kompromiss setzte im Kern auf die Entfaltung von Dynamik durch Ergänzung der Konkurrenz- und Marktkräfte durch die Kraft eines »gesellschaftlichen Konsens der Teilhabe«, in dieser Hinsicht in der Tradition des Konzeptes von »Zuckerbrot und Peitsche« stehend. Die berechtigte Angst der Eliten nach dem Zweite Weltkrieg vor einer Infragestellung der Legitimität ihrer Herrschaft erzwang die Etablierung positiver Anreize, ohne auf repressive Momente verzichten zu wollen, zu können und zu müssen. Die weitgehende Rechtssicherheit, die Ausweitung der politischen Beteiligungsrechte in bestimmten Bereichen, die Macht der Gewerkschaften und der wachsende Einfluss von umweltpolitischen und Organisationen der Verbraucherinnen und Verbraucher befestigten dieses relative Gleichgewicht.

Der Bruch der Konsenskultur und der Zurückdrängung vor allem der Gewerkschaften sowie der Ausweitung repressiver Momente im Sozialstaat markiert nicht nur eine neue Stufe von Umverteilung, sondern auch und nicht zuletzt eine Neukonstituierung der Triebkraftstruktur mit allen kulturellen und sonstigen Folgen. Die Zurückdrängung der relativ breite Kreise der Bevölkerung erfassenden Konsens- bzw. Kompromisskultur, die die Verpflichtung zur Milderung von Ängsten einschloss und die mit den Gewerkschaften einen weitgehend anerkannten Ort von Solidarisierung gegen Bedrohungen sozialer Existenz kannte, zieht einen neuen Stellenwert der sozialen Angst nach sich; dies lässt den ablaufenden Wandel auch als ein »neues Angstregime« charakterisieren. Diese kategoriale Absetzung gegenüber bisherigen Triebkraftkonstellationen soll deutlich machen, dass es um mehr geht als um das bloße verstärkte »In-Konkurrenz-Setzen«.

Kern der neuen Angstregime ist die Angst vor der Unfähigkeit, in kollektiven Systemen zu tragfähigen gesellschaftlichen Kompromissen bzw. Strategien zu

kommen, die ein Mindestmaß an Stabilität gewährleisten oder gesellschaftliche Veränderungen ermöglichen. Das Neue besteht darin, dass das schon immer praktizierte Wechselspiel von Prekarisierung und Inkorporation an Breite, Tiefe, Schärfe und Dynamik gewinnt und damit Angst in anderer Art und wirksamer als je zuvor in Friedenszeiten gesellschaftliche Beziehungen prägt. Der darauf beruhende Triebkraftmechanismus trägt ein gewaltiges zerstörerisches Potenzial in sich, insoweit es bestehende und lange bekannte Tendenzen verstärkt.

Keine soziale Schicht wird von diesem neuen Angstregime verschont. Auf der einen Seite prägen Arbeitsplatzunsicherheit und -konkurrenz, Repression im Arbeitsprozess, Repression in den Systemen sozialer Sicherung, Verunsicherung hinsichtlich Versicherungserträge oder Eigenheimbesitz, Druck aus der Geschwindigkeit von gesellschaftlichen Veränderungen, Qualifikationsanforderungen aber auch manifesten globalen Probleme vor dem Hintergrund des Verlustes gewerkschaftlicher Bindungen und anderer öffentlicher Räume (vor allem im Zuge von Privatisierungen) das Leben und das Handeln vieler Menschen. Selbst die nunmehr in Teilen der Produktion mögliche Auflösung technologischer Zwangsabläufe bedeutet erst einmal Verunsicherung, indem mögliche Selbstorganisation primär als Selbstorganisation von Arbeitsplatzkonkurrenz erscheint.

Auf der anderen Seite, auf der der herrschenden Oligarchie, wächst Angst auf der gleichen Grundlage: Erträge aus Vermögen werden unsicher, wenn das Vermögen nicht gewaltig ist, private Versicherungen werden von den Vermögenden mit Misstrauen beobachtet, die eigene soziale Existenz im Krankheitsfall und im Alter wird unberechenbarer. Die Stellung der Manager hat sich ebenfalls verändert (vor allem in Deutschland, weniger etwa in den USA) und ist unsicherer geworden. Mit Basel II und der breiten Einführung von Ratingverfahren verändern sich Finanzierungsmöglichkeiten und damit Konkurrenzbedingungen grundlegend. Selbst die alten Kontrahenten, die Gewerkschaften wie auch die Linke, sind nicht mehr genau sichtbar, der Feind verschwindet, die in Meinungsumfragen dokumentierbare Bedrohung bleibt, angereichert durch die in den eigenen Reihen erwachsende Bedrohung.

Aktiver denn je schaltet sich der Staat in die Gestaltung des erwähnten Wechselspiels ein: Die in breiter Front erkannte Notwendigkeit der Etablierung von Inkorporations- neben den Repressionsmechanismen, die Gestaltung ihrer Wechselwirkungen bestimmt in den letzten 10 Jahren zunehmend staatliches Handeln und prägt die Reform des öffentlichen Dienstes und des gesamten politischen Systems, insbesondere hinsichtlich der Erweiterung partizipativ- sowie direkt-demokratischer Elemente, mit. Verbetriebswirtschaftlichung und Erweiterung von Spielräumen der Partizipation sind miteinander verquickt – die Partizipationsmöglichkeiten präsentieren sich auf der Oberfläche als kollektive Therapie der sozialen Angst. Durch Forderungen nach einer auch gesetzlich fundierten Erweiterung der Transparenz von bestimmten Unternehmensentscheidungen scheint dieser Geist selbst in die Zentralen wirtschaftlicher Macht vorzudringen. Es stellt sich die Frage, in-

wieweit diese neuen Qualitäten staatlichen Handelns und die damit verbundenen Formen »bürgerschaftlichen Engagements« sich tatsächlich als Aufhebung der Negation der früheren Konsens- und Inkorporationsmechanismen bewähren können und welche neuen Widersprüche (damit Entwicklungspotenziale) ggf. aus diesen Veränderungen erwachsen.

Die platteste Form der Inkorporation sind Kampagnen wie etwa »Du bist Deutschland« oder »Durch Deutschland muss ein Ruck gehen«. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass sie nicht auf Konsens des Verschiedenen (und Widersprüchlichen) orientieren, sondern auf Identität des Widersprüchlichen. Die Offensichtlichkeit des Demagogischen dürfte deren Wirksamkeit gering halten.

Subtilere und für den hier zu betrachtenden Zusammenhang größere Bedeutung besitzende Wege zeigen sich in der Beförderung des »bürgerschaftlichen Engagements« oder in Initiativen wie etwa dem »Netzwerk Kommunen der Zukunft«, in denen sich Partizipation und Inkorporation durchdringen und die ein gesellschaftliches Klima schaffen sollen, in denen Repression legitimiert wird. Es sollen durch die Eröffnung von Spielräumen für soziales Handeln in definierten Grenzen der Verlust der mit den früheren Großorganisationen verlorene Problemlösungskompetenz und Macht in verengter Form »zurückgegeben« werden, nicht in politisch und ökonomisch bestimmten Klassenverhältnissen, sondern unter vor allem kommunalem Fokus.

Eine Neukonstituierung von Beziehungen, die in der Tradition proletarischer Solidarität stehen, sollen so kulturell unattraktiv und ideologisch-moralisch unmöglich gemacht werden. Konzeptionell knüpft dies an kommunitaristische Vorstellungen an, wie sie vor allem in den USA entwickelt wurden und praktiziert werden. Der Entdemokratisierung und Angstproduktion durch Verschärfung der Konkurrenz am Arbeitsplatz (sei es als Lohnabhängiger oder Selbstständiger), Privatisierung, Sozialreformen, neue Produktionskonzepte und neue Konzepte »innerer Sicherheit« soll durch Partizipationskonzepte und Erweiterung bestimmter Formen direkter Demokratie entgegengewirkt und neue Trennungslinien in der Gesellschaft gezogen werden. Neben den »shareholder« tritt der »stakeholder«.

Dies ist nicht nur ein zweckorientiertes ideologisches Konstrukt. Natürlich haben Menschen auch über verschiedene soziale Schichten hinweg ein Interesse an einem intakten räumlichen Umfeld. Sicher wird die Bedeutung dieses Umfeldes noch wachsen. Da aber die konsequente Beschäftigung mit kommunalen Problemen und Widersprüchen zwangsläufig zu Fragen an die Gesellschaft führen müssen, ist die Produktion von Ängsten gegenüber den »Anderen«, denen, die draußen stehen, notwendige Kehrseite heute praktizierter Partizipationskonzepte: der »Krieg gegen den Terror«, Kampagnen gegen »Sozialmissbrauch« und illegal Beschäftigte oder repressive Migrationspolitik lassen ein Bild der Bedrohung entstehen, hinter dem die Ursachen der Bedrohung (soweit sie existiert) verschwinden.

Partizipative Demokratie erscheint nicht mehr als Form von Herrschaft, sondern als Selbstverteidigung und als Komplex antrainierbarer Verhaltensweisen –

sie scheint das Politische zu verlieren. Und wenn »ich« sie trainieren kann, dann können dies wohl auch die »Anderen«, und ich kann es von ihnen erwarten... Partizipation trägt in einem solchen Bedingungsgefüge, in scheinbar paradoxer Weise, die Tendenz zur Entdemokratisierung in sich, weil der Schritt zum Prinzip »Der Zweck heiligt die Mittel« denkbar klein ist. Wer aber setzt den »Zweck«? Und wie wirken die »Mittel« auf die einzelnen Menschen zurück? Die Akzeptanz von Kriegen und Sozialabbau als Mittel zur Verteidigung des Wirtschaftsstandortes (Zweck) hat letzteren bereits grundlegend verändert. Diese »Mittel« haben Bedingungen der unmittelbaren Wirkung von Konkurrenz geschaffen, indem sie eben Angst vor dem Absturz verallgemeinern.

Diese scheinbare Entpolitisierung von Demokratie, gekoppelt mit Angst und Entsolidarisierung im Zuge immer unmittelbarer Wirkungen von Konkurrenzbeziehungen im Alltag, macht Ausweitung von Repression, die ja zu einem partizipativ-demokratischen Ansatz im Gegensatz zu stehen scheint, möglich, ohne dass sich breiter Widerstand regt: man denke an die Art und Weise der Kontrollen von Hartz-IV-Berechtigten, engste Auslegung von Rechten von Sozialleistungsberechtigten oder die Einschränkung der Beteiligungsrechte bei Bauvorhaben (im Interesse der Beschleunigung von Investitionen). Durch völlige Aushöhlung der Selbstverwaltung werden Sozialversicherungssysteme der in ihnen manifesten Demokratisierungspotenziale beraubt, grundlegende Entscheidungen ihrer Entwicklung werden durch Kommissionen, die sich auch noch außerhalb parlamentarischer Kontrolle bewegen, vorbereitet und durch entsprechende öffentliche Platzierung vorweggenommen. Und die wahrscheinlich umfangreichste Sammlung personenbezogener Daten, die SCHUFA, ist eine private Einrichtung, deren Auskünfte Existenzen infrage stellen können, ohne dass die Betroffenen das merken.

Der Zwang zur individuellen Selbstbehauptung, der Repression gegen »Anderere« zu rechtfertigen scheint, wird wiederum durch neuere Konzepte Politischer Bildung, etwa der »Demokratieerziehung«, aufgegriffen, um deren zerstörerische Wirkungen aufzufangen und auf der individuellen Ebene zu domestizieren. Solidarität wird als Solidarität im Verzichten (zum Wohle des Standortes), nicht als Solidarität bei der Aneignung von Welt, selbstbestimmter Gestaltung von Gesellschaft zugelassen. Exklusion wird nicht als interessengeleiteter repressiver Akt politischer oder wirtschaftlicher Akteure wahrgenommen, sondern als Selbstausschluss der Betroffenen, der umgekehrt die Repression rechtfertigt.

Damit verwandelt sich demokratische Partizipation in einen Prozess der Produktion von Subräumen und gegenseitiger Isolierung – die »Anderen« werden unberechenbar und damit auch Gegenstand von Ängsten. Solidarität bleibt auf der Strecke, Spaltungen werden vertieft – die Demokratie bewährt sich als Grundlage kapitalistisch-bürgerlicher Machtausübung.

Die Problematik wird dadurch verschärft, dass die häufig anzutreffende Gegenreaktion, die Betonung der eigenen Rechte durch marginalisierte Gruppen, die Betonung ihrer Identität als eigene Gruppe (nicht als Gruppe, die in solidarische

Beziehungen mit anderen eingebunden ist) diesen Mechanismus stabilisiert. Das Manifestieren des »Dazu-Gehörens« setzt i. d. R. vor allem die Akzeptanz des Konkurrenz- und Marktdogmas voraus. Die Anerkennung als Marktfaktor erscheint als menschliche Emanzipation und wird als Emanzipation überhaupt dargestellt. Die Ambivalenzen des Gender-Mainstreamings, der Queer-Konzepte etwa oder die der wohlfahrts-ökonomischen Ansätze resultieren gerade aus der mit ihnen verbundenen Veränderungen in der Dynamik von Inkorporation und Exklusion.

Die Emanzipation als Wirtschaftsbürgerin oder -bürger über frühere ethnische und kulturelle Schranken hinweg erschließt der Wirtschaft neue Produktivitätsreserven, setzt gleichzeitig innerhalb der bisher marginalisierten Gruppen aber auch neue Widersprüche. Die Angst dieser Inkorporierten ist eine Doppelte – die als Wirtschaftsbürgerin oder -bürger zu versagen und damit auch noch in einen überwundenen kulturellen Status zurückfallen zu müssen. Das macht Repression aus einer ganz individuellen Interessenlage heraus selbst bei eigener Erfahrung mit Ausschluss akzeptabel. Identitätspolitik trägt so einen zerreißenen Widerspruch in sich, wenn sie nicht mit der Entwicklung neuer Ansätze von Solidarität über die eigene Identität hinaus verbunden werden kann.

Es wäre allerdings verfehlt, Ansätze partizipativer Demokratie und der umfassenden Durchsetzung von BürgerInnenrechten etwa als bloße Surrogate für fehlende gesellschaftliche Beteiligungs-, Einfluss- und Veränderungsmöglichkeiten zu betrachten. Wenngleich die »Schöne neue Demokratie« durchaus Reflex einer Machtverschiebung zugunsten der Oligarchie ist und sie stärker als früher auf Ängste gleichermaßen als Triebkräfte und Stabilisatoren setzt, ist sie auch Zeichen dafür, dass die heutige Gesellschaft ihre Stabilität nur bewahren kann, wenn sie wesentlichen Teilen der Bevölkerung Zugang zu aktiver Teilnahme an sie betreffenden Entscheidungen bietet. Konkurrenz ist nur dann Triebkraft, wenn sie sich als Moment von Kooperation entwickelt. Kooperationsfähigkeit ist in einer so hoch vergesellschafteten Wirtschaft lebensnotwendig. Kooperation erfordert neben juristisch ausgeklügelten Verträgen Vertrauen, Kommunikation, Verlässlichkeit – Fähigkeiten, die auf Dauer nicht erzwingbar sind und die sich in einem Klima der Angst nicht entfalten können. Dies macht die »Schöne neue Demokratie« von ihren Wurzeln her in verschiedene Richtungen anfällig.

Mehr denn je ist daher die Demokratisierung der Demokratie (auch in formalem Sinne), die Politisierung des Blicks auf Demokratie und die Entwicklung einer eigenen solidarischen Kultur (einschließlich einer solidarisch geprägten politischen Kultur innerhalb und zwischen den Organisationen) Voraussetzung für jegliche Gesellschaftsveränderung. In dem »neuen Angstregime«, dass Tendenzen von Inkorporation und Exklusion gleichermaßen in sich einschließt, manifestieren sich Widersprüche in einer neuen Schärfe, werden Grundfragen des Zusammenlebens und der Gestaltung auch wirtschaftlicher Beziehungen aufgeworfen, die die Zukunft der Demokratie gemeinsam mit der Solidarität im 21. Jahrhundert zu einem Hauptfeld der Auseinandersetzungen werden lassen.

Widerstandspotenziale gegen Autoritarismus/ Rechtsextremismus in Staat und Zivilgesellschaft

Die Frage nach Widerstandspotenzialen gegen Autoritarismus/Rechtsextremismus in Staat und Zivilgesellschaft steckt voller Widersprüche, deutet doch alles darauf hin, dass dieser Widerstand in beiden Sphären bzw. in Rückkoppelungseffekten zwischen ihnen reproduziert wird. So kann man etwa davon ausgehen, dass »[d]ie ›unsichtbare Hand‹ des prekarierten Arbeitsmarktes [...] ihre institutionelle Ergänzung und Entsprechung in der ›eisernen Faust‹ eines Staates [findet], der mit dem Ziel umgestaltet wird, die von der Ausbreitung sozialer Unsicherheit hervorgerufene Unruhe in Schach zu halten«¹. Zudem zeigt sich das Autoritäre des Neoliberalismus selbst beispielsweise im Denken seines konzeptiven Ideologen Hayek, der die Effekte des stummen Zwangs der gesellschaftlichen Verhältnisse zu notwendigen, quasi-natürlichen Prinzipien der Auslese und Unterwerfung mystifiziert² sowie im Zynismus des ehemaligen Arbeitsministers Clement, dem Bezieher/innen von Transferleistungen nur deshalb nicht als Parasiten gelten, weil »Sozialbetrug nicht durch die Natur bestimmt, sondern vom Willen der Einzelnen gesteuert«³ sei. Neben diesem im sozialdemokratisch-bürgerlichen Block selbst produzierten profaschistischen Material formiert sich in Deutschland eine rechts-extreme Bewegung – anders als in Rechtspopulismen anderer europäischer Staaten – als Antikapitalismus von unten, in dem sich sozialer Protest und die Entfremdung vom Gemeinwesen reaktionär artikulieren: »Weg mit Hartz IV«, »Schnauze voll«, »Gegen Globalisierungswahn«, »Grenze dicht für Lohndrücker« – so und ähnlich lauteten die Parolen, mit denen NPD und DVU im Herbst 2004 in die Landtage in Sachsen und Brandenburg einzogen«⁴ – und, so ist hinzuzufügen, Ende 2006 auch in den Landtag Mecklenburg-Vorpommerns sowie in einige Bezirksverordnetenversammlungen Berlins.

Wenn also die tiefliegenden Wirkungs- und Attraktionsweisen des Autoritarismus/Rechtsextremismus (in)direkt im politischen Projekt des Neoliberalismus begründet sind, entfaltet sich in Staat und Zivilgesellschaft zugleich auch vielfältiger Widerstand. In diesem Beitrag sollen staatliche Programme gegen Rechtsextremismus dargestellt und auf wirksame Eingriffsmöglichkeiten im Sinne einer

1 Loic Waquant: Die Bestrafung der Armut und der Aufstieg des Neoliberalismus. In: Peter Bathke; Susanne Spindler (Hg.): Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Berlin 2006, S. 110.

2 Herbert Schui: Rechtsextremismus und totaler Markt: Auf der Suche nach gesellschaftlicher Klebmasse für den entfesselten Kapitalismus. In: Ebenda, S. 50 ff.

3 Zitiert in: Ebenda, S. 56.

4 Gerd Wiegel: Moderner Rechtsextremismus in Deutschland Fehlanzeige? Volksgemeinschaft und ›Antikapitalismus‹ als Erfolgsrezept der NPD. In: Ebenda, S. 77.

Demokratisierung der Gesellschaft abgeklopft werden. Um diese Frage zu beantworten, werde ich insbesondere darauf eingehen, welche Rolle außerschulischer Bildungsarbeit sowie Jugendarbeit im Rahmen dieser Kampagnen zugewiesen wurde. Dabei gehe ich davon aus, dass beide Praxisfelder nicht per se in der Funktion ›sanfter Repression‹ aufgehen, sondern durchaus antirassistische/antifaschistische Kräfte in der Zivilgesellschaft stärken könnten. Die Frage ist, ob und wie sie diese Potenziale auch realisieren, oder warum sie sich selbst behindern und vereinnahmen lassen.

Bildungs- und Jugendarbeit in staatlichen Kampagnen gegen Rechtsextremismus: Vereinnahmung, Selbstbehinderung, Widerständigkeit

Seit der Wende gab es zwei staatliche Kampagnen gegen Rechtsextremismus, die jeweils durch den Druck der internationalen Öffentlichkeit nach besonders schrecklichen Gewalttaten zustande kamen: Im Falle der Regierung Kohl waren es die mehrtägigen Ausschreitungen gegen die Zentrale Aufnahmeestelle für Asylbewerber und Flüchtlinge (ZAST) in Rostock im August 1992, bei der Regierung Schröder der (zum Glück gescheiterte) Anschlag auf jüdische Immigranten in Düsseldorf 2000. Die Konturen der dritten Kampagne unter der Großen Koalition zeichnen sich mittlerweile deutlich ab.

Die Kampagne der Regierung Kohl

Die Kampagne der 1990er Jahre gehorchte der Logik der Extremismus-Bekämpfung: Repression der ›extremen Ränder‹ durch Verbote rechtsextremer Vereinigungen, Abbau der gewaltförmigen Spitzen des Rechtsextremismus und Integration der zu Opfern bzw. Mitläufern verklärten Täter durch Jugend(sozial)arbeit. Die Kampagne hat keine tiefgreifenden Wirkungen entfaltet aus Gründen, auf die ich kurz eingehen möchte.

Staatliche Verbote von Vereinigungen senden zwar ein deutliches Signal an den organisatorischen Kern des Rechtsextremismus, entfalten aber keine langfristigen Wirkungen, weil das rechtsextreme Personal weiterhin aktiv bleibt. Bestenfalls führen Verbote zu einer kurzfristigen Destabilisierung der Szene, mittelfristig finden sich die rechtsextremen Kader und Aktivist/innen aber entweder in anderen Vereinigungen zusammen oder entwickeln, wie in diesem Fall, ein neues Organisationsmodell: Nach der Verbotswelle zwischen Dezember 1992 und Februar 1995 entstand nach und nach das Netzwerk von Kameradschaften, mit dem es Staat und Zivilgesellschaft bis nach der Jahrtausendwende zu tun hatten.

Die eigentliche Hilflosigkeit und Ineffektivität der Kampagne lag aber darin begründet, dass die wesentlichen Wirkungs- und Attraktionsweisen des Rechtsextremismus ausgeblendet wurden. Das Extremismusmodell legt nahe, eine vom extrem-rechten Rand unberührte »Mitte der Gesellschaft« zu konstruieren. Ignoriert wird nicht nur, dass Rechtsextremismus kein reines jugend(kulturelles) und Ge-

waltphänomen ist, sondern auch, dass proto-faschistisches Material sowohl von oben als auch von unten in besagter »Mitte der Gesellschaft« produziert wird. Ende der 1980er bis Anfang der 1990er Jahre handelte es sich dabei – neben dem nationalen Taumel der Wiederbereinigung – um die Kampagne zur Abschaffung des individuellen Rechts auf Asyl.⁵ Auf diese Kampagne wurde von unten konformistisch geantwortet, wofür exemplarisch die Tage von Rostock im August 1992 stehen: Der von organisierten Neonazis angeheizte Mob wird von den umherstehenden »normalen« Bürger/innen unterstützt, die Polizei versagt, und geht dann hauptsächlich gegen die den Opfern zur Hilfe eilenden Antifaschistinnen vor, Innenminister und Innenminister finden kein Wort des Bedauerns für die Opfer, sondern werten die militanten Ausschreitungen als weiteren Beleg dafür, dass das Boot voll und der § 16 GG endlich zu schleifen sei – im Selbstverständnis der Protagonisten übrigens als antirassistische Maßnahme.

Vor diesem Hintergrund war die der Jugend(sozial)arbeit in der Kampagne zugewiesene zentrale Rolle tatsächlich eine Zumutung. Zugespitzt formuliert sollte sie unter sonst gleich bleibenden rassistischen Verhältnissen und rechtsextremer kultureller Dominanz in manchen Kommunen Ostdeutschlands (potenzielle) Gewalttäter in den Schoß einer Gemeinschaft holen, der sie ideologisch längst angehörten. Allerdings wurde diese Zumutung vielerorts auch auf der Grundlage der Konjunktur eines Konzeptes angenommen, das unter komplett anderen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen Ende der 80er Jahre in Bremen entwickelt worden war. Außerschulische Bildungsarbeit spielte als Maßnahme in dieser Kampagne überhaupt keine Rolle. Gewalt hatte nach der damals gängigen These ihre Ursache unmittelbar in der Desorientierung von Modernisierungsverlierern, deren Denken in dem konzeptionellen Kurzschluss zwischen Desintegration-Verunsicherung und Gewalt ausgeblendet wurde bzw. sekundär blieb. Die Frage nach der ideologischen Verschiebung, der relativen Eigenständigkeit von Ideologie und danach, warum denn die einen ethnisierende und rassistische Denk- und Praxisformen für plausibel halten und leben, andere aber nicht, wurde nicht gestellt. Für Bildungsarbeit gab es also keinen Anlass, zumal sie vielleicht einen wie auch immer rudimentären Zusammenhang zwischen Gewalt, rechtsextremem Denken und dessen Verbreitung in der »Mitte der Gesellschaft« hätte herstellen können.

Bildungsarbeit in der rot-grünen Kampagne gegen Rechtsextremismus

Die rot-grüne Kampagne gegen Rechtsextremismus, die im Sommer 2000 anlief, setzte deutlich andere Akzente. Wohlwollend zugespitzt formuliert, nahm sie den

5 »Die Kernelemente des am 1. Juli 1993 in Kraft getretenen »Asylkompromisses« stellen die Drittstaatenregelung und das Institut der sogenannten sicheren Herkunftsländer dar. Flüchtlinge, die aus diesen Staaten stammen, bzw. über diese in die Bundesrepublik eingereist sind, können sich nicht mehr auf Artikel 16 des Grundgesetzes berufen. Aufenthaltsspendende Maßnahmen können unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden (§ 26a AsylVfG)... Somit ist nicht mehr die eigentliche politische Verfolgung entscheidend für die Anerkennung als Asylberechtigter, sondern der Fluchtweg.«
<http://www.puk.de/ai-dortmund/asyl/wegweiser/kapitel5.htm>.

Kampf um kulturelle Hegemonie auf (dessen inhaltliche Grenzen unten noch herausgestellt werden). Im deutlichen Unterschied zum schwarz-gelben Kampagne setzte dieses Programm als Ziele, die »erwachsene« Mehrheitsbevölkerung aufzuklären und zu mobilisieren, Opfer rechter Gewalt zu unterstützen sowie nicht-rechte und linke Jugendkulturen zu stärken.

Die Dominante lag auf dem Versuch, die Kräfteverhältnisse im so genannten vopolitischen Raum (dort gefasst als Zivil-, im Sinne der Bürgergesellschaft) zu gunsten demokratischer Prinzipien zu verschieben. Wesentliche Vermittlungsinstanzen waren vom Staat finanzierte, aber weitgehend unabhängige Strukturprojekte wie Mobile Beratungsteams, Opferberatungsstellen und Netzwerkstellen. Zudem wurden auch vielfältige Maßnahmen außerschulischer politischer Bildung gefördert. Untergeordnet, wenn auch präsent, waren in dieser Phase repressive Maßnahmen wie das (gescheiterte) erste Verbotsverfahren gegen die NPD sowie einige andere Organisationen. Zwar führte die wesentlich von rot-grün organisierte Transformation vom fordistischen Wohlfahrts- zum neoliberalen Wettbewerbsstaat nach weitgehender Übereinstimmung der Rechtsextremismus-Forschung diesem in der Tiefenströmung neue Potenziale zu. Dennoch wäre es vor dem Hintergrund der skizzierten programmatisch eröffneten Spielräume unverständlich, wenn sich in der Bildungsarbeit keine widerständigen Potenziale entfaltet hätten. Dieser Bewertungsfrage möchte ich mich nun etwas detaillierter zuwenden, wobei ich mich auf umfängliche Studien der einschlägigen erziehungs und gesellschaftstheoretischen Debatten, eigene Erfahrung im Rahmen meiner Tätigkeit bei der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin sowie die Kenntnis gängiger Bildungsmaßnahmen und Konzepte beziehe.

Interkulturelle Bildungsarbeit

In den Sphären von Erziehungswissenschaften, Bildungslandschaft und Politik ist eine Formation relativ einflussreich, deren antirassistischer Ansatz darin besteht, Toleranz und Respekt zwischen Angehörigen »verschiedener Kulturen« zu fördern. Ein Theorem, das diese Strategie begründet, lautet, dass es in der Begegnung zwischen »Einheimischen« und »Fremden« aufgrund kultureller Prägungen zu »Fremdheitserfahrungen« und Irritationen käme; um zu verhindern, dass hieraus »Fremdenfeindlichkeit« entstehe, sollen diese Fremdheitserfahrungen thematisiert werden, damit dann optimaler Weise kulturelle Vielfalt als Bereicherung erlebt werde. An dieser Konzeptualisierung von »Rassismus« wird kritisiert, dass sie die politische und soziale Diskriminierung von Menschen ohne deutschen Pass bzw. »mit Migrationshintergrund« ausblendet, kulturelle Differenz auf die Binarität Nicht-Deutsch vs. Deutsch begrenzt, damit deren Verschränkungen u. a. mit Geschlechterverhältnissen und sozialer Lage ausblendet, und letztlich nicht nach den gesellschaftlich-sozialen Prozessen fragt, durch die hierarchisierende Differenz(en) hergestellt und subjektiv funktional werden. Teilweise wird jene eindimensionale kulturelle Differenz auch derart statisch und nach innen homogen ge-

dacht, dass sie identisch wird mit dem Gehalt dessen, was als Neorassismus bezeichnet wird. Auch wenn ich diese konzeptionellen Einwände teile, meine ich doch, dass dieser Ansatz in der Praxis zwischen progressiven Impulsen und der Reproduktion jener Differenz, die er produktiv aufheben will, oszilliert. Dies möchte ich an zwei Beispielen veranschaulichen.

Ein Berliner Tunnel, der als »Angstraum« bekannt ist, wurde mit Graffiti-Wandgemälden unter dem Motto »Gegen Rechtsextremismus und Rassismus, für Demokratie und Toleranz« von Jugendlichen und jungen Erwachsenen umgestaltet. Dieses Projekt erstreckte sich über zwei Jahre und involvierte mehr als 100 Personen aus Zivilgesellschaft (Ehrenamtliche aus Schule/Ausbildungseinrichtungen sowie Bündnissen gegen Rechtsextremismus), Kommunalpolitik, Verwaltung und dem Senat. Auf einer stilisierten Skyline Berlins tauchen Schriftzüge wie »All Different-All Equal« oder »Miteinander« über einem Schwarz/Weißen Kinderpaar auf. Vor dem Hintergrund einer Geschichte von der Eiszeit bis zum Paradies überqueren Figuren, die die Weltreligionen repräsentieren, einen Fluss unter dem Schriftzug »2Gether«.

Ein anderes Beispiel für diesen Ansatz ist, dass zum Schulfest ein schwarzer Musiker eingeladen wird, der im Bastrock trommelt und tanzt, um anschließend mit den Kindern über »afrikanische Sitten und Gebräuche« zu sprechen oder »afrikanische« Gerichte zu kochen. Dass aber ganz in der Nähe ein Asylbewerberheim steht, weiß niemand, und wenn über einen rechtsextremen Angriff gegen Minderheitenangehörige öffentlich berichtet wird, gilt die erste Sorge dem Image des Ortes, das vom Tourismus abhängt.

Beide Anwendungsfälle des Toleranzansatzes sind von den o. g. Widersprüchen durchzogen. Im ersten Beispiel wird deutlich, dass die spontanen antirassistischen Phantasien von Jugendlichen und Erwachsenen sich terminologisch und inhaltlich in dessen Grenzen bewegen. In Abgrenzung vom rechtsextremen Wunschraum der national befreiten Zonen und der realen Existenz eines Angstraumes jedoch erhält diese Phantasie ihr progressives Moment: Den sich vor Ort bewegenden Rechtsextremen wird signalisiert, dass eine Mehrheit der Bevölkerung ihr Projekt nicht unterstützt und gewillt ist, sich ihren Bestrebungen zu widersetzen. M. E. ist dies der in der Praxis relevante Referenzrahmen, und im Zuge der langfristigen und kleinteiligen (Bildungs)Arbeit von Mobilien Beratungsteams und Netzwerkstellen können die Grenzen dieser Denk- und Handlungsweisen sukzessive thematisiert und diskutiert werden. Zunächst aber muss ein Niveau vielfältigen Engagements in Politik und Zivilgesellschaft gegen den lokal grassierenden Rechtsextremismus in langwierigen Prozessen erreicht werden. Im Unterschied zur Konstellation des zweiten Beispiels zeichnet sich die Kommune im ersten nämlich genau dadurch aus, dass das Problem Rechtsextremismus/Rassismus offen benannt und in Kooperation verschiedenster Instanzen (politisch Verantwortliche, Bürger/innen-Initiativen, Jugendarbeit etc.) angegangen wird. Das Label Toleranz/Respekt kann im einen Fall bloßes Feigenblättchen, im anderen Ausdruck einer sich herauskri-

stallisierenden widerständigen Praxis sein. Diese unterschiedliche Funktion des Toleranzansatzes berührt allerdings nicht dessen oben genannte inhaltliche Grenzen. Diese werden dem Anspruch nach in Ansätzen politischer Bildungsarbeit thematisiert, auf die ich nun eingehen will.

Antirassistische Bildungsarbeit

Eine zweite Formation in Erziehungswissenschaften, Politik und Bildungsarbeit bewegt sich konzeptionell entlang der Frage, wie Rassismen in der transnationalen Produktionsweise der Gegenwart hergestellt werden. Hintergrund ist die Überlegung, dass rassistisches Denken und Handeln von Individuen als Ansatzpunkt von Bildungsarbeit in unserer Epoche anderen Bedingungsgefügen und Dynamiken unterliegt als etwa im 19. Jahrhundert oder zu Zeiten des Fordismus. Von daher wird nach den relevanten gesellschaftlichen Dimensionen gefragt, vor deren Hintergrund subjektive Formen des Rassismus verständlich werden. Letztere kreisen thematisch um die Ethnisierung des Sozialen im Sinne einer globalisierten Konkurrenz um die (Re)Produktion der eigenen Arbeitskraft bzw. den Bezug von Lohnersatzleistungen (»Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze/Ausbildungsplätze/Sozialleistungen weg«) bzw. im Sinne einer ideologischen Verschiebung ins Kulturelle (z.B. »Protest gegen Moscheen, weil man sich angesichts der vielen Muslime (=Islamisten=Terroristen) unwohl/fremd/bedroht im eigenen Land fühlt«); nach wie vor präsent sind auch Formen des biologistischen Rassismus, der in radikalen Kreisen als *white supremacy*⁶ fortlebt, aber auch im *common sense*, dass *whiteness* selbstverständliches Kriterium dafür ist, wer deutsch sein kann. Davon ausgehend werden die jeweils einschlägigen Debatten genutzt, um sich mit diesen Vorstellungen auseinanderzusetzen. Zu ihnen gehören u. a. die Auseinandersetzung mit Grundformen der Lebensweise im Kapitalismus, der Transnationalisierung von Arbeitsmärkten, dem Migrationsregime, dem Staatsangehörigkeitsrecht (*ius sanguinis* vs. *ius solis*⁷), sowie die *Critical Whiteness-Diskurse/Kolonialdispositive* etc. Natürlich sind hierin noch vielfältige inhaltliche Kontroversen eingelagert, generell aber wollen antirassistische Bildungsarbeiter/innen auch strukturelle Dimensionen rassistischer Denkformen zum Gegenstand machen. Ich möchte im Folgenden zeigen, dass vor allem die vorherrschenden didaktischen Formen diesen Anspruch tendenziell konterkarieren.

6 Dabei handelt es sich um eine rassistische Vorstellung, die von der Überlegenheit der »Weißen« ausgeht.

7 »*Ius Soli* (auch *ius soli*, *Jus Soli*, lat. Recht des Bodens), bezeichnet das Prinzip, nach dem ein Staat seine Staatsbürgerschaft an alle Kinder verleiht, die auf seinem Staatsgebiet geboren werden. Es knüpft die Rechtsfolgen an ein leicht verifizierbares Ereignis an. Das *Ius Soli* ist in seiner Reinform streng, formal und einfach. Es wird auch als »Territorialprinzip« bezeichnet. Das Abstammungsprinzip (*Ius Sanguinis*) ist ein anderes, meist parallel geltendes Prinzip des Staatsbürgerschaftserwerbs und an die Staatsbürgerschaft der Eltern gebunden.«

http://de.wikipedia.org/wiki/Ius_Soli.

Problemkomplex (1): Verknennung der Diskrepanz zwischen Rollenspiel- und ›realer‹ Erfahrung

In der außerschulischen Bildungsarbeit werden vorwiegend Methoden eingesetzt, in denen einzelne Aspekte realer Herrschaftsverhältnisse (Rassismus, Geschlechter – weniger bis kaum: Klassenverhältnisse) modelliert werden, sogenannte Übungen oder Rollenspiele. Manche Teilnehmer/innen und Bildungsarbeiter/innen gehen dabei davon aus, dass in diesen Rollenspielen Auswirkungen realer Machtverhältnisse erfahren werden – ein Missverständnis, das ich am Beispiel des Blue-Eyed-Brown-Eyed-Ansatzes veranschaulichen möchte.

Laut Lehrvideo der Erfinderin dieses Ansatzes, Jane Elliot, läuft ein Workshop in etwa so ab: Die (erwachsenen) Teilnehmer/innen werden bei der Anmeldung entsprechend ihrer Augenfarbe in »Blau- und Braunäugige« aufgeteilt. Erstere werden, mit einem grünen Kreppkragen versehen, in einen Raum mit zu wenigen Stühlen gebracht, der zudem sehr heiß ist. Übungsleiter/innen in der Rolle von Wachsutzpersonen (gekennzeichnet durch echt aussehende Uniformen) weisen sie wiederholt an, leise zu sein. Letztere werden in einen angenehm temperierten Raum mit ausreichend Stühlen gebracht, in dem Jane Elliot sie in den Workshop vorbereitet: Um zu demonstrieren, wie Rassismus funktioniert, sei sie auf ihre Mithilfe angewiesen; sie sollten sich nicht mit den »Blauäugigen« solidarisieren und Stereotype bestätigen. Die »Blauäugigen« werden hereingelassen, wobei Elliot bestimmt, wer auf den Stühlen oder auf dem Boden sitzt. Dann stellt Elliot den Blauäugigen eine Reihe von Aufgaben, die diese nicht zu ihrer Zufriedenheit lösen können. Dies nimmt Elliot zum Anlass, sie als dumm, faul etc. zu bezeichnen. Auflehnungsversuchen begegnet sie mit scharfer Abwertung der Person, so dass manche Teilnehmer/innen binnen kurzer Zeit zu weinen beginnen.

Mir kommt es an dieser Stelle nicht auf inhaltliche Reduktionen des Gegenstandes oder die Frage an, ob die dem/r Übungsleiter/in zugewiesene autoritäre Rolle (kontra)produktiv ist, sondern auf den Unterschied zwischen Rollenspiel-Erfahrungen und Realität. Die Teilnehmerinnen, die die »Blauäugigen« (mehr oder weniger) spielen, erfahren nicht, was es heißt, rassistisch diskriminiert zu werden, sondern was es heißt, von der Übungsleiterin fertiggemacht zu werden, ohne dass sich Andere solidarisieren, weil auch das systematisch verhindert wird. Rollenspiele/Übungen sind prinzipiell Simulationen, also, wenn man so will, sekundäre Erfahrungen im Verhältnis zur Erfahrung von oder zu Handlungsweisen in realen Machtverhältnissen. Dies ist mir deshalb wichtig, weil die eigentliche Bildungsarbeit nach solchen Rollenspielen anfängt: Hier müssen die Bildungsarbeiter/innen die Charakteristika der Simulationen »übersetzen«, Brücken zwischen der Rollenspielerfahrung und den realen Machtverhältnissen bauen etc. In dieser Phase entscheidet sich auch, was Teilnehmer/innen überhaupt lernen können: Ob die interpersonale Dimension von Rollenspielen überschritten und strukturelle Dimensionen von Rassismus thematisiert werden, ob und welche Erklärungsansätze herangezogen werden usw. Diese Dimensionen strukturieren zwar

faktisch die unmittelbare Erfahrung (in der Realität), sind aber als solche »unanschaulich«: Ich sehe beim Kauf von Nike-Turnschuhen diesen nicht an, dass ich eine warenförmige Art der Bedürfnisbefriedigung realisiere, die von Unterschieden in den globalen Produktionsbedingungen abhängig ist, für die u. a. ungleiche Geschlechterverhältnisse und Rassismus konstitutiv sind.

Meines Erachtens gilt diese Diskrepanz zwischen Rollenspielerfahrungen und Realität sowie dem Widerspruch zwischen der Anschaulichkeit sozialer Interaktionen und der Unanschaulichkeit der in sie eingehenden Strukturmerkmale von »Gesellschaft« generell, für jede mir bekannte Art von Übungen/Rollenspielen. Zugleich fehlt meiner Auffassung nach ein systematischer Austausch darüber, ob und wenn ja wie Bildungsarbeiter/innen diese Transformationsleistung in ihren Workshops realisieren. Unter inhaltlichen Gesichtspunkten wären dabei die eingangs skizzierten Zusammenhänge zwischen der neoliberalen Produktions-/Lebensweise und Autoritarismus/Rechtsextremismus mit entsprechenden individuellen Denk- und Handlungsweisen systematisch zum Lerngegenstand zu machen.

Problemkomplex (2): Die falsche Entgegensetzung von Emotion und Kognition

Mit der Vorliebe für Übungen/Rollenspiele geht ein zweiter Komplex einher, durch den der Anspruch, strukturelle Dimensionen von Rassismus etc. zu vermitteln, tendenziell konterkariert wird. Teilweise bevorzugen Bildungsarbeiter/innen Methoden, die auf emotionale Betroffenheit zielen gegenüber solchen, die »kognitiv« orientiert sind. Dabei wird angenommen, dass das Emotionale wichtiger, weil direkter und nachhaltiger sei. Der psychologische Grundfehler ist es, Emotion und Kognition in einen Gegensatz zu bringen und damit von den gesellschaftlich-sozialen Umständen zu isolieren. Freude, Trauer oder Wut stellen sich zwar oft auch ein, ohne dass man sofort weiß, warum oder in Bezug worauf man sie empfindet. Wenn man aber daran interessiert ist, das herauszufinden, kann man diese Gefühle auf Ereignisse oder Konstellationen beziehen, in denen sie begründet sind. Dies schließt kognitive Prozesse ein.

Die wichtige Konsequenz in Bezug auf Bildungsarbeit ist die Folgende: Wenn Methoden eingesetzt werden, die eher auf die Herstellung bestimmter emotionaler Zustände abzielen, entbindet das die Bildungsarbeit nicht davon, diese in Rollenspielen entstehenden Emotionen auf die Struktur der Übung zu beziehen, und in einem zweiten Schritt wiederum das Verhältnis von Rollenspielstruktur und Realität zu thematisieren. Ohne solche Vermittlungsleistungen ist die Herstellung emotionaler Zustände bei Teilnehmer/innen weder besonders tiefeschürfend noch nachhaltig.

Beispiel: Eine Person geht raus, die anderen bekommen den Auftrag, sich in kleinen Gruppen zusammen zu stellen, und sich zu unterhalten. Die Person, die rausgeschickt wurde, kommt wieder rein und versucht, Anschluss an eine der Gruppen zu suchen. Die Kleingruppen hatten vorher die Anweisung erhalten, der einzelnen Person den Rücken zuzukehren, den Kreis zu schließen, sich zu zerstreuen und anderen Gruppen anzuschließen usw.

So soll »erfahrbar« werden, was es heißt, auszugrenzen und ausgegrenzt zu werden. Wenn es klappt, und die Erstauswertung ergibt, dass die ausgegrenzte Person sich schlecht fühlte, die Ausgrenzenden vielleicht Spaß an der Macht hatten, andere wiederum sich schlecht fühlten, eben weil sie gesehen haben, dass es der ausgegrenzten Person schlecht ging, dann könnte man hier mit der Auswertung abbrechen und sagen: Erinnert dieses Gefühl, und wenn demnächst jemand Neues in Eure Institution kommt, den oder die Ihr entweder einfach doof findet oder ablehnt, weil sie schwul oder lesbisch ist oder eine dunklere Hautfarbe hat – erinnert euch daran, wie schlimm es ist, ausgegrenzt zu werden, und integriert die Person.

Nichts gelernt hätten die Teilnehmerinnen darüber, warum sie denn in der Realität es »eklig finden, wenn zwei Männer oder zwei Frauen sich küssen«, warum sie in Wut geraten, wenn sie Frauen mit muslimischem Kopftuch sehen etc. pp.

Problemkomplex (3): Fehlende Handlungsorientierung

Ein dritter Problemkomplex besteht aus meiner Sicht darin, dass Bildungsarbeit (auftragsgemäß) oft darauf beschränkt bleibt, individuelle Denkweisen zu reflektieren ohne die gewonnenen Erkenntnisse in konkrete praktische Projekte im überindividuellen Maßstab zu überführen. Auf diese Weise bleibt – gesetzt den Fall, die Teilnehmer/innen lernen tatsächlich in etwa das Intendierte – der Praxisbezug tendenziell auf die Handlungsspielräume der Teilnehmer/innen als Privatpersonen (oder Professionelle) begrenzt. Insofern im antirassistischen Verständnis davon ausgegangen wird, dass Rassismus als gesellschaftliches Verhältnis nicht individuell, sondern nur in Größenordnungen kollektiver Handlungsmacht überwunden werden kann, wäre es allerdings sinnvoll, konkrete Projekte in Bezug auf die beruflichen oder privaten Kontexte der Teilnehmer/innen zu entwickeln.

Fazit: Widerstandspotenziale in Staat und Zivilgesellschaft

Eine Antwort auf die Frage, ob und inwieweit Bildungsarbeit die im Rahmen der rot-grünen Kampagne gegen Rechtsextremismus eröffneten Spielräume zur Stärkung antirassistischer/antifaschistischer Kräfte genutzt hat, kann nur unter folgenden Einschränkungen gegeben werden: Wenn es stimmt, dass die Formation des Toleranz/Akzeptanz-Ansatzes in dieser Phase dominant war, und wenn die angesprochenen Problemkomplexe antirassistischer Bildungsarbeit relativ weit verbreitet waren, dann fällt auf, dass strukturelle Dimensionen von Rassismus und die Entwicklung kollektiver Handlungsfähigkeit tendenziell ausgeblendet blieben – oder zumindest unklar ist, ob und wie sie vermittelt wurden. In Bezug auf die Toleranz/Akzeptanz-Formation ist dies sicherlich mehr der Widersprüchlichkeit (in Staat und Zivilgesellschaft) geschuldet, zugleich mit dem ernsthaften Bemühen, Rechtsextremismus/Rassismus einzudämmen in der Tiefenströmung deren Nährboden zu (re)produzieren, und dementsprechend genau diese Zusammenhänge auszublenden. In Bezug auf die antirassistische Formation aber lässt sich festhalten, dass sie ihren Anspruch, die Grenzen des Toleranzansatzes in

Richtung auf strukturelle Dimensionen zu überschreiten, durch die skizzierten didaktischen Formen selbst tendenziell konterkariert. Sofern die Anmerkungen zu Problemkomplexen antirassistischer Bildungsarbeit geteilt werden, wären damit Themen eines kollegialen Austauschs benannt, in dem bestehende Ansätze weiterentwickelt werden könnten – eine Aufgabe, die sich allerdings unter den Vorzeichen einer veränderten staatlichen Rahmung des Engagements gegen Rechtsextremismus/Rassismus vollziehen würde. Denn die Planungen des schwarz-roten Programms gegen Rechtsextremismus verschieben die Akzente wieder weg von der Ermöglichung von Eingriffen in zivilgesellschaftliche Kräfteverhältnisse, durch die sich das rot-grüne Programm auszeichnete, und hin zu einer eher kurzfristigen »Oberflächenkosmetik«. Vor diesem Hintergrund mögen die dargestellten Überlegungen als Anregungen dienen, welche Standards des im Rahmen des Bestehenden möglichen Engagements gegen Rechtsextremismus/Rassismus aufrechtzuerhalten bzw. anzustreben wären.

Literatur

- Adolf-Grimme-Institut: Berichterstattung über die Rostocker Pogrome August 1992. [Video und Beiheft]: Marl 1996
- AG Angstraum Bahnhof Schöneeweide: Graffiti-Kunst im öffentlichen Raum: Für Demokratie, Vielfalt und Toleranz – Gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Eine Fotodokumentation über die künstlerische Umgestaltung des Fußgängertunnels am Bahnhof Schöneeweide. Berlin 2006
- Bohn, Irina: Jugend – Gewalt – jugendpolitischer Umgang. Eine Bilanz des Aktionsprogramms gegen Aggression und Gewalt. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung; Nr. 31/1998, S. 37–45
- Decker, Oliver; Brähler, Elmar: Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. (Hg.) Friedrich Ebert Stiftung, Berlin 2006
- Dörre, Klaus: Marktsteuerung und Prekarisierung von Arbeit – Nährboden für rechtspopulistische Orientierungen? Hypothesen und empirische Befunde. In: Ders. Et al. (Hg.): Moderner Rechtspopulismus. Ursachen, Wirkungen, Gegenstrategien. Hamburg 2004
- Kaindl, Christina: Antikapitalismus und Globalisierungskritik von rechts – Erfolgskonzept für die extreme Rechte? In: Bathke, Peter und Susanne Spindler (Hg.): Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Berlin 2006, S. 60-75
- Krafeld, Franz Josef (Hrsg.): Akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen. Schriftenreihe der Landeszentrale politische Bildung Bremen – Band 4. Bremen 1992
- Heitmeyer, Wilhelm: Deutsche Zustände. Folgen 1-5. Frankfurt am Main 2002 - 2007
- Hentges, Gudrun; Meyer, Malte-Henning; Flecker, Jörg; Kirschhofer, Sabine; Thóft, Andrés; Grinderslev, Edvin; Balazs, Gabrielle: The abandoned worker. Socio-economic change and the attraction of right-wing populism. Wien 2003
- Klaus Holzkamp: Grundlegung der Psychologie. Frankfurt/New York 1983
- Lang, Susanne; Leiprecht, Rudolf: Autoritarismus als antirassistisches Lernziel? Eine kritische Betrachtung des BlueEyed/BrownEyed Trainings (Jane Elliot). In: Forum Kritische Psychologie 43. Hamburg 2001, S. 136-162
- Misbach, Elène; Schmalstieg, Catharina; Reimer, Katrin & Würflinger, Wiebke: Die Arbeitsweise des ASB am Beispiel einer Debatte um Selbsterfahrung in einem Anti-Diskriminierungs-Workshop. In: Markard, Morus & ASB (Hg.): Kritische Psychologie und studentische Praxisforschung. Berlin 2000, S. 190-210
- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus et al. (Hg.): Berliner Zustände 2006. Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung. Berlin 2006
- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus et al. (Hg.): Angsträume. Berlin 2007
[http://www.mbr-berlin.de/Handlungsfelder/Oeffentlicher_Raum]
- Morgenstern, Christine: Rassismus – Konturen einer Ideologie. Einwanderung im politischen Diskurs der Bundesrepublik Deutschland. Hamburg 2002
- Norddeutsche Antifagruppen: Rosen auf den Weg gestreut. Kritik an der akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen. Bremen 1998
- Reimer, Katrin und Bianca Klose et al.: Integrierte Handlungsstrategien zur Rechtsextremismus-Prävention und -In-

- tervention bei Jugendlichen. Hintergrundwissen und Empfehlungen für Jugendarbeit, Kommunalpolitik und Verwaltung. (Hg.) Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus. Berlin 2006
- Roth, Roland: Bürgernetzwerke gegen Rechts. Evaluierung von Aktionsprogrammen und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Hg.: Friedrich Ebert Stiftung, Erkrath 2003
- Schui, Herbert: Rechtsextremismus und totaler Markt: Auf der Suche nach gesellschaftlicher Klebmasse für den entfesselten Kapitalismus. In: Bathke, Peter und Susanne Spindler (Hg.): Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Berlin 2006, S. 48-59
- Waquant, Loic: Die Bestrafung der Armut und der Aufstieg des Neoliberalismus. In: Bathke, Peter und Susanne Spindler (Hg.): Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Berlin 2006, S. 109-121
- Wiegel, Gerd: Moderner Rechtsextremismus in Deutschland Fehlanzeige? Volksgemeinschaft und »Antikapitalismus« als Erfolgsrezept der NPD. In: Bathke, Peter und Susanne Spindler (Hg.): Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Berlin 2006, S. 76-83
- Zentrum Demokratische Kultur: Keine Akzeptanz von Intoleranz. Grenzen der akzeptierenden Jugendsozialarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen. Bulletin 1/1999. Berlin

... ist das noch demokratisch?

Die moderne Form von Herrschaft ist Volksherrschaft. Dies besagt noch nichts darüber, ob sie tatsächlich und in welchem Maße sie praktiziert wird. Aber es gehört zum verbreiteten Selbstverständnis der Gesellschaft, dass sie wenigstens als Norm gelten soll. Damit wird Demokratie zum Maßstab der Beurteilung der Politik und, allgemeiner noch, des gesellschaftlichen Lebens. Demokratie als Maßstab ist damit ein in die moderne kapitalistische Gesellschaft eingebauter Mechanismus der Selbstkritik, der zu einer ständigen Selbstbeobachtung der Entwicklungsrichtungen und der Entscheidungen führt. Demokratie legt also nahe, dass die Gesellschaft sich selbst zum Gegenstand von Entscheidungen macht und daraufhin prüft, ob sie dieser Norm auch tatsächlich entspricht oder nicht Hindernisse erzeugt, die diesem demokratischen Anspruch entgegenstehen. Demokratie ist, wie es George Herbert Mead formulierte, institutionalisierte Revolution.

Ein solches Muster der kritischen Selbstbeobachtung und Selbstverbesserung unterscheidet die moderne Herrschaftsform der Demokratie von Formen der Herrschaft, die sich als unbefragt gelten wollende setzen und nur sehr eingeschränkt in der Lage sind, solche Mechanismen der kritischen Selbstbeobachtung auszubilden. Allerdings finden sich solche Züge auch in der Demokratie. Es gehört zur Demokratie als Herrschaftsform auch, dass sie selbst autoritäre Züge hat und immer wieder totalitäre Tendenzen ausbildet. Dabei geht es nicht vorrangig um Kräfte, die sich gegen die Demokratie stellen, weil sie gegen eine Beteiligung aller sind. Die Rolle solcher Formen von aristokratischem oder antidemokratischem Widerstand gegen die Demokratie – wie es ihn noch in der Weimarer Republik gegeben hat – dürften gering sein.

Da die Demokratie sich als allgemeine Form der Herrschaft gesetzt hat, werden solche Kräfte, die gegen eine Beteiligung aller sind, heute im Namen der Demokratie selbst auftreten, ja, sich aus der Dynamik der Demokratie heraus entwickeln. Dies führt zu internen Aufweichungen, Aushöhlungen und Veränderungen, die die Möglichkeiten demokratischer Gestaltung einschränken. Es hat systematisches Gewicht, wenn Adorno schreibt: »Ich betrachte das Nachleben des Nationalsozialismus *in* der Demokratie als potentiell bedrohlicher denn das Nachleben faschistischer Tendenzen *gegen* die Demokratie.«¹ Von allgemeiner Bedeutung ist diese Überlegung, weil es nicht um die besondere Form des Nationalsozialismus geht, sondern um autoritäre und totalitäre Momente, die aus der Dynamik der bürgerlichen Gesellschaft und im Besonderen aus der politischen Demokratie selbst hervorgehen.

1 Theodor W. Adorno: Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit. In: Ders., Gesammelte Schriften, Bd. 10.2, Frankfurt/M. 1977, S. 555 f.

1. Das Problem des Maßstabs

Um die Frage nach der Entwicklung der Demokratie zu beantworten, ist zunächst zu bedenken, was als demokratisch gelten kann. Demokratie ist nicht – wie manche glauben (machen wollen) – mit dem Rechtsstaat gleichzusetzen, also mit der rechtlichen Kontrolle und Steuerung staatlichen Handelns. Nach einem liberalen Verständnis meint Demokratie, dass das staatliche Handeln vom Willen des Volkssouveräns bestimmt ist, der durch ihn repräsentierende Körperschaften allgemeine Gesetze beschließt, die von der Verwaltung ausgeführt werden. Demokratie besteht dieser Auffassung nach allein in den verfassungsmäßig gebotenen Verfahren und Institutionen, in denen das Volk seinen Willen bekundet. Da es sich um repräsentative Verfahren handelt, kann das Volk seinen Willen nicht jeweils direkt äußern, sondern nur indirekt durch die Wahl von Personen, von denen es allenfalls hoffen kann, dass sie für ein allgemeines Interesse eintreten, das die Interessen aller einschließt, und sich bemühen, es in den parlamentarischen Debatten zu finden. Demokratie in einem solchen Verständnis ist eng auf institutionalisierte Verfahren begrenzt. Sie ist strikt von der Gesellschaft getrennt und findet allein im Bereich der Politik und des Staates statt. Andere offizielle demokratische Beteiligungsformen kennt die liberale Auffassung nicht.

Das Beharren auf dem formalen Charakter der Verfahren ist gerechtfertigt. Denn damit soll jedes individuelle oder gruppenspezifische Privileg, jede Aneignung zugunsten von Einzelinteressen, jede schleichende Usurpation verhindert werden. Es soll Allgemeinheit des Einflusses auf den Entscheidungsprozess und Allgemeinverbindlichkeit der Entscheidungen selbst gewährleistet sein. Damit erst werden auch Entscheidungen legitim, denn alle, deren Interesse übergangen wurden, können erwarten, im Weiteren auch ihrerseits ihre Interessen zur Geltung zu bringen.

Doch der Formalismus birgt in sich entdemokratisierende Tendenzen. Denn gerade er ermöglicht es, dass der Zugang zu den um jeden formellen Prozess gelagerten informellen Praktiken den interessierten und mächtigen Kreisen vorbehalten bleiben soll. Wer auf dem Formalismus besteht, gehört in der Regel zu denjenigen, die erwarten können, Zugang zu solchen Konstellationen zu finden, in denen Entscheidungen besprochen und vorbereitet werden. Ihnen arbeitet der formale Legalismus zu, der nur noch ratifiziert, was anderswo schon zu einem Konsens gebracht wurde.

Dort, wo es zu demokratisierenden Formen der Willensbildung kommt, neigen Liberale dazu, von der Herrschaft der Verbände – gemeint sind zumeist: die Gewerkschaften – oder der Straße zu sprechen, von partikularen Interessen, die nicht legitimiert sind, einen Anspruch auf Allgemeinwohl zu erheben. So sind Liberale und Konservative seit Jahrzehnten beunruhigt über das Phänomen der unkonventionellen Politikbeteiligung, die mit der Befürchtung der Unregierbarkeit einhergeht. Entscheidungen würden dadurch erschwert, blockiert, zerredet. Es ist ein be-

unruhigend autoritär-vordemokratischer Zug, der Entscheidungen über die Diskussion unterschiedlicher Perspektiven und Interessen stellt.

Letztlich schwankt das bürgerlich-liberale Lager je nach Konstellation zwischen einer Entformalisierung und einem strengen Formalismus. Letztlich ist der Liberalismus gar nicht damit einverstanden, dass es in der Gesellschaft wirklich unterschiedliche und sogar unversöhnliche Interessen gibt, die die Ursache dafür sind, dass Diskussionen immer wieder notwendig werden und sogleich zu Entscheidungen führen. Er hätte gern schnell bedienbare homogene Interessenlagen. Entsprechend werden solche, die sich nicht fügen, ausgegrenzt.

Das liberale Modell der repräsentativen Demokratie treibt über sich hinaus, die Trennung von Staat und Gesellschaft lässt sich keineswegs so einfach aufrechterhalten. Dies ist nicht nur der Fall, weil die Wirtschaft nicht nur aus einer Vielzahl von kleinen und mittleren Unternehmen besteht, für die allenfalls die allgemeinen rechtlichen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen zur Verfügung gestellt werden müssen. Aufgrund von Kapitalkonzentration, der Bildung von Produktionsclustern und regionalen Innovationsschwerpunkten oder der Erhaltung und Schaffung von Branchen und Unternehmen, deren Produkte nicht mehr oder noch nicht rentabel sind, für die Wirtschaftsstruktur, die Region oder wegen der Arbeitsplätze für notwendig gehalten werden, muss der Staat vielfach Einzelfallentscheidungen treffen und konkret steuernd eingreifen.

Für den Bereich der Demokratie gilt, dass die politische Willensbildung nicht auf den einmaligen Wahlvorgang und die Diskussionen der Parteien im Parlament beschränkt bleiben kann – und dies umso weniger, umso mehr der Staat in die Gesellschaft eingreift. Real finden und finden politische Willensbildungsprozesse nicht allein in Parteien statt, sondern auch in gesellschaftlichen Einrichtungen, die von den Liberalen nicht kritisiert werden: bürgerschaftliche Vereinigungen wie Rotary oder Lions Club, Weltwirtschaftsforum, in den Selbstorganisationen der Wirtschaft wie Industrie- und Handelskammern oder den Wirtschaftsverbänden; aber auch bürgerliche Öffentlichkeit wie Konzert, Oper oder Empfänge bieten Gelegenheiten für informelle Verständigungsprozesse unter seinesgleichen.

Das Bürgertum hat sich mit einer Vielzahl von Zeitungen und Zeitschriften, Rundfunk- und Fernsehrichtungen einen ihm spezifischen Diskussionsraum schaffen: Er ist weitgehend professionellen, abhängigen und selektiven Meinungsprozessen verpflichtet, mit geringen Zugangschancen für breite Teile der Bevölkerung, ohne Dialog zwischen Sendern und Empfängern. Die wenigen öffentlichen Medien stehen vielfach unter politischem und ökonomischem Druck und stellen kaum eine Alternative zum privaten Sektor dar. Selbst noch dieses Muster hochvermachteter Öffentlichkeit weist darauf hin, dass selbst ein Minimum an Demokratie undenkbar wäre, wenn es nicht öffentliche Meinungs- und Willensbildung in Distanz zum Staat und den Parteien gäbe.

Die Bundesrepublik Deutschland versteht sich ihrer Verfassung nach als demokratischer und sozialer Rechtsstaat. Das Soziale ist nicht allein im Sinne ei-

ner Vorsorgeverwaltung gemeint, sondern hat, worauf Wolfgang Abendroth immer wieder hinwies, selbst eine demokratische Bedeutung. Diese besteht in der Einsicht, dass Menschen ihre demokratische Rechte nur wahrnehmen können, wenn sie sich auch am politischen Leben beteiligen können. Eine materielle Grundausrüstung ist nötig, die die Bedingung der Möglichkeit darstellen, um den politischen Prozess verstehen und an ihm teilnehmen zu können: Bildung, Zeitung, Fernsehen, Computer, räumliche Mobilität. Müssen die, die zu gering ausgestattet sind, begünstigt werden, so müssen andere, die über erhebliche materielle Ressourcen und mächtige Kompetenzen verfügen, weil sie für die Politik relevante Weichenstellungen vornehmen oder Vorgaben machen können, verstärkt kontrolliert, ihre häufig informelle Entscheidungsgewalt in besonderen Entscheidungsorganen konstitutionalisiert und damit demokratiefähig gemacht werden.

Demokratie lässt sich also nicht auf formal gleiche Beteiligung reduzieren, weil dies eine unrealistische Abstraktion wäre. Deswegen rückt die Frage nach der demokratischen Lebensweise als Grundlage einer demokratischen Gesellschaft in den Blick. Kant hat sich getäuscht, die demokratische Verfassung bedarf entgegenkommender gesellschaftlicher Praktiken, denn wenn alle nur Teufel wären, würde der demokratische Prozess nicht funktionieren. So gibt es ja auch die Demokratie selbst in der schmalen Form der repräsentativen Demokratie nur, weil sich viele Menschen dafür eingesetzt und Mächtige zu Kompromissen dort gezwungen haben, wo es nicht möglich war, ihnen die Machtressourcen zu nehmen. Ein formales Kriterium zur Beurteilung der Frage, ob die gesellschaftliche Entwicklung noch demokratisch ist, wird nicht ausreichen, auch wenn es nicht vernachlässigt werden darf. Aufgrund eines weiten Demokratieverständnisses bedarf es gesellschaftspolitischer, sozialer, kultureller und inhaltlicher Kriterien. Diese Kriterien müssen zudem berücksichtigen können, ob die Demokratie die Sphäre ihrer Geltung ausdehnt oder neue Hindernisse erzeugt, die die Möglichkeiten der konkreten Teilnahme an gesellschaftlich relevanten Entscheidungen behindern. Demokratie ist demnach auf dem Weg zur Freiheit ein Kompromiss, in dem sich die Freiheit und Gleichheit aller immer noch nicht durchgesetzt hat und der auch den Kräften Raum gibt, die sich der Freiheit aller entgegenstellen, weil sie ihrer Freiheit des Eigennutzes den Boden entziehen würde.

2. Phänomene und Prozesse der Entdemokratisierung

Es lassen sich zahllose gesellschaftliche Prozesse beobachten, die die Grundlagen demokratischer Beteiligung schwächen. Produktionsmitteleigentümer und Vermögende sind in vielen Ländern willkommen, ihnen wird die Staatsbürgerschaft nahegelegt, Immobilienkaufrechte eingeräumt, auf ihre Ansichten wird gehört. Das ist für reiche Deutsche nicht nur in der Schweiz und auf Mallorca der Fall, wo sie durch ihr Verhalten demokratische Spielregeln nachhaltig beeinträchtigen.

Lohnabhängige zahlen im Verhältnis zu ihrem Einkommen mehr Steuern als Reiche, haben aber deutlich geringere Einflussmöglichkeiten; Migrantinnen und Migranten zahlen Steuern, aber sie dürfen, weil sie den Staatsbürgerstatus häufig nicht haben, an dem Gemeinwesen, zu dessen Erhalt sie beitragen, nicht mitentscheiden. Kinder aus Migrantenfamilien werden überdurchschnittlich häufig von den Bildungseinrichtungen benachteiligt. Dies schränkt ihre Möglichkeiten ein, sich an demokratischen Prozessen zu beteiligen. Die 15 bis 20 Prozent Arme sind von den ohnehin eingeschränkten öffentlichen Diskussionen und Beteiligungsformen abgeschnitten, die meisten Parteien vertreten nicht ihre Interessen, sondern tragen dazu bei, sie zum Objekt zu machen, das verwaltet werden muss. Diese Entmündigung wird verschärft dadurch, dass die Armut strukturbildend wirkt, da vielen von Armut betroffenen Kindern von vornherein der Zugang zu politischer Bildung versperrt wird, die eine unerlässliche Voraussetzung für eine sinnvolle Teilnahme am demokratischen Prozess ist. Schon seit langem, nun verschärft durch die sozialstaatlichen Neuregelungen im Rahmen der Agenda 2010 dürfen sich Arbeitslosengeldempfänger nicht von ihrem Wohnort entfernen. Für eine Beteiligung an politischen Diskussionen, Entscheidungen und Handlungen im Rahmen von Parteien, Bürgerinitiativen oder Bewegungsgruppen stellt das eine unzumutbare Einschränkung dar.

Eine der Errungenschaften der sozialen Demokratie ist die Mitbestimmung im Betrieb und im Unternehmen, die ihre rechtliche Grundlage in der Formel des demokratischen und sozialen Rechtsstaats im Grundgesetz hat. Ziel war es, die Macht, die vor allem große Unternehmen auf die Politik ausüben, einzudämmen, demokratiegefährdenden Tendenzen zu verhindern und den Lohnabhängigen in den Betrieben Kontroll- und Mitspracherechte zu ermöglichen. Dennoch ist die demokratische Mitsprache im Arbeitsalltag der Lohnabhängigen, bei den Unternehmensentscheidungen hinsichtlich Marktverhalten, Produkten, Produktionsverfahren, Technologien, Investitionen über ein schwaches Minimum an demokratischer Beteiligung nicht hinausgekommen. In vielen Unternehmen haben die Beschäftigten keine formelle Interessenvertretung, obwohl dies gesetzlich möglich wäre.

Während also zu wünschen wäre, dass betriebliche und Unternehmensmitbestimmung eingeführt und ausgebaut würde, dass in den Mitbestimmungsgremien auch die Interessen von Konsumenten, Umweltschützern und Beschäftigten in Tochterunternehmen sowie von Arbeitslosen und Prekären vertreten wären, dass auch der Arbeitsalltag der Mitbestimmung unterworfen würde – gibt es immer wieder Vorstöße von Unternehmern und ihren Verbänden, die Mitbestimmung mit dem Argument zu schwächen oder einzuschränken, dass sie ein Wettbewerbsnachteil sei. Selbst die Existenz von Gewerkschaften wird immer wieder angegriffen. Damit wird nicht nur die elementare Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer infrage gestellt, sondern auch die Erfahrung, das Wissen, die Beratung, die in den Gewerkschaften und in ihrem Umfeld reproduziert wird.

Mit der Privatisierung öffentlichen Eigentums – also Post, Bahn, Wohnungen, Wasser, Energie, Müllentsorgung, Krankenhäusern, Bildung, Kommunikation, Öffentlichkeit von Medien und sozialen Räumen – kommt es nicht nur zu einer Verschlechterung der materiellen Lage für viele und Enteignung von Kollektiveigentum, das durch die Arbeit von Generationen aufgebaut wurde. De facto wird durch Privatisierung wenigen Privaten die Möglichkeit gegeben, in relevanten Bereichen Angebote nach Gewinnkalkülen zu restrukturieren. Damit werden sie den Gesichtspunkten der demokratischen Entscheidung entzogen. Dies ist eine von den Repräsentanten des Volkes verfügte Entdemokratisierung der Gesellschaft und widerspricht dem Grundgesetz, das in Art. 14 und 15 für das Eigentum Allgemeinwohlpflichtigkeit und zu diesem Zweck die Möglichkeit der Vergesellschaftung vorsieht. In Ländern, in denen angesichts ähnlicher neoliberaler Privatisierungs- und Enteignungsstrategien Volksentscheide stattfanden, gingen diese häufig zugunsten öffentlichen Eigentums aus.

In den Verwaltungen selbst besteht keine Demokratie. Max Adler hat auf diesen Umstand schon in den 1920er Jahren hingewiesen². Die Wahlen betreffen nur die Volksvertreter, die Gesetze beschließen, aber auf die Durchführung und Anwendung der Gesetze haben die Bürgerinnen und Bürger keinen Einfluss: der Volkssouverän bestimmt und kontrolliert die Verwaltung und Rechtsprechung nicht. Das Personal wird nicht gewählt, es ist nicht rechenschaftspflichtig und kann ohne Konsequenz Fehler begehen, öffentliche Gelder verschwenden oder Sachverhalte nicht bearbeiten. In den Schulen beherrschen Verwaltungsvorgaben das Handeln der Lehrer, das Verhältnis zwischen LehrerInnen und SchülerInnen ist hierarchisch, weder Eltern noch Schülerinnen und Schüler sind an Entscheidungen beteiligt. An den Hochschulen wurde die demokratische Beteiligung aller am Lern-, Lehr- und Forschungsprozess Beteiligten frühzeitig durch konservative Professoren und Gerichte verhindert. In den vergangenen Jahren haben die Bundesländer die Kollegialverwaltung mehr oder weniger beseitigt und setzen im Rahmen der Einführung neuer Steuerungsmodelle die Präsidenten und Rektoren in die Position von autokratischen Vorstandsvorsitzender großer Konzerne jenseits jeder Kontrolle.

Der christliche Glaube wird aufgrund von Staatsverträgen unangemessen gegenüber einer areligiösen, aufgeklärten Form einer demokratischen Alltagskultur privilegiert. Insbesondere die katholische Kirche erweist sich auch in ihrer inneren, bürokratisch-hierarchisch und männerbündischen Gliederung als eine antimoderne und antidemokratische Institution. Die konzertierten Kampagnen der katholischen und der evangelischen Kirche sowie vieler Sprecher islamischer Gemeinden, die alle den Respekt vor der Religion einfordern und Kino, Theater, Oper, Zeitungen, Karikaturen und Wissenschaft kritisieren, stellen einen Angriff auf die Aufklärung und die Rechte der demokratischen Öffentlichkeit dar. Doch die Re-

2 Max Adler: Politische oder soziale Demokratie (1926). In: Ders.: Ausgewählte Schriften. Wien 1981, S. 205.

spektlosigkeit gegenüber allen Religionen, Spiritualismen und Metaphysiken ist ein Merkmal aufgeklärter Lebensverhältnisse. Denn sie alle bedrohen durch Innerlichkeitsbedürfnis, durch Gewissheitsglauben, durch die Anerkennung einer letzten Instanz und eine damit verbundene autoritäre Haltung die demokratische, durch öffentliche Diskussionen geprägte Kultur, die Rechte der Meinungs-, Kunst- und Wissenschaftsfreiheit. Im Namen des Respekts vor der Religion wird der Respekt vor der Freiheit der Individuen gefährdet.

Unkonventionelle Beteiligungsformen in der Zeit seit den 1960er Jahren wurden vielfach begrüßt. Dies galt als Etablierung einer demokratischen Kultur, in denen die Orientierungen ihren Halt finden können, die auch die formellen Prozesse demokratischen Entscheidens tragen. Denn immer wieder wurde in Deutschland befürchtet, dass die Bindung an die Demokratie oberflächlich sei und ihr im Krisenfall die Loyalität entzogen werde. Diese Gefahr wurde in vordemokratischen Dispositionen gesehen. Doch soll man sich nicht täuschen, nach wie vor überwiegen in der Öffentlichkeit die Vorbehalte gegen »die Straße« als Medium der politischen Wortergreifung. Von ihren Gegnern werden im Fall unkonventioneller Politikformen die Rechte und die Linke immer noch gleichgesetzt, die Druck von der Straße auf die Politik ausüben wollen. Es gilt als eine Qualität von Politikern, sich als nicht erpressbar zu erweisen. In beiden Fällen soll es sich um eine oberflächliche Anpassung und einen bloß taktischen Gebrauch der bürgerlichen Freiheitsrechte handeln.

Das Totalitarismusschema hält sich, obwohl es historisch und soziologisch falsch ist. Historisch, weil die Nationalsozialisten in formellen Wahlen die größte Fraktion des Reichstags wurden, eine von den konservativen bürgerlichen Regierungen unterstützte Bürgerkriegspolitik forcierten und schließlich von den anderen bürgerlichen Parteien und vom Reichspräsidenten gestützt wurden. Reichskanzler Papen machte dies im November 1932 sehr deutlich, wenn er auf die zwei großen Lager in Deutschland hinwies: »Auf der einen Seite die Marxisten aller Schattierungen [also nicht nur KPD, der tatsächlich eine keineswegs zu verharmlosende polarisierende und demokratiefeindliche Politik vorzuwerfen wäre; A. D.], auf der anderen Seite der Rest des deutschen Bürgertums. Wie hatten wir seinerzeit den Kampfruf Hitlers: »Gegen Marxismus und für die nationale Erneuerung« begrüßt!«³ Soziologisch ist es falsch, weil empirische Studien seit den späten 1960er Jahren immer wieder zeigen konnten, dass Linke demokratische Prinzipien genauer verstehen, ihnen in höherem Maße zustimmen als andere Teile des politischen Spektrums und bereit sind, für sie einzustehen.⁴

Das Totalitarismusschema operiert mit der Annahme einer Normalverteilung. An den Rändern, wo die Kurve flacher wird, sollen sich links und rechts gleichermaßen die Feinde der Demokratie finden. Dieses Schema ist selbst formalistisch

3 Zitiert nach: Dirk Blasius: Weimars Ende. Bürgerkrieg und Politik 1930-1933, Göttingen 2005, S. 126.

4 Vgl.: Alex Demirovic; Gerd Paul: Demokratisches Selbstverständnis und die Herausforderung von rechts. Student und Politik in den neunziger Jahren. Frankfurt/New York 1996

und konformistisch, am Ende undemokratisch. Es unterstellt, dass Mehrheiten – mithin die Mehrheitsregel – jeweils demokratisch seien. Die Normalverteilung kann sich eben deutlich nach »rechts« hin verschieben, entsprechend verändern sich die Ränder der Verteilungskurve. Auch die großen Volksparteien oder das Parlament müssen nicht, nur weil sie breit akzeptiert sind, demokratisch sein. Hinzu kommt, dass demokratische Institutionen allein, weil sie bestehen und Macht haben, auf viele autoritäre Personen, die machtkonformistisch und unterwerfungsbereit sind, anziehend wirken können. Solche Personen würden als Demokraten gelten, weil sie in demokratischen Institutionen aktiv sind. Ihr reales Verhalten ist aber durchaus geeignet, Demokratie selbst ständig zu gefährden. Sie sind willfährig gegenüber noch mächtigeren Interessen, und sie werden sich gegen diejenigen stellen, die sie für schwach halten.

Wie demokratisch Abgeordnete auch aus dem Spektrum der demokratischen Parteien sind, ist im Einzelnen schwierig herauszufinden. Immer wieder fallen Einzelne auf durch Korruption, durch rassistische Äußerungen, durch enge Verhältnisse mit rechtsradikalen Organisationen, die Nähe zur organisierten Kriminalität, durch besondere Nähe zu Unternehmen oder Wirtschaftsverbänden. Wenig demokratisch ist aber auch, wenn sie die Medien oder einzelne Sendungen wie Sabine Christiansens Talkshow hinsichtlich des Willensbildungsprozesses für wichtiger halten als den Bundestag. Es handelt sich dabei wohl nicht um den Respekt vor den Medien in ihrer Funktion als öffentliche Kontrollorgane. Da sie mit einer Vielzahl von Pseudodiskussionen, Aufgeregtheiten und stereotypen Wiederholungen der immer gleichen Themen (Staatshaushalt, Steuern, Gesundheitsreform, Arbeitslosigkeit) im Prinzip wie gleichgeschaltet wirken, haben Politiker von ihnen wenig zu befürchten. Dies verstärkt die elitäre und populistische Haltung vieler Politiker, die sich für Repräsentanten und Demokraten einfach deswegen halten, weil sie formal so definiert sind.

Demokratie ist in gewisser Weise institutionalisierte Kontrolle von Herrschaftsentscheidungen und Entscheidungsmaßstäben durch die davon Betroffenen. Das weisen Politiker gern zurück, erst recht Kapitaleigner und Manager, obwohl sie faktisch technologische, arbeitspolitische und unternehmerische Entscheidungen treffen, die die Allgemeinheit betreffen und sie selbst ständig argumentieren, sie würden sich um das Allgemeinwohl (»Arbeitsplätze«) sorgen.

Fragen nach der demokratischen Einstellung der Repräsentanten sind in einer Demokratie immer berechtigt. Dies wird – soweit ich sehe – nicht systematisch gemacht, obwohl dies der Sache nach gerechtfertigt wäre. So hat Edmund Stoiber vor den Bundestagswahlen infrage gestellt, ob eine weitere öffentliche Unterstützung der ostdeutschen Länder zu Lasten der westlichen Landeshaushalte Sinn machen würde. Diese angesichts der Ungleichgewichte zwischen den Bundesländern nicht unberechtigte Frage, die noch hinsichtlich der Frage der Fehlinvestitionen, Mitnahmeeffekte und Korruption, vertieft werden müsste, hat er mit der Insinuation verbunden, derzufolge es nicht angehen könne, dass Ostdeutsche mit ihrer

Stimme – vor allem für die Linkspartei – die Wahlchancen und Koalitionsmöglichkeiten der CDU/CSU verzerren würden. Skandalisiert wurde in den Medien die Infragestellung der Finanzverteilung, nicht jedoch der demokratiepolitische Gesichtspunkt, dass damit implizit die Legitimität des Wahlverhaltens der ostdeutschen Bevölkerung infrage gestellt wurde und die Wahlstimmen unterschiedlich gewichtet wurden.

Ein anderes Beispiel ist die Frage des Einsatzes der Bundeswehr im Inneren im Fall eines terroristischen Anschlags. Die SPD/Grüne-Bundesregierung war mit ihrem Gesetzesvorschlag beim BVG gescheitert, demzufolge die Bundeswehr das Recht haben sollte, zivile Flugzeuge abzuschießen, die von Terroristen entführt als Waffe eingesetzt werden sollten. Ein solcher Einsatz widerspreche der Würde der Individuen. Anstelle von Terroristen würde der Staat aus eigenem Ermessen vorsätzlich Unschuldige zu töten, um andere Unschuldige zu retten. Der Verteidigungsminister Jung der neuen CDU/SPD-Koalitionsregierung hat auf die Entscheidung des BVG im Februar 2006 so reagiert, dass er auf eine veränderte Sicherheitslage sprach, die eine Änderung des Grundgesetzes notwendig mache. Damit sollte, so die Andeutung, der Spruch der BVG-Richter umgangen werden.

Die Initiative ging dann an Innenminister Schäuble über, der sich seit Beginn seiner Amtszeit bemüht, Bundeswehreinätze im Inland zu ermöglichen. Wie er sagte, wolle er in allen Fälle auf dem Boden des Grundgesetzes handeln können – weswegen dann das Grundgesetz entsprechend gebogen werden muss. Es wurde zwischen Friedensordnung und Kriegsvölkerrecht ein Quasi-Verteidigungsfall erfunden, der es erlaubt, die Bundeswehr einzusetzen. Es gab Protest von der SPD, die sich gegen eine solche Änderung des Grundgesetzes wandte. Aber sie signalisierte Bereitschaft, Art. 35 GG zu ändern. Eine solche Änderung würde erlauben, im äußersten Notfall ein Flugzeug abzuschießen, wenn sich darin nur Terroristen befänden.

Dieter Wiefelspütz, innenpolitischer Sprecher der SPD, erklärte zudem, dass eine weitergehende Änderung gar nicht notwendig sei, weil im Fall eines terroristischen Luftangriffs vergleichbar dem des 11. Septembers 2001 ohnehin das Kriegsrecht gelte und der Einsatz der Bundeswehr möglich sei⁵ – womit eingeräumt wird, dass das Grundgesetz im Notfall ohnehin umgangen werden kann. Der Verteidigungsfall gilt für die Nato-Staaten nach 9/11 immer noch und wird als Normalität praktiziert, die – wie die Erfahrungen von Guantánamo am drastischsten und der Dezesionismus der US-Regierung – rechtswidrige Gefangennahme, Außerkräftsetzung von Menschen- und Bürgerrechten und Tortur durch Behörden einschließt.

Üblicherweise werden die politischen Institutionen und die politische Elite für demokratisch gehalten. Wenn die Bevölkerung sich von der Politik zurückzieht, wird von politischer Apathie gesprochen, von fehlenden demokratischen Disposi-

⁵ Frankfurter Rundschau, 3. Januar 2007.

tionen; Parteipolitiker sprechen auch davon, dass es ihnen nicht gelungen sei, tolle Inhalte und Entscheidungen den Bürgern und Bürgerinnen im Lande richtig rüberzubringen. Doch es könnte sich auch so verhalten, dass die Bevölkerung die schwache innere Bindung der politischen Eliten an die Demokratie spürt – sofern Demokratie das Handeln nach Gesichtspunkten der Allgemeinheit und nicht des besonderen, vorherrschenden Klasseninteresses der Unternehmer meint.

Seit vielen Jahren sinkt die Bedeutung der Wahlen, der Parteien, des Parlaments und der Bundesregierung in der Bevölkerung. Das Vertrauen in Wirtschafts- und politische Elite war 2004 laut Umfragen von Gallup und Gesellschaft für Konsumforschung in der deutschen Bevölkerung niedriger als in anderen europäischen Staaten; in Westeuropa hatten 85 Prozent kein Vertrauen in die politischen Führungskräfte, in Deutschland über 90 Prozent⁶. Andere Umfragen weisen in dieselbe Richtung. Nur noch 33 Prozent der Bevölkerung haben Vertrauen in den Bundestag (2001: ca. 50 Prozent), nur noch 28 Prozent in die Regierung (2001: ebenfalls ca. 50 Prozent), nur noch 14 Prozent in die politischen Parteien. Die Zustimmung zur Politik ist auf einem niedrigen Niveau: 32 Prozent sehen sich als Verlierer, nur noch 27 Prozent empfinden die Republik noch als gerecht (vgl. FR vom 3. 11. 2006). Angst, ein Mittel politischer Führung, ist eine verbreitete Gefühlslage in der deutschen Bevölkerung. Demgegenüber ist die Zustimmung zu den als neutral erscheinenden politischen Institutionen Polizei (81 Prozent), Bundespräsident (73 Prozent) und Bundesverfassungsgericht (73 Prozent) hoch.

Die Zustimmung zu den politischen Institutionen und zur herrschenden Politik ist bei einem großen Teil der Bevölkerung offenkundig nur noch passiv und mechanisch – und scheint das Ergebnis von Gewohnheit, autoritärer Folgebereitschaft oder mangelnder Alternative zu sein. Die demokratische Politik hat sich schon lange von der Verantwortung und aus der engen Verbindung mit der Bevölkerung gelöst. Ermutigt wurde dies durch das Grundgesetz selbst, das die Abgeordneten zu »Vertretern des ganzen Volkes« macht – also genau genommen Vertretern von niemand konkretem, so dass sie jeweils definieren können, was sie als vertretenes Volk betrachten wollen. Dies wird ausdrücklich mit dem elitetheoretischen Konzept der »politischen Klasse« signalisiert, das darauf hinaus will, dass Politiker eine eigenständige soziale Klasse von Menschen sind, die den Funktionsimperativen des ausdifferenzierten Funktionssystems Politik entsprechend handeln. So richtig das in einer Hinsicht ist, so falsch ist es in einer anderen.

Eine systematische Analyse von »Gala« oder anderen Boulevardmedien könnte wohl zeigen, dass viele der Politiker regelmäßigen Verkehr und Austausch mit Unternehmern und Verbändevertretern, Lobbyisten, Journalisten und Wissenschaftlern und mit Stars und Sternchen aus Fernsehen, Film, Sport, Geschäftswelt in der Berliner Republik eine eigene Jetset orientierte Lebensweise entwickelt haben (Verteidigungsminister Jung auf der Einweihungsparty der Villa von Boris Becker

6 Joachim Jahnke: Falsch globalisiert. Hamburg 2006, S. 34 f.

auf Mallorca, Joschka Fischer zum Privatbesuch in der Villa des Vorstandsvorsitzenden von Allianz an der französischen Mittelmeerküste, Gerhard Schröder mit Ehefrau zum Abendessen beim befreundeten Vorstandsvorsitzenden eines der großen Energieunternehmen).

Viele solche Einzelheiten geben Hinweise darauf, dass das politische Personal sich tatsächlich von der Bevölkerung, die es vertreten soll, isoliert hat und sich an den Relevanzkriterien und sozialen Praktiken einer herrschenden Lebensform ausrichtet. Mit ihr sind sie so eng verwoben, dass sich das kaum als intentionale Form von Korruption bezeichnen lässt.

Die Wiederbelebung des Elitebegriffs entspricht diesem Sachverhalt. Er fördert das Selbstverständnis bei denen, die Machtpositionen innehaben, dass sie die Leistungsträger der Gesellschaft sind und das Recht und die Fähigkeit besitzen, alle anderen lenken und führen zu dürfen, die träge, faul und passiv sind, die gefordert werden müssen; und sie dürfen alle anderen als passiv und faul betrachten, weil sie selbst Teil der Elite sind, die die anderen beurteilen dürfen, weil sie sie führen. Es handelt sich um einen antidemokratischen Zirkelschluss, weil er mit der usurpatorischen Unterstellung, es müsse Führung geben, gerade die zu den Führern der anderen erhebt, die die Machtpositionen einnehmen und die Gesellschaft derart strukturieren, dass es das Verhältnis von Führenden und Geführten weiter gibt. Es besteht also in demokratischen Gesellschaften ein spezifisches Verhältnis zwischen oben und unten, eine Bevölkerung, die gegenüber dem politischen und wirtschaftlichen Führungspersonal enorm kritisch distanziert ist. Das Führungspersonal seinerseits weist sich durch eine Verachtung für die Menschen in sozialen Unten aus, isoliert sich durch Einkommen, Konsumgewohnheiten, Alltagspraktiken, soziale Beziehungen, Bildung und ermächtigt sich mit einem elitären Selbstverständnis dazu, die anderen zu führen.

Schon früh wurde von Theo Pirker auf den Verfall des Parlamentarismus hingewiesen.⁷ Das Grundgesetz hatte die Parteien zu Gliedern der Verfassung und des Staates gemacht – sie »wirken an der politischen Willensbildung des Volkes mit« –, sich aber nicht um die innerparteiliche Demokratie gekümmert. Die grundrechtliche Bestimmung führt im politischen Prozess zu einer Dominanz der Partei- und Fraktionsspitzen über die Willensbildung in der Fraktion und in der Partei. Die Fraktion selbst dient dazu, der Regierung und dem Kanzler, der die Regierung bildet und Richtlinienkompetenz hat, die Mehrheit für seine Regierungspolitik zu sichern.

Der Kanzler bildet im gegebenen Fall eine Koalition und – mit dem Instrument der Ministerienverteilung und -mehrung – Kanzler-Ministerparteien; er oder sie legt die Geschäftsordnung fest, die Vertraulichkeit des Kabinetts gegenüber der Fraktion sichert; er oder sie setzt die Minister ein, sie sind ihm gegenüber verantwortlich; er oder sie hat das Recht, in Angelegenheiten der Ressorts einzugreifen;

7 Theo Pirker: Die verordnete Demokratie. Grundlagen und Erscheinungen der »Restauration«. Berlin 1977

er oder sie ist nicht an Mehrheitsentscheidungen im Kabinett gebunden. In den vergangenen Jahren, besonders unter der Kanzlerschaft von Gerhard Schröder, wurde eine neue Art der Entformalisierung demokratischer Verfahren beobachtet, das Regieren mittels Kommissionen und Beratern.

Politische Willensbildungsprozesse und Entscheidungen werden aus dem Parlament und den Verwaltungen in informelle Gremien verlagert. Dort werden politische Vorschläge, Gesetzesentwürfe und Strategien ausgearbeitet, die im Parlament nur noch ratifiziert oder an den Instanzen der Verwaltungen vorbei von der Spitzenebene der Ministerien durchgesetzt werden. Öffentliche Diskussionen gelten als unerwünscht, von ihnen wird gesagt, dass sie Entscheidungen zerredeten. Das ist aber autoritär gedacht, denn freilich dient die öffentliche Diskussion dem analytischen ›Zerreden‹, der interesseorientierten Auseinanderlegung der Implikationen und Folgen von Entscheidungen. Gerade das ist die Fähigkeit des kollektiven Rasonierens: nämlich Fehler zu vermeiden. Und es ist geradezu eine Verhöhnung der kritischen Öffentlichkeit, wenn Politikerinnen und Politiker wie Künast oder Bütikofer sich über öffentliche Proteste gegen Verarmungsprozesse freuten, die sie, noch selbst in der Regierung vertreten, ignorierten, und über die Folgen ihrer eigenen Sozialgesetzgebung überrascht taten und sich als Verdienst zuschrieben, die Armut wenigstens offen gelegt zu haben. Bemerkenswert ist auch, wie leicht es gefallen ist, auf der Ebene einiger Bundesländer den Volkssouverän zu entmächtigen, indem die Legislaturperioden verlängert wurden.

Die Argumente dafür bewegen sich auf einem demokratietheoretisch denkbar niedrigen Niveau: die Wahlkämpfe gelten als teuer, aufgrund der Wahlkämpfe würden sich die Parlamente nicht angemessen auf ihre Arbeit konzentrieren. Das ist paradox genug, denn die Parlamente sollen das Volk repräsentieren und für es Entscheidungen treffen. Um solche Entscheidungen treffen zu können, wird das Volk noch weiter aus dem Politikprozess herausgehalten.

Das Kostenargument ist gefährlich. Denn es begünstigt einen Standpunkt ökonomistischer Beliebigkeit mit antidemokratischer Tendenz: »Aber Demokratie hat sich nicht derart eingebürgert, dass sie die Menschen wirklich als ihre eigene Sache erfahren, sich selbst als Subjekte der politischen Prozesse wissen. Sie wird als ein System unter anderen empfunden, so wie wenn man auf einer Musterkarte die Wahl hätte zwischen Kommunismus, Demokratie, Faschismus, Monarchie; nicht aber als identisch mit dem Volk selber, als Ausdruck seiner Mündigkeit.«⁸ Demokratie könnte aufgrund von Nutzenkalkülen zur Wahl gestellt werden.

Allerdings wäre durchaus richtig, aber unter demokratisch-freien Gesichtspunkten, über Kosten zu sprechen und darüber, was die Kosten verursacht und welche berechtigt und notwendig sind: Wahlwerbung, Kampagnen, Meinungsumfragen, Geschenke, Abgeordnete, Parlamentsbetrieb. Tatsächlich stellt sich die Frage nach der demokratiepolitischen Effizienz und Effektivität des Parlaments

8 Theodor W. Adorno: Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit. A. a. O., S. 559.

und der Verwaltung – aber demokratietheoretisch wohl nicht so, dass die Mehrheitspartei(en) mit parlamentarischen Beschlüssen die Rechte des Volkssouveräns weiter einschränken und einer verdinglichten Auffassung vom Parlament und den Parteien Vorschub leisten, sondern umgekehrt, dass die Parteien und das Parlament selbst auf den Prüfstand gestellt werden, ob sie demokratisch handeln und überhaupt demokratisch handlungsfähig sind.

Bedeutungsverluste der Parteien und des Parlaments als den zentralen Einrichtungen demokratischer Willensbildung ergeben sich auch im Kräfteverhältnis mit Bundesrat und Ländern. Vielfach war es möglich, durch entsprechende Mehrheitsverhältnisse oder Koalitionen in der Länderkammer Gesetzesvorhaben der Bundesregierung und des Parlaments zu blockieren oder zu bremsen und Kompromisse zu erzwingen. Mittlerweile ist es zu einer Entzerrung der Kompetenzen und teilweise zu einer Schwächung des nationalen Gesetzgebers zugunsten partikularer Interessenlagen gekommen.

Bedeutsam ist, dass politische Entscheidungen vielfach nur noch in einem quer zu den Parteien und den formalen Prozeduren verlaufenden Netz zustande kommen, dem vier Einrichtungen angehören: Regierung (oder einzelne Apparate), Bundestag (oder besser: einzelne Abgeordnetengruppen), Bundesrat und schließlich Bundesverfassungsgericht. Letzteres hat weit über die Normenkontrolle hinausgehend selbst die Funktion einer weiteren politischen Partei übernommen. Mit dem Rückgriff auf die dem BVG vorbehaltene Hermeneutik der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nimmt es für sich die Rolle eines über der Verfassung stehenden Verfassungsinterpreten in Anspruch. »Indem das Bundesverfassungsgericht die Grundrechte der Verfassung zu einer ›objektiven Wertordnung‹ transformiert, deren Bestandteile es untereinander und mit zu ›Rechtsgütern‹ entgrenzten einfachen Gesetzen je nach den Umständen des Einzelfalles zur ›Abwägung‹ bringt, gewinnt es einerseits eine hohe Autonomie nicht nur gegenüber verfassungsrechtlichen Einzelbestimmungen, sondern auch im Verhältnis zur selbstgeschaffenen Wertordnung. Die Entgrenzung der Normbereiche von Einzelgrundrechten und Gesetzen durch deren Verwandlung in Werte und Rechtsgüter erlaubt es dem höchsten Gericht, ihre Grenzen und Inhalte jeweils situativ zu bestimmen.«⁹

Der demokratische Alltag ist von einer Vielzahl von nicht-demokratischen Mustern durchzogen. Dazu zählt die ungerechte Besteuerung zu Lasten kleiner Einkommen, die ungerechte Steuererfassung und Durchsetzung der Steuerpflichtigkeit, von der vor allem Freiberufliche und Selbständige in Milliardenhöhe profitieren, die ungerechte öffentliche Ausgabenpolitik sowie die häufige Verschwendung öffentlicher Mittel. Mit dem Abbau der öffentlichen Verwaltung kommt es zwangsläufig zu Vollzugsdefiziten, die den demokratischen Kreislauf von Willensbildung, Gesetzgebung und Ausführung zerstören: Umweltschutzmaßnahmen werden nicht umgesetzt, Finanzämter können gerade bei Freiberuflern und Unter-

9 Ingeborg Maus: Rechtstheorie und Politische Theorie im Industriekapitalismus. München 1986, S. 287.

nehmen die Steuerprüfung nicht durchführen, Staatsanwälte fehlen, notwendige Prozesse gegen Politiker durchzuführen, Polizisten fehlen, um öffentlich kontrollierte Sicherheit zu gewährleisten, Gefängnissen fehlt es an Räumlichkeiten und Personal, um einen geordneten Strafvollzug zu gewährleisten.

Die Justiz, die in den vergangenen Jahrzehnten eher eine Demokratisierung durchlief, scheint vielfach wieder zu einem bürgerlich-autoritären Selbstverständnis zurückzufinden. Gefängnisstrafen werden häufiger verhängt und fallen länger aus, die bundesweite Einheitlichkeit des Gesetzes ist, was Haftstrafen anbelangt, nicht gewährleistet, das Strafreime selbst verschärft sich, die Rechte von Gefängnisinsassen werden vielfach missachtet. Selbst kleine Eigentumsdelikte werden mit harten Strafen sanktioniert, die Sicherheitsverwahrung wird zu einem Instrument der schleichenden und informellen Verschärfung hin zu lebenslanger Einkerkering. Die Verfolgung der Straftaten von Politikern wird nachlässig gehandhabt, Nachlässigkeiten und Korruption im öffentlichen Dienst bleiben häufig folgenlos.

Die deutsche Vereinigung kam verfassungswidrig ohne Verfassungsgebungsprozess zustanden; und dieselbe undemokratische Praxis wurde mit dem europäischen Verfassungsvertrag verfolgt. Verfassungswidrig werden Angriffskriege durchgeführt – und dann nicht so genannt, sondern als menschenrechtliche Schutzaktivitäten ausgegeben. Bundestagsabgeordnete ebenso wie hohe Polizei-offiziere plädieren offen für Folter – und weigern sich, die Sache offen zu benennen. Erkenntnisse aus sogenannten robusten Verhörmethoden werden von den Behörden ausdrücklich verwandt. Die sachliche Handlungsweise ist ebenso wenig wie die sprachliche Verlogenheit, die die Folter entnennt oder aus verwalteten Individuen »Kunden« macht, demokratisch. Der Kunde sollte Wahlfreiheit haben, mit der Einführung des Ausdrucks Kunde wurde die Kontrollintensität der Arbeitsagenturen noch verstärkt, die Möglichkeit, Arbeitslose zu entrechteten, vergrößert: Subsistenz unter der Armutsgrenze, Aufhebung des Berufsschutzes, Arbeitszwang, dichte Kontrolle der privaten Vermögen; auch der Kunde der Ortspolizeien hat keine Alternative, er muss den Reisepass kaufen und akzeptieren, dass seine biometrischen Daten erfasst werden. Der manipulatorische Sprachgebrauch entzieht politische Sachverhalte der demokratischen Willensbildung.

Nach einer gewissen Ausdehnung der Demokratie lassen sich Tendenzen der Einschränkung bei den politischen Freiheitsrechten beobachten. Nach der Durchsetzung der immer noch geltenden Notstandsgesetze 1968 war das »Mehr Demokratie wagen« der sozialliberalen Regierung Willy Brandts schon gleich mit »Berufsverboten« verknüpft. Auf den Terrorismus wurde mit Gesinnungsjustiz reagiert, die zu einer gravierenden Einschränkung der Meinungsfreiheit und der Verteidigungsrechte führte. Mit der Behauptung, es handele sich um potenzielle Gewalttäter, wurde auch die Versammlungsfreiheit durch Auflagen, Überwachung, polizeiliche Taktiken und Drangsalierungen drastisch eingeschränkt. Sicherlich ist es noch erlaubt zu demonstrieren, aber wer mag das noch tun, wenn er oder sie

wegen des Eskalationsniveaus der Polizei, der Gewaltanwendung, der Ausspitzelei, der Überwachung um Leib und Leben, rechtliche Folgen und berufliche Zukunft fürchten muss.

Proteste gegen die AKW, gegen Zwischen- und Endlagerung von Atommüll werden nicht als Beitrag von Minderheiten, die berechtigte Bedenken gegen eine gefährliche Technologie haben, zum Allgemeinwohl gedeutet, sondern als Obstruktion. Antifa-Gruppen, die über Nazi-Gruppen aufklären und gesellschaftlichen Widerstand mobilisieren, werden staatlich eher verfolgt als Nazi-Gruppen selbst. Immer wieder lässt sich feststellen, dass rechtsradikale Gruppierungen aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden, dass sie enge Kontakte mit Vertretern demokratischer Parteien unterhalten, vom Verfassungsschutz gedeckt sind. Es spricht einiges dafür, dass rechtsradikale Positionen und Gewaltpraktiken auf einem niedrigen Intensitätsniveau – also im statistischen Durchschnitt einer bestimmten Zahl von gewaltbereiten Rechten und Ermordeten – als Drohmasse und Terrormeute vorgehalten werden.

Ohnehin ist alles unverhältnismäßig: Angeblich um Schäden für die Gemeinschaft und den Staat abzuwehren, werden tausende Polizisten aufgeboten, Millionen, wenn nicht Milliarden in Ausrüstung, Aufrüstung und Sicherheitssysteme investiert, während gleichzeitig solche Schäden durch Fehlinvestitionen in Gewerbeflächen, durch Sparpolitik im Gesundheitsbereich oder unterlassene weitreichende Umweltpolitik in Milliardenhöhe erzeugt werden. Die Kontrolldichte hat sich im Alltag erheblich verstärkt: Kundenprofile, Videoüberwachung, Aufhebung des Bankgeheimnisses, Raster- und Schleppfahndung, DNA-Analyse, Messung biometrischer Merkmale, Zunahme von Lauschangriffen und Eindringen in private Computer über das Netz, Beschneidung(sversuche) von Klagewegen und Einspruchsrechten, Einschränkung von Verbandsklagerechten, Enteignung öffentlicher Räume (wie Bahnhöfe, Straßen, Plätze) durch Privatisierung durch Einrichtung privater Sicherheitszonen und durch Werbung. Ein eigenes Kapitel ist die dauerhafte Benachteiligung von Menschen mit migrantischem Hintergrund und von Flüchtlingen, denen mit der Entrechtung auch der Zugang zu demokratischer Beteiligung genommen wird.

Wie in vielen gesellschaftlichen Bereichen kommt es auch in politisch-demokratischen Prozessen zu paradoxen Ungleichzeitigkeiten. Denn lassen sich Tendenzen der Entdemokratisierung beobachten, so ist nicht zu bestreiten, dass in vielen Bereichen gesellschaftliche Akteure an Entscheidungen beteiligt sind: Nichtregierungsorganisationen, Experten oder Bürgergruppen in Mediationsverfahren, Planungszellen oder Anhörungen. Eine Bilanz zu ziehen ist schwierig. Dennoch hat man kaum je gehört, dass durch solche Beteiligungen entscheidende Entwicklungspfade von den Unternehmen nicht verfolgt worden wären. Nachdem zwei bis drei Generationen gegen die Katastrophentechnologie Atomkraftwerk und für alternative Formen der Energiegewinnung gekämpft haben, ist zu befürchten, dass mit dem Argument der Ressourcenschonung und der Verminderung des Treib-

haus-Effekts in diese Technologie demnächst überall wieder verstärkt investiert wird.

Trotz massiver Vorbehalte in der Bevölkerung verfolgen Unternehmen weiterhin milliarden schwere Investitionsprogramme zur genetischen Veränderung von Pflanzen und Tieren. Die Aneignung kollektiver Güter durch Private ebenso wie die Unterwerfung des Lebens unter das Privateigentum geht trotz nachhaltigen Widerstands weiter. Selbst dort, wo es zu demokratischen und verfahrensförmig definierten Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen kommt, reichen sie an die Logik kapitalistisch bestimmter Weichenstellungen kaum heran. »Dass der Faschismus nachlebt; dass die vielzitierte Aufarbeitung der Vergangenheit bis heute nicht gelang und zu ihrem Zerrbild, dem leeren und kalten Vergessen, ausartete, rührt daher, dass die objektiven gesellschaftlichen Voraussetzungen fortbestehen, die den Faschismus zeitigten. Er kann nicht wesentlich aus subjektiven Dispositionen abgeleitet werden. Die ökonomische Ordnung und, nach ihrem Modell, weithin auch die ökonomische Organisation verhält nach wie vor die Majorität zur Abhängigkeit von Gegebenheiten, über die sie nichts vermag, und zur Unmündigkeit. Wenn sie leben wollen, bleibt ihnen nichts übrig, als dem Gegebenen sich anzupassen, sich zu fügen; sie müssen eben jene autonome Subjektivität durchstreichen, an welche die Idee von Demokratie appelliert.«¹⁰

3. Wie lässt sich die Ungleichzeitigkeit von Demokratie und Entdemokratisierung begreifen?

Adornos grundsätzlich zu verstehende Äußerung wirft die Frage nach dem Stellenwert demokratischer Prozesse unter den Bedingungen von gesellschaftlichen Naturgesetzen, die die Menschen zur Anpassung verhalten. Von dort her, also einer gesellschaftstheoretischen Beurteilung, erschließen sich wohl auch erst viele der angesprochenen Phänomene.

Der bürgerlich-kapitalistische Staat hat sich in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder als autoritär erwiesen. Zunächst hat er erst einmal lange gebraucht, bis er im formellen Sinn demokratisch wurde. Doch auch die Rechtsstaatlichkeit und die demokratischen Rechte haben nicht verhindert, dass in der Praxis staatlichen Handelns immer wieder autoritäre Tendenzen entstanden. Die Linke, Bürgerrechtler, auch kritische Liberale haben vor solchen Entwicklungen immer wieder gewarnt. In den 1960er Jahren wurde befürchtet, dass die Notstandsgesetzgebung zu einer Zerstörung der jungen bundesdeutschen Demokratie führen müsste. In den 1970er Jahren wurden die Reaktionen des Staates auf den Terrorismus der RAF als eine Bedrohung der Rechtsstaatlichkeit und eine Tendenz schleichender Faschisierung wahrgenommen. Das politische Vokabular, das die Linke zur Verfügung hatte und ihr nahelegte, jede staatliche Veränderung als Zunahme der Re-

10 Theodor W. Adorno: Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit. A. a. O., S. 567.

pression und Tendenz hin zum Faschismus zu deuten, erwies sich allerdings als unzulänglich.

Vor diesem Hintergrund sprach Nicos Poulantzas in den 1970er Jahren von einem neuen Typ des kapitalistischen Staates, dem autoritären Etatismus¹¹. In früheren Formen des bürgerlichen Ausnahmestaats verlagerte sich der politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozess in besondere, repressive Staatsapparate, vor allem Polizei, Geheimpolizei oder Militär. Es gilt das Ausnahmerecht, das Parlament wird beseitigt oder tritt nicht mehr zusammen, Parteien werden verboten, Wahlen nicht durchgeführt. So können die Staatsapparate in ihrer Gesamtheit Distanz zu den Volksklassen gewinnen und die Kompromissbildung im herrschenden Lager erleichtern.

Der autoritäre Etatismus als neuer Staatstyp lässt nun Poulantzas zufolge die formellen Verfahren der parlamentarischen Willensbildung intakt – er ist kein Ausnahmestaat. Aber er nimmt bestimmte Elemente in seine Regierungstechnologie auf. Hauptmerkmal ist die Verlagerung des Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses in die Verwaltung, diese wird selbst zu einer politischen Partei, genauer: Sie kommt in die Rolle der politischen Organisation der herrschenden sozialen Klassen und ihrer Kompromisse. »Unter der Autorität der Spitzen der Exekutive wird die Staatsbürokratie nicht nur zum Ort, sondern auch zum prinzipiellen Akteur der Ausarbeitung staatlicher Politik. Sie hat nicht mehr die Aufgabe der Herstellung politischer Kompromisse auf dem parlamentarischen Schauplatz, d. h. der öffentlichen Ausarbeitung hegemonialer Interessen in Form des nationalen Interesses. Die verschiedenen ökonomischen Interessen sind nun unmittelbar in der Verwaltung präsent und werden dort als solche umgesetzt.«¹²

Diese Überlegung kann sich auf eine der wichtigen politikwissenschaftlichen Einsichten der 1970er Jahre berufen, dass allein die Verabschiedung eines Gesetzes noch nicht zu seiner Implementation führt, sondern die Verwaltung selbst vielfach politisch fraktioniert ist und einzelne ihrer Teile, Abteilungen oder Hierarchiestufen die Ausführung verzerren, verlangsamen oder gar verhindern kann. Poulantzas beobachtet nun, dass sich die Spitze der Exekutive, also Teile des Regierungsapparats mit der Verwaltung kurzschließt, während die üblichen Kanäle zwischen Verwaltung und Parlament eher austrocknen. Die Parteien werden zu Transmissionsriemen der Exekutive, sie sind nicht mehr Träger der Formulierung und Ausarbeitung von programmatischen Grundlagen und sozialen Kompromissen. Hegemoniale Interessen werden mittels interparteilichen Regelkreisen, ressortübergreifenden Netzwerken, informellen Zirkeln wie Ausschüssen, Arbeits- und Projektgruppen oder ständigen und kurzfristigen Kommissionen zu staatlicher Politik ausgearbeitet.

Dies bedeutet, dass formal alles intakt bleibt – das Sozialkundeniveau eines großen Teils der professionellen Politikbeobachtung also kaum irritiert wird –,

11 Nicos Poulantzas: Staatstheorie, Hamburg 2002 (2. Aufl.)

12 Ebenda, S. 254.

sich aber ein Parallelnetzwerk der Macht bildet, in dem vor allem die Exekutive eine besondere strategische Aufwertung erfährt. Wahrscheinlich kann heute eine Analyse sich nicht darauf beschränken, lediglich eine Verlagerung hin zur Exekutive festzustellen. Die Entwicklung der Parteien ist anders verlaufen, die Parteien der Linken in den 1970er Jahren haben sich teilweise aufgelöst oder an Bedeutung verloren, neue haben sich gebildet. Die staatlichen Apparate wurden transformiert, Aufgaben aufgegeben, Verwaltungseinrichtungen drastisch verkleinert, das Anciennitätsprinzip der Beförderungsstufen teilweise aufgehoben, viele Bereiche privatisiert. Die Kooperation von staatlichen und privaten Einrichtungen wurde verstärkt, staatliche Bereiche wie die Polizeien wurden teilweise ausgebaut oder stärker vernetzt und mit privaten Sicherheitsdispositiven verschränkt.

Wenn Poulantzas nahelegt, dass die Verwaltung die Politik des herrschenden Blocks organisiert und vereinheitlicht, dann orientiert sich dies doch stark am Modell der bürokratischen Hierarchie, die eine Einheit des Apparats von oben nach unten gewährleisten kann. Doch es haben sich andere Elemente verstärkt, die Fragmentierung der Verwaltung, die Vernetzung mit Privaten, eine Einbeziehung von Kommissionen und der Rückgriff auf dezisionistische Entscheidungsmuster. Die Ressortgrenzen der Verwaltungen und Zuständigkeiten werden selbst zu strategischen Momenten im Prozess der Politikbildung und -ausführung. Es bilden sich quer zu Parteien, Ressorts oder den einzelnen Staatsapparaten (einschließlich Parlament) strategische Projekte und Gruppen, Machtzentren und Querschnitts-kohalitionen, in denen die Politik ausgearbeitet wird.

Die Perspektive der Globalisierung hat – insbesondere im Umfeld der Weltumweltkonferenz in Rio de Janeiro 1992 – eine Reihe von undemokratischen Praktiken erkennen lassen. Ein geringer Anteil der Menschen vorwiegend in den sogenannten OECD-Staaten verbraucht die common goods wie Rohstoffe, Fischbestände, Regelwälder; sie eignen sich den Reichtum an, der der Menschheit insgesamt, auch den zukünftigen Generationen gehört. Dies würde es rechtfertigen, dass Demokratie als ein Versuch der Selbstbestimmung der Menschen soweit ausgedehnt wird, wie die Betroffenheiten reichen. Das Konstrukt der Volkssouveränität mit der Unterscheidung je unterschiedlicher Völker, die ihre Entscheidungen auf ein staatlich umgrenztes und souverän kontrolliertes Territorium beschränken, steht dem bis heute entgegen und erweist sich mehr denn je als überholt und fragwürdig.

Schließt der Gesichtspunkt der Globalisierung also zunächst einmal das Bewusstsein von der Notwendigkeit einer Erweiterung der demokratischen Selbstregierung und die schmerzliche Erfahrung ihrer bisherigen nationalen Begrenzung ein, so macht er aber gleichzeitig auch darauf aufmerksam, dass Demokratie angesichts von Globalisierung selbst kaum zu realisieren sein dürfte – jedenfalls solange an den bisherigen Begriffen und Institutionen wie Volk, Volkssouveränität, Repräsentation, Parlament, Trennung von Ökonomie und Politik festgehalten wird. Demokratie setzt voraus, dass das souveräne Volk durch Selbstgesetzgebung oder

Selbstbestimmung auf sich selbst mittels des Staates einwirkt. Unterstellt ist, dass Demokratie sich im Rahmen eines territorial begrenzten Staats auf der Grundlage einer nationalen Gemeinschaft vollzieht. Aus solchen Annahmen resultieren eigene Schwierigkeiten.

Viele Sozialwissenschaftler halten mittlerweile solche Erwartungen an die Gesellschaft und an den Staat für eine Überforderung. Der Staat sei als Teilsystem der Gesellschaft gar nicht in der Lage, die Gesellschaft als ganze noch zu steuern. Solche Überlegungen müssen notwendigerweise zu demokratietheoretischem Defaitismus führen. Teilweise ist dies auch beabsichtigt. Denn Autoren wie Niklas Luhmann, die das vertreten, wollen auf jeden Fall verhindern, dass der demokratische Souverän beginnt, wirtschaftliche Prozesse zum Gegenstand demokratischer Entscheidungen zu machen¹³. Diesen Autoren kommt die Entwicklung der Globalisierung – oder jedenfalls ein bestimmtes Verständnis und eine partikularistische Ausgestaltung des Globalisierungsprozesses – entgegen. Denn mit dem Prozess der Globalisierung verschärft sich das Problem, dass Unternehmen sich demokratischer Gesetzgebung und staatlicher Steuerung zu entziehen vermögen.

Unternehmen tendieren dazu, sich von Kompromisszwängen, die ihnen die Arbeiter- und sozialen Bewegungen auferlegen, zu lösen. Die Unternehmen können durch Rationalisierung und Abwanderung Druck auf die Lohnabhängigen machen, deren Konkurrenz verschärfen und Ängste schüren. Gleichzeitig begründet dies eine staatliche Angebots- und Wettbewerbspolitik gegenüber Unternehmen. Diese nutzen die verschiedenen nationalen Konstellationen zu ihrem Vorteil. Der herrschenden Politik gibt dies Gelegenheit, den Staat aus den vielfältigen Verantwortungen zurückzuziehen, die angebliche Überforderung zu vermeiden, in die der Wohlfahrtsinterventionismus den Staat geführt hat und damit die Unregierbarkeitskrise zu lösen, die aus liberaler und konservativer Sicht eines der Hauptprobleme der 1970er Jahre war und Anlass für die neoliberale-neokonservative Gegenrevolution gab. In dieser Entwicklung einer Reorganisation des Staates beobachtet Joachim Hirsch¹⁴ totalitäre Tendenzen, ob parlamentarisch-demokratische Verhältnisse weiterhin Bestand haben und Kapitalismus und Demokratie vereinbar blieben, sei unklar. Die Funktionslogik des nationalen Wettbewerbsstaats zielt auf die alle sozialen Sphären erfassende Ausrichtung der Gesellschaft auf globale Wettbewerbsfähigkeit des jeweiligen Standorts, die Nation müsse sich als ein kapitalistisches Unternehmen begreifen: hierarchisch strukturiert, in Profit-Centers unterteilt, glatt und effizient funktionierend, autoritär geführt.

Die hier angesprochenen Diagnosen zur Veränderung des kapitalistischen Staates legen wichtige theoretische Fragen auf. Es gab in den vergangenen Jahrzehnten so viele Warnungen vor einer Entdemokratisierung, einer Faschisierung, vor

13 Vgl. Alex Demirovic (Hrsg.): Komplexität und Emanzipation. Kritische Gesellschaftstheorie und die Herausforderung der Systemtheorie Niklas Luhmanns, Münster 2201.

14 Joachim Hirsch: Der nationale Wettbewerbsstaat, Berlin 1995.

einer Entwicklung hin zum autoritären Staat, die sich alle irgendwie dann doch als falsch erwiesen, dass allein schon die Geste der Warnung verbraucht wirkt. Doch es ist ja nicht so, dass vergleichbar der Situation in der Weimarer Republik prominente Vertreter des bürgerlichen Lagers für die Beseitigung der Demokratie eintreten. Die Demokratie im Sinne der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie genießt im offiziellen Sprachgebrauch und unter den Eliten eine breite Unterstützung. Wie oben angesprochen, scheint sich eher die breite Bevölkerung autoritärstaatlich zu orientieren.

Theoretisch macht es auch keinen Sinn, von einem langanhaltenden Verfall der Demokratie zu sprechen. Dies würde zuviele historische Phasen außer Betracht lassen, in denen insbesondere in Deutschland autoritäre Staatsformen bestanden. Zudem könnte nicht berücksichtigt werden, dass die westdeutsche Demokratie als autoritäre Kanzlerdemokratie konstituiert wurde. Allgemeiner noch bliebe außer Acht, dass in vielen OECD-Staaten das allgemeine, gleiche Wahlrecht erst nach dem Ersten und, in einer zweiten Welle, nach dem Zweiten Weltkrieg eingeführt wurde, Formen der sozialen Demokratie sich bislang in ganz kleinen Ansätzen durchsetzen konnten. Erst seit den 1970er Jahren ist der Entkolonialisierungsprozess soweit fortgeschritten, dass der imperialistisch-koloniale Charakter der führenden kapitalistischen Gesellschaften überwunden ist und diese gezwungen wurden, sich eine neue postkoloniale Staatsform zu geben.

Wenn überhaupt, wäre in den 1970er Jahren der Zeitpunkt gewesen, überhaupt erst in eine 'nationale Konstellation' einzutreten, doch real gerieten viele der sich neu gründenden Nationalstaaten in einen Prozess des Staatszerfalls, während die führenden kapitalistischen Staaten, allen voran die Staaten der EWG und EG, neue politische und Staatsformen entwickelten, in denen die Politik der herrschenden Kräfte ausgearbeitet wird. Solche Arkanpolitiken hinter verschlossenen Türen auf internationalen Foren ermöglichen es, Kompromisse mit den subalternen Klassen zu vermeiden.

Diese kurzen Andeutungen sollen besagen, dass es keine säkularen Trends einer Zunahme des autoritären Charakters des kapitalistischen Staates gibt. Allerdings schließen, und darauf haben so unterschiedliche Autoren wie Hannah Arendt, Theodor W. Adorno, Michel Foucault oder Nicos Poulantzas hingewiesen, die Form der kapitalistischen Vergesellschaftung, der kapitalistische Staat und eine Reihe von Machttechnologien wie Disziplin und sozialstaatliche Normalisierungspraktiken, die Bevölkerungsregulierung und individuelle Verhaltenslenkung oder der autoritäre Populismus, wie sie in Fabrik, Büro, Schule, Militär, Familie oder Politik zur Anwendung gelangen, totalitäre Elemente ein. Sie prägen die Gesellschaft, ihre Gewohnheiten und Praktiken – sie werden vorgehalten und können je nach Stand der Kräfteverhältnisse sich auch derart verknüpfen, dass es erneut zu autoritären Formen politischer Herrschaftsausübung kommt. Da die autoritär-totalitären Elemente in Kämpfen um Demokratie auch immer wieder zurückgedrängt werden, müssen sie von den herrschenden Kräften mit mächtigen Ressourcen

auch immer wieder reproduziert werden. Es ist angesichts dieser Möglichkeiten nicht berechtigt, sich naiv dem Glauben an Recht und Gesetz zu überlassen, Beobachtung und Warnung vor autoritären Entwicklungen sind gerechtfertigt, die Gefahr der Überverallgemeinerung ist nur durch genaue Aufmerksamkeit für Tendenzen der Demokratisierung zu vermeiden.

Seit den frühen 1990er Jahren wird beobachtet, dass der Geltungsbereich der Demokratie und die gesellschaftlichen Prozesse auseinanderdriften. Die gesellschaftlichen Praktiken, die ihren demokratischen Rahmen in den Verfassungen finden, reichen weit über den Nationalstaat hinaus und unterlaufen damit die Möglichkeit des Volkssouveräns, sich allein selbst zu bestimmen, während gleichzeitig andere jenseits der Grenzen bestimmt werden; und umgekehrt greifen »andere« mit ihren Lebensgewohnheiten oder Entscheidungen von jenseits der Grenzen in »unser« Leben ein. Es entsteht ein Bewusstsein für die Verantwortung und die Pflichten jenseits der Grenzen. Diese Vorgänge sind Teil der Globalisierung und tragen erheblich zur Entdemokratisierung der demokratischen Gesellschaften bei.

Dominant ist die Tendenz, auf der Grundlage überlieferter liberaler Begriffe nach Auswegen zu suchen: in Europa Stärkung des europäischen Parlaments, Schaffung einer europäischen Identität und einer europäischen Verfassung, europäische Wahlkämpfe und Parteien, auf globaler Ebene Völkerversammlungen und Foren der globalen Zivilgesellschaft bei den Vereinten Nationen. Das Vokabular bleibt politisch begrenzt und die Herausforderung nicht wirklich angenommen. Doch gerade wenn der Globalisierungsprozesses in aller Härte klar macht, dass die politische Demokratie der Dynamik der wirtschaftlichen Akteure, den Kommunikations- und Wissensprozessen, den globalen Umweltproblemen nicht hinterherkommt, dann ist es nötig, auf der Ebene der Wirtschaft, der Kommunikation, des Transports, des Wissens oder der Umwelt selbst die Möglichkeiten der Demokratie zu entfalten und sich von den Beschränkungen der historischen Begriffe der politischen Demokratie zu emanzipieren, um ihr immer noch Unabgeholtenes endlich einmal zu verwirklichen.

»I prefer not to vote« – warum es für immer mehr Bürger gar nicht so dumm ist, nicht zur Wahl zu gehen

Einleitung

»Stell dir vor, es sind Wahlen und keiner geht hin.« Was in den 80er Jahren noch ein schlechter Spontispruch gewesen ist, scheint mehr und mehr Realität zu werden – zumindest haben die jüngsten Landtags- und Kommunalwahlen einen Trend der wachsenden Wahlenthaltung bestätigt. Lediglich zwischen 57 Prozent in Baden-Württemberg und 44 Prozent in Sachsen-Anhalten haben von diesem, in einer Demokratie doch so essentiellen, Recht Gebrauch gemacht. Damit hat erstmals bei einer Landtagswahl in der Bundesrepublik mehr als die Hälfte den Gang zu den Urnen verschmäht.

Die Spitzen der politischen Parteien sahen sich durch die Wahlergebnisse nahezu allesamt in ihrem Agieren bestätigt und eher pflichtschuldig wurde die niedrige Beteiligung beklagt. Auf letzteres angesprochen hat die Zunft der professionellen Wahlforscher und Politikwissenschaftler mit ihren Erklärungen nicht lange auf sich warten lassen. Geradezu reflexhaft sprudelten noch am Wahlabend die Rationalisierungen hervor. Sie reichten von der These, dass die große Koalition im Bund wenig Raum für parteipolitische Polarisierungen gelassen habe, über den Verweis auf die mangelnde Kenntnis über die Bedeutung der Landesebene bei vielen Bürgern sowie auf die schwachen demokratischen Traditionen in den neuen Bundesländern bis hin zu der Betonung der porösen Parteibindungen infolge von Individualisierungs- und Modernisierungstendenzen. Selbst die aus der US-amerikanischen Politologie aus den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts stammende These der »Normalisierung« der Verhältnisse wurde aus der argumentativen Mottenkiste hervorgeholt.

All diese Erklärungen konnte man in den folgenden Tagen auch in den Zeitungen lesen. Von Kommentatoren kam dann noch der leicht moralisierende Verweis hinzu, dass in Weißrussland und vor nicht allzu langer Zeit auch in der DDR die Menschen für das Recht, nach demokratischen Regeln wählen zu können noch auf die Straße gegangen seien. Danach hieß es in Politik, Medien und Wahlforschung mal wieder, »business as usual«. Die politische Elite hat sich recht schnell mit der neuen Situation arrangiert.

Als nach den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin der Generalsekretär der CDU in der Berliner Runde nach den Ursachen für die erneut rückläufige Wahlbeteiligung gefragt wurde, entgegnete dieser, dass diese doch gar nicht so niedrig gewesen sein – sie lag übrigens in beiden Ländern bei knapp

60 Prozent. Und Herr Pofalla hatte in gewisser Weise sogar Recht, war doch zumindest in Mecklenburg-Vorpommern eine wesentlich niedrigere Wahlbeteiligung befürchtet worden. Und es ist wohl der massiven Aufforderung, durch den Gang zur Urne den Einzug der NPD zu verhindern, zuzurechnen, dass die Wahlbeteiligung nicht erneut unter die magische 50 Prozent Marke fiel. Gleichwohl blieb am Wahlabend ein gewisses Unbehagen. Erschöpft sich der »Sinn« des Wählens darin, rechtsextreme Parteien aus den Parlamenten und damit aus den Medien zu halten? Und wenn sich immer mehr Menschen von dem für eine Demokratie doch so grundlegenden demokratischen Ritual verabschieden, wirft dies nicht fundamentale Fragen hinsichtlich der Legitimität der mit diesem Namen bezeichneten politischen und gesellschaftlichen Ordnung auf?

Diese Fragen können hier weder detailliert entwickelt, geschweige denn beantwortet werden. Stattdessen soll der bloße Versuch unternommen werden, das Phänomen der Wahlenthaltung in eine Theorie der Postdemokratie einzusortieren. Die Ausgangsthese ist, dass wir uns heute mit einer Situation konfrontiert sehen, in der demokratische Legitimitätsvorstellungen und die mit diesen korrespondierenden Verfahren immer weniger mit der politischen Realität in Übereinstimmung zu bringen sind und zumindest teilweise einen folkloristischen Charakter bekommen. Vor diesem Hintergrund stellt der Verzicht bestimmter Bevölkerungsgruppen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen, eine politisch ernstzunehmende Handlungsweise dar.

Diese These soll in drei Schritten entfaltet werden. Zunächst geht es darum zu zeigen, dass es in den letzten beiden Dekaden zu einem Bedeutungsverlust demokratisch gewählter Parlamente bei gleichzeitiger Aufwertung von Expertengremien gekommen ist. Dahinter verbirgt sich die Umstellung von einem normativen auf einem kognitiven Modus der Entscheidungsfindung, wie sie Niklas Luhmann bereits vor 35 Jahren prognostiziert hat, aber erst jetzt vor dem Hintergrund komplexer Formen des Weltregierens zum Tragen zu kommen scheint. Als andere Seite der Medaille dieses Bedeutungsverlustes lässt sich die Inszenierung und Personalisierung der Politik begreifen, der ich mich in einem zweiten Schritt widmen möchte. Die Beobachtung ist hier, dass es zu einer Simulation demokratischen Handelns kommt, und zwar mit Blick auf die periodische Inszenierung von Wahlkämpfen sowie der nur scheinbar paradoxen Zunahmen von neuen Formen der Bürgerbeteiligung. Von dieser inszenierten Demokratie haben sich vor allem die sogenannten Modernisierungsverlierer verabschiedet. Dass man darin auch eine rationale Form politischen Handelns sehen kann, soll abschließend dargelegt werden.

Um einem Missverständnis vorzubeugen, sei jedoch gleich zu Beginn gesagt, dass hier nicht die These vom Ende der Demokratie vertreten wird. Postdemokratische Regime zeichnen sich vielmehr durch ein komplexes und widersprüchliches Nebeneinander von demokratischen und expertokratischen, von staatlichen und privaten, von nationalen und globalen Formen des Regierens aus.

1. Umstellung vom normativen auf einen kognitiven Stil der Entscheidungsfindung oder der Trend zur Enklavendemokratie

Seit einigen Jahren lässt sich der Trend der Verlagerung von im weiteren Sinne politischen Entscheidungsmaterien in Expertengremien beobachten. Kommissionen und Konsensrunden zielen auf die Steigerung der Effektivität politischer Steuerung, indem der Staat bereits im Prozess der Gesetzesformulierung sich mit den Vertretern gesellschaftlich einflussreicher Gruppierungen zusammensetzt. Kollektiv verbindliche Entscheidungen werden dabei im wachsenden Umfang zwischen der Exekutive und gesellschaftlich potenten Gruppen, wenn schon nicht endgültig getroffen, so zumindest in einem Umfang vorformuliert, dass den Parlamenten lediglich die nachträgliche Bestätigung der Verhandlungsergebnisse bleibt. Prominente Beispiele hierfür sind in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik das »Bündnis für Arbeit«, die »Energiekonsensgespräche«, die »Rürup-Kommission«, »die Hartz-Kommission«, aber auch der »Nationale Ethikrat«¹. Der Staat tritt bei diesen Verhandlungen nur noch als »primus inter pares« auf und verzichtet auf hierarchische Vorgaben.² An die Stelle des zwingenden Rechts, tritt ein reflexives Recht, welches einen Rahmen der Konfliktbehandlungen zwischen verschiedenen Interessengruppen zur Verfügung stellt. Dass der Staat sich mit gesellschaftlichen Interessenverbänden an einem Tisch setzt, ist freilich kein neues Phänomen. So existiert etwa im Gesundheitswesen seit mehr als 30 Jahren eine »konzertierte Aktion«, seit ca. zehn Jahren lässt sich aber eine Vermehrung und ein Bedeutungszuwachs dieser weichen Form der Steuerung im »Schatten der Souveränität« (Scharpf) feststellen.

Diese Entwicklung zum »verhandelnden Staat« und zum »Postparlamentarismus« stellt eine Reaktion auf die Beobachtung dar, dass »komplexe Gesellschaften durch Recht und hoheitlich-hierarchische Intervention nicht hinreichend gesteuert werden können«³ und hat in vielen Bereichen durchaus zu einer erhöhten Effektivität des Regierungshandelns beigetragen. Gleichwohl sind mit dieser Umstellung von der Input- zur Outputlegitimation auch erhebliche Kosten auf Seiten der demokratischen Authentizität verbunden.⁴ Problematisch ist unter diesem Gesichtspunkt nicht nur, dass der »offizielle Kreislauf der Macht« (Habermas), demzufolge das Volk über Wahlen die Regierung programmiert, welche dann wie-

1 Der »Nationale Ethikrat« ist auf Beschluss der Bundesregierung im Jahr 2001 konstituiert worden und soll als »nationales Forum des Dialogs über ethische Fragen in den Lebenswissenschaften« dienen. Ihm gehören Mediziner, Naturwissenschaftler, Philosophen und Theologen, aber auch Vertreter gesellschaftlicher Interessengruppen an.

2 Vgl. als Überblick Julia von Blumenthal: Auswanderung aus den Verfassungsinstitutionen. Kommissionen und Konsensrunden. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 43/2003*, S. 9-15.

3 Arthur Benz: Postparlamentarische Demokratie?. In: Michael Greven (Hg.), *Demokratie – eine Kultur des Westens*, Opladen 1998, S. 201-222, hier S. 203.

4 Vgl. Peter A. Kraus: Die Begründung demokratischer Politik in Europa. Zur Unterscheidung von Input- und Output-Legitimation bei Fritz W. Scharpf. In: *Leviathan 32 (4/04)*, 558-567.

derum über das Medium des Rechts die Gesellschaft steuert, unterbrochen wird, kritisch ist auch die Zusammensetzung der Verhandlungsverfahren zu sehen. Sind es doch zunächst und zumeist die Vertreter gesellschaftlich einflussreicher Interessen wie Großunternehmen und Gewerkschaften, mit denen sich der Staat an einen Tisch setzt. Dies erhöht die Gefahr einer Einigung auf Kosten unbeteiligter Dritter. »Damit ist das Prinzip der Gleichheit nicht nur in formaler Hinsicht, d. h. hinsichtlich der Partizipationsmöglichkeiten, sondern auch in materieller Hinsicht, d. h. bezogen auf die Chancen der Interessendurchsetzung verletzt«⁵.

Dieser Wandel der Staatlichkeit ist in demokratietheoretischen Debatten nicht unwidersprochen geblieben. So wird etwa vor einer »Refeudalisierung des gegenwärtigen Demokratieverständnisses« (Maus) oder einer »affirmativen Uminterpretation« (Abromeit) gewarnt. Dies hat jedoch den weiteren Bedeutungsverlust der nationalstaatlichen Legislative nicht aufhalten können, zumal die beschriebenen Prozesse auch mit Blick auf die suprastaatliche Ebene thematisiert werden müssen. Und hier haben wir es in den letzten zwei, drei Jahrzehnten mit einer rasanten Internationalisierung der Politik zu tun.

Es ist inzwischen ein Gemeinplatz, dass mit der beschleunigten globalen Interdependenz wirtschaftlicher und politischer Prozesse auch die Notwendigkeit einer suprastaatlichen Koordinierung entstanden ist. Die Entstehung und Stärkung einer Vielzahl von Regimen und Institutionen zum Zwecke einer »global governance« stellt eine Antwort auf diese postnationale Konstellation dar. Am eindrucksvollsten und am weitesten fortgeschritten ist hier sicherlich der europäische Einigungsprozess. Die Etablierung eines gemeinsamen Binnenmarktes und einer gemeinsamen Währung kann daher auch als eine notwendige Strategie, der postnationalen Herausforderung politisch standhalten zu können, angesehen werden. Dies ist jedoch mit einem erheblichen Souveränitätsverlust nationalstaatlicher Parlamente, aber auch kommunaler Organe der Selbstverwaltung verbunden. Insbesondere die durch die Europäische Kommission und dem Europäischen Gerichtshof durchgesetzten Maßnahmen einer »negativen Integration« (Scharpf), also dem Abbau von Wettbewerbsverzerrungen, erzeugen einen wirtschaftspolitischen Rahmen, der den gewählten Vertretern auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene nur wenig Spielraum für die Bereitstellung öffentlicher Güter lässt.⁶ Dem steht auf der anderen Seite nur eine marginal ausgebildete demokratische Legitimation der grundlegenden europäischen Institutionen gegenüber.

Ist bereits hinsichtlich der Europäischen Union von einem strukturellen Demokratiedefizit auszugehen, so stellt sich das Problem auf der globalen Ebene in potenziierter Form. Auch hier ist in den letzten Jahrzehnten eine Vielzahl von trans

5 Artur Benz: Postdemokratische Demokratie? A. a. O. S. 206.

6 Nicht zufällig ist das am weitesten reichende Beispiel einer ‚positiven Integration‘ die Europäische Währungsunion, welche mittels der so genannten Stabilitätskriterien ebenfalls zu einer erheblichen Beschränkung nationalstaatlicher Souveränität führt. Vgl. Arne Heise: Schulmeister Deutschland oder: Wie Europa gettiemeyert wurde. In: Blätter für Deutsche und Internationale Politik 7/2005, S. 819-828.

und suprastaatlichen Abkommen, Regimen und Institutionen entstanden, deren Effektivität freilich höchst unterschiedlich ist. Aber auch etablierte Institutionen haben an Relevanz gewonnen. Hier sind vor allem die GEMs (global economic multilaterals) Weltbank, IWF und WTO zu nennen, wobei insbesondere letztere einen erheblichen Einfluss auf die Lebensbedingungen nahezu aller Menschen ausüben. Deren Entscheidungen sind jedoch trotz aller Bemühungen zur Steigerung der »transparency« und »accountability« weit von einer wie auch immer vermittelten demokratischen Legitimation entfernt. Hinzu kommt, dass einer der grundlegenden Mechanismen demokratischen Regierens, nämlich die Reversibilität der Entscheidungen, im Rahmen der WTO still gestellt ist. Zukünftige Regierungen sind damit an den erreichten Grad der Liberalisierung gebunden.⁷

Die hiermit umrissene Entwicklung lässt sich aus einer systemtheoretisch und tendenziell affirmativen Perspektive als die Umstellung von einem normativen auf einen kognitiven Modus der Entscheidungsfindung beschreiben. Angesichts der immensen Komplexität lateraler Weltsysteme, verstanden als eigenlogisch und jenseits nationalstaatlicher Verpflichtungen operierender Subsysteme, sei deren demokratische Steuerung weder durchführbar noch wünschenswert. Insbesondere die Vorstellung, diese lateralen Weltsysteme mittels Recht demokratisch programmieren zu können, müsse aufgegeben werden. Dies liest sich bei Helmut Willke wie folgt: »Es [das Recht, D. J.] muss durch Selbstbeschränkung kompetenter werden für den Umgang mit höheren Graden von Heterogenität. Die Welle der Deregulierung und Entstaatlichung ist in dieser Sicht nur ein Vorbote der notwendigen tiefgründigeren Transformation des Rechts in Richtung auf ein post-konventionelles, post-interventionistisches, post-normatives Recht, das in der Lage ist, eine Steuerungsleistung zu erbringen, die sich auf Augenhöhe mit einer hyperkomplexen Gesellschaft bewegt.«⁸ Aus dieser Perspektive erweist sich daher auch die Kombination von Recht und Politik als eine »Fehlspezialisierung der Menschheitsgeschichte«.⁹ Die Vorteile des privaten Rechts bestehen demgegenüber laut Willke in dessen Flexibilität und Effektivität, die es den Systemen gestattet, sich immer wieder einer rapide sich wandelnden Umwelt anzupassen.

Es fällt nicht schwer, diese systemtheoretische Abklärung der Demokratie als ideologisches Konstrukt mit einer verdeckten Normativität zu entlarven. Doch sollte man hier nicht allzu voreilig sein. Denn ungeachtet aller Normativität, die der Systemtheorie eingeschrieben ist, liefert sie ein Instrumentarium, welches in besonderer Weise den Blick für reale Entdemokratisierungsprozesse öffnet. Und hier lässt sich in der Tat momentan eine Umstellung von einem demokratischen auf einen kognitiven Modus sowohl der Entscheidungsgenerierung als auch der

7 Vgl. Miles Kahler: Defining Accountability Up: the Global Economic Multilaterals. In: *Government and Opposition* 39 (2/04), S. 132-158.

8 Helmut Willke: *Global Governance*. Bielefeld 2006, S. 54.

9 Ebenda S. 33 mit Verweis auf Niklas Luhmann: *Weltgesellschaft*. In: *Soziologische Aufklärung*. Bd. 2, Opladen 1975.

Kontextsteuerung beobachten. In Organisationen wie den nationalen und internationalen Regulierungsbehörden, dem WTO-Rat (»Council«) aber auch der Europäischen Kommission und der EZB sitzen Experten, die nur sehr mittelbar einer demokratischen Kontrolle unterliegen.

Vollständig losgelöst von demokratischer Einflussnahme agieren zudem globale Rating-Agenturen wie »Moody's Investors Service« und »Standard & Poor's Ratings Group«. Dort ist eine ebenso spezifisches wie wirkmächtiges Wissen nahezu monopolisiert. Einzig dem Ziel der Einschätzung der Kreditwürdigkeit von privaten und öffentlichen Gläubigern verpflichtet, führen deren expertokratische Einstufungen zu einem erheblichen Anpassungsdruck an die Erwartungen der internationalen Finanzmärkte, um eine Abstufung und damit finanzielle Schwierigkeiten zu vermeiden. Das Resultat für die sogenannten sovereign borrowers, also Nationalstaaten, aber auch Länderregierungen wie Kommunen ist tendenziell »a lower supply of social security and other public goods«.¹⁰

Aus einer demokratietheoretischen Perspektive lassen sich diese Phänomene als ein Trend zur Enklavendemokratie beschreiben, einem Begriff, der der Transformationsforschung entstammt und diejenige Staaten bezeichnen soll, in denen zwar auf der einen Seite demokratische Institutionen wie Wahlen und konkurrierende Parteien existieren, auf der anderen Seite aber wesentliche Bereiche einer demokratischen Steuerung entzogen sind. »Wenn ›Vetomächte‹ wie Militär, Guerilla, Miliz, Unternehmer, Großgrundbesitzer oder multinationale Konzerne bestimmte Politikbereiche (reserved domains) oder Teile des Staatsterritoriums dem Zugriff der demokratisch gewählten Repräsentanten entziehen, entsteht ein eigenes Syndrom verzerrter Machtbildung, Machtausübung und Machtkontrolle.«¹¹ Das Konzept der Enklavendemokratie ist entwickelt worden, um defekte Demokratie von den etablierten demokratischen Regimen des Westens abzugrenzen. Entsprechend betonen die Autoren um Wolfgang Merkel auch, dass »reservierte Politikdomänen strikt abzugrenzen« sind »von solchen politischen Materien, die per konstitutionellen Konsens aus der Verfügungsgewalt einfacher demokratischer Mehrheitsentscheidungen herausgenommen werden«, wie Verfassungsgerichte und Zentralbanken.¹² Diese klare Trennung ist jedoch dann nicht überzeugend, wenn zum einen Redemokratisierung entsprechender Institutionen lediglich eine theoretische Möglichkeit darstellt – so ist etwa die Autonomie der Europäischen Zentralbank im Vertrag von Maastricht festgeschrieben und dabei im Vergleich zur Bundesbank sogar gestärkt worden¹³ – und zum anderen werden immer mehr Entscheidungsmaterien privatisiert.¹⁴

10 Dieter Kerwer: Holding Global Regulators Accountable: The Case of Credit Rating Agencies. In: Governance 18, 453-475. Vgl. auch Timothy J. Sinclair: The new masters of capital: American bond rating agencies and the politics of creditworthiness. Ithaca, N. Y., 2005.

11 Wolfgang Merkel et. al.: Defekte Demokratie, Bd. 1: Theorie, Opladen, 2003, S. 71.

12 Ebenda., S. 55.

13 Vgl. Arne Heise, a. a. O.

14 Vgl. Helmut Willke, a. a. O. und mit stärker kritischen Unterton Tanja Brühl et. al. (Hrsg.): Die Privatisierung der Weltpolitik. Entstaatlichung und Globalisierung im Globalisierungsprozess, Bonn 2001.

2. Die Simulation der Demokratie

Es ist in den vergangenen Jahren viel über Mediendemokratie, Zuschauerdemokratie, inszenierte Demokratie, aber auch über Politik- und Parteienverdrossenheit als Reaktionsweisen auf den damit bezeichnet Strukturwandel geschrieben worden. Die entsprechenden Publikationen reichen von populärwissenschaftlichen, wenn nicht gar populistischen Abrechnungen mit der ›politischen Klasse‹ bis hin zu seriösen politikwissenschaftlichen Abhandlungen. Folgt man etwa dem Bild, das Colin Crouch entwirft, so sind zwar die Institutionen der parlamentarischen Demokratie – periodische Wahlen, Wahlkämpfe, Parteienkonkurrenz, Gewaltenteilung – formal gesehen völlig intakt. Doch stimmt die dahinterstehende Figur der Legitimation politischen Handelns durch die Partizipation des Volkes kaum noch mit den realen Gegebenheiten überein. »My central contentions are that, while the forms of democracy remain fully in place – and today in some respects are actually strengthened – politics and government are increasingly slipping back into the control of privileged elites in the manner characteristic of predemocratic times; and that one major consequence of this process is the growing impotence of egalitarian causes.«¹⁵

Der öffentliche Wahlkampf ist Crouch zufolge ein fest kontrolliertes Spektakel, welches von rivalisierenden Teams professioneller Spindoctors organisiert wird. Sie bestimmen die politische Agenda durch die Auswahl und anschließende Inszenierung von wenigen Themen, die zudem immer stärker personalisiert werden. Die Menge der Bürger spielt dabei lediglich eine passive, stille, bisweilen gar apathische Rolle, unfähig zur eigenen Gestaltung der politischen Auseinandersetzung. Im Rücken dieser Inszenierung des »Wahlspiels« findet dann der tatsächliche politische Prozess statt, und zwar in Form einer privatisierten Interaktion zwischen gewählten Regierungen und Eliten, die größtenteils die Interessen wirtschaftlich starker Akteure vertreten.

Das Phänomen einer Inszenierung ist indes alles andere als neu. So hat bereits Platon in seinen »Nomoi« die Demokratie als eine »Theatrokratie« bezeichnet. Und spätestens seit den 20er Jahren des 20. Jahrhundert gehört die Entlarvung einer demokratischen Öffentlichkeit, in der mit Argumenten über das Gemeinwohl gestritten wird, als bloße Illusion zum Standardrepertoire einer soziologischen »Aufklärung«.¹⁶ Wenn hier dennoch davon ausgegangen wird, dass das Phänomen der »symbolischen Politik« (Murray Edelman) eine neue Qualität erreicht hat, dann geschieht dies vor dem Hintergrund der im vorigen Abschnitt beschriebenen Entdemokratisierungsprozesse. Die These ist die einer Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen. Denn, wenn die Beobachtung zutreffend ist, dass immer mehr Ent-

15 Colin Crouch: Post Democracy. Themes for the 21st Century Crouch. Cambridge 2004, S. 6.

16 Vgl. Walter Lippmann: Public Opinion, New Brunswick, NJ [u. a.] 1991 [1922]; Joseph A. Schumpeter: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. München 1950 [1942].

scheidungen von Expertengremien getroffen werden, die sich zudem einer nationalstaatlichen Kontrolle zunehmend entziehen, es gleichzeitig aber einen steigenden Legitimationsbedarf eben dieser Entscheidungen, die viele Menschen als Bedrohung empfinden, gibt, dann ist die von vielen beklagte Intensivierung der bloß symbolischen oder inszenierten Politik eine kaum zu vermeidende Konsequenz.

Das, was bei professionellen Beobachtern,¹⁷ aber auch bei vielen Bürgern ein Unbehagen auslöst, ist die mediale Inszenierung und vor allem Personalisierung von Entscheidungsmaterien, bei denen es oftmals keine Alternative zu geben scheint. Für Andras Körösesny ist diese Personalisierung dann auch der besonders augenfällige Ausdruck einer Tendenz zur »leader democracy«, wie sie prototypisch von Tony Blair verkörpert wird. Charakteristisch für diese Deformation der Demokratie sei die Umkehrung des Verhältnisses von Repräsentanten und Repräsentierten. Es seien nicht länger die Bürger, die mittels Wahlen die Regierung programmieren, sondern die politische Öffentlichkeit wird nach Körösesny – und hier trifft er sich in der Diagnose mit Crouch – professionell erzeugt: »Thus public is produced not as a result of the integration of a priori preferences existing dispersedly in individuals or groups [...] but shaped especially by political leaders.«¹⁸ Auch wenn diese Charakterisierung (noch) übertrieben sein mag, ist ein Trend zur Personalisierung der Politik bei gleichzeitiger Schwächung klassischer Formen der demokratischen Meinungsbildung wie Parteien und Parlamente unverkennbar.

Scheinbar im Gegensatz zu dem zunehmend inszenierten Charakter der Politik und dem damit korrespondierenden Trend zur »leader democracy« steht die erhebliche Zunahme neuer Beteiligungsverfahren in Form von Mediationsverfahren, Bürgerforen, Bürgerhaushalten oder auch die Einführung von Referenden in den letzten beiden Jahrzehnten. Diese »participatory revolution« tritt, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, in allen OECD-Staaten auf und ist von vielen als Anzeichen einer Stärkung direktdemokratischer Elemente auf Kosten repräsentativer Institutionen gedeutet worden.¹⁹ Wir sind zwar Zeugen eines Abbaus von demokratischen Entscheidungsprozessen durch die Auslagerung in Expertengremien, gleichzeitig lässt sich aber auch eine Ausdehnung von Partizipationsformen beobachten. Die in ihnen zum Ausdruck kommende Forderung nach »Mehr Demokratie« – so der Name eines Vereins, der sich in Deutschland der direkten Bürgerbeteiligung verschrieben hat – ist Zeichen für die zumindest in einigen Bevölkerungsgruppen ungebrochene Sogwirkung des Demokratiebegriffs und seinen Versprechen auf Partizipation und Inklusion.²⁰ Es sind dabei insbesondere lokale, kleinteilige

17 Vgl. hierzu die Beiträge in Andreas Dörner (Hg.): *WahlKämpfe. Betrachtungen über ein demokratisches Ritual.* Frankfurt/M. 2002.

18 Andras Körösesny: *Political Representation in Leader Democracy.* In: *Government and Opposition* 40 (3/05), S. 358-378.

19 Vgl. Bruce Cain/Russell Dalton/Susan Scarrow, (Hrsg.): *Democracy Transformed? Expanding Political Opportunities in Advanced Industrial Democracies.* Oxford 2003; Ralf Dahrendorf: *Afterword.* In: Susan Pharr und Robert Putnam (Hrsg.): *Disaffected Democracies.* Princeton, NJ, 2000.

20 Vgl. Hubertus Buchstein/Dirk Jörke: *Das Unbehagen an der Demokratietheorie.* In: *Leviathan* 31 (4/2003), S. 470-496; Dirk Jörke: *Auf dem Weg zur Postdemokratie.* In: *Leviathan* 33 (4/2005), S. 482-491.

Politikfelder, in denen es zu gemeinwohlorientiertem Handeln kommt bzw. kommen soll. Dieses politische Engagement wird dann auch von vielen als Zeichen der Vitalität der demokratischen Grundwerte interpretiert.

Bei Ingolfodur Blühdorn findet sich demgegenüber der ebenso interessante wie provozierende Versuch, das scheinbar paradoxe Nebeneinander der Zunahme neuer Formen der Beteiligung und der oben beschriebenen Verlagerung von Entscheidungskompetenzen in Expertengremien als zwei Seiten einer Medaille zu lesen. Die gegenwärtige Gleichzeitigkeit von Entdemokratisierungsprozessen zum Zwecke der Steigerung der Effektivität auf der einen Seite und der Ausweitung von neuen Formen der Beteiligung auf der anderen Seite, stellt Blühdorn zufolge ein Charakteristikum einer spezifischen spätmodernen Vergesellschaftungsform dar, deren Legitimität über »practices of simulation« gesichert werde. So schreibt er mit Blick auf die Anti-Globalisierungs-Proteste: »[T]he significance of social movement politics lies not so much in the demonstration of protest and opposition for the purpose of political change, but in the demonstration, performance and experience of something that is desperately needed in the late modern condition but that has no place in the established socio-economic system: autonomy, identity, and agency«²¹.

Die Teilnahme an Mediationsverfahren, Bürgerforen und anderen Formen des politischen Engagements stünde somit auch gar nicht in Widerspruch zur Steigerung der zumeist ökonomisch verstandenen Effektivität, solange sie denn entweder in ihren Forderungen leer laufen oder sich auf Bereiche beschränken, die weitgehend im Bereich der lokalen Politik verbleiben. Beispiel für ersteres sind die großen Anti-Irak-Kriegsdemonstrationen am 15. Februar 2003 oder auch die Anti-Hartz-Proteste Anfang 2004 in Deutschland, ein Beispiel für letzteres ist der Bürgerhaushalt in Berlin-Lichtenberg, in dem es um die Verteilung von insgesamt kapp 30 Millionen Euro im Rahmen der freiwilligen Aufgaben im Bezirk geht. Dabei wird etwa darüber entschieden, ob diese Mittel zur Erhaltung eines Kulturhauses oder zur Errichtung von Dog-Stationen verwendet werden sollen. Der Lichtenberger Bürgerhaushalt wird von den Initiatoren und den Teilnehmer übereinstimmend als Erfolg bewertet. Dem soll hier auch nicht widersprochen werden. Doch handelt es sich dabei, gemessen am Gesamtetat des Bezirkes, um einen relativ kleinen finanziellen Rahmen über deren Verwendung die Bürger beraten und abstimmen. Auch dürften die konkret spürbaren Effekte diese Beschlüsse im Vergleich mit jenen, die auf anderen Ebenen getroffen werden, eher gering sein. Entscheidend ist mithin weniger der Gegenstand des politischen Engagements, sondern die Tatsache des Engagements selbst. Zeigt sich darin doch auf Seiten der Bürgerinnen die Bereitschaft, sich für die öffentlichen Belange einzusetzen, und auf Seiten der Bezirksverwaltung, dass diese durchaus offen ist für Forderungen

21 Ingolfodur Blühdorn, *Self-Experience in the Theme Park of Radical Action? Social Movements and Political Articulation in the Late-Modern Condition*. In *European Journal of Social Theory* 9, (1/06), S. 23-42, hier S. 36.

nach »mehr Demokratie«. Das lässt sich aus der Beobachterperspektive und im Anschluss an Blühdorn als bloße »Simulation« entlarven. Aus der Perspektive der Teilnehmer kommt jedoch noch eine weitere Dimension hinzu.

Demokratische Teilnehmungsformen im Allgemeinen und Wahlen im Speziellen sind immer auch Rituale, in denen die symbolische Integration der Gesellschaft sichergestellt und reproduziert wird. Sie dienen ebenso der Vergewisserung eines Zusammengehörigkeitsgefühls wie der Bestätigung fundamentaler politischer Ideale. Andreas Dörner spricht hier von dem demokratischen Mythos, durch dessen Inszenierung das demokratische Imaginäre immer wieder aufs Neue aktualisiert und reproduziert wird: »Daher kommt auch dem Wahlkampf als Ritual eine so zentrale Bedeutung zu: Er verleiht dem demokratischen Mythos besondere Überzeugungskraft. [...] Rituale geben Orientierungssicherheit, und sie vermitteln den Menschen das Gefühl, bei den wirklich wichtigen Dingen ihrer Bezugsgemeinschaft ›dabeizusein‹«²². Die Bedeutsamkeit demokratischer Wahlen sowie unkonventioneller Formen politischen Engagements besteht also zumindest auch in der wechselseitigen Vergewisserung demokratischer Ideale und dies wird nun umso wichtiger, je mehr die tatsächlichen Entscheidungsmaterien aus den demokratischen Institutionen in Expertengremien und auf die supranationale Ebene auswandern, je weniger es also demokratisch zu entscheiden gibt. Und es sind eben diese Ideale, die aus der Perspektive der Teilnehmer in den letzten Jahren an Relevanz eher noch zugenommen haben, jedenfalls für jene, die in der Lage sind, am gesellschaftlichen Leben auch tatsächlich teilzunehmen.

3. Exklusion und die eigentümliche Rationalität der Nichtwahl

Westliche politische Systeme verstehen sich in einem weiteren Sinne als repräsentative Demokratien. Mit Wahlen werden die politischen Repräsentanten des Volkes bestimmt, und dies gilt dem Prinzip nach ebenso für parlamentarisch wie für präsidentielle Systeme, für Konkurrenzdemokratien ebenso wie für Konkordanzdemokratien. Der Wahlakt ist der Kern demokratischer Legitimität, wobei jede Stimme gleich viel zählt: One man, one vote. So die Theorie.

In der Praxis sehen wir uns mit dem Phänomen einer in den letzten Jahrzehnten zunehmenden Wahlabstinenz konfrontiert. Dies spricht prinzipiell nicht gegen die repräsentative Demokratie, und das Recht, nicht zu wählen, muss als Ausdruck einer liberalen Ordnung angesehen werden. Gleichwohl ist es beunruhigend, dass die Wahlbeteiligung bei Präsidentschaftswahlen in den USA im Schnitt knapp unter 50 Prozent,²³ bei den jüngsten Unterhauswahlen in Großbritannien bei etwas über 61 Prozent der Wahlberechtigten liegt. Zumindest bedarf es schon einiger So-

22 Andreas Dörner: Wahlkämpfe – eine rituelle Inszenierung des ‚demokratischen Mythos‘. In: Ders. (Hrsg.): Wahlkämpfe. A. a. O., S. 16-42, hier S. 29.

23 Vgl. Jens Alber: Warum die meisten Amerikaner nicht wählen, einige aber doch: Zur historischen Entwicklung der Wahlbeteiligung bei amerikanischen Präsidentschaftswahlen. In: Leviathan 28 (3/2000), S. 319-342.

phistereien, um dies als Ausdruck einer generellen Systemzufriedenheit zu werten. In Deutschland fallen die Werte zumindest für die Bundesebene nicht ganz so dramatisch aus. Aber auch hier ließ sich im Vergleich zu den frühen 70er Jahren ein deutlicher Rückgang beobachten.

Doch jenseits der Frage, ob knapp 80 Prozent nun als hoch oder als niedrig zu bewerten sind, ist zu fragen, wer und aus welchen Gründen von diesem in einer Demokratie grundlegenden Recht keinen Gebrauch macht. Und da sehen die Befunde eindeutig aus, es sind mehrheitlich Bürger aus so genannten »bildungsfernen Schichten«, die auf diese niedrigschwellige Form der Beteiligung verzichten. So heißt es in einer von der Bertelsmann Stiftung in Auftrag gegebene Studie der Forschungsgruppe Wahlen: »Bürger mit starken kognitiven Kompetenzen, einem hohen formalen Bildungsgrad, gehobenem beruflichen Status oder starkem Politikinteresse [...] entwickeln ein vergleichsweise ausgeprägtes Interesse an Wahlen und setzen ihr Wahlrecht dementsprechend häufig ein«²⁴. Und hinsichtlich der wirtschaftlichen Determinanten des Wahlverhaltens schreiben die Autoren am Ende: »Schließlich korreliert die ökonomische Situation ganz offensichtlich auch mit der Beteiligungsbereitschaft: Unter Bundesbürgern, denen es finanziell gut geht, nehmen leicht überdurchschnittlich viele regelmäßig an Wahlen teil. Bei wirtschaftlich Schwachen bewegt sich der Anteil der selten oder nie an Wahlen teilnehmenden Deutschen dagegen auf stark überdurchschnittlichem Niveau«²⁵. Es handelt sich um Zusammenhänge des Ausschlusses, die wir auch in anderen OECD-Staaten beobachten können, wobei die soziökonomische bedingte Abstinenz in den USA sicherlich am stärksten ist.²⁶

Wenn es nicht nur um Wahlen geht, sondern um anspruchsvollere Verfahren der Partizipation, wie sie etwa von Vertretern deliberativer Demokratietheorien propagiert werden, fällt das Ungleichgewicht freilich noch stärker aus. Gerade weil es immer auch um den »zwanglosen Zwang des besseren Arguments« geht, kommt es hier zu subtilen Ausschlüssen. Dass diese – und viele andere – Exklusionsprozesse bereits im Vorfeld wirken, lässt sich immer wieder beobachten, wenn man entsprechende Arenen betritt. Aber auch bei anderen unkonventionellen Formen der Beteiligung wie Demonstrationen oder Konsumboykotten ist die Teilnahme von »bildungsfernen Schichten« stark unterproportional. Selbst bei den

24 Bertelsmann Stiftung: Politische Partizipation in Deutschland. Bonn 2004, S. 35; vgl. auch Harald Schoen; Jürgen W. Falter: Nichtwähler bei der Bundestagswahl 2002. In: Politische Studien 387 (1/2003), S. 34-43, hier S. 34 f.; Claudio Caballero: Nichtwahl. In: Jürgen W. Falter; Harald Schoen (Hg.): Handbuch Wahlforschung. Wiesbaden 2005, S. 329-365, hier S. 356;

25 Bertelsmann Stiftung, a. a. O., S. 130.

26 Vgl. Matthew A. Crenson; Benjamin Ginsberg: Downsizing Democracy: How America Sidelined Its Citizens and Privatized Its Publics. Baltimore und London 2002; Jens Alber: Warum die meisten Amerikaner nicht wählen, einige aber doch. A. a. O.; in vergleichender Perspektive Arend Lijphart: Unequal participation: Democracy's unresolved dilemma. In: The American Political Science Review 91 (1/1997), S. 1-14; dort auch weitere Literaturhinweise.

Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV 2004 waren es vornehmlich gebildete Bürger, die auf die Straße gingen.²⁹

Politische Beteiligung ist mithin zu einem Privileg der Modernisierungsgewinner geworden. In diesen Milieus besitzt die Wahlnorm, also das Bewusstsein der demokratischen Pflicht des Wählens, weiterhin ihre Geltung. Und auch unkonventionellen Formen gegenüber zeigt man sich aufgeschlossen. Ganz anders dagegen bei den Modernisierungsverlierern, also jenen Gesellschaftsgruppen, die laut Robert Castel »bestenfalls [...] die Lohnsklaven der Weltwirtschaft sein [werden]. Schlimmstenfalls ›nicht vermittelbar‹ geworden, werden ihre Mitglieder eventuell dazu verdammt sein, an den Nahtstellen einer sozialen Welt zu überleben, die ausschließlich nach Effizienz- und Leistungskriterien neu strukturiert wurde«³⁰.

Diese Menschen, die im Feuilleton als Angehörige der »neuen Unterschichten« bezeichnet werden, haben sich von den demokratischen Ritualen größtenteils verabschiedet.³¹ Darin kann man eine, wenn auch verzweifelte, Form der Rationalität sehen. Denn insofern durch den Wahlakt als Kern demokratischer Legitimität eine inhaltliche Programmierung staatlichen Handelns kaum bewirkt werden kann, hat größtenteils nur noch die symbolische Wirkung Bestand. In der dadurch gestifteten Gemeinschaft der »Demokraten« können sich viele Menschen aber kaum wieder finden und der Gang zur Wahl würde aus ihrer Perspektive eine Ordnung legitimieren, die sie massiv benachteiligt. Warum sollten sie denn auch ein Ritual befolgen, von dem sie sich nichts (mehr) erhoffen können? Warum zur Wahl gehen, wenn das sowieso wenig bis nichts an der persönlichen Situation ändert? In einem zweifelsohne paradoxen Sinne stellt der Akt des Wahlboykotts somit einen moralischen Appell an die Mehrheitsgesellschaft und ihrer Meinungsführer dar, das, was sie alle vier Jahre zelebrieren, nicht nur in seinem symbolischen Gehalt beim Wort zu nehmen.

27 Vgl. Lynn M. Sanders: Against Deliberation. In: *Political Theory* 25 (3/1997), S. 347-376.

28 Vgl. Chantal Munsch: Wie Engagement soziale Ausgrenzung reproduziert. In: *Forschungsjournal Neue soziale Bewegungen*, 18 (3/2005), 108-114.

29 Dieter Rucht; Mundo Yang: Wer demonstrierte gegen Hartz IV? In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Sonderdruck, Dezember 2004, Heft 4, S. 21-27.

30 Robert Castel: *Die Stärkung des Sozialen*. Hamburger Edition 2005, S. 71; vgl. Pierre Rosanvallon: *The new social question*, Princeton, NJ 2000.

31 Es würde an dieser Stelle zu weit führen, das komplexe Bündel der Ursachen für diesen (Selbst-)Ausschluss zu beleuchten. Hinweisen möchte ich hier lediglich auf Phänomene umfassender sozialer Exklusion, wie sie gegenwärtig in der Soziologie behandelt werden. Vgl. u. a. Robert Castel: *Die Metamorphosen der sozialen Frage*. Konstanz 2000; Martin Kronauer: *Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus*, Frankfurt/M. und New York 2002.

Das Versklavungstheorem und die Kritik der politischen Ökonomie der Körper

I Das Versklavungstheorem

Innerhalb der Körperutopien ist die Utopie aller Utopien die der absoluten Herrschaft über den Körper. Der Traum von absolut frei entwerfbaren, erschaffbaren, effektivierbaren, verfügbaren und schönen Körper ist der Traum aller Träume in den Körperutopien.

Aufgrund der in vorangegangenen Jahrhunderten noch nicht vorhandenen körpertechnologischen Mittel nahm diese Utopie zunächst die Gestalt der Idee des »körperlosen Körpers« an,¹ die entweder den unbeherrschbaren, jungen, begehrenden oder den alternden, hinfalligen Körper zum Verschwinden bringen will. Die Idee der Herrschaft über den Körper formte sich zum Ideal der reinen, vom Körper unabhängigen schönen Seele.

Unter den modernen Bedingungen der Körpertechnologisierung, der Körperindustrialisierung, der Körperökonomisierung und der Körperverrohstofflichung wird nun die Utopie der absoluten Herrschaft über den Körper als Traum vom machbaren, schönen, perfekt gestylten Körper wirklich. Der Körper verliert dabei seine Schicksalhaftigkeit und Schrecklichkeit und die Utopie »des glanzvollen, mächtigen, sonnengleichen Körpers«² die mit der Goldmaske der verstorbenen Könige der mykenischen Kultur verbunden war, scheint für immer mehr Menschen Wirklichkeit zu werden.

Aber nicht nur die Utopie des scheinbar reinen, gereinigten, strahlenden, glatten, ewig jungen, des körperlosen (Marmor-)Körpers kehrt in Form des perfekt gestylten Körpers wieder, sondern auch die von einem »riesigen, überdimensionalen Körper« und den ihm entsprechenden Körperteilen. Gerade in den damit verbundenen Sexutopien beweist sich, dass der Körper »der Hauptakteur aller Utopien« ist und dass nicht nur der Körper, sondern auch Körperteile und funktionen große utopische Akteure sind.³ Auffällig ist gerade in der modernen Sexindustrie und der damit verbundenen Ökonomisierung der Körper und der Liebe, dass das Begehren und auch die Fleischlichkeit immer mehr das Produkt von Machbarkeitsphantasien sind und in Grenzfällen die Utopie technologisierter Fleischlichkeit den Menschen verschlingt.

1 Vgl. Michel Foucault: Die Heterotopien/Der utopische Körper. Frankfurt/M. 2005, S. 26.

2 Vgl. ebenda S. 27.

3 Vgl. ebenda S. 31.

Selbst wenn nun aber der Körper durch seinen Gebrauch auf einem und für einen Markt den Prinzipien der Warenproduktion unterworfen wird, dann ist diese Vermarktung des Körpers noch nicht identisch mit entgrenzter, hemmungsloser und in der Konsequenz mit selbstzerstörerischer Kapitalisierung des Körpers. Diese Vermarktung und Ökonomisierung ist nicht einfach als kapitalistische Rebarbarisierung unserer Körperverhältnisse zu betrachten, sondern mit ihr ist auch ein zivilisatorischer Fortschritt in der Körperbeherrschung verbunden, der gerade gegen einen hemmungslos ausbeutenden Hedonismus, durch den eine wirklich »freie Marktwirtschaft« am effektivsten (und brutalsten) funktioniert, gerichtet ist.

Nicht schon die Warenförmigkeit entfremdet die Liebe, sondern erst bestimmte Stufen derselben infolge ihrer ungehemmten Kapitalisierung. Folglich ist nicht schon der markt- und warenförmige Gebrauch des Körpers der Kern des Problems der Verdinglichung des Leibes (und der Liebe), sondern die entgrenzte Instrumentalisierung des Körper für Verwertungsinteressen, denen dieser nur noch Mittel zum Zweck seiner Kapitalisierung geworden ist, so dass sein Selbst- und Eigenwertcharakter in der Verwertung völlig vernutzt wird. Deshalb sollte nach unserer Auffassung die Grenze der Körperinstrumentalisierung nicht als Verdinglichung, sondern als entgrenzte Kapitalisierung, als versklavende Verwertung bestimmt werden, und das Verdinglichungstheorem als theoretischer Maßstab der Kritik solch enthemmter Kapitalisierung des Körpers sollte besser als *Versklavungstheorem* bezeichnet werden.

Kritischer Kern des Versklavungstheorems ist die Vermeidung der Entwertung und Zerstörung des Selbstwertes des körperlichen Mittels und die damit vernüpfte Negation der Achtung und Anerkennung der Würde des Menschen und seines Körpers. Damit wäre sowohl der kapitalismuskritische Kern der Verdinglichungstheorems gewahrt, und zugleich wären seine theoretischen Unzulänglichkeiten, wie die unkritische und totalisierende Verwendung der Warenform zur Erklärung moderner Körperverhältnisse oder die Gleichsetzung von Körperinstrumentalisierung und Körperkapitalisierung, von Körpertechnologisierung und Körperfetischismus, vermeidbar und in ihrem rationellen Kern aufhebbar. Das aber hat zur Voraussetzung, die Reformulierung des Verdinglichungstheorems von dem abstrakten und bei Lukács falsch zentrierten Bezug auf die Warenform zu lösen, den eindeutig ontologischen Status der Grundelemente der Warenproduktion für eine funktionierende moderne Gesellschaft im Marxschen Sinne anzuerkennen und mit Entfremdung im strengen Sinne die entgrenzte Verwertungslogik des Kapitals, die alles Menschliche zerstört, zu charakterisieren.⁴

Das hier formulierte Versklavungstheorem versucht also, im Gegensatz zu Lukács' Verdinglichungstheorem, nicht schon die Warenformdominanz und die

4 Ich setze mich hier mit Positionen in einem Gespräch zwischen Axel Honneth und Rüdiger Dannemann auseinander. Vgl. Rüdiger Dannemann; Axel Honneth: Reflexionen über den Klassiker des philosophischen Marxismus und das Schattenreich der philosophischen Kultur. In: Jahrbuch der Internationalen Georg-Lukács-Gesellschaft. Paderborn 1999, S. 75-79.

damit verbundene Kapitalverwertungsdominanz als Ursache aller entfremdeten Körperverhältnisse zu begreifen, die demzufolge zu beseitigen wäre, wenn man humane Körper selbstverhältnisse will. Vielmehr geht es davon aus, dass Körper selbstverhältnisse erst dann inhuman und damit zu beseitigen sind, wenn die Körperkapitalisierung grenzenlos wird und das Personsein des Menschen verschlingt, indem sein Körper nur noch bloßes Mittel in einer Bioindustrie wird, die den Eigenwertwertcharakter und damit die Würde des sich verwertenden Menschen und seines Körpers nicht mehr achtet.

Sklaverei ist hier nicht schon dann gegeben, wenn der Mensch seine Ware Arbeitskraft (und damit seine Körper) zeitlich räumlich begrenzt verkauft, sondern »erst« dann, wenn der Mensch zur Ware wird und entweder sich selbst oder andere zeitlich unbegrenzt verkauft. Der Produzent von Waren wird in moderner Biosklaverei selbst zur Ware und sein Körper wird zum bloßen Mittel in einem Verwertungsprozess vernutzt.

Das Versklavungstheorem benennt die Grenze der Körperinstrumentalisierung und Industrialisierung, jenseits derer der Körper nicht mehr in seinem Eigenwert geachtet wird, weil er nicht nur unterworfen, sondern regelrecht in einem Verwertungsprozess, als bloßer Rohstoff, verschlungen wird. Das Versklavungstheorem wendet sich damit gegen den potentiellen Körperkannibalismus der modernen Bioindustrie. Erst also wenn die Körperverwertung in eine totale Körperentwertung (zum bloßen Mittel) umschlägt, sollte man strenggenommen von Körperentfremdung sprechen, was natürlich nicht ausschließt, dass Abstufungen und Vorformen dieser Entfremdung schon auf der Ebene der Körpertechnologisierung und Körperkapitalisierung auftreten und einzudämmen oder möglichst zu beseitigen sind.

Wo aber beginnen diese Vorstufen? Handelt es sich um die Versklavung in unserem Sinne, wenn jemand im Internet freiwillig seinen Penis zum freien Gebrauch anbietet (»Schwanz verschenken«), der explizite bis zum Verspeisen desselben (»Penis fressen«) bzw. zur Amputation reichen kann? Handelt es sich hier um eine unzulässige, intolerable Körperinstrumentalisierung, weil hier Körperteile veräußert werden, die das Personsein konstituieren und die Würde des Subjekts zerstören? Oder gilt auch hier, dass mit der Veräußerung der Körperteile nicht das Personsein des Menschen beschädigt wird und dass folglich der, der eines seiner Gliedmaße oder Organe verschenkt, schließlich nicht sich verschenkt, dass also selbst für den common sense extreme Formen der Körperteilveräußerung als private, freiwillige und nichtkommerzialisierte, also nichtausbeuterische Körpertechniken zu tolerieren sind, solange sie nicht massenhaft im gesamtgesellschaftlichen Rahmen angewandt werden? Müssen wir nicht auch in diesen extremen Fällen zwischen individuell und privat durchaus möglichen körperlichen extremen Instrumentalisierungen (und damit verbundenen Erniedrigungen) und gesamtgesellschaftlich nicht zulässiger Verallgemeinerung derselben unterscheiden, um eben die Freiheit des Körpergebrauchs in einer modernen Gesellschaft zu

garantieren? Das würde einschließen, dass man auch extreme Phänomene von Körperinstrumentalisierung tolerieren muss, solange sie nicht als Randgruppenpraktik der Gesellschaft auferlegt oder von der Mehrheit der Gesellschaftsmitglieder praktiziert werden. Es ist nämlich durchaus der Fall, das selbst extreme Formen sexueller Körperinstrumentalisierung und Erniedrigung nicht das gesellschaftliche Recht des gleichen Status der Person und das Recht auf körperliche Unversehrtheit infrage stellen. Der Begriff der Versklavung (und des damit verbundenen Schadens) sollte daher in bezug auf die Körperinstrumentalisierung nur gesamtgesellschaftlich verstanden werden, weil wir sonst zu einer Moralisierung und Kriminalisierung von Körper selbstverhältnissen kommen, die der Freiheit des Individuums in bezug auf seinen Körperumgang widersprechen. Man könnte daher geneigt sein anzunehmen, dass selbst die Veräußerung eines Penis nicht das Personsein des Menschen bedrohen muss und dass die gegenteilige Annahme selbst christlich-sexistischer Ideologie entspringt.

Doch macht die Umkehrbarkeit des Prozesses hier offenbar einen Unterschied. Ich verletze niemandes Freiheit, wenn ich in einem grundsätzlich reversiblen Maße jemanden verletze, wie er es will. Aber man verletzt meine Freiheit, wenn ich nicht tun darf, was niemandes Freiheit verletzt und die reversible Verletzung des anderen von diesem selbstbestimmt gewollt wird. Allerdings bleibt trotzdem das Problem bestehen, wie weit ich frei mit Erlaubnis des anderen gegenüber dem anderen handeln darf, wenn dieser mich auffordert, ihm die Freiheit zu nehmen und ihn in die Sklaverei zu führen. Was heißt, dass wir nicht frei sind. »die Freiheit anderer übermäßig zu beeinträchtigen«?⁵ Worin besteht das Maß und das Übermaß? Wenn Freiheit darin besteht, nicht bloß sein eigener Herr, sondern immer auch Instrument des eigen Willens zu sein,⁶ gibt man dann schon seine Freiheit auf und versklavt sich, wenn man sich freiwillig in die sexuelle Sklaverei begibt, oder verwirklicht man nicht dann eher vielmehr seine Freiheit, indem man endlich das Instrument der Lust ist, das man schon immer sein wollte? Versklavung findet nicht statt, wenn man sich zeitlich-begrenzt, nach Regeln, freiwillig und reversibel sexuell unterdrücken läßt. Reversible Versklavung in diesem Sinn kann für das Individuum Freiheit und Liebe bedeuten, die aber deshalb kein gesamtgesellschaftliches Ideal werden sollte.

II Das Problem der Rechte des Körpers

Das Problem der Be- und Vernetzung des menschlichen Körpers radikalisiert sich aber durch den biotechnologischen Fortschritt. Wenn nämlich zum Beispiel die gentechnische Erzeugung von vielzelligen lebenden Organismen und Tieren patentiert wird, wird es zum Problem, auch wenn der Mensch als ganzer bisher als

5 Vgl. Alisa L. Carse: Pornographie und Bürgerrechte. In: Philipp Balzer; Klaus-Peter Rippe (Hrsg.): Philosophie und Sex. Zeitgenössische Beiträge. München 2000.

6 Ebenda S. 180.

nicht patentierbar eingestuft wird, ob es Patente für gentechnisch veränderte und erzeugte Körperbestandteile des Menschen (und der Athleten), wie Nieren, Arme, Beine oder bestimmte Muskelgruppen geben kann. Würden Körperbestandteile des Menschen patentiert, stellen sich schwierige Fragen auch für den Sport und Sex. Sind dann gentechnisch erzeugte Hochleistungswunschkörper optimierbar durch den Einbau anderer Muskelstrukturen, kann man auf diese Art und Weise Superkörper (z. B. Bio-Tech-Gladiatoren) ohne Doping herstellen, die patentiert und geklont werden dürfen? Wem gehören dann die eingebauten, erfundenen Körperteile und die Ergebnisse, der mit ihnen erbrachten Leistungen? Gilt dann noch das letztgültige Verfügungsrecht des Individuums über seinen eigenen Körper? Gibt es ein Recht auf den eigenen Körper, seine Teile und die Ergebnisse ihrer Vermarktung? Oder hat der Körper einen nichtkommerzialisierbaren und nicht (re)produzierbaren Eigenwert? Gibt es so etwas wie »Rechte des Körpers« im Sinne von »Rechten des Leibes«, die uns gebieten, den Körper zu lassen, uns ihm gegenüber gelassen zu verhalten, ihn nicht einer totalen Manipulation zu unterwerfen und bestimmte Manipulation an ihm sogar zu unterlassen? Wie weit darf die industrielle Vernutzung, Herstellung, Kapitalisierung und Ausbeutung von Körpern und ihrer Teile gehen? Was ist im Zeitalter des Übergangs vom Herzschrittmacher zum Hirnschrittmacher eine legale körperlich-seelische Eigenleistung, was ein legaler, rechtlich legitimer und moralisch gerechtfertigter Körperumgang? Was ist heute ein faires Verhältnis zum Körper? Wie weit geht die Freiheit, den Körper zu modifizieren und zu manipulieren? Heißt in Zukunft, einen Körper zu haben, dass er Gegenstand einer gänzlich dem Individuum überlassenen, willkürlichen Wahl werden kann? Darf das Individuum in Zukunft mit seinem Körper technologisch alles machen, was möglich ist? Wie weit können nicht nur Körperteile, sondern auch der Körper insgesamt Gegenstand beliebiger Austauschbarkeit und Vernutzung werden?

Will man einen fairen Körperumgang selbstnormativ und in diesem Sinne alternativ zur existierenden biotechnologischen Instrumentalisierung des Körpers statuieren, muss zunächst das Recht auf körperliche Unversehrtheit im Mittelpunkt stehen, denn dies garantiert u. a., dass der Körper als Eigenwert, als Leib, auch wirklich respektiert wird.

Wobei sich in diesem Kontext der körperlichen Integrität das schwierige Problem stellt, auf welche Identität die Wahrung körperlicher Unversehrtheit in Zukunft bezogen werden soll. Soll das eine biologische, gar genetische Identität sein oder eine »schwächere«, habituelle Identität? Sollen in diese eventuell die Wahrung einer biographischen, sozialen und kulturellen Identität einbezogen werden? Oder sollte das alles entkoppelt werden? Davon abgeleitet ergibt sich dann auch das Problem, ob ein fairer Körperumgang auf eine »körperliche Normalität« bezogen werden sollte, worunter man eine Art biologische, kulturelle, anthropologische Grundverfassung im Sinne der Bedingungen der Möglichkeit eines gelingenden Körperumgangs verstehen könnte.

Ein fairer Körperumgang im Sinne (gebotener) Rücksichtnahme auf ein das eigene Dasein übergreifendes und bestimmendes Sein kollidiert aber teilweise mit den Freiheitsrechten des Einzelnen in modernen Gesellschaften.

Auch das »weithin anerkannte Recht auf Schutz des eigenen Körpers vor Angriffen beruht auf der Annahme, dass jeder Mensch unabhängig von der Zustimmung anderer berechtigt ist, seinen Körper nach eigenem Gutdünken zu gebrauchen; genauer; dass er (1) andere von seinem Gebrauch ausschließen und (solange er niemanden schadet) (2) ihn zu beliebigen Zwecken und (3) im eignen Interesse gebrauchen darf. Diese Annahme gesteht jedem Menschen das Recht zu, den eigenen Körper unter den denselben drei Bestimmungen zu gebrauchen, unter denen man eine Sache als Eigentum gebrauchen darf. Das natürliche Recht auf Schutz des eigenen Körpers ist daher ein Recht, das den eigenen Körper wie ein privates Eigentum zu gebrauchen erlaubt.«⁷ Aber selbst in der oben genannten schwachen Bedeutung von Fairneß ist schon enthalten, dass die Freiheit des Einzelnen nicht so weit gehen kann, dass er solche Organe veräußern darf, deren Verkauf die Grundlagen seiner Freiheit selbst prinzipiell infrage stellen würde. Die freie Nutzung des Körpers darf nicht soweit gehen, dass sich die Individuen selbst in die Sklaverei führen und den freien Gebrauch ihres Körpers dazu benutzen, ihre Freiheit prinzipiell infragezustellen. Die Grenze der Körperrnutzung besteht folglich allgemein darin, dass die Grundlagen der persönlichen Freiheit nicht aufgehoben werden und Menschen weder durch andere noch durch sich selbst versklavt werden dürfen. Die Freiheit der Körperverwertung hat ihre Grenze dort, wo der Mensch aus Freiheit durch grenzenlose Selbstverwertung sich selbst seiner Freiheit beraubt und sich als Selbsteigentum und Selbstbesitz aufgegeben hat, um etwas zu haben.

Dabei ist allerdings zu beachten, dass nicht jede Vermarktung des Körpers, dass die Monetarisierung der Körperfunktionen und Körperteile nicht schon an sich eine Versklavung und Bedrohung der Freiheit bedeuten muss, sondern die Monetarisierung des Körpergebrauchs in der Moderne selbst als Bedingung der Möglichkeit von Freiheit funktionierte, was gerade aber die Eingrenzung der Körperinstrumentalisierung zur Voraussetzung hatte.

Diese Position scheint in etwa mit der von Nietzsche zu korrespondieren, der auch von »Gesetze(n) des Körpers« (und des Geistes) spricht, gegen die zu verstoßen uns alle in eine »beschämende Abhängigkeit und Unfreiheit« bringt – nämlich in die »überflüssige Abhängigkeit von Aerzten, Lehrern und Seelsorgern«⁸, die uns nach Ansicht einiger Radikal-Foucaultianer im Vorsorgestaat (und insbesondere im Hochleistungssport) unseres Körpers enteignet haben, indem sie sich das Fürsorgerecht in bezug auf unseren Körper technologisch und institutionell

7 Ulrich Steinvorth: Natürliche Eigentumsrechte, Gemeineigentum und geistiges Eigentum. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Heft 52 (2004) 5, S. 724.

8 Vgl. Friedrich Nietzsche: Sämtliche Werke. Kritische Studienausgabe in 15 Einzelbänden. Hrsg. von G. Colli und M. Montinari. München/Berlin/New York 1980. Bd. 2, S. 541.

gesichert haben und daher meinen, die Rechte des Körpers per Amt wahrzunehmen zu dürfen.

Sich um den Körper und seine Rechte, sich um seine »Eigengesetze« zu sorgen, erscheint in diesem Kontext als eine Frage der Autonomie und der Klugkeit des Einzelnen. Durch ein umsichtiges, sorgendes, vorsichtiges, achtendes, vorausschauendes und in diesem Sinne *faites* als nachhaltiges Verhalten gegenüber dem eigenen Körper begibt er sich nicht nur nicht in die Abhängigkeit von anderen, um eventuell anfallende Beschädigungen reparieren zu lassen, sondern man nimmt auch über den Umweg des Anderen seiner Selbst aufgeklärt seine Eigeninteressen wahr.

Entsprechend aber den zwei Grundstellungen der Leibphilosophie Nietzsches, dem gelassene Leib-Sein und dem instrumentellen Körperhaben, lassen sich mit Nietzsche die Rechte des Körpers nicht nur leibökologisch-nachhaltig und in diesem Sinne »fair« interpretieren, sondern auch körperausbeuterisch und »unfair«. Insofern nämlich für Nietzsche die Ausbeutung »nicht einer verderbten oder unvollkommenen und primitiven Gesellschaft« angehört, sondern in das »Wesen des Lebendigen« als »organische Grundfunktion« gehört, insofern sie »eine Folge des eigentlichen Willens zur Macht, der eben der Wille des Lebens« ist und dieser wesentlich leiblich ist, gibt es auch im Kontext dieses »leibhafte(n) Wille(ns) zur Macht« nicht nur einen Kampf der Körper, sondern einen Krieg der Körper, in dem mit dem Körper gegen andere Körper Macht gestaltet wird und dabei der eigene Körper wie der Körper des anderen nicht nur angeeignet, sondern verletzt, überwältigt, unterdrückt, ausgebeutet werden darf.⁹ Das leibhaftige Leben des einen basiert hier für Nietzsche ganz »organisch« auf der Ausbeutung der Körper des anderen. Die absolute Verfügungsgewalt über den eigenen Körper hat hier die absolute Unterwerfung der Körper des anderen zur Konsequenz. Der stärkere Körper hat alles Recht auf seiner Seite, aber es besteht auch für ihn die Möglichkeit, dass ihm dadurch seine Existenz genommen werden kann, wenn sich wiederum ein anderer, stärkerer Körper findet, der ihn besiegt. Im Krieg der Körper wäre deshalb ein Als-Ob-Leviathan von Nutzen, der die rücksichtslose Körperausbeutung begrenzt, damit sich letztlich nicht alle Körper im Resultat selbst vernutzen und zerstören.

Was aber sind »Rechte des Körpers«? Sind es »organische Lebensrechte«? Sind es Rechte des organischen Lebens und, davon abgeleitet, Rechte des (organischen, zufällig gezeugten, geborenen) Körpers analog den Rechten der Natur? In welchem Verhältnis stehen sie zu den Menschenrechten? Was ist in diesem Kontext ein fairer Körperumgang?

Die Fairness (und Freiheit) gegenüber dem eigenen Körper, gegenüber sich selbst und gegenüber anderen ist dann grundlegend gefährdet, wenn das Person-Sein infragegestellt ist. Person aber ist, wer seiner selbst mächtig ist. Person ist,

⁹ Ebenda, Bd. 5, S. 208.

wer einen Willen zur Macht im Sinne von Selbstmacht hat. Wobei hier Selbstmacht in dem weiten Sinne von Selbstbestimmung – als dem Prinzip der Individualität – verstanden wird. Diese Selbstmacht schließt wesentlich Macht über den eigenen Leib ein. Das Menschsein basiert wesentlich darauf, einen Leib zu haben, seiner mächtig zu sein. Das Personsein ist daher nicht vom Körperhaben zu trennen. Insofern der Leib aber immer auch Natur in dem Sinne ist, dass er das ist, was früher ist als das selbstbewußte Personsein, heißt leibliches Personsein Macht über den eigenen Leib zu haben und Beherrschung des dem selbstbewußten Personsein Vorgängigen, das zugleich Bedingung der Möglichkeit dieses Personseins ist. Die Wahrung der Rechte des Körpers ist daher an der Wahrung der Würde des Menschen im Sinne der Wahrung der Bedingungen der Möglichkeit des Person-Seins zu orientieren. Die Wahrung der Würde des Menschen hat also die Wahrung der Integrität der leiblichen Physis zur Voraussetzung und Bedingung. Denn es gibt keine Anerkennung des Menschen, wenn nicht seine leibliche Physis respektiert wird. Eine nachhaltige Körperethik ist folglich an der Wahrung des leiblichen Personenstatus und der mit ihm verbundenen Menschenrechte zu normieren. Darin finden sowohl die Körpertechnologisierung wie auch die Körperökologisierung ihr nachhaltiges, faires Maß.

Vom Standpunkt des bourgeois Besitztindividualismus wie auch der bürgerlichen Gesellschaft kann der Einzelne mit seinem Körper machen, was er will, hat er ein Recht auf seinen Körper und die Ergebnisse seiner Vermarktung. Die in diesem Kontext gewährten Freiheitsrechte verhindern strenggenommen, die Verfügungsgewalt des Menschen über seinen Körper zu beschränken. Vom Standpunkt des ökologischen Citoyen hat die Vermarktung und Kapitalisierung des Körpers Grenzen, die in den Eigenrechten des Körpers, in den *Rechten des Körpers* bestehen, durch die das *Recht auf den Körper* gemäßigt, leibökologisch zivilisiert wird, indem die Instrumentalisierung des Körpers, seine mögliche Ausbeutung und die damit verbundene Gewalt gegen ihn begrenzt wird. Damit wird nicht behauptet, dass es Rechte des Körpers an sich gibt. Ob der Körper Eigenrechte an sich hat, ob der Körper von sich aus, intrinsisch, Rechte und davon abgeleitet Eigenwerte setzt, können wir strenggenommen nicht wissen, genauso wie wir strenggenommen nicht wissen können, ob es das Ding an sich, die Natur an sich oder den Körper an sich (und in diesem Sinne den Leib) gibt. Der Körper hat für uns folglich keine Eigenrechte an sich. Aber wir können ihn wie einen Eigenwert, wie ein Quasi-Subjekt behandeln und ihn in diesem Sinne Eigenrechte zu sprechen, die wir stellvertretend für ihn wahrnehmen. Wir können dem Körper in unserem eigenen Interesse Rechte, Quasi-Rechte, zubilligen, wir können uns so zu ihm so verhalten, als ob er Eigenrechte hätte, um ihn und uns vor uns, unseren rücksichtslosen Begierden und, davon abgeleitet, seiner möglichen grenzenlosen Ausbeutung zu schützen. Der Körper des Menschen ist kein moralisches Subjekt. Folglich kann er sich nicht verpflichten, sich zu schützen. Nur wir Menschen können uns selbst verpflichten, unseren Körper zu schützen, indem wir annehmen, er hätte Rechte.

Eine vernünftige Körperinstrumentalisierung ist also in eine den modernen Körperbesitz, das Körpereigentum, regelnde Vernunft eingebunden und das bedeutet, dass es eben vom Ethos der Selbsterhaltung und Selbststeigerung des Lebens vernünftig ist, die Körperinstrumentalisierung und die damit möglich Körperausbeutung zu begrenzen, dass zur Körperregierungskunst die Kunst der Selbstbegrenzung gehört, die die physische und psychische Selbstverfügung der Individuen strategisch sichert.

Das Interesse, die Bedingungen der Möglichkeit einer freien Existenz dauerhaft und Generationen übergreifend (und in diesem Sinne nachhaltig) zu wahren, veranlaßt uns zu der Idee, den Körper so zu behandeln, als ob er Eigenrechte an sich hätte, obwohl er diese Rechte für uns an sich nicht hat, sondern für uns nur durch uns. Diese interessegeleitete Als-Ob-Annahme von Rechten des Körpers ist die mögliche Grundlage für einen ökologischen Körpervertrag, mit dem wir uns selbst verpflichten könnten, uns nicht in unseren leiblichen Existenzbedingungen zu zerstören, und folglich untereinander zu vereinbaren, bestimmte Körperinstrumentalisierungen zu unterlassen. Die Idee der Rechte des Körpers verpflichtet also unseren Körperumgang auf die Idee eines bejahenswerten Lebens, als dem letzten Grund und höchsten Zweck unserer Kultur. Wir verpflichten mit der Idee der Rechte des Körpers uns darauf, um ein bejahenswertes Leben zu kämpfen und es nicht zu einer armseligen Fristverlängerung verkommen zu lassen.

Barbarisierung der Anderen – Barbarisierung des Wir

Vorbemerkung: Wir und die Anderen.

Die Herstellung von Identität bedarf der Abgrenzung des »Wir« von den »Anderen«. Fremdheit speist sich daher aus der Entgegensetzung zum Eigenen, wobei dem Selbst ganz selbstverständlich positive Attribute zugewiesen werden, dem Fremden dagegen negative.¹ So benötigt das »Wir« die »Anderen« als Projektionsfläche für die eigene Identitätsstiftung. Und in diesem wechselseitigen Prozess sagt meist die Ausmalung des »Anderen«, des »Fremden« mehr über die Befindlichkeit des »Wir« aus als über diesen »Anderen«, von dem es sich abzugrenzen versucht.

Zugleich werden die den Kollektiven zugehörigen Individuen in ihren grundlegenden Eigenschaften definiert, als Wesensgleiche behandelt. Dieser Mechanismus führt dazu, dass nicht nur die Trennlinien zwischen den Kollektiven klar gezogen werden können, sondern auch dass den jeweiligen Mitgliedern der Kollektive – eben den Völkern oder neuerdings auch den Kulturen – gemeinsame Eigenschaften und ihr Handeln und ihre Denkweise determinierende Verhaltensweisen ebenso wie fundamentale wechselseitige Loyalitäten unterstellt werden können: Eine solcherart gewissermaßen ontologisch vorgegebene Identität erscheint dann – von innen wie von außen – als feste und berechenbare Größe.

Diese Dichotomisierung, die schon immer die Konstruktion kollektiver Identitäten begleitete, hat mit der Entstehung des bürgerlichen Nationalstaats eine besondere Qualität erreicht. Im Gegensatz zum Feudalismus und auch zum Absolutismus bekennt sich das Individuum, der Bürger/die Bürgerin, im bürgerlich-demokratischen Staat freiwillig zu einem bis dahin nicht existenten Kollektiv, der Nation, jenem abstrakten und zugleich wirkungsmächtigen Konstrukt,² das gerade mal gut zweihundert Jahre alt ist. Die Nation und der sie tragende Nationalismus dienen zugleich der Herstellung und der Sicherung kollektiver Identitäten. Und immer kleiden sich kollektive Identitäten in moralisierende Gewänder, definieren »gut« und »böse«, »wert« und »unwert«.

Die mit dem Aufstieg des Bürgertums verbundene Entstehung der Nation wurde begleitet vom Sieg der modernen Wissenschaft, vor allem der Naturwissenschaft

1 Siehe unter anderem auch Birgit Rommelspacher: Anerkennung und Ausgrenzung. Deutschland als multikulturelle Gesellschaft. Frankfurt/New York, 2002, S. 9-20; Ulrich Beck: Wie aus Nachbarn Juden werden. Zur politischen Konstruktion des Fremden in der reflexiven Moderne. In: Max Müller; Hans-Georg Söeffner (Hrsg.): Modernität und Barbarei. Frankfurt/M. 1996, S. 318-343. Vgl. auch Eric Hobsbawm: Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780. 3. Auflage, Frankfurt/New York 2005, S. 7.

2 Benedict Anderson: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines erfolgreichen Konzepts. Frankfurt/Main 1998.

über Obskurantismus und Theologie, die als Herrschaftsinstrument des Feudalismus galten. Nirgendwo wird das deutlicher als etwa in den Schriften Auguste Comtes und Henri de Saint-Simons, die die junge Disziplin der Soziologie als Naturwissenschaft verstanden wissen und sie, so zumindest bei Saint-Simon, zugleich zur Herrschaftswissenschaft für eine wissenschaftlich legitimierte Expertokratie machen wollten. Wie aber kann man die Nationen unterscheiden, identifizieren, klassifizieren, und dies möglichst noch mit wissenschaftlichem Anspruch? Hier bot sich die Biologie an, eine Disziplin, die auf naturwissenschaftlich exakte Methoden verweisen konnte und die Rassenlehre entwickelte.³ Ganz in diesem Sinne argumentierte schon der Humanist und große Aufklärer des 18. Jahrhunderts, Voltaire: »Die Rasse der Neger ist eine von der unsrigen völlig verschiedene Menschenart, wie die der Spaniels sich von der der Windhunde unterscheidet.«⁴

Offen oder unausgesprochen transportiert die Debatte über das »Wir und die Anderen« immer auch die Legitimation von Herrschaft. Dies gilt in besonderer Weise für den Imperialismus: Die militärische, ökonomische und technologische Überlegenheit des Okzidents bedurfte der Legitimation als zivilisatorische Mission. Die behauptete Minderwertigkeit der Schwarzen, der Indios, der Asiaten und Orientalen wurden zum dichotomisierenden Erklärungsmuster für die Überlegenheit des Weißen Mannes, der damit zugleich seine Berufung zur Dominanz der minderwertigeren und zivilisatorisch weniger leistungsfähigen »Menschenarten« rechtfertigte. Rassenlehre und Herrschaftsanspruch gingen so eine geradezu perfekte Symbiose ein,⁵ die bis heute selbst bei sich kritisch verstehenden Sozialwissenschaftlern fortlebt, wenn Autoren wie Reimer Gronemeyer und Claus Leggewie angesichts der Konflikthaftigkeit und des Elends in Afrika den uralten Topos von der in moralische Verantwortung gekleideten Überlegenheit des »zivilisierten« Westens bemühen: »Alle beklagen wieder des weißen Mannes Last. Aber Jammern hilft nicht: Wir sind zur Dominanz verurteilt.«⁶

3 Als erster definierte und klassifizierte Linné vier große Menschenarten: *Europaeus albus*: ... einfallsreich, erfindereich ... weiß, sanguinisch ... Er lässt sich durch Gesetze lenken. *Americanus rubescus*: mit seinem Los zufrieden, liebt die Freiheit ... gebräunt, jähzornig ... Er lässt sich durch die Sitte lenken.

Asiaticus luridus: Habsüchtig ... gelblich, melancholisch ... Er lässt sich durch die allgemeine Meinung lenken. *Afer niger*: verschlagen, faul, nachlässig ... schwarz, phlegmatisch ... Er lässt sich durch die Willkür seiner Herrscher lenken. Zitiert nach Léon Poliakov; Gérard Delacampagne: Über den Rassismus. Stuttgart 1979, S. 77.

4 Ebenda.

5 Siehe die schier endlose Zahl der Belege aus den »Wissenschaften« (vor allem der Orientalistik), aber auch aus der Belletristik, die Edward Said zusammengetragen hat: Edward Said: *Orientalism, Western Conceptions of the Orient*. London 1978.

6 Reimer Gronemeyer; Claus Leggewie: *Rituale europäischer Selbstkasteiung*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 1/1992, S., 78-85, hier S. 84 f.

Das neue Feindbild nach dem Ende der Bipolarität

In diesen Rahmen fügt sich trefflich der seit dem Ende der Bipolarität, mit dem »dem Westen« der Feind und das Feindbild zugleich abhanden gekommen sind,⁷ der (re-)aktualisierte Diskurs über den Orient oder »den Islam«. Dieser Diskurs wird vielleicht gerade deshalb so vehement geführt, weil hier das »Wir« von einem »Anderen« abgegrenzt werden muss, dessen zivilisatorische Leistungen vor nicht allzu langer Zeit dem Westen weit überlegen waren, ja weil gerade dieser »Andere« unserem »Wir« historisch, religiös und kulturell besonders nahe steht.⁸ Am Anfang der Argumentation stand noch der biologistisch-rassistische Topos, wie er vom Ahnvater des Orientalismus, Ernest Renan, 1883 in seiner »Vorlesung über die semitischen Völker« initiiert wurde, der den Orientalen die Unfähigkeit zu wissenschaftlichen und künstlerischen Leistungen bescheinigte wegen »(...) der schrecklichen Schlichtheit des semitischen Geistes, die den menschlichen Verstand jeder subtilen Vorstellung, jedem feinsinnigen Gefühl, jedem rationalen Forschen unzugänglich macht, um ihm die immer gleiche Tautologie ›Gott ist Gott‹ entgegenzuhalten«.⁹

Kein geringerer als Max Weber hat dieses Bild, kulturologisch gewendet, für die westliche Soziologie – und für das westliche Selbstverständnis – ausgemalt: Der Orient, gekennzeichnet durch Stagnation, Despotie, Fatalismus und Mangel an Rationalität, konnte weder den Kapitalismus hervorbringen noch die Demokratie entwickeln.¹⁰ Die alten Topoi des biologischen Rassismus, der durch die Nazis gründlich desavouiert wurde, stehen in kulturologischem Gewande wieder auf:

- 7 Reinhard Schulze.: Vom Antikommunismus zum Antislamismus. Der Kuwait-Krieg als Fortschreibung des Ost-West-Konflikts«. In: Peripherie, Nr. 41/1991, S. 5-12, hier S. 7: »Folglich bedeutete der Zusammenbruch des Ost-West-Systems 1989/90 einen tiefen Einschnitt in die Selbstlegitimation. Fehlte nun das ›Andere‹ als Projektionsfläche für die faktische Antithese in der eigenen Gesellschaft, drohte ein Defizit, ja eine Lücke in der Beschreibung des ›Wir‹. Der Kuwait-Krieg, der propagandistisch schon seit Ende August 1990 geführt wurde, konnte innerhalb kürzester Zeit diese Lücke wieder schließen. Aus dem Osten wurde der Orient, aus dem Kommunismus der Islam, aus Stalin Saddam Hussein. Die Antithetik, die für den Westen bestimmend ist, wirkte nur noch radikaler. (...) Der Islam wurde als Prinzip des Orients ausgemacht, als Bewahrung des Irrationalen, gegen-aufklärerischen Fundamentalismus, als Universalie, die nicht nur Ideologie ist, sondern allumfassend Gesellschaft, Kultur, Staat und Politik beherrschen will. Der Islam wird nun nicht nur als ideologische Antithese begriffen, sondern als gesamt-kulturelle Antithese zum Westen und seiner universalistischen Identität. Der Islam gerät so zur Begründung des Gegen-Westens, zur Gegen-Moderne, ja zur Gegen-Zivilisation.«
- 8 Es geht hier nicht nur um den Verweis darauf, dass in der Dogmatik der einzige wesentliche Unterschied zwischen beiden Religionen die Trinitätslehre ist. Vielmehr geht es um die Jahrhunderte langen intensiven kulturellen, politischen und wissenschaftlichen Beziehungen, ohne die die Wiederentdeckung der griechischen Philosophie, Renaissance und Aufklärung ebenso wenig möglich gewesen wären wie die Revolutionierung der Seefahrt und der Naturwissenschaften.
- 9 Ernest Renan: »De la part des peuples sémitiques dans l'histoire de la civilisation«. In: Oeuvres complètes, Bd. 2, Paris 1948, S. 333. Siehe auch die Debatte über Renan bei Edward Said: Orientalism, Western Conceptions of the Orient. a. a. O., S. 149 ff.
- 10 Max Weber: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie. Tübingen 1963. Auch Marx folgte diesem »developmentalistischen« Diskurs, wenn er von der »doppelten Mission« Englands in Indien sprach, die in der asiatischen Gesellschaft erst die materiellen Grundlagen für einen westlichen Gesellschaftstyp lege (vgl. Edward Said: Orientalism, Western Conceptions of the Orient. A. a. O., S. 153 ff.).

Ohne Untermenschen kann es keine Herrenmenschen geben. Aziz el Azmeh, Islamwissenschaftler an der Universität Exeter, sieht in der aktuellen medialen Darstellung des Orients und des Islam eine Kontinuität, die von den Schriften der Orientalisten des 19. Jahrhunderts geradlinig bis zu den zeitgenössischen Fernsehkommentatoren reicht: Der Islam erscheint als Anomalie, seine Charakteristika sind Despotismus, Un-Vernunft, Glauben, Stagnation, Mittelaltertum, und »Niedergang wird so nicht zu einem Tatbestand historischer Prozesse, sondern ein vorsehbares Ereignis der metaphysischen Ordnung«¹¹.

Seine politische Aktualisierung erfuhr das alt-neue Feindbild Islam durch den 1993 in *Foreign Affairs* erschienen Aufsatz von Samuel P. Huntington *The Clash of Civilizations?* »Kultur« wird hier zum »Trenn-Begriff für Eigenes und Fremdes, ... Konstrukt der Ein- und Ausschließung, ... Signal für unüberwindbare Grenzen, ... Abwehr-Terminus für bedrohlich Fremdes«¹². Warum aber sind Kulturen jene neuen, ultimativen und unüberwindbaren Grenzen, die geradezu ontologisch festgelegt zu sein scheinen? Ohne nähere Begründung setzt Huntington seine Prämisse: »Unterschiede zwischen Zivilisationen sind nicht nur real; sie sind grundlegend. ... Sie sind viel fundamentaler als die Unterschiede zwischen politischen Ideologien und politischen Regimen. Unterschiede meinen nicht notwendigerweise Konflikt, und Konflikt meint nicht notwendigerweise Gewalt. Aber, über die Jahrhunderte hinweg haben die Konflikte zwischen den Kulturen die längsten und gewalttätigsten Konflikte erzeugt.«¹³

In seinem zweiten, diesem Thema gewidmeten Aufsatz *The West Unique, not Universal*, der den Herrschaftsanspruch »des Westens« kulturologisch abzuschern versucht, vertritt Huntington die These, dass die westliche Kultur einzigartig ist, weil nur sie das Erbe der griechischen Philosophie rezipiert habe, weil sie geprägt sei vom Christentum, weil die europäische Sprachenvielfalt ein Unikat darstelle gegenüber den übrigen Kulturen, weil es nur dem Westen gelungen sei, geistliche und weltliche Autorität zu trennen, weil nur im Westen Rechtsstaatlichkeit herrsche, weil es nur dort sozialen Pluralismus und Zivilgesellschaft, repräsentativ gewählte Körperschaften und Individualismus gäbe.¹⁴ Demgegenüber gibt es im Islam nur den Koran und die Scharia.¹⁵ Renan lässt grüßen! Somit liegt der Schluss auf der Hand: All diese Eigenarten »machen die westliche Kultur einzigartig, und die westliche Kultur ist wertvoll, nicht weil sie universell ist, sondern weil sie einzigartig ist.«¹⁶

11 Aziz El Azmeh: *Islams and Modernities*. London 1993, S. 130 f.

12 Klaus F. Geiger: Vorsicht: Kultur. Stichworte zu kommunizierenden Debatten. In *Das Argument*, Nr. 224 (1998), S. 81-90, hier S. 84.

13 Samuel P. Huntington: *The Clash of Civilizations?* In: *Foreign Affairs*, Sommer 1993, S. 22-49, hier S. 25.

14 Samuel P. Huntington: *The West Unique, not universal*. In: *Foreign Affairs*, November/Dezember 1996, S. 28-49, hier S. 30-33.

15 Ebenda, S. 34.

16 Ebenda, S. 35.

Apodiktisch wird festgestellt, dass es eine gefährliche Illusion »des Westens« sei zu glauben, dass seine universellen Werte wie individuelle Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, rationales Denken und zivilgesellschaftliche Formen der Konfliktlösung auf andere Kulturen übertragbar wären. Daher muss »der Westen« aufhören, seine kulturellen Werte exportieren zu wollen, muss aufhören, an deren allgemeine und weltweite Generalisierbarkeit zu glauben. Anderen Kulturen seien diese Werte nicht eigen. Sie waren und sind unfähig, diese zu entwickeln oder zu adaptieren. Hierauf basiert die geradezu schicksalhafte Distanz zwischen »dem Westen« und »dem Rest«. ¹⁷ Dies ist letztlich nichts anderes als kulturologisch verbrämter Rassismus. Und es geht darum, nicht nur die vielerorts geschmähten »Fundamentalisten« zum Feindbild zu erheben, sondern, wie Büttner treffend feststellt, die Angehörigen der nicht-westlichen Kulturen schlechthin als »den Herausforderungen der Moderne psychisch – und wohl auch intellektuell – nicht gewachsen« darzustellen. ¹⁸

Der Krieg gegen den Terrorismus als gegenzivilisatorisches Projekt

Was hier kurz angerissen wurde, könnte durch eine schier unendliche Zahl einschlägiger Belege aus dem aktuellen politischen Diskurs weiter unterfüttert werden. Eine entscheidende Verschärfung erfuhr der seit Ende der Bipolarität aktualisierte Diskurs über »den Islam« in der Folge der Anschläge des 11. September 2001 mit den Begründungen für den »Krieg gegen den Terrorismus«, vor allem aber durch die Art der Kriegführung gegen Afghanistan und den Irak und dem diese Kriegführung begleitenden Abbau von zivilisatorischen Errungenschaften. Es lohnt sich, an dieser Stelle, den Kontrast deutlich zu machen, der besteht zwischen der Ausmalung dieses neu-alten Feindbildes und den zivilisatorischen Errungenschaften, die nach dem Zweiten Weltkrieg als Normen festgeschrieben wurden. Exemplarisch sei hier nur verwiesen auf die Erklärung der universellen Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948, die weltweit rechtsverbindlicher Standard geworden ist: ¹⁹ »Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren« (Art. 1), jeder Mensch hat »das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person« (Art. 3), und: »Weiter darf keine Unterscheidung gemacht werden auf Grund der politischen, rechtlichen oder internationalen Stellung des Landes oder Gebietes, dem eine Person angehört ...« (Art. 2, Abs. 2). ²⁰

17 Unbestreitbar ist, dass die islamische, vor allem aber die arabische Welt in einer tiefen Krisenhaftigkeit steckt. Diese ist aber keineswegs »kultureller« Natur, sondern hat handfeste ökonomische, soziale und nicht zuletzt politische Gründe. Vgl. Werner Ruf: Demokratie in der arabischen Welt – ein Widerspruch in sich selbst? In: Entwicklung und Zusammenarbeit, Nr. 9/1998, S. 228-231.

18 Friedemann Büttner: Der fundamentalistische Impuls und die Herausforderung der Moderne. In: Leviathan, Heft 4/1996, S. 469-492.

19 Art. 1 Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dez. 1948. In diesen unmittelbaren Kontext gehören außerdem die Genfer Konventionen, das Statut des internationalen Strafgerichtshofs u. v. a. mehr.

20 Wichtig zu erinnern ist in diesem Zusammenhang, dass, entgegen dem Drängen der Sowjetunion, materielle Menschenrechte in dieser Erklärung nicht festgeschrieben wurden.

Der Widerspruch zwischen diesen allgemeinen und weltweit bindenden Prinzipien und der asymmetrischen Wirklichkeit in der Weltgesellschaft könnte krasser nicht sein.

Angesichts der durch die Globalisierung verursachten Verunsicherungen und – berechtigten – Ängste scheint Nationalismus, aus welchen Versatzstücken er auch immer bestehen mag, am Ende des 20. Jahrhunderts wieder zum zentralen Referenzsystem zu werden. Sein Charakteristikum ist, dass er »im Wesentlichen negativ« ist, auf »ethnische Zugehörigkeit, sprachliche Unterschiede, zum Teil mit Religion verbunden« pocht.²¹ Zu Recht kann diese Spätform des Nationalismus in der Tat fundamentalistisch genannt werden, sollen doch die *fundamentals*, auf die er verweist »stets aus einer früheren, angeblich ursprünglich und reinen ... Periode«²² stammen. Nationalismus, in dessen Namen bereits die fürchterlichsten Verbrechen der Menschheitsgeschichte vollbracht wurden, muss daher verstanden werden als nicht nur negativ, sondern als profoundly reaktionäres Identifikationskonzept. Damit der Nationalismus seine Wirkungsmächtigkeit entfalten kann, bedarf es des äußeren Feindes, der zur lebensbedrohenden Gefahr für das »Wir« hochstilisiert wird. Statt die Komplexität der Globalisierung rational zu erklären und Gegenstrategien für ihre pauschal als »Modernisierungsverlierer« abqualifizierten Opfer zu entwickeln, wird ein äußerer Feind ethnischer oder kultureller Natur konstruiert. Gerade im Zeitalter der Globalisierung ist grotesk und ahistorisch zugleich, wenn der Internationalisierung des Kapitals die Ethnisierung der Gesellschaft als Gegenstrategie entgegengesetzt wird. Dies geschieht auf der so genannten nationalen Ebene in gleicher Weise wie auf derjenigen die die »Kulturen« bemüht.

Genau dies gelang mit der Erfindung des »Kampfes der Kulturen«, in dem »der Islam« stellvertretend für die Bedrohung durch »die Anderen« aus der vormaligen Dritten Welt zu stehen scheint.²³ »Dem Westen«, der mit 12 Prozent der Weltbevölkerung über 80 Prozent der globalen Ressourcen verbraucht, steht »der Rest« der Menschen auf dem Planeten unversöhnlich gegenüber. Genau dies dürfte der Grund sein, warum die großartigen Errungenschaften des Westens, Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit für diesen Rest nicht gelten dürfen. Damit dies funktionieren kann, muss aber dieser Rest entmenschlicht werden. Es genügt, ein wenig die einschlägige Metaphorik zu betrachten, die sich der Metaphorik der Moral und der Naturkatastrophen bedient, um »Gefahren« zu pauschalisieren und die Menschen zu anonymen Partikeln dieser Gefahren zu machen: Da kämpfen

21 Eric Hobsbawm: Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780. A. a. O., S. 194.

22 Martin E. Marty: Fundamentalism as a social phenomenon. Bulletin, The American Academy of Arts and Social Sciences, 42,2, 1988, S. 15-19. Zitiert nach Eric Hobsbawm, a. a. O., S. 198.

23 Nicht zufällig spricht Huntington in seinem Clash of Civilizations von der »islamisch-konfuzianischen Verbindung«. Werner Ruf: Politischer Islam – eine neue Befreiungsideologie? In: Österreichische Stiftung für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.): Der Krieg der Armen? Münster 2005, S. 107-120.

24 Vgl. Wolf D. Hund: Vergesellschaftung durch Entmenschlichung. In: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung, Nr. 63, Sept. 2005, S.157-169. Insbes. S. 163 f.

»Wir« gegen »das Böse«, gegen »das Reich des Bösen«, gegen »Terroristen«,²⁵ gegen »Schurkenstaaten«, in denen ja Schurken leben oder zumindest über Demokratieunfähige herrschen müssen. Da bedrohen uns »Migrationsströme« oder »-fluten«, die an »unseren Grenzen« »anbranden«, Palästinenser werden in der offiziellen israelischen Politik als »zweibeinige Tiere« bezeichnet, und der damalige französische Innenminister Sarkozy will die Vorstädte mit dem Hochdruckreiniger vom »Gesindel« oder »Ausschuss« (racaille) säubern.

Angehörige anderer Kulturen oder Religionsgemeinschaften werden pauschal unter Kollektivverdacht gestellt, ihre Rechte und Freiheiten als Bürgerinnen und Bürger beschnitten. Solche Tendenzen finden sich hierzulande in den von Otto Schily eingebrachten und durchgesetzten so genannten Sicherheitsgesetzen,²⁶ im Abbau von rechtsstaatlichen Prinzipien, in der Veränderung der Asylrechtsbestimmungen des Grundgesetzes ebenso wie in der im Gang befindlichen Errichtung von Lagern in den nordafrikanischen Diktaturen und Folterstaaten, die den Zweck verfolgen, dass Menschen gar nicht erst europäischen Boden erreichen können, wo sie die verbliebenen rechtsstaatlichen Elemente in Anspruch nehmen könnten, um ihr Recht auf Menschenwürde einzuklagen.

Schlimmer noch in den USA, wo Verdächtige ohne jedes Rechtsmittel nunmehr lebenslang in Haft gehalten werden können; wo der Begriff des »feindlichen Kämpfers« erfunden wurde, um einer unbekannt, aber großen Zahl ihre Rechte zu verweigern, die ihnen laut gültigen Völkerrechts zustehen; wo Gefangene an Folterstaaten wie Syrien, Jordanien, Ägypten, Algerien oder Marokko überstellt werden, weil deren Foltermethoden effizienter seien; wo unbekannt Gefangene auf Schiffen oder in Gefängnissen anderer Länder festgehalten und misshandelt oder wie Waren von einem (Folter-)Ort zum anderen transportiert werden.

Indem Menschen zu Fanatikern und Terroristen undefiniert, also der menschlichen Eigenschaften von Humanität und Rationalität und damit ihrer Menschenwürde entkleidet werden, können für sie die zivilisatorischen Werte des Westens und der Humanität auch nicht mehr gelten. Dann sind alle Mittel legitim: Die Kriegführung mit Massenvernichtungsmitteln wie weißem Phosphor,²⁷ mit Bomben, die großflächig den Sauerstoff vernichten und alles Leben in ihrem Wirkungskreis ersticken, mit angereichertem Uran, der neuen Massenvernichtungs-

25 Siehe den vom Generalsekretär der Vereinten Nationen in Auftrag gegebenen Bericht des High Level Panels on Threats, Challenges and Change, vom 2. 12. 2004. Ziff. 164. A/59/565 O2-12-04. (<http://www.un.org/secureworld/>).

26 Jenseits des massiven Abbaus rechtsstaatlicher Regeln enthält der so genannte »Otto-Katalog« auch ausgesprochen rassistische Elemente. So wurden für die Rasterfahndung nach dem 11. September 2001 folgende Kriterien eingeführt: Student, muslimische Herkunft, nach außen keine fundamentalistische Einstellung, legaler Aufenthalt, finanziell unabhängig, nicht vorbestraft.

27 S. hierzu den Film des italienischen Fernsehsender RAI <http://www.informationclearinghouse.info/article10907.htm>

waffe,²⁸ und schließlich die Entmenschlichung des Anderen durch bestialische Folter und sexuelle Erniedrigung, die speziell auf kulturelle und/oder religiöse Tabus ausgerichtet sind.²⁹

Diese jeder Humanität widersprechenden Akte und der sie begleitende Abbau von Rechtsstaatlichkeit sind nicht nur eine eklatante Verletzung des Völkerrechts, ihre wachsende gesellschaftliche Akzeptanz »zum Schutz gegen den internationalen Terrorismus« führt auch zu einem zunehmenden Abbau von Rechtsnormen im Inneren unserer Gesellschaften, und zu wachsender Gewalt gegenüber jeder Art von »Fremden«. Dies ist der dialektische Zusammenhang zwischen der Barbarisierung und Entmenschlichung »der Anderen« und der Barbarisierung des »Wir«, die nicht nur die Menschenwürde der »Anderen« verletzt, sondern auf rechtlicher wie auf normativer Ebene auch unsere Gesellschaft entmenschlicht. Die Dämonisierung der »Anderen« wird instrumentalisiert, um die Folgen der neoliberalen Unordnung zu verschleiern, soziale und politische Rechte abzubauen. Und all dies geschieht im Rahmen und nach den formalen Spielregeln der Demokratie. Letztere wird zunehmend reduziert auf Wahlen, Meinungsumfragen und populistische Anpassung an politisch produzierte Stimmungen. Hinter dieser Fassade aber wird das Gerüst demontiert, das Demokratie erst lebensfähig und lebenswürdig macht: Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit sowohl auf innerstaatlicher wie auf internationaler Ebene.

Plädoyer für die Stärke des Rechts

Die Außerkraftsetzung des Rechts, einer zentralen Errungenschaft der modernen Zivilisation, droht die Menschheit zurückzustürzen in die Anarchie vorhobbesianischer Zeiten. Mit moralischen Argumenten werden die Folgen der strukturellen Gewaltverhältnisse (Galtung) in der Welt umgedeutet in Metapher der moralischen Verantwortung für die Aufrechterhaltung eben dieser gewaltförmigen Herrschaftsverhältnisse. Ihr Fundament ist die Negierung des Gleichheitsgrundsatzes und der Gleichberechtigung aller auf der Grundlage ihrer Menschwürde. Nicht

28 Francis Xavier Cunningham: Depleted Uranium Munitions: A New WMD. In: Foreign Service Journal, Vol. 82, May 2005, S. 70-74.

29 Als besonders abartige Formen sind hier zu nennen die aufgrund anthropologischen Wissens eingesetzten kulturspezifischen Formen der Demütigung etwa durch Schändung von Exemplaren des Korans Wärter, die auf das Buch urinierten, das Betrachten pronografischer Filme unter Zwang, sexuelle Stimulation durch Frauen, Androhung von Vergewaltigung durch Mithäftlinge, Beschmieren mit Menstruationsblut, die Weigerung, Ihnen Wasser zum Waschen zur Verfügung zu stellen und sie dann zu verhöhnen, dass sie in diesem Zustand nicht beten können. S. Berichte aus Guantanamo wie z. B. den von Benyam Mohammed: »Benyam Mohammed, he said, a British resident, had been tortured for eighteen months. »They stripped him one day and cut his penis repeatedly with razor-blades. They did it every day until he signed anything they put in front of him.« (http://www.opendemocracy.net/conflict-terrorism/guantanamo_3044.jsp) abgerufen 25. 11. 05.

Vgl. auch: Maureen Dowd: Torture Chicks Gone Wild. The New York Times OPINION, January 30, 2005.

Vgl. auch »Der Stern« Nr. 50, 8. Dez. 2005, S. 78.

Kulturen sind entscheidend, sondern die Gleichheit aller und die Anerkennung ihrer Würde als Menschen. Solche Gleichheit setzt die – gleiche – Teilhabe an der politischen Gestaltung voraus. Genau an diesem Punkt entpuppt sich auch die unsägliche Debatte um die so genannte Leitkultur als nationalistisch-reaktionäres Konzept, das eben die Teilhabe am politischen Leben, der *res publica*, unter Zuhilfenahme kulturalistisch-rassistischer Argumente zu verhindern sucht: Nicht die Zugehörigkeit zu einer »Kultur« ist entscheidend für die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Staat, sondern die Garantie der Ausübung gleicher politischer Rechte und gleicher Rechte in Bezug auf staatliche Leistungen. Voraussetzung hierfür ist die Anerkennung der »Anderen« im republikanisch-säkularen Staat.

In der globalisierten und daher zwangsläufig multikulturellen Welt sind Frieden und Sicherheit im innerstaatlichen wie im internationalen Bereich nur dann zu gewährleisten, wenn – so der keineswegs revolutionäre Stanley Hoffmann – im globalen Haus Gerechtigkeit herrscht und es »akzeptabel (ist) für jene, deren Werte andere Grundlagen haben«³⁰. Der Ausschluss der »Anderen«, sei es mittels rassistischer oder kulturologischer Argumente beschädigt aber die Fundamente »unserer« eigenen Ordnung, denn solche wirkt auf unsere Gesellschaft, ihr Wertesystem zurück. Dieter Oberndörfer bringt die Problematik auf den Punkt, wenn er feststellt, »... dass die Menschenrechte, die Aufklärung und die Werte des Christentums universale Geltung beanspruchen. Als unveräußerlicher und ausschließlicher Besitz Europas (und der USA W. R.) in Beschlag genommen, verlieren sie ihre eigene Legitimationsgrundlage: den Bezug auf die Würde des Menschen, nicht nur auf die der Deutschen oder Europäer.«³¹ Folgerichtig sieht er nur in der Akzeptanz des kulturellen Pluralismus die »essentielle Voraussetzung des Übergangs zur republikanischen Einigung Europas«³².

Eine Abschottung des »Westens« vom »Rest«, verbunden mit der Negation der Gültigkeit der zivilisatorischen Werte für »die Anderen« ist objektiv obsolet geworden. Das Beschwören ewiggestriger Kategorien in der Form von »Nation« oder »Kultur« im Zeitalter der Globalisierung ist und bleibt nicht nur reaktionär, es ist kontraproduktiv für eine Welt, die trotz aller Anstrengungen der Verfechter einer »Leitkultur« zusammenwächst. Die Frage dabei bleibt, ob dieses zusammenwachsen friedlich und auf der Grundlage geltender zivilisatorischer Standards erfolgt oder zum Rückfall in globale Anarchie führt. Somit bleibt zu hoffen, dass

30 Stanley Hoffmann: Clash of Globalizations. In: Foreign Affairs, Juli/August 2002 (aus dem Englischen W. R.). Ähnlich argumentiert Christian Tomuschat: Der selbstverliebte Hegemon. In: Die Internationale Politik, Nr. 5/2003 S. 39-47.

31 Dieter Oberndörfer: Turkophobie. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 2/2003, S. 138-142, hier S. 140.

32 Ders.: Zuwanderung und nationale Identität. In: Michael Berndt; Ingrid El Masry (Hrsg.): Konflikt, Entwicklung, Frieden. Emanzipatorische Perspektiven in einer zerrissenen Welt. Eine Festschrift für Werner Ruf. Kassel 2003, S. 186-195, hier S. 194.

Hobsbawms Vision der Globalisierung in ihrer radikal formulierten Alternative erkannt wird: »Wenn die Menschheit eine erkennbare Zukunft haben soll, dann kann sie nicht darin bestehen, dass wir die Vergangenheit oder Gegenwart lediglich fortschreiben. Wenn wir versuchen, das dritte Jahrtausend auf dieser Grundlage fortzuschreiben, werden wir scheitern. Und der Preis für dieses Scheitern, die Alternative zu einer umgewandelten Gesellschaft, ist Finsternis.«³³ – oder eben jene Barbarei, die den »Anderen« zugeschrieben wird und zugleich uns selbst entmenschlicht.

33 Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Wien 2005, S. 720.

Die Neuen Kriege

Der Krieg in Irak ist noch nicht zu Ende, da wird bereits über den nächsten Krieg, nun gegen den Iran nachgedacht. Ein früherer Geheimdienstexperte des US-Militärs hatte Ostern 2006 in der *Washington Post* mitgeteilt, dass die USA derzeit unterschiedliche Pläne eines Iran-Krieges durchspielen, von Angriffen mit Raketen – die durchaus auch atomar bestückt sein können – bis zum Einmarsch von Bodentruppen. Derlei Pläne wurden bereits im Jahre 2002, das heißt lange vor Beginn des Irak-Krieges, in Auftrag gegeben.¹ Wenn inhaltliche Schrittfolgen etwas mit zeitlichen Abläufen zu haben, was zumindest unter der Perspektive von politischer Logik sinnvoll erscheint, heißt dies: Nicht die Kriegsdrohungen der USA und anderer sind die Folge der Eskalation des derzeitigen Atom-Streits mit dem Iran, sondern der Streit wurde zum Zaune gebrochen, um die seit vier Jahren in Arbeit befindlichen Kriegspläne in die Tat umzusetzen.

Das wirft ein nochmals deutlicheres Licht auf die Gesamtplanungen der Bush-Administration in der Region des Nahen und Mittleren Ostens. Der Irak-Krieg sollte den großen, direkten Militär- und politischen Stützpunkt der USA in der Region schaffen, von dem aus weitere Angriffe, so gegen den Iran und Syrien – hier werden die Spannungen ja auch regelmäßig auf einer bestimmten Mindesthöhe gehalten –, geführt werden können. Nun meinen manch militärisch-politische Kommentatoren, da der Irak-Krieg in ein Fiasko zu rutschen droht, dort bereits ein Bürgerkrieg entsteht und eine Stabilisierung offensichtlich in weiter Ferne liegt, sollten sich die USA mit dem Iran verständigen, um den Irak zur Ruhe kommen zu lassen. Das aber wäre aus Sicht des Präsidenten Bush II keine imperiale Stabilisierung, man wäre ja auf jemand anderen angewiesen, den man außerdem als Feind betrachtet. Also wird das Gegenteil getan, der Konflikt eskaliert und regional ausgeweitet. Das hatten die USA übrigens schon einmal gemacht: Als sie sahen, dass sie den Vietnam-Krieg nicht gewinnen können, weiteten sie ihn auf Laos und Kambodscha aus. Das hatte sie schließlich nicht davor bewahrt, am Ende geschlagen abziehen zu müssen. Doch es hatte die Zahl der Opfer deutlich erhöht.

Das derzeitige Vorgehen von Bush II ist analog dem zu Zeiten der Eskalation der Lage in Vorbereitung des Irak-Krieges. Damals war ebenfalls eine Lüge der anderen gefolgt, keiner der fingierten Kriegsgründe hatte sich am Ende als stichhaltig erwiesen, für keine hatte er sich allerdings entschuldigt, jedoch am Ende er-

1 USA: Iran-Kriegsplanungen sollen seit 2002 laufen. In: Spiegel Online, 16. April 2006 (www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,411608,00.html).

klärt, nun sei der Diktator gestürzt, die Demokratie werde eingeführt, und das sei ja auch ein schönes Ergebnis. Außerdem dürften die USA ihr Gesicht nicht verlieren, und deshalb könnten sie nicht abziehen. Damit wird das Kriegführen zu einem Mittel, das sich selbst als Zweck setzt.

Ein Hauptcharakteristikum der derzeitigen US-Rabulistik gegen den Iran ist die »Beweislastumkehr«: Nicht der Ankläger – hier also die USA – muss beweisen, dass der Iran etwas Rechtswidriges tut, sondern der Iran müsse beweisen, dass er nichts tut, und zwar indem er überhaupt auf Urananreicherung verzichtet. Dass er das Recht auf friedliche Nutzung der Kernenergie hat, wird dabei schlicht ausgeblendet. Und wenn der Iran die Forderungen der USA nicht erfüllt, werde er militärisch angegriffen.

Hier haben wir es mit einer nächsten Stufe der Abschaffung des nach 1945 geschaffenen Staaten-Völkerrechts und seiner Ersetzung durch das »Recht des Stärkeren« zu tun, das mit demokratisch oder menschenrechtlich kaschierten Argumentationsfiguren einhergeht. Das ist die Imperien eigene Vorgehensweise. Das Römische Reich ging grundsätzlich davon aus, dass seine Kriege »gerecht« seien (*bella iusta*), weil die *Pax Romana*, der vom Reich der erreichbaren Welt nach seinem Gusto oktroyierte Friede, die natürliche Ordnung der Welt sei. Deshalb war jeder Krieg gegen das Imperium ein »ungerechter« Krieg (*bella iniusta*), was die Herren des Reichs bewog, sich auch zu den drastischsten Maßnahmen ermächtigt zu sehen – am Ende wurden nicht nur die Besiegten verklavt oder ermordet, auch gegnerische Städte selbst nach der Eroberung dem Erdboden gleichgemacht: Das erging nicht nur dem einst mächtigen und reichen Karthago so, sondern auch Korinth (Griechenland) und Numantia (Spanien), die sich erdreistet hatten, gegen das Reich aufzubegehren. Die Zerstörung erfolgte nicht nur tatsächlich, sondern sie sollte zugleich auf der symbolischen Ebene verdeutlichen, jeglicher Widerstand gegen das Imperium sei zwecklos. Durch das christliche Mittelalter geisterte die Idee des »gerechten Krieges« dann als der Krieg, der nicht für das Imperium, sondern im Dienste Gottes geführt wird; ein Konzept, das ebenfalls als allgemeine Selbstermächtigung angesehen wurde: Nach der Eroberung Jerusalems 1099 ermordeten die Kreuzfahrer die gesamte muslimische und jüdische Einwohnerschaft. (Im Leninismus auferstand der »gerechte Krieg« als der im Dienste der Arbeiterklasse, und der jeweilige Generalsekretär entschied, was denn das jeweils Gerechte daran sei.) Das Konzept des »gerechten Krieges« gebar in der Geschichte stets Ungeheuer. Heute kehrt es in Gestalt der »humanitären Intervention« in die politischen Auseinandersetzungen zurück.

Da solche Ermessensgründe sich jeweils gegenseitig ausschließen bzw. in die Willkür des respektiven Kriegsherrn gegeben sind, schlug Immanuel Kant in seiner berühmten Schrift *Zum ewigen Frieden* vor, eine internationale Rechtsordnung zu schaffen, die den Frieden sichert. Im 5. Präliminarartikel lehnte er die gewalttätige Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates ausdrücklich ab: »Kein Staat soll sich in die Verfassung und Regierung eines andern

Staats gewalttätig einmischen.«² Dieses Herangehen wurde dann auch die Grundlage der UNO-Charta. Dort heißt es im Artikel 1, dass es Ziel der Vereinten Nationen ist, »den Weltfrieden und die internationale Sicherheit aufrechtzuerhalten« sowie »freundschaftliche Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln, die auf der Achtung des Prinzips der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechts der Völker beruhen«. Art. 2 umreißt die Grundsätze, um die Ziele aus Art. 1 zu realisieren. Dazu gehören der »Grundsatz der souveränen Gleichheit« aller Staaten sowie die Regelung ihrer »internationalen Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln«. Imperiale Politik überhaupt und imperiale Politik des Krieges sind in allem das Gegenteil dessen. Die Verteidigung des Friedens wurde wieder zur Tagesaufgabe. Nach Immanuel Kant darf die rechtliche Ordnung nicht von der moralischen Besserung der Menschen abhängen, sondern sie muss selbst »für ein Volk von Teufeln (wenn sie nur Verstand haben)«³ als Konsequenz einen Friedenszustand haben. Ein Zeitalter von Interventionen, und sei es unter »humanitärem« Vorzeichen, ist ein Zeitalter des Kriegszustandes und des Unrechts. Ein Friedenszustand dagegen ist außerhalb einer Rechtsordnung, die für alle gilt, nicht zu haben.

Sind die »Neuen« Kriege neu?

Am 22. Juni 1941 wurde im Berliner Olympiastadion das Endspiel der großdeutschen Fußball-Meisterschaft zwischen Schalke 04 und Rapid Wien ausgetragen; obwohl nach einer Stunde Schalke mit 3:0 geführt hatte, endete es mit 3:4 für Wien. Als ich, Abiturient noch, erstmals davon las, dass am Tage des Überfalls auf die Sowjetunion dieses Spiel stattgefunden hatte, hielt ich dies für einen Gipfelpunkt der Blasphemie. Der Beginn des großen Krieges zwischen den Hauptkontrahenten der Geschichte des 20. Jahrhunderts hätte doch einer anderen Ernsthaftigkeit bedurft. Erst später begriff ich, dass dies die Imperien angemessene Art der Kriegsführung ist. Der »totale Krieg«, in dem es in der Tat um die Existenz geht, ist die Ausnahme. Für das Nazi-Reich begann diese Ausnahme mit dem Scheitern des Blitzkrieges vor Moskau und nach Stalingrad.

In den internationalen Beziehungen – im Grunde seit es aufgeschriebene Geschichte gibt – lassen sich vier Grundkonstellationen von Staatenbeziehungen ausmachen, die jeweils eigene Konstellationen der Friedenssicherung bzw. der Kriegsführung zur Folge haben:

(1) Eine historische Möglichkeit wurde in der Nachkriegsordnung 1945 umrissen: eine *demokratische Struktur*, in der alle Staaten unabhängig von ihrer Größe, militärischen Potenz und wirtschaftlichen Macht unter der Herrschaft des Rechts

2 Immanuel Kant: Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf. In: Ders.: Von den Träumen der Vernunft. Kleine Schriften zur Kunst, Philosophie, Geschichte und Politik. Hrsg. von Steffen und Birgit Dietzsch, Leipzig und Weimar 1981, S. 419.

3 Ebenda, S. 445.

gleichberechtigt und tendenziell gleichgewichtig sind. Eine solche Lage hat realiter noch nie wirklich bestanden, ist idealiter allerdings in der UNO-Charta angelegt. Hier gibt es Militäreinsätze nur zur Abwehr von Aggressoren und zum Schutze des Friedens und unter der Voraussetzung des internationalen Rechts.

(2) Einen zweiten Typus stellt die *bipolare Struktur* dar. Sie ist von zwei annähernd gleich starken Mächten bestimmt, die in Konkurrenz zueinander stehen. In der Regel läuft dies auf einen Kampf bis zum Untergang einer der beiden Seiten hinaus: So war es im Verhältnis von Rom und dem Parther-Reich sowie zwischen dem Byzantinischen Reich und dem Perser-Reich und, wie man heute weiß, auch in der Welt der Maya. Der Ausgang des Kalten Krieges im 20. Jahrhundert mit dem Endergebnis des Zerfalls der Sowjetunion entsprach genau dieser Logik. Oder aber eine solche Konstellation endet, dies die Ausnahme, mit einem wirklichen historischen Ausgleich – so geschehen in Gestalt des Friedensvertrages von Ramses II., Pharao von Ägypten, mit den Hethitern im Jahre 1269 v. Chr., der niemals gebrochen werden sollte.

(3) Das »Konzert der Mächte« bildet einen dritten Typus. Ein derartiges Staategefüge bestand in Europa seit dem Beginn der Neuzeit. Es wurde erstmals fixiert im Westfälischen Frieden 1648, dann explizit vom Wiener Kongress 1815 zur Grundlage der europäischen Staatenordnung gemacht und existierte im Grunde bis zum Ersten Weltkrieg. Hier sind die jeweils anderen Mächte zusammen stets stärker als die mächtigste unter ihnen. Heinrich Mann schrieb in diesem Sinne, noch während des Zweiten Weltkrieges, allerdings rückschauend auf den Krieg von 1870/71: »Die militärischen Auseinandersetzungen mächtiger Nationen sind vergeblich, sie entscheiden nichts, da immer dieselben, wenigen Gegner, soweit man zurückdenkt, aufeinanderstoßen. Die Kriege in Europa hatten bisher – nur bis auf uns – einen begrenzten, einmaligen Zweck – der auch anders zu erreichen war.«⁴ Am Beginn des 20. Jahrhunderts schien es das deutsche Dilemma zu sein, ähnlich dem des alten Reiches bis zum Westfälischen Frieden von 1648: Deutschland größer und an Ressourcen reicher als jeder andere europäische Staat (abgesehen von Russland), aber schwächer als die anderen europäischen Staaten zusammen; vermeintlich zu groß, um sich einfach einzureihen in das politische Alltagsgeschäft; nicht groß genug, die anderen Staaten und Völker in der Tat dominieren zu können. Daher Manns Einschränkung »nur bis auf uns«: Die von Deutschland angezettelten beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts fielen heraus aus der zuvor gemeinten Reihung. »Der Anzettler und Führer des letzten Rückfalles der Deutschen in ihre Angriffskriege... hat den vorigen Angriffskrieg noch überboten mit einem zweiten, der nichts mehr zu beweisen hatte. Bewiesen war, dass Deutschland nicht siegen kann.«⁵ Nicht zufällig taucht in diesem Zusammenhang der Begriff des »totalen Krieges« auf. Er ist nicht propagandistisch, son-

4 Heinrich Mann: Ein Zeitalter wird besichtigt, Berlin: Aufbau Verlag 1947, S. 9.

5 Ebenda, S. 28.

dern analytisch zu verwenden. Der Historiker Gordon A. Craig nennt den Ersten Weltkrieg den ersten totalen Krieg in der neueren Geschichte in dem Sinne, »dass alle Bürger der beteiligten Mächte betroffen werden konnten, wie weit sie auch immer von der Kampfzone entfernt waren«. Er identifizierte drei wesentliche Aspekte: eine »fortschreitende Zentralisierung der politischen Autorität«, »wirtschaftliche Reglementierung«, d.h. Unterordnung der gesamten Wirtschaftstätigkeit unter die Ziele der Kriegsführung, und die »Tendenz zur Gesinnungskontrolle und Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten«.⁶

(4) Eine *imperiale Struktur* ist die nun genauer zu betrachtende. Hier ist eine Macht stärker als alle anderen zusammen und kann so die Bedingungen des Staatesgefüges bestimmen. Es ist dies eine Lage, in der jahrhundertlang Rom im Mittelmeerraum war und China in seinem Umfeld. Die von Seiten des Imperiums geführten Kriege sind in aller Regel Kriege an der Peripherie zur Durchsetzung imperialer Interessen. Sie werden gegen deutlich schwächere Gegner geführt. Es sind – ebenfalls in der Regel – nicht »totale Kriege«, die des Einsatzes aller Kräfte und Mittel bedürfen, sondern solche, die einem klaren Kosten-Nutzen-Kalkül folgen.

Der Ost-West-Konflikt oder, mit einem anderen Wort, die Systemauseinsetzung des 20. Jahrhunderts zwischen dem Realsozialismus und dem Westen endete in einer heroischen Illusion. Gorbatschow, Schewardnadse, Jakowlew und andere, die in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre in Moskau Verantwortung trugen, hatten mit der von ihnen verantworteten Friedenspolitik der Sowjetunion die USA in eine außenpolitische Defensive gebracht, den Rückzug aus Afghanistan und anderen Ländern der Welt sowie einseitige Schritte der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung vollzogen und faktisch den Kalten Krieg beendet. Dabei waren sie davon ausgegangen, dass die systemische Differenz zwischen den beiden Gesellschaftssystemen die eigentliche Ursache der Spannungen und der Kriegsgefahr gewesen seien. Die »Charta von Paris für ein neues Europa« als Erklärung der Staats- und Regierungschefs der Staaten der »Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa« (KSZE) vom 21. November 1990 wurde in diesem Sinne als Dokument der Beendigung des Kalten Krieges und der Blockkonfrontation angesehen. Frieden, eine auf Menschenrechten und Grundfreiheiten beruhende Demokratie sowie Marktwirtschaft sollten die gemeinsame Grundlage der weiteren Entwicklung Europas sein.⁷

Tatsächlich jedoch wurde bereits mit dem Golfkrieg von 1990, das heißt vor der Unterzeichnung jener »Charta von Paris«, etwas anderes deutlich. Die USA wollten diesen Krieg, um ihre Dominanz in der angestrebten »Neuen Weltordnung« – das heißt der internationalen Ordnung nach dem Ende des Ost-West-Kon-

6 Gordon A. Craig: Geschichte Europas 1815-1980. Vom Wiener Kongreß bis zur Gegenwart, München 1989, S. 371 f.

7 Charta von Paris. In: Curt Gasteiger: Europa zwischen Spaltung und Einigung, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 321, Bonn 1994, S. 538 ff.

flikts – deutlich zu machen. Den casus belli führte faktisch die US-amerikanische Diplomatie herbei: Saddam Hussein bestellte die US-Botschafterin und fragte sie, wie die USA auf eine Annexion Kuweits reagieren würden. Sie antwortete, diese sähen ihre Interessen nicht tangiert, es sei eine innerarabische Angelegenheit – was Saddam Hussein als Akzeptanz verstand, um anschließend die Botschafterin desavouiert und sich im Konflikt mit der Weltgemeinschaft zu sehen. Allerdings war die völkerrechtliche Sachlage klar: Saddam Hussein hatte ein souveränes Land überfallen, und der UNO-Sicherheitsrat sanktionierte den Militäreinsatz.⁸ Das unterscheidet jenen Golfkrieg immerhin noch von allen nachfolgenden Kriegen des Imperiums.

Imperien ist zu eigen, dass sie nicht nur vergleichsweise große Territorien umfassen, sondern es ist ihre potentiell universelle politische, wirtschaftliche und kulturelle Orientierung, die sie treibt, sich auszudehnen, so weit ihre Kraft es zulässt, und das einmal Eroberte unter Kontrolle zu halten, so lange die Kraft reicht. Die Herrschaft, die den Raum kontrolliert, ist zentral organisiert; dabei ist weniger wichtig, ob ein Einzelner diese Kontrolle ausübt, sondern dass das Herrschaftsgebiet als ein Ganzes zusammengehalten und durchherrscht wird.

Insofern ist der »normale« Krieg der an der Peripherie, da es um die Abwehr eines Angriffs der »Barbaren« geht (die Inländer sind immer die Kulturmenschen; das war schon bei den Griechen und beim Imperium Romanum so), um die Unterwerfung dieses oder jenes Barbarenstammes, der der Segnungen der Reichsherrschaft bisher nicht teilhaftig werden wollte, oder um die Niederwerfung von Aufständen, in der Regel auch an den Peripherien. Die Reichsbevölkerung ist gleichzeitig bei Stimmung zu halten – durch »Brot und Spiele« und Krieg zur gleichen Zeit oder eben Krieg und Fußball-Normalität oder einfach dadurch, dass man das »normale« Leben so weiter laufen lässt, wie es immer lief, und den Krieg an der Peripherie als Sache behandelt, die das Reich eben so macht, die mit dem Leben der Bürger aber nicht viel zu tun hat.

Die Logik derartiger Kriegsführung folgt nicht daraus, ob die Reichsordnung im Innern republikanisch oder autoritär verfasst ist – Rom war in der Zeit der Senatsherrschaft ebenso eine imperiale Macht, wie die unzweifelhaft demokratisch verfassten USA seit dem Krieg gegen Spanien 1898. Es ist die Art und Weise des Peripherie-Krieges, den ein Imperium führt. Der Verbund von dominierenden USA und EU-Europa handelte gegenüber Jugoslawien Ende der 1990er Jahre ganz offen als ein imperiales Gefüge, das angetreten ist, einen »Barbarenstamm« an der Grenze seinem Gesetz des Handelns zu unterwerfen. Gegen den Irak agierte das US-Imperium nicht mit der ganzen EU, sondern nur im Verbund mit hilfswilligen Förderatruppen. Bei dem derzeit geplanten Kriegsbeginn gegen den Iran kann es durchaus wieder anders sein.

⁸ Vgl. Pierre Salinger; Eric Laurent: Krieg am Golf. Das Geheimdossier. München/Wien 1991, S. 49 ff.. Insbesondere S. 63; Erhard Crome: Menetekel neuer Weltenauseinandersetzungen? Noch einmal über den Golfkrieg. In: IPW-Berichte, Berlin, Heft 11-12/1991, S. 40-43.

Dennoch scheint es am Beginn des 21. Jahrhunderts ein Hauptproblem zu sein, ob die USA in der Lage sein werden, eine von ihnen bestimmte imperiale Struktur real durchzusetzen. Die bipolare Struktur des Kalten Krieges gehört der Vergangenheit an. Doch ob es sich bereits um eine imperiale Struktur handelt, ist nicht ausgemacht. Die Verhinderung einer Vorab-Resolution des UNO-Sicherheitsrates zugunsten des Bush-Krieges gegen Irak durch Deutschland, Frankreich und Russland verweist auf Momente eines »Konzerts der Mächte«, ebenso das vorsichtige Taktieren der USA gegenüber Nordkorea im Angesicht Chinas. Der demokratische Protest gegen diese Politik, in den USA selbst und weltweit, deutet auf starke demokratische Elemente in der internationalen Politik hin.

Die Kriege, mit denen wir es heute zu tun haben, sind technisch »neu«, weil noch nie solch ausgefeilte Waffensysteme mit so vielfältigen Einsatzmöglichkeiten und so hoher Zerstörungskraft eingesetzt worden sind. In einem politik- und sozialgeschichtlichen Sinne aber sind diese Krieg nicht neu. Es sind alte Konstellationen unter neuen historischen Bedingungen. Welches Schicksal die Geschichte des 21. Jahrhunderts uns bereithalten wird, ist ungewiss. Tendenzen und Faktoren jedoch sind sichtbar.

Imperium und Demokratie

Das Imperium führt Krieg um Macht, Öl und eine Neuordnung der Welt. Das kann nicht oft genug gesagt werden, auch wenn die Worte inzwischen wie Asche sind. Das Imperium allerdings will nicht zugestehen, dass es darum geht. Der Krieg wird herbeigelogen, die Lüge ist seine Daseinsweise, selbst im Denken seiner Protagonisten. Einer der nach wie vor einflussreichen Vordenker der imperialen Politik der USA, Zbigniew Brzezinski, hat geschrieben: »Nie zuvor hat eine volksnahe Demokratie internationale Vormachtstellung erlangt.« Demokratie als Staatsform sei zwar »einer imperialen Mobilmachung abträglich«, doch im Falle der USA wäre es erstmals anders, es sei gewissermaßen eine »demokratische« Vorherrschaft.⁹

Die erste Grundaussage ist zunächst richtig, aber anders, als Brzezinski meinte. Als Rom umfassendes Imperium wurde, wurde die Republik abgeschafft und das Caesarentum eingeführt. Und die USA heute? Bush II ist bei der US-Präsidentenwahl im Jahre 2000 bekanntlich nicht von der Mehrheit gewählt worden. Auch die Mehrheit der Wahlmänner hatte er nicht. Nur durch Zuweisung der Wahlmänner des Staates Florida, in dem sein Bruder Gouverneur ist, an ihn, wurde er ins Weiße Haus gebracht. Es war, wie viele Beobachter betonten, »ein rechtsgerichteter Putsch«, mit dem Bush II an die Macht geschoben wurde.

Nun meinten etliche Kommentatoren, wegen dieses Geburtsfehlers seiner Macht bedurfte Bush des Krieges, um seine Wiederwahl auf einer nationalistischen Welle zu sichern. Vielleicht war es aber gerade umgekehrt: Er wurde an die Macht ge-

9 Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft. Frankfurt/M. 2002, S. 59 f.

bracht, um den Krieg zu führen, als den ersten einer Reihe US-amerikanischer Neuordnungskriege in der Welt. Zehn Jahre hatten die rechten Vordenker der imperialen Kriegspolitik in ihren Think-Tanks über diesen Plänen gegrübelt, dreimal, wird gesagt, hatten sie Clinton den Irak-Krieg andienen wollen, ebenso oft hatte er abgelehnt. Nun aber war ihr Mann im Weißen Haus.

Und der 11. September 2001? Hat es ihn nicht wirklich gegeben? Ist nicht ohne ihn das alles jetzt nicht zu erklären? Wir haben all die schrecklichen Bilder doch gesehen! Andreas von Bülow, bis 1982 Minister im Kabinett des deutschen Bundeskanzlers Helmut Schmidt, hatte bereits im Januar 2002 darauf verwiesen, dass die Anschläge von New York geheimdienstliche Handschrift tragen. »Da sind Spuren wie von einer trampelnden Elefantenherde«, sagte er, doch niemand hat sie verfolgt. Lediglich die Bin-Laden-Spur wurde präsentiert. Wo aber ist Bin Laden, ohnehin einer Familie zugehörig, die seit langem Geschäfte mit dem Bush-Clan gemacht hatte, denn mittlerweile geblieben? Oder hat er seine Rolle bereits zu Ende gespielt? Bekanntlich wissen wir heute, dass Franklin D. Roosevelt vom Angriff auf Pearl Harbor durchaus vorher wusste, aber befahl, nichts zu tun, weil ihm klar war, ohne diesen Angriff würde er das amerikanische Volk nicht in den Zweiten Weltkrieg bringen. Nun war jeder Krieg gegen Hitlerdeutschland eine gerechte Sache, insofern ist dies unvergleichbar. Doch der Vorgang verdient, erinnert zu werden. Ohne 11. September wäre dieses Volk nicht in den permanent gemeinten »Krieg gegen den Terror« und konkret nicht in den Irak-Krieg zu bringen gewesen.

Doch die Ausnutzung des 11. Septembers geht noch weiter. Da wurden in den USA und anderswo innenpolitisch weitreichende Veränderungen durchgezogen, Bürgerrechte abgebaut, neue Kontrollinstitutionen geschaffen. Der Abbau der liberalen Freiheitsrechte und der Krieg sind zwei Seiten einer Medaille. Die Ausrufung des Aggressionskrieges entgegen der UNO-Charta und gegen den UNO-Sicherheitsrat passen dazu ebenso wie das amerikanische Agieren gegen den Internationalen Strafgerichtshof. Es ist eben doch so: Demokratie und Imperium passen nicht zusammen. Und die größte Lüge im Kontext dieser Kriegspolitik ist, diesen Zusammenhang für die USA leugnen zu wollen. Entweder wird die Demokratie abgeschafft oder das Imperium auch vom Volk der USA selbst zum Scheitern gebracht.

Imperium und Militarismus

Ist im Kriege eine Kriegsmaschinerie erst einmal geschaffen, tendiert diese dazu, sich zu verselbständigen. Das Ins-Feld-Ziehen wird selbstverständlich, wofür man ins Feld zieht nebensächlich. Vom Krieg geschaffen, der sie brauchte, beginnt die Maschine die Kriege zu schaffen, die sie braucht. Das hatte Joseph Schumpeter bei seinen Betrachtungen über Imperialismus unter Verweis auf das alte Ägypten bereits kurz nach dem Ende des Ersten Weltkrieges geschrieben.¹⁰ Es ist offenbar

10 Joseph A. Schumpeter: Zur Soziologie der Imperialismen. In: Ders.: Aufsätze zur Soziologie, Tübingen, S. 89.

genau dies, was mit den USA im Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg geschehen ist und was sie nun veranlasst, am ständigen Ausbau der Kriegsmaschinerie und ihrem Einsatz, wann immer es passt, festzuhalten. In diesem Sinne spricht der US-amerikanische Politikwissenschaftler Chalmers Johnson von einem »neuen amerikanischen Imperium«, dessen Wurzeln bis zurück ins frühe 19. Jahrhundert reichen, sowie davon, dass dieses verbunden mit einem spezifischen »Militarismus« ist.¹¹ Die USA haben über 200 000 Militärangehörige in 140 Ländern stationiert, 26 000 dienen auf US-Kriegsschiffen auf allen Weltmeeren. Die Regierungen der betroffenen Länder haben keine Kontrolle über das Tun der »befreudeten Besatzungsmacht« auf ihrem Territorium. So wurde aus dem Land, das sich als eine Wiege der Demokratie wähnte, ein Imperium, das mit dem gewachsenen Einfluss seine demokratischen Grundwerte über Bord warf. Johnson nennt dies das »Imperium der amerikanischen Militärbasen«.

Folgen wir dem analytischen Konzept von Wallerstein, wonach der Kapitalismus ein Weltsystem geschaffen hat, in dem sich Zentrum und Peripherie gegenseitig bedingen: Der Reichtum im Zentrum hat die Armut der Peripherie zur Voraussetzung,¹² so ist die gegenwärtige Welt des beginnenden 21. Jahrhunderts durch ein imperiales Gefüge im Zentrum geprägt, das die Peripherien wieder in deutlich sichtbare Abhängigkeit gebracht hat. In diesem Gefüge gibt es in Gestalt der USA eine imperiale militaristische Macht, die jedoch wirtschaftlich mit den anderen Mächten, vor allem der Europäischen Union und Japan, eng verflochten ist. Hier herrscht ein Spannungsverhältnis von Kooperation und Konkurrenz, das jedoch nicht nur eines unterschiedlicher Interessen, sondern auch eines um die Mittel und Wege der Durchsetzung dieser Interessen ist.

Johnson geht noch weiter und betont zu Recht: »Meiner Meinung nach manifestiert sich der Imperialismus in mehreren verschiedenen und sich weiterentwickelnden Formen. Es gibt – mit Ausnahme des Militarismus – keine spezielle, das Phänomen als solches definierende Institution. Imperialismus und Militarismus sind untrennbar... Dabei lassen sich mehrere Arten des Imperialismus unterscheiden, die nicht auf den Erwerb von Kolonien abzielen. Die kennzeichnende Institution des sogenannten Neokolonialismus ist der insgeheim von einer imperialistischen Macht unterstützte multinationale Konzern. Diese Form des Imperialismus erhält im ausgebeuteten Land eine Fassade der nominellen politischen Unabhängigkeit aufrecht und reduziert damit die politischen Kosten und Gefahren des Kolonialismus... Der multinationale Konzern kopiert in gewisser Weise eine der frühesten Institutionen des Imperialismus: die Handelsgesellschaften. Mit dieser klassisch merkantilistischen Organisationsform gewährte ein imperialistisches

11 Chalmers Johnson: Der Selbstmord der amerikanischen Demokratie. München 2003, S. 8 und 23.

12 Vgl. Immanuel Wallerstein: Das moderne Weltsystem: Kapitalistische Landwirtschaft und die Entstehung der europäischen Weltwirtschaft im 16. Jahrhundert. Frankfurt/M. 1986; Ders.: Das moderne Weltsystem II – der Merkantilismus, Wien 1998.

Land einer privaten Gesellschaft das Recht, ein überseeisches Territorium auf Monopolbasis wirtschaftlich auszubeuten und gelegentlich auch zu regieren. Im Gegenzug wurden die daraus erzielten Profite zwischen Regierung und Privatinvestoren geteilt.«¹³

In der heutigen globalen kapitalistischen Welt ist genau dieses Verhältnis bestimmend, allerdings nicht zwischen einer einzelnen staatlichen Macht und einer einzelnen Gesellschaft, wie in der Frühzeit des Kapitalismus, sondern zwischen den Staaten des Gefüges im Zentrum – praktisch ausgedrückt den G 7 – einerseits, unter Hinzuziehung insbesondere auch von Weltbank, Internationalem Währungsfonds und Welthandelsorganisation, und den multinationalen Konzernen zusammengekommen andererseits. Unter dieser Perspektive dann sind die USA die letztlich militärische Garantiemacht dieser »neuen Weltordnung« der neoliberalen Globalisierung. Dabei gilt zugleich eine Pluralität der Herrschaftsmittel bzw. -formen: »Weder der Kolonialismus der Handelsgesellschaften noch der Neokolonialismus der multinationalen Konzerne erschöpfen die institutionellen Möglichkeiten des Imperialismus. So muss etwa die neokoloniale Beherrschung keineswegs ökonomischer Natur sein. Sie kann auch auf einer Art internationalem Geschäft unter Protektion beruhen – gegenseitige Beistandsabkommen, militärische Berater und in anderen Ländern stationierte Streitkräfte zum ›Schutz‹ gegen häufig kaum definierte, übertriebene oder gar nicht bestehende Gefahren. Daraus entstehen ›Satelliten‹, dem Anschein nach unabhängige Staaten, deren auswärtige Beziehungen und militärische Kapazitäten von einer imperialistischen Macht bestimmt werden.«¹⁴ Politisch-militärische Abhängigkeiten haben ökonomische Konsequenzen und umgekehrt. Im Kern geht es um die »freie Bahn« für die multinationalen Konzerne, die von den Truppen der respektiven Staaten ggf. freigeschossen wird.

Begrenztheiten

Im Jahre 1839 hatte Heinrich Heine notiert: »Wer mit Rom Krieg führen will, muss alle möglichen Gifte vertragen können.«¹⁵ Rom, das war Reich und Kirche in einem, Herrschaft mit Legionen oder mit Dogmen, mit Geld, Gift, Diplomaten und ideologischen Bekenntnissen. Auf jeden Fall Herrschaft, die vom Zentrum aus auf die Peripherie greift, imperiale Herrschaft, räumlich tendenziell unbegrenzt. Die Grenze einer imperialen Macht liegt immer nur dort, wo die Soldaten, die finanziellen Reserven oder der Glaube an diese Macht nicht mehr hinreichen.

Heute heißt dieses »Rom« USA. Das in Presse und Politikwissenschaft seit den 1990er Jahren vielbenutzte Stichwort lautet: unilaterale Politik. Die eine Super-

13 Chalmers Johnson, a. a. O., S. 46 f.

14 Ebenda, S. 47.

15 Heinrich Heine: Ludwig Börne. Eine Denkschrift. In: Ders.: Werke in fünf Bänden, Bd. 5, Berlin und Weimar 1967, S. 181.

macht sei übriggeblieben nach dem Kalten Krieg, militärisch uneinholbar gerüstet, wirtschaftlich außerordentlich, finanzpolitisch mit dem Dollar ausgestattet, der Weltwährung, über die nur in den USA selbst entschieden wird. Die Europäische Zentralbank gilt im Vergleich dazu eher als schwer zu handhaben.

Die Auseinandersetzungen um das »Kyoto-Protokoll« zur Reduzierung der Emission von Treibhausgasen waren nur eine Facette der neuen Konflikte. Die Verträge zur Begrenzung der nuklearstrategischen Rüstungen interessieren ebensowenig mehr in Washington wie das Atomteststoppabkommen. Die USA blockieren die Fortentwicklung der internationalen Konvention zum Verbot biologischer Waffen. Sie wollen keine wirksame Begrenzung des Verkaufs und Exports von Kleinwaffen. Die Kinderrechtskonvention mögen sie nicht, schon deshalb, weil sie die Todesstrafe für Personen unter 18 Jahren verbietet. Auch den Internationalen Strafgerichtshof, der in Bezug auf Jugoslawien, Stichwort: Milošević in den Vordergrund rückte, kritisieren die USA, obwohl sie sich einst zu den Förderern internationaler Gerichtsbarkeit zählten; sie befürchten, »voreingenommene« Ankläger könnten amerikanische Staatsbürger vor dieses Gericht bringen. Sie wissen sicher, warum: kein Imperium konnte je ohne schmutzige Kriege auskommen.

Es ist richtig, die USA sind die einzige, aus dem 20. Jahrhundert verbliebene Supermacht. Bedeutet dies aber, dass sie beliebig schalten und walten können, wie sie wollen? Während des gesamten Kalten Krieges bauten die USA an ihrer globalen Überlegenheit an Mitteln und Ressourcen. Die sowjetischen Führer ließen sich auf das so bewirkte Wettüben ein und wurden schließlich immer hilfloser. Die kommunistische Kapitulation von 1989 war die historische Konsequenz. Die jetzige Lage ist davon jedoch völlig verschieden. Die USA sind wirtschaftlich stärker als jede andere Volkswirtschaft in der Welt; die anderen zusammen jedoch immer größer. Bereits die EU tendiert zu einem beträchtlicheren Gewicht. Die USA sind militärisch mächtiger, als jeder andere Staat der Welt. Das russische und chinesische Potential aber ist wohl hinreichend, seinerseits die Welt zu zerstören. Es gilt also weiter die alte Weisheit aus der Zeit der nuklearen Konfrontation: Es gibt keine vernünftigen politischen Ziele, die mittels eines Atomkrieges realisierbar wären. Die amerikanische militärische Überlegenheit taugt weder, Russland oder China wirksam militärisch zu erpressen, noch dazu, die volkswirtschaftliche Entwicklung Europas, Chinas oder Indiens aufzuhalten.

Die USA sind deshalb heute global in der gleichen Lage, wie sie in Europa einst Karl V., Napoleon oder Wilhelm II. vorfanden: Die anderen zusammen sind stärker als die stärkste der Mächte. Die heute bestehende technische Fähigkeit, die Welt militärisch, nuklear-strategisch zerstören zu können, heißt nicht, sie politisch oder ökonomisch zu beherrschen. Die Welt wird multipolarer. Das ist ein amerikanisches Dilemma.

Der schon zitierte Zbigniew Brzezinski geht zwar von der Machtposition der weltweit agierenden Hegemonialmacht aus, hält die Beherrschung Europas und Asiens aber für schwierig. »Die schiere Größe und Vielfalt Eurasiens wie auch die

Macht einiger seiner Staaten setzen dem amerikanischen Einfluss und dem Umfang der Kontrolle über den Gang der Dinge Grenzen. Dieser Megakontinent ist einfach zu groß, zu bevölkerungsreich, kulturell zu vielfältig und besteht aus zu vielen von jeher ehrgeizigen und politisch aktiven Staaten, um einer globalen Macht, und sei es der wirtschaftlich erfolgreichsten und politisch gewichtigsten, zu willfahren. Eine solche Sachlage verlangt geostrategisches Geschick, den vorsichtigen, sorgfältig ausgewählten und sehr besonnenen Einsatz amerikanischer Ressourcen auf dem riesigen eurasischen Schachbrett.«¹⁶ Hier sieht Brzezinski »fünf geostrategische Hauptakteure«: »Frankreich, Deutschland, Russland, China und Indien«¹⁷, während er Großbritannien und Japan für Mächte hält, die sich aus dem politischen Geschehen heraushalten. Großbritannien sei »ein aus dem aktiven Dienst ausgeschiedener geostrategischer Akteur, der sich auf seinem prächtigen Lorbeer ausruht und sich aus dem großen europäischen Abenteuer weitgehend heraushält, bei dem Frankreich und Deutschland die Fäden ziehen«.¹⁸ Vor diesem Hintergrund sei es die zentrale Aufgabe der USA, nicht nur zu verhindern, dass eine eurasische Macht den Kontinent unter ihre Herrschaft bringen könne, sondern auch zu verhindern, dass die geostrategischen Hauptakteure sich zusammenschließen – gegen die USA. Bediene man sich »einer Terminologie, die an das brutalere Zeitalter der alten Welteiche gemahnt, so lauten die drei großen Imperative imperialer Geostrategie: Absprachen zwischen den Vasallen zu verhindern und ihre Abhängigkeit infragen der Sicherheit zu bewahren, die tributpflichtigen Staaten fügsam zu halten und dafür zu sorgen, dass die ›Barbarenvölker‹ sich nicht zusammenschließen«¹⁹. Bush II hatte es mit seiner Politik des Irak-Krieges geschafft, dass alle fünf der genannten Staaten ihm politisch gegenüberstanden. Auch wenn dies kein dauerhaftes Bündnis war und ist, bleibt doch allein diese Tatsache bereits von historischer Relevanz.

Die internationale Debatte zur Zeit der Eröffnung der Kriegshandlungen der USA gegen den Irak sah omnipotente Vereinigte Staaten, die sich scheinbar problemlos über die UNO und ihre Beschlüsse hinwegsetzen konnten. Der französische Historiker und Sozialwissenschaftler Emmanuel Todd dagegen betonte schon vor Kriegsbeginn in seinem auch international vieldiskutierten Buch über die USA: Der Krieg gegen den Irak und die anderen angekündigten Kriege sind nicht Zeichen von Stärke, sondern von Schwäche. Die USA werden zunehmend ein Problem für die Welt.²⁰ »Zwischen drei medienwirksamen Umarmungen und der Unterzeichnung von zwei Abrüstungsvereinbarungen haben sie Russland herausgefordert durch Sendungen in tschetschenischer Sprache auf Radio Free Europe,

16 Zbigniew Brzezinski, a. a. O., S. 58 f.

17 Ebenda, S. 67.

18 Ebenda, S. 70 f.

19 Ebenda, S. 65 f.

20 Emmanuel Todd: Weltmacht USA. Ein Nachruf. München/Zürich 2003 (franz. Après l'empire. Essai sur la décomposition du système américain, 2002).

durch die Entsendung von Militärberatern nach Georgien und durch die Einrichtung von Militärbasen im ehemals sowjetischen Mittelasien.« China wurde durch die Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad während des Kosovo-Krieges provoziert und dadurch, dass man eine für die chinesische Führung bestimmte Boeing mit leicht zu entdeckenden Wanzen versah. Derweil wurde aus dem Pentagon mitgeteilt, es werde über Nuklearschläge gegen Staaten nachgedacht, die nicht über derartige Waffen verzichten – ein eklatanter Bruch aller in diesem Bereich bestehenden völkerrechtlichen Verträge. Todds Fazit: »Die Regierung in Washington wendet damit eine klassische strategische Denkfigur an, die aber ungeeignet ist für ein Land von der Größe eines Kontinents: die ›Strategie des Verrückten‹, nach der man potentiellen Gegnern möglichst unberechenbar erscheinen sollte, weil sie das noch stärker einschüchtere.«²¹ Das gilt übrigens auch für jene, die sich Freunde dünken.

Zwei Gründe sieht Todd. Der erste ist die weltweite Entwicklung zur Demokratie. Er hat hier ein nachdenkenswertes Theorem entwickelt: Die Menschen lernen lesen und schreiben, auch elementares Rechnen, und ergreifen damit die Herrschaft über ihre unmittelbare Umwelt. Das Wirtschaftswachstum in Europa vom 17. bis zum 20. Jahrhundert war Folge der Verbreitung von Bildung. Eben diese Entwicklungen vollziehen sich heute in Lateinamerika und weiten Teilen Asiens. Sobald auch die Frauen lesen und schreiben können, beginnt die Geburtenkontrolle. Die Menschheit befreit sich aus einem Zustand der Unterentwicklung. Dies allerdings ist in aller Regel mit einer Übergangskrise verbunden; die alten Gewissheiten gelten nicht mehr, neue noch nicht. Im Ergebnis dieser Krise kommen die Gesellschaften wieder zur Ruhe und sind demokratisch verfasst, schon deshalb, weil diese gebildeteren Menschen nicht mehr irgendwelche selbsternannten Herren über sich dulden, sondern politisch mitbestimmen wollen. Nebenbei bemerkt: Mit eben diesem Ansatz hatte Todd bereits im Jahre 1976 den Zusammenbruch der Sowjetunion und die schließliche Errichtung demokratischer Verhältnisse nach dem Kommunismus vorausgesagt.

Und was bedeutet dies für die USA heute? Wenn sich die ganze Welt von sich aus demokratisiert, werden sie als »Vorkämpfer« der Demokratie überflüssig. Zur gleichen Zeit wird in den USA die Demokratie schwächer. Die oberen zwanzig Prozent der Gesellschaft, die über fünfzig Prozent der Wirtschaftskraft verfügen, haben zunehmend Schwierigkeiten, sich den Zwängen des allgemeinen Wahlrechts zu unterwerfen; es findet eine »Oligarchisierung« statt. Und was könnte dies besser belegen, als die erschlichene Machtergreifung des George W. Bush im Jahre 2000? Der kenntnisreiche Analytiker totalitärer und autoritärer Herrschaft, Juan Linz, hat vor einiger Zeit betont – nicht explizit auf die USA bezogen, doch gilt es auch hier, – neue wie alte Demokratien seien auch im 21. Jahrhundert vor autoritärer Gefahr nicht sicher. Diese komme aber nicht mit dem Anspruch daher,

21 Ebenda, S. 14.

einen anderen, nicht-demokratischen Typus von Herrschaft zu kreieren, wie vielfach im 20. Jahrhundert, sondern sei bestrebt, »neue Formen nichtlegaler Repression und staatlicher Gewalt« hinter »pseudo-demokratischer Institutionalisierung« zu verstecken.²² Oder anders gesagt: Die demokratischen Institutionen bleiben bestehen, werden jedoch ihres Inhalts, ihres demokratischen Gehalts entleert.

Hinzu kommt, dass sich die weltwirtschaftlichen Verhältnisse verändert haben. Das Handelsbilanzdefizit der USA stieg von etwa 100 Milliarden Dollar Anfang der 1990er Jahre auf 618 Milliarden Dollar im Jahre 2004; zehn Prozent des Verbrauchs der USA an Industriegütern sind nicht durch eigene Produktion oder Exporte gedeckt. Um die Zahlungsbilanz auszugleichen, brauchen sie Devisenzuflüsse in Höhe von 1,8 Milliarden Dollar täglich.²³ Die amerikanischen Auslandsschulden sind der Tribut, den das Imperium der ganzen Welt auferlegt hat. Und um dessen stetigen Fluss zu sichern, brauchen die USA ihre Militärmacht, ein ständiges Mindestmaß an Spannungen in der Welt, »Feinde« und die oben beschriebene Unberechenbarkeit.

Aus der Perspektive Westeuropas ist so auch die Rolle Russlands neu zu bewerten. Wenn das Verhältnis der USA zur übrigen Welt, so Todd, »nicht mehr von Schutz, sondern von potentieller Aggression bestimmt wird«, fällt Russland die Rolle der potentiellen Schutzmacht zu, verfügt es doch nach wie vor über eine entsprechende Zahl strategischer Nuklearwaffen.²⁴ Die »Achse« Paris-Berlin-Moskau gegen den Irak-Krieg lief auf genau diese Verbindung hinaus, auch wenn sie keine Konstante der internationalen Politik sein konnte.

Wirtschaftliches und Militärisches

Albrecht Wenzel Eusebius von Wallenstein wird der Satz zugeschrieben, man brauche für das Kriegführen drei Dinge: erstens Geld, zweitens Geld und drittens Geld. Oder, mit den Worten des Historikers Paul Kennedy wissenschaftlich ausgedrückt: »Die Geschichte des Aufstiegs und späteren Falls der führenden großen Mächte seit dem Aufstieg Westeuropas im 16. Jahrhundert... zeigt eine auf lange Frist sehr signifikante Korrelation von Produktionskapazität und Staatseinnahmen auf der einen Seite und militärischer Stärke auf der anderen.«²⁵

Das Schicksal des US-Imperiums und des imperialen nordatlantischen Gefüges des »weißen Mannes« entscheidet sich in den nächsten Jahren, und zwar in Asien. Hier ist ein erneuter Blick auf die Welt als ein System sinnvoll. Andre Gunder Frank hat, gestützt auf eine Reihe empirischer Forschungsergebnisse der vergan-

22 Juan J. Linz: Vorwort zur 2. (deutschen) Auflage. In: Totalitäre und autoritäre Regime. Berlin 2003, S. LVIII, LXVIII.

23 Vgl. Ibrahim Warde: Schwacher Dollar, starker Bush. In: Le Monde diplomatique, deutschsprachige Ausgabe vom 11. 3. 2005, www.monde-diplomatique.de.

24 Emmanuel Todd, a. a. O., S. 81.

25 Paul Kennedy: Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000. Frankfurt/M. 1989, S.13.

genen Jahrzehnte, in seinem letzten Werk vor seinem Tode auf diese Entwicklungen hingewiesen.²⁶ In Auseinandersetzung mit Braudel und Wallerstein entwickelte er die Weltsystem-Analyse weiter und begründete, dass die Fokussierung auf Europa als Ursprung des Kapitalismus falsch ist, ebenso wie die auf das Jahr 1492 als des wesentlichen Gezeitenwechsels. Im frühen 15. Jahrhundert, nach einer längeren Phase der Stagnation, begann eine lange Periode ökonomischer Expansion, die das ganze 18. Jahrhundert lang anhielt. Sie hatte ihren Ursprung in Ost- und Südostasien und hatte vor allem dort ihre Grundlage, obwohl sie durch die neuen Silber- und Goldlieferungen aus Amerika angeheizt wurde. In China, Japan, Südostasien, Zentralasien, Indien, Persien und im Osmanischen Reich äußerte sich diese Expansion als rasches Wachstum von Bevölkerung, Produktion, Handel, Einkommen und Konsum. Die europäischen Bevölkerungen und Ökonomien wuchsen in jener Zeit wesentlich langsamer. Betrachtet man die Handelsbilanzen, die durch die weiträumigen Transfers von Silbergeld ausgeglichen wurden, so wanderte das Silber ostwärts um die Welt, über den Atlantik via Europa und über den Indischen Ozean, aber auch westwärts über den Pazifik. Am Ende landete dieses Geld in China. Dort regte es Produktion und Konsum an. China war letztlich das »Silberdepot« der Welt, weil es stets einen beträchtlichen Überschuss an konkurrenzfähigen Waren hatte, den die anderen durch das aus Amerika stammende Silber ausglich.

Europa hatte eine Randposition in der Weltwirtschaft, die durch seinen privilegierten, faktisch unentgeltlichen Zugang zum amerikanischen Geld weitgehend ausgeglichen wurde. Es erlaubte den Europäern, weltweit reale Konsum- und Investitionsgüter zu erwerben. Franks These, auf der Grundlage der vorhandenen Belege, ist, dass die Weltentwicklung zwischen 1400 und 1800 nicht die Schwäche, sondern die Stärke Asiens widerspiegelt. Eben weil Europa relativ höhere Löhne und durch die Kolonien reichlich vorhandenes Kapital hatte, kam es hier zur raschen Entwicklung arbeitssparender und energieproduzierender Technologien, während China aufgrund seiner dominanten Position in der Weltwirtschaft und zugleich niedrigen Lohnkosten einen solchen Zwang nicht hatte. Das Gefüge änderte sich, nachdem der britische Kolonialismus nach der Eroberung Indiens einen beständigen Kapitalfluss von dort nach Großbritannien organisiert hatte. Mit den Opiumkriegen im 19. Jahrhundert nutzte das britische Weltreich dann seine Positionen in Indien, um China für den Kapitalismus sturmreif zu schießen.

Betrachten wir die Welt heute, ist das weltweite Gravitationszentrum einmal um die Welt gewandert: von Asien/China nach Westeuropa, von dort über den Atlantik in die USA, dort von der Ost- an die Westküste und nun über den Pazifik zurück nach Ostasien. Die USA sind heute der »Konsument der letzten Instanz«, während Ostasien/China wieder zum Kreditgeber letzter Instanz wird. Die gegen-

26 Andre Gunder Frank: Von der Neuen Welt zum Reich der Mitte. Orientierung im Weltsystem, Wien: Promedia Verlag 2005.

wärtige Situation der USA in der Weltwirtschaft nennt Frank »das größte Pyramidenspiel der Weltgeschichte«. Von den jährlich etwa 500 Milliarden Handelsbilanzdefizit der USA decken Japan und China jährlich je etwa 100 Milliarden, indem sie ihren Handelsüberschuss in US-amerikanische Finanzanleihen stecken, damit die USA weiter ihre Waren kaufen. Das aber kann nicht auf Dauer funktionieren. Schon wenn China seine Erlöse etwa in Euro stecken würde oder seine Ölkäufe auf den Weltmärkten in Euro fakturieren, würde dieses Pyramidenspiel zusammenrutschen.

Die USA versuchen heute, ihre schwächer werdende weltwirtschaftliche Position gegenüber China durch militärischen Druck auszugleichen. Die chinesische Führung hat jedoch deutlich gemacht, dass sie den Fehler der Sowjetunion, sich in ein ruinöses Wettrüsten manipulieren zu lassen, nicht wiederholen will. Zugleich verfügt China über eigenständige nuklearstrategische Waffensysteme; hier sind auch die inzwischen vorhandenen eigenen Kapazitäten der Raumfahrttechnik zu berücksichtigen, die eine unmittelbare militärische Erpressbarkeit seitens der USA ausschließen. Es ist die aus dem Kalten Krieg bekannte Logik des »atomaren Patts«. Insofern fällt das Militärische als »Ausgleich« der wirtschaftlichen Schwäche der USA aus. Gleichwohl entstehen in Ostasien neue Spannungsherde. Die japanische Aufrüstungspolitik erfährt in diesem Kontext, eine eigene neuartige militärische Rolle in der Region zu erhaschen, diesmal als Förderat der USA, ihre eigenständige Bedeutung.

Wenn wir also die »neuen« Kriege des 21. Jahrhunderts analytisch in den Blick nehmen, so ist nicht nur über die »kleinen« Kriege des Imperiums an seiner Peripherie – derzeit noch Irak und bald gegen den Iran – zu reden, sondern auch über die Gefahr eines »großen« Krieges, der sich möglicherweise in Ostasien zusammenbraut. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, dass der Zusammenbruch der derzeitigen nordatlantisch dominierten Weltordnung »des weißen Mannes« nicht in einem allmählichen Versiegen seiner militärischen und wirtschaftlichen Kräfte, sondern mit einem großen Krieg erfolgt, der die ganze Welt in einen Strudel der Vernichtung reißt.

Perspektiven

Gibt es einen Ausweg oder: Auswege aus dieser Gefahr? Zunächst soll noch einmal Chalmers Johnson zitiert werden: »Leid und Not zerfraßen das Römische Reich im Laufe von mehreren Jahrhunderten. Das amerikanische Imperium wird nicht so viel Zeit haben, sich auf Leid und Not einzustellen. Falls die gegenwärtigen Entwicklungstendenzen andauern, werden sich die USA meiner Ansicht nach in der Zukunft mit vier Hauptproblemen auseinandersetzen müssen. Die kumulative Wirkung dieser Probleme wird zur Folge haben, dass die USA schließlich nichts mehr gemein haben werden mit jenem Land, das in der amerikanischen Verfassung entworfen wurde. 1. Es wird ein permanenter Kriegszustand entste-

hen, der weitere Terroranschläge auf Amerikaner in allen Teilen der Welt hervorbringen und kleinere Staaten veranlassen wird, sich mithilfe von Massenvernichtungswaffen gegen die Bedrohung durch den imperialen Moloch zu schützen. 2. Die Demokratie und die verfassungsmäßigen Rechte der Bürger in den USA werden weitgehend eingeschränkt oder außer Kraft gesetzt werden... 3. Das ohnehin schon arg gebeutelte Prinzip der Wahrhaftigkeit und der Wahrheit wird zunehmend verdrängt werden durch ein System der Propaganda, der Desinformation und der Verherrlichung des Krieges, der Macht und des Militärs. 4. Schließlich wird unser Land in den wirtschaftlichen Ruin getrieben, wenn wir immer mehr Ressourcen in immer ehrgeizigere militärische Projekte stecken und dafür die Ausbildung, die Gesundheit und die Sicherheit unserer Bürger vernachlässigen.«²⁷

Johnsons Fazit lautet: »Eine Entwicklung allerdings könnte diesem Prozess Einhalt gebieten: Das Volk müsste den Kongress zurückerobern, ihn reformieren und die korruptierten Wahlgesetze ändern, die ihn zu einem Forum für Partikularinteressen gemacht haben. Das Volk müsste ihn zu einer echten Versammlung demokratisch gewählter Volksvertreter umgestalten und den Geldfluss ins Pentagon und in die verschiedenen Geheimdienste unterbinden. Wir verfügen über eine starke Zivilgesellschaft, die zumindest theoretisch imstande wäre, gegen die machtvollen Interessen der Streitkräfte und des militärisch-industriellen Komplexes vorzugehen. Doch in diesem fortgeschrittenen Stadium ist es schwer vorstellbar, wie der Kongress, ähnlich wie der römische Senat in den letzten Tagen der Republik, zu neuem Leben erweckt und von all den Verderbtheiten gereinigt werden könnte. Unterlassen wir jedoch diese Veränderungen, wird sich Nemesis, die Göttin der Vergeltung und der Rache, die Hochmut und Hybris bestraft, voller Ungeduld auf ihre Begegnung mit uns vorbereiten.«²⁸

»Die Weißen Tauben sind müde«, teilte ein altes Lied im Radio mit, das wieder gespielt wurde. Sind sie es? Kein Krieg in der bekannten Geschichte traf bereits auf so starken Widerstand, bevor er tatsächlich ausgebrochen wurde, wie der Irak-Krieg. Die vielen Schüler, die so engagiert erstmals in ihrem Leben demonstrierten, sie werden nicht vergessen, dass sie dabei waren. Im September 2002 in Brüssel, es war eigentlich die »Internationale Programmgruppe« für das Europäische Sozialforum von Florenz, stellte jemand plötzlich die Frage, was wir denn tun, wenn die USA diesen angekündigten Krieg führen. Demonstrationen, in jedem Lande extra, zu unterschiedlichen Zeiten, sind den Herrschenden und ihren Gazetten nur ein paar Zeilen wert. Besser ist, es tun alle gleichzeitig, in ganz Europa, wurde dann vorgeschlagen. Also, am Tag X, um 18.00 Uhr. Aber wenn es länger dauert mit der Vorbereitung, sollte vorher ein Zeichen gesetzt werden. Sie werden vor dem Frühjahr nicht anfangen, sagte ein Engländer, schon wegen des Klimas. So wurde der 15. Februar 2003 vorgeschlagen, als der gemeinsame Tag

27 Chalmers Johnson, a. a. O., S. 389 f.

28 Ebenda, S. 427.

der Friedensdemonstration. In Florenz hat die Versammlung der sozialen Bewegungen während des ersten Europäischen Sozialforums 2002 diesen Aufruf beschlossen, in Porto Alegre im Januar 2003 folgten die sozialen Bewegungen aller Kontinente diesem Vorschlag und riefen zur weltweiten Demonstration auf. Natürlich sind die jungen Leute nicht am 15. Februar 2003 zur Demonstration gekommen, weil irgendjemand etwas beschlossen hatte. Durch diesen Beschluss aber war es eine einzige Demonstration, weltweit. Das war neu, und es bleibt, was immer die Herrschenden reden.

Derweil haben die USA und ihre Willigen, die immer weniger werden, ihren Krieg geführt. Sie haben militärisch gesiegt, doch den Frieden nicht gewonnen. Das Land versinkt in Bürgerkrieg, ist nach wie vor unregierbar. Und die Herren des Krieges haben diesen geführt wie nächtliche Diebe. Sie mussten ihre Bombardements stets mit dem Argument versehen, sie würden nur das Regime treffen wollen, nicht die Bevölkerung. Jedes getötete oder verwundete Kind, das in den Medien erscheint, ist ein Argument gegen den Krieg. In den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts waren die Kriegsherren stolz auf ihre Bombenkriege; die Deutschen hatten ihn im Ersten Weltkrieg erfunden, dann im Zweiten weiterentwickelt: gegen Guernica und London und viele andere Städte. Und schließlich hatten ihn die Briten und die Amerikaner in Dresden und Hiroshima perfektioniert. Auch im Vietnamkrieg war noch voller Eifer die Zivilbevölkerung mit »Bombenteppichen« belegt worden. Jetzt trauen sie sich nicht mehr, ihre Kriegsverbrechen als Trophäen vor sich her zu tragen.

Es hat sich etwas gewandelt im Denken über eine friedliche Menschlichkeit. Rumsfeld und Bush erscheinen als Gestalten aus einer anderen Zeit, der Unterwelt entstiegen, um die Menschen zu versuchen. »Selig sind die Friedfertigen...«, heißt es in der Schrift, auf die sich diese Kriegsherren so gern berufen. Und die Friedfertigen sind mehr geworden, mehr denn je. Die Kriegstreiber stehen unter einem Rechtfertigungszwang, wie noch nie in der Geschichte. Ihre Lügengespinnste nutzen ihnen nichts. Das ist die vielleicht wichtigste Botschaft aus dem Kriege, der im Falle des Irak noch nicht zu verhindern war.

Es besteht eine große Chance: Wenn diese Herren ihre Kriege schon zu führen gezwungen sind als Lügner und Diebe, dann stehen sie bereits außerhalb von Recht und Sitte. Es kippt bald, und dann ist das Kriegführen geistig verunmöglich, wie heute schon Sklaverei und in zivilisierten Ländern die Todesstrafe. Und dann wird es auch praktisch unmöglich. Wir sind kurz davor. Vielleicht gelingt es bereits im Falle des Iran.

Auswege aus selbstverschuldeter Barbarei

Die Katastrophe in der Normalität – das Asylbewerberleistungsgesetz von 1993

Zum 3. Oktober 1990 trat die DDR der Bundesrepublik Deutschland bei. Nach der Niederlage und bedingungslosen Kapitulation vom 8. Mai 1945, die das Grauen des deutschen Nationalsozialismus beendete, wurde nun die Teilung Deutschlands überwunden. Durch die vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges wurde die Bundesrepublik in die volle Souveränität entlassen. Sie wurde im Sinne des Völkerrechts wieder zu einem »normalen« Staat. Damit aber liegt die Verantwortung für diese »Normalität« wieder ganz bei den Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern Deutschlands.

Worin aber bestand die »Unnormalität« der Bundesrepublik Deutschland vor 1990? Sie bestand u. a. auch darin, dass bei der Verabschiedung des Grundgesetzes mit Artikel 16 GG »Politisch Verfolgte genießen Asylrecht« aus der Verantwortung Deutschlands für die staatlich organisierte Vernichtung vieler Millionen Menschen, als Dank an die Völkergemeinschaft, die immerhin 800 Tsd. verfolgte deutsche Staatsbürger aufnahm, in Anerkennung der besonderen Verpflichtung, Menschen vor Diktatur, Diskriminierung, Folter, Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung zu schützen, international Neuland betreten wurde: »Man kann ohne Übertreibung, erst recht ohne nationale Überheblichkeit sagen, die Bundesrepublik habe damals mit diesem Artikel über alle geltenden Menschenrechtskonventionen hinaus einen neuen Standard gesetzt, indem sie einzelne Menschen, ohne kategoriale Unterschiede zu machen, nicht nur als Flüchtlinge aufnimmt und schützt, sondern ihre Aufnahme zu einem *Recht* ausgestaltet, das mit allen Rechtsweggarantien, die ein heutiger Rechtsstaat seinen Bürgern gewährt, versehen ist.«¹

Im Mai 1993, zweieinhalb Jahre nach der Entlassung der Bundesrepublik in die Normalität, wurde das Grundgesetz der Bundesrepublik von 1949 durch eine deutliche Einschränkung des Asylrechts verändert. Vor allem wurde das »individualrechtliche Konzept der Asylgewährung«² durch den neuen Art. 16a GG zurückgenommen und die menschenrechtliche Verankerung des Rechts auf Asyl weitgehend aufgehoben. Mit seinem Beschluss vom 14. Mai 1996 billigte das Bundesverfassungsgericht diese Grundgesetzänderung. Aus Rechtssubjekten wurden Flüchtlinge mehr und mehr bloße Objekte staatlichen Handelns. Der Zurück-

1 Herbert Leuninger: Das Grundrecht auf Asyl. Zur Geschichte seines Aus- und Abbaus. <http://www.proasyl.de/weed.htm> (Hervorheb. von mir - M. B.).

2 Ebenda.

drängung einer sogenannte Flut von Asylbewerbern wurde Vorrang vor dem Schutz der Würde von Menschen und der Durchsetzung von Menschenrechten gegeben. Unter dem Verweis auf die »europäische Harmonisierung« wurde eine historische Errungenschaft des Grundgesetzes geopfert. Wie Wolfgang Schäuble, zu diesem Zeitpunkt Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, in der Begründung dieser Grundgesetzänderung bemerkte, sollte »auch in der Asylpolitik am deutschen Wesen die Welt nicht genesen«³. Mit Verweis auf die besonderen Verbrechen wird nun der Anspruch auf eine besondere Verantwortung und Vorbildlichkeit nicht mehr begründet, sondern aufgegeben! Um den Rechtsanspruch auf Asyl endgültig ad acta legen zu können, machte der damalige Bundesinnenminister, Otto Schily, sogar den Vorschlag, Auffanglager im nördlichen Afrika einzurichten, außerhalb des Hoheitsgebiets der Bundesrepublik also.⁴

Unmittelbar nach der Änderung des Grundgesetzes wurde das *Asylbewerberleistungsgesetz* verabschiedet, das erstmals in der Nachkriegsgeschichte wieder durch Gesetzeskraft eine Gruppe von in Deutschland lebenden Menschen schuf, die bezogen auf die Existenzminima nicht mit deutschen Staatsbürgern gleichgestellt sind. Noch bis 1980 hatte uneingeschränkt die Gleichheit, bezogen auf die sozialen Standards, Gesundheitsfürsorge und andere soziale Grundrechte, gegolten. Für alle in Deutschland lebenden Personen galt bei Bedürftigkeit bis 1993 ein und dasselbe *Bundessozialhilfegesetz*. Kam es schon vor 1989 zu ersten Einschnitten, so verdichteten sich diese nach der Vereinigung zu einem System, der immer weiteren Entrechtung, Reduktion der Leistungen für Asylbewerber auf achtzig bzw. siebenzig Prozent der Ansprüche von Staatsbürgern, Übergang zu Gutscheinen oder auch zu bloßen Sachleistungen, Einschränkung der Bewegungsfreiheit usw.⁵ Seit 1977 hat es mehr als dreißig Veränderungen von Gesetzen und Verordnungen gegeben, die jedes Mal zu einer Verschlechterung der Stellung der Asylbewerber führten.

3 Zitiert in: Ebenda.

4 Dem Guantanamo-Lager der USA gegen die Terrorismusbekämpfung würde auf diese Weise ein System von Lagern zur »Asylbekämpfung« zur Seite gestellt. Es handelt sich immer um den Versuch, »exterritoriale Gebiete« zu schaffen. In denen die erreichten zivilisatorischen Standards nicht in vollem Maße – oder in keiner Weise – eingehalten werden. Zugleich werden in sogenannten Offshore-Zentren die Kapitaleigentümer aus der Verantwortung entlassen, Steuern zu zahlen und Einblicke in ihre Vermögensverhältnisse zu gewähren. Es gibt diskriminierende und privilegierende Formen von Exterritorialität.

5 Im Asylbewerberleistungsgesetz heißt es unter § 3, Abs. 1: »Der notwendige Bedarf an Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung, Gesundheits- und Körperpflege und Gebrauchs- und Verbrauchsgütern des Haushalts wird durch Sachleistungen gedeckt. Kann Kleidung nicht geleistet werden, so kann sie in Form von Wertgutscheinen oder anderen vergleichbaren unbaren Abrechnungen gewährt werden. Gebrauchsgüter des Haushalts können leihweise zur Verfügung gestellt werden. Zusätzlich erhalten Leistungsberechtigte

1. bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres 40 Deutsche Mark,

2. von Beginn des 15. Lebensjahres an 80 Deutsche Mark

monatlich als Geldbetrag zur Deckung persönlicher Bedürfnisse des täglichen Lebens. Der Geldbetrag für in Abschiebungs- oder Untersuchungshaft genommene Leistungsberechtigte beträgt 70 vom Hundert des Geldbetrages nach Satz 4.« (<http://bundesrecht.juris.de/bundesrecht/asylblg/>).

Das menschenrechtliche und demokratische Problem dieser Veränderungen liegt nicht nur darin, dass sie Personen gesetzlich diskriminiert und ihnen nur geringere soziale und kulturelle Rechte zubilligt als Staatsbürgern, sondern vielleicht noch mehr darin, dass durch diese Gesetze eine privilegierte »Mehrheitsgesellschaft« geschaffen wurde, die höhere und andere soziale Rechte genießt als Asylbewerberinnen und -bewerber, und dass diese Mehrheitsgesellschaft dies billigend akzeptiert hat. Die schon 1933 eingeführte nationalsozialistische Unterscheidung in »Volks-genossen« und »Gemeinschaftsfremde« wird mit anderen Termini erneut getroffen. Genau dies aber, so der Anspruch der Menschenrechtserklärungen der Vereinten Nationen nach 1945 und des Grundgesetzes der Bundesrepublik, sollte nach dem Zweiten Weltkrieg für immer unmöglich gemacht werden.

Das Christus-Wort – »Was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr für mich getan«⁶ – ist deshalb so zentral, weil es mit der Gottese-gleichheit auch des »Letzten« die Gleichheit aller Menschen begründete. Auch der *Koran* kennt diesen Zusammenhang: »Wenn jemand einen Menschen tötet, ohne dass dieser einen Mord oder eine Gewalttat im Lande begangen hat, sei es so, als hätte er die ganze Menschheit getötet. Und wenn jemand einem Menschen das Leben erhält, sei es so, als hätte er der ganzen Menschheit das Leben erhalten.«⁷ Die erste Menschenrechtserklärung, die »Bill of Rights« des »guten Volkes von Virginia« vom 12. Juni 1776, begann mit den Worten: »Alle Menschen sind von Natur aus gleichermaßen frei und unabhängig und besitzen gewisse angeborene Rechte ...«⁸ Die Menschenwürde wird nicht erst dann angetastet, wenn dies die Mehrheit einer Bevölkerung betrifft, sondern diese Verletzung der Menschenwürde *beginnt* mit der Ausgrenzung von einzelnen Gruppen, für die Menschenrechte nur noch eingeschränkt gelten sollen, und diese Verletzung hat die Eigenschaft, sich wie ein Virus in der ganzen Gesellschaft auszubreiten.

Schon im Jahre 2001 wurde bezogen auf das *Asylbewerberleistungsgesetz* formuliert: »Das Gesetz hat Modellcharakter: Es führt vor, wie leicht Menschen durch die Anknüpfung an einer einzigen Eigenschaft, in diesem Fall Flüchtlinge zu sein, aus unserem Sozialsystem herausdefiniert und ausgegrenzt werden können. So dient das Gesetz nicht nur der Abschreckung von Flüchtlingen mit sozial-politischen Mitteln. Es schwebt zugleich als Damoklesschwert über den Köpfen einheimischer armer, behinderter, arbeitsloser und obdachloser Menschen, die längst erfahren haben, dass sie ausgegrenzt werden. Vielleicht kommen bald die alte Gruppenfürsorge oder neue Sondergesetze für bestimmte Gruppen. Im Rückblick hat sich das Sondergesetz als gezielt eingesetztes »Begleitgesetz« für den Ab-bau des Sozialstaates erwiesen.«⁹ Mit der Regelung von Hartz IV aus dem Jahre

6 Matthäus 25.40.

7 Koran, Sure 5, Vers 32.

8 Virginia, Bill of Rights, Art. 1. Abgedruckt in: Hermann Klenner: *Marxismus und Menschenrechte. Studien zur Rechtsphilosophie*. Berlin 1982, S. 219 (Hervorheb. von mir – M. B.).

9 <http://www.proasyl.de/fohlen/wuerde/wuerdetx.htm>.

2004 wurde der Übergang zur Zwangsarbeit von Asylbewerbern auf Empfänger des Arbeitslosengelds II ausgedehnt. Gleichzeitig gibt es erste – noch irrwitzig erscheinende – Überlegungen, Arbeitslose mit Strafgefangenen, die auf Bewährung entlassen sind, und Drogenabhängigen gleichzustellen – durch elektronische Fußfesseln sollen sie kontrolliert werden können, so der hessische CDU-Justizminister Christean Wagner in einer Pressemitteilung vom März 2005.¹⁰

Zur Geschichte der Asylgesetzgebung gehört aber auch die ganze Kette von Widerstand und Versuchen, die Praxis menschenwürdiger zu gestalten. Mit Bezug auf Artikel 1 des Grundgesetzes forderte ein JUSO-Bezirksvorstand im Jahre 1999 die Beendigung der Gutscheinpraxis¹¹, im Februar 2002 fasste die Cottbusser Stadtverordnetenversammlung mit nur zwei Gegenstimmen einen entsprechenden parteiübergreifenden Beschluss¹², im Hagener Asylbewerberheim kam es im August 2000 zum Hungerstreik eines Iraners¹³, schon im Mai des gleichen Jahres war es in Konstanz und Singen zum Boykott der Sachleistungen und Hungerstreik gekommen¹⁴. Im Bundestag war die PDS die parlamentarische Sprecherin dieses Widerstands. Viele andere Initiativen wären zu nennen.¹⁵

Es gehört zu den beunruhigendsten Eigenschaften der sozialen Psyche der Menschen, auch dann noch Normalität zu leben, wenn Barbarei offen in ihr Dasein einbricht. Nach kurzen Wellen der Störung suchen sich die Betroffenen einzurichten – um ihres psychischen wie physischen Überlebens willen. Selbst der mörderischste Bürgerkrieg verfügt über eine eigene Ökonomie. Noch Auschwitz hatte seinen Alltag.¹⁶ Am schrecklichsten aber ist die wechselseitige Bedingtheit von dieser Zivilisation und Barbarei, von erdölsaufendem Frieden und Krieg im Nahen Osten, von Standortwettbewerb und neuer Zwangsarbeit und Sklaverei, von härtestem Leistungswettbewerb und Industrie-Gefängnis-Komplex, von Konsumrausch und Angstregime am Arbeitsplatz und in den Familien, von exponentieller Zunahme des Reichtums weniger und allgemeiner Verarmung der öffentlichen Hand sowie der Schaffung neuer Unterschichten, einer Autofahrt »ins Grüne« und der Zerstörung des Großen Korallenriffs vor Australien. Angesichts dieser Zusammenhänge scheinen Menschen anthropologisch wie kulturell »antiquiert« und »apokalypseblind« (Günther Anders¹⁷) zu sein.

10 »Die elektronische Fußfessel bietet damit auch Langzeitarbeitslosen und therapierten Suchtkranken die Chance, zu einem geregelten Tagesablauf zurückzukehren und in ein Arbeitsverhältnis vermittelt zu werden. Viele Probanden haben es erlernt, nach der Uhr zu leben, und gefährden damit gerade auch ihren Arbeitsplatz und ihre Ausbildungsstelle.«

<http://www.sueddeutsche.de/app/service/forum/showflat.php?Board=hartz4&Number=39049>.

11 <http://home.t-online.de/home/torsten.christoph/gscheine.htm>.

12 <http://www.zelle79.info/bsg/pm/pm20020627.html>.

13 http://www.neue-oz.de/_archiv/noz_print/rund_um_osnabrueck/2000/08/hungerstreik.html.

14 <http://www.nadir.org/nadir/initiativ/linksrhein/archiv/c/c000523a.htm>.

15 Vgl. dazu die informative Website: www.proasyl.de.

16 Primo Levi: Ist das ein Mensch? München 1992.

17 Günther Anders: Die Antiquiertheit des Menschen. Bd. 1: Über die Seele im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution. München 1988, S. VII.

Wo aber begann der Weg nach Auschwitz? Die Maxime »Du sollst nicht töten!« ist die Grundlage jeder Zivilisation. Wodurch konnte diese Grundlage so völlig zerstört werden? Spätestens seit Auschwitz wissen wir, dass dem organisierten Massenmord schon dort das Tor geöffnet wird, wo die Würde von Menschen durch staatliches Handeln oder staatlich geduldetes Handeln von wirtschaftlichen, politischen oder kulturellen Organisationen verletzt wird bzw. der Staat nicht schützend eingreift. Der erste Schritt war und ist es, rechtlich oder auf andere Weise gesellschaftlich diskriminierte Gruppen zu schaffen. Am 7. April 1933 hatte die deutsche Reichsregierung das »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamten­tums« erlassen, auf dessen Basis es möglich wurde, dass »Beamte nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen aus dem Amt entlassen werden, auch wenn die nach dem geltenden Recht hierfür erforderlichen Voraussetzungen nicht vorliegen« (§ 1, Abs. 1). Im Weiteren hieß es dann: »Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand (§§ 8 ff.) zu versetzen; soweit es sich um Ehrenbeamte handelt, sind sie aus dem Amtsverhältnis zu entlassen« (§ 3, Abs. 1). Der legale Weg nach Auschwitz begann mit diesem »Gesetz«.

Die moderne Zivilisation richtet Frühwarnsysteme gegen Tsunami ein und bedürfte doch vor allem der Frühwarnsysteme gegen jene Barbarei, die immer wieder in ihr entsteht und sie zu überwältigen droht. Und während die Generationen jener, die die totalen Zusammenbrüche der westlichen Zivilisation in den dreißiger und vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts erfahren hatten, sich dessen zumindest in ihren besten Vertretern bewusst waren, nehmen die nachfolgenden Generationen diese Erfahrung keinesfalls selbstverständlich auf ihrer Reise durch die Geschichte mit. Dadurch können sie wie schon ihre Vorfahren dem schrecklichen Missverhältnis zwischen Ursachen und Wirkungen zum Opfer fallen.

»... dass Auschwitz nicht noch einmal sei« – Einblicke von Hannah Arendt, Karl Polanyi, Erich Fromm und Rosa Luxemburg

1966 formulierte Theodor W. Adorno in einem Radiotext: »Die Forderung, dass Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung. Sie geht so sehr jeglicher anderen voran, dass ich weder glaube, sie begründen zu müssen noch zu sollen. (...) Sie zu begründen hätte etwas Ungeheuerliches angesichts des Ungeheuerlichen, das sich zutrug. (...) Man spricht vom drohenden Rückfall in die Barbarei. Aber er droht nicht, sondern Auschwitz war er; Barbarei besteht fort, solange die Bedingungen, die jenen Rückfall zeitigten, wesentlich fort dauern.«¹⁸ Was aber sind »die Bedingungen« von Barbarei in modernen Gesellschaften?

Der Blick auf *Auschwitz* erhellt und verstellt den Blick auf Geschichte. Er erhellt, weil er das enthüllte Geheimnis von Prozessen ist, die den nationalsozialistischen Vernichtungskriegen und Vernichtungslagern vorausgingen. Er ist ihre

18 Theodor W. Adorno: Erziehung zur Mündigkeit, Frankfurt 1969, S. 88.

letzte Konsequenz. Dieser Blick verstellt aber auch die Sicht, weil diese Vernichtung von Menschen als Selbstzweck so völlig getrennt zu sein scheint von allem anderen, was vorher oder nachher geschah und immer noch als das »ultimo« ein »ratio« an sich zu haben schien. Die Ursachen scheinen, so Hannah Arendt, im Vergleich zu den Wirkungen bloße »Bagatellen« zu sein. Eine »unselige Diskrepanz« trenne jene Prozesse, die zum »Zusammenbruch aller abendländischen Traditionen und der Existenzbedrohung aller europäischen Völker geführt haben«, von eben diesem Zusammenbruch¹⁹. Im Folgenden sollen drei zentrale Deutungen dieser historischen Entwicklung – durch Hannah Arendt, Karl Polanyi, Erich Fromm und Rosa Luxemburg – näher betrachtet werden.²⁰

Hannah Arendt unterscheidet in ihrer großen Studie »Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft« jene Prozesse, durch die Elemente von totaler Herrschaft und Barbarei freigesetzt werden, von jenen Vorgängen, durch die sie »ihre totalitäre Kristallisationsform« erhielten²¹. Im ersteren Fall handelt es sich um das nicht-intendierte Nebenprodukt von Strategien, die keinesfalls auf totale Menschenbeherrschung, geschweige denn auf Menschenvernichtung als Selbstzweck gerichtet waren. Es sind »Kollateralschäden« anderer Vorgänge, die nur allzu gut begründet werden können. Im letzteren Fall werden Systeme errichtet, die direkt auf totaler Herrschaft beruhen und Menschen dem staatlich organisierten gewollten Mord aussetzen. Im ersteren Falle gilt, dass »selbst Gräueltat und Grausamkeit sich noch an gewisse Regeln hielten, bestimmte Grenzen nicht überschritten, und man im großen ganzen bei der Beurteilung politischer Ereignisse noch mit dem gesunden Menschenverstand auskam«²². Im letzteren brechen die Möglichkeiten einer sinnvollen Deutung zusammen.

Hannah Arendt erklärt die Entstehung von Gesellschaften totaler Herrschaft aus »dem Niedergang und Zerfallsprozess des Nationalstaats und dem anarchischen Aufstieg der modernen Massengesellschaft«²³. Die entscheidende Eigenschaft von Nationalstaaten sieht sie darin, dass diese für ihre Bürger einen elementaren Schutz darstellen und Garant wesentlicher Partizipationsrechte sind. Es handle sich um eine »nationale Dreieinigkeit von Volk, Staat, Territorium«²⁴. Solange Politik dem Erhalt dieser Dreieinigkeit verpflichtet war, sei sie an die Wahrung gewisser bürgerlicher Regeln und nationaler Gesamtinteressen gebunden gewesen. Ausbeutung, Unterdrückung, Verfolgung und Kriege blieben in diesen Rahmen eingefügt. Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts aber hätten Entwicklungen stattgefunden, die, so bedeutungslos sie zunächst vielen Zeitgenossen schie-

19 Hannah Arendt: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*. München und Zürich 1986, S. 231 f.

20 Dabei wird nicht der historische Realprozess wiedergegeben, sondern nur in Kürze die Logik der Argumentation verfolgt.

21 Hannah Arendt: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*. A. a. O., S. 14.

22 Ebenda, S. 217 f.

23 Ebenda, S. 13.

24 Ebenda, S. 84.

nen, diesen Rahmen gesprengt hätten. Auf eine dieser Entwicklungen, den modernen Imperialismus, sei kurz eingegangen.

Aus den Theorien von John A. Hobson und Rosa Luxemburg gewinnt Hannah Arendt den Ausgangspunkt ihrer These: Überakkumulation und Unterproduktion, bedingt vor allem durch die Unterkonsumtion der Arbeiterklasse, erzeugen beginnend in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts gleichermaßen überflüssiges Kapital wie – in allen gesellschaftlichen Schichten – »überflüssige« soziale Gruppen, den *Mob*. Das überflüssige Kapital sucht in ausländischen Spekulationen sein Heil, die aber der staatlichen Absicherung bedürfen, damit es sich nicht radikal entwertet. Dazu ruft es den Staat an, die Renditen dieser spekulativen Anlagen durch imperiale Politik territorialer Expansion zu garantieren. Eine neue Welle der ursprünglichen Akkumulation, dieses Mal in den Kolonien, wird eingeleitet. Teile des Mobs, Abenteurer aus allen Gesellschaftsschichten, gehen dort hin. Die Staatsbürokratie findet in diesen Kolonien endlich einen Platz, wo sie jenseits von Klasseninteressen ganz die Nation zu vertreten glaubt. Die inneren Konflikte werden nach außen verlagert und dies ermöglicht es, im Zentrum des entfesselten Hurrikans überlebte Strukturen noch über Jahrzehnte zu bewahren und sogar zu festigen. In Europa scheint ein »Zeitalter der Sicherheit« (Stefan Zweig) eingetreten zu sein, das erst durch den Ersten Weltkrieg abrupt beendet wird.

Die Rationalität dieses Imperialismus gebiert aber Ungeheuer der Barbarei: Sie ermöglicht es, dass Kapitalverwertung aus einem Mittel produktiver Investitionen zu einem Selbstzweck der Finanzspekulation wird. Sie verwandelt den freigesetzten Mob in eine koloniale Herrenrasse und Rassismus in das dominante Strukturprinzip der Kolonien jenseits von ökonomischer Rationalität. Befreit von der Kontrolle in den Nationalstaaten, wird der Bürokratie in den Kolonien Gewaltausübung zum regellosen Selbstzweck, der nur ein Ziel hat: Unterdrückung, und der damit zum Völkermord übergeht. Legalität wird bloßer Rationalität geopfert. Die Vorstellung von einer »nationalen Mission« nimmt die Form eines völkischen Rassismus an, der die Menschen biologisch in Herren und Sklaven einteilt. Rechte erscheinen nur noch als der passive Ausfluss der Zugehörigkeit zu einem rassistisch definierten »Volk«. Dadurch entstehen plötzlich »völkische Minderheiten«, die gegenüber der »völkischen Mehrheit« diskriminiert werden und der Vertreibung, der Staatenlosigkeit, Illegalität und letztlich der Vernichtung ausgesetzt werden können. Die europäischen Staaten werden zu immer heftigerer Aufrüstung getrieben, ihre Konflikte untereinander häufen sich auf, entladen sich zunächst außerhalb Europas, um dann in den Ersten Weltkrieg zu münden, der endgültig den Weg in die Barbarei freimachte.²⁵

Den Ausgangspunkt aber, dies sei noch einmal wiederholt, sieht Hannah Arendt im Versuch, politisch eine bloße Wirtschafts-, eine simple Überakkumulationskrise zu bewältigen. Dies sei »ein entscheidender Wendepunkt in der Geschichte

25 Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München 1995.

des europäischen Kapitalismus und der modernen Politik«. In dieser Krise, so Hannah Arendt, »stellte es sich zum ersten Mal heraus, dass jene ›ursprüngliche Akkumulation des Kapitals‹ (Karl Marx), deren einfache und von keinerlei ›eiserne Gesetzen‹ der Ökonomie selbst noch gehinderte Räuberei den Akkumulationsprozess allererst ermöglicht hatte, nicht für immer genügen würde, um den Akkumulationsmotor weiterlaufen zu lassen. Ohne eine Wiederholung dieses ›Sündenfalls‹, das heißt ohne eine Sprengung rein ökonomischer Gesetzmäßigkeit durch politisches Handeln, war offenbar ein Zusammenbruch dieser Wirtschaft unvermeidlich, und solch ein Zusammenbruch, da er nur eintreten konnte, nachdem bereits alle Schichten der Bevölkerung in den industriellen Produktionsprozess einbezogen waren, musste zu einer Katastrophe nicht nur für die Bourgeoisie, sondern für die ganze Nation werden. Der Imperialismus entstand aus Notbehelfen gegen diese Gefahr, und die Notbehelfe hatten alle nur ein Ziel, einen Weg zu finden, auf dem noch einmal und für eine möglichst weite Zeitspanne ›nach den Methoden der ursprünglichen Akkumulation kapitalistischer Reichtum geschaffen werden konnte.« (Rudolf Hilferding – M. B.)²⁶

Es war ein anderer deutschsprachiger jüdischer Flüchtling, Karl Polanyi, der ebenfalls in den USA eine weitere große Deutung der Ursachen der Katastrophe des 20. Jahrhunderts verfasste: *The Great Transformation* (1943). Seine Hauptthese ist, dass die liberal-kapitalistische Gesellschaft des 19. Jahrhunderts, wie sie in England entstanden war, über längere Zeiträume nicht bestehen kann, »ohne die menschliche und natürliche Substanz der Gesellschaft zu vernichten«²⁷. Daraus leitet er eine Erklärung »für eine der schwersten Krisen der Menschheitsgeschichte« ab, die auf der Einmaligkeit der Zivilisation des 19. Jahrhunderts basiert und formuliert die These, »dass die Ursprünge der Katastrophe in dem utopischen Bemühen des Wirtschaftsliberalismus zur Errichtung eines selbstregulierenden Marktsystems lagen«²⁸. Da dies »den Menschen physisch zerstört und seine Umwelt in eine Wildnis verwandelt« hätte, so Polanyi, ergriff die Gesellschaft »zwangsläufig Maßnahmen zum eigenen Schutz, aber alle diese Maßnahmen beeinträchtigten die selbstregulierende Funktion des Marktes, führten zu einer Desorganisation der industriellen Entwicklung und gefährdeten damit die Gesellschaft auch in anderer Weise. Dieses Dilemma zwang die Entwicklung des Marktsystems in eine bestimmte Richtung und zerrüttete schließlich die darauf beruhende Gesellschaftsstruktur«²⁹.

Was aber verbirgt sich für Polanyi hinter einer Politik, die darauf zielt, die Gesellschaft in ein selbstregulierendes Marktsystem zu verwandeln? Ausgangspunkt ist die Tatsache, dass erst im späten 18. Jahrhundert und vornehmlich dann im

26 Hannah Arendt, a. a. O., S. 25.

27 Karl Polanyi: *The Great Transformation*. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt/M. 1978, S. 19 f.

28 Ebenda, S. 54.

29 Ebenda, S. 20.

19. Jahrhundert der wirtschaftliche Austausch zu einem System gestaltet wurde, in dem die Arbeitskraft, der Grund und Boden sowie Geld als Ware behandelt wurden, obwohl sie keine Waren sind. Ware im strengen Sinne könne nur das sein, was »zum Zwecke des Verkaufs produziert werden musste«³⁰. Dies aber gelte weder für Arbeit, Boden noch Geld: »Arbeit ist bloß eine andere Bezeichnung für eine menschliche Tätigkeit, die zum Leben an sich gehört, das seinerseits nicht zum Zwecke des Verkaufs, sondern zu gänzlich anderen Zwecken hervorgebracht wird; auch kann diese Tätigkeit nicht vom restlichen Leben abgetrennt, aufbewahrt oder flüssig gemacht werden. Boden wiederum ist nur eine andere Bezeichnung für Natur, die nicht vom Menschen produziert wird; und das eigentliche Geld, schließlich, ist nur ein Symbol für Kaufkraft, das in der Regel überhaupt nicht produziert, sondern durch den Mechanismus des Bankwesens oder der Staatsfinanzen in die Welt gesetzt wird. Keiner dieser Faktoren wird produziert, um verkauft zu werden.«³¹

Der Versuch, Arbeitskraft, Boden und Geld als Waren zu behandeln, bedeutet, dass über diese Grundbedingungen menschlichen und gesellschaftlichen Lebens nach marktwirtschaftlichen Kriterien verfügt wird. Dies genau macht ein kreditfinanziertes kapitalistisches Wirtschaftssystem aus, indem die Reproduktion aller anderen »Produktionsfaktoren« der scheinbar unerschöpflichen »Selbstverwertung des Wertes« unterworfen ist. Dazu nur ein Beispiel aus der Zeit, als sich der Liberalismus in Großbritannien durchgesetzt hatte: Zwischen 1846 und 1849 war es in Irland, bedingt durch die kapitalistische Transformation und akute Krise, zu einer Hungersnot gekommen, bei der 1,5 Mio. Menschen starben und 2,5 Mio. zur Auswanderung gezwungen wurden, wobei bei der Überfahrt wiederum ein Sechstel die Tage auf den »schwimmenden Särgen« nicht überlebte. Während große Mittel für die Eindämmung eines Finanzkrachs bereitgestellt wurden, überließ man das Überleben der Bevölkerung Irlands dem »freien Gesetz« von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt, der gerade zusammengebrochen war.

Der Vertreter der britischen Regierung in der Kolonie Irland schrieb 1847 (in diesem »schwarzen Jahr« starben 18,5 Prozent der Bevölkerung Irlands!) an den Premierminister: »Was wir auch tun, man wird uns kritisieren: Wenn wir sie leben lassen, kritisieren uns die Ökonomen; lassen wir sie sterben, kritisieren uns die Philanthropen. Für welches Lager entscheiden Sie sich?« Der Vertreter der britischen Finanzverwaltung für Irland hatte eine klare Position: »Da das Problem der Überbevölkerung nicht von Menschen gelöst werden kann, nimmt sich auf unvorhergesehene und unerwartete, aber wirksame Weise die göttliche Vorsehung in ihrer Weise seiner an.«³² Dies vor Augen schrieb Marx 1848: »In den Krisen bricht eine gesellschaftliche Epidemie aus, welche allen früheren Epochen als ein Wi-

30 Ebenda, S. 107.

31 Ebenda, S. 107 f.

32 Zitiert in: Imbrahim Warde: Hungern als Reformprojekt. In: Le Monde diplomatique. Beilage zur taz vom 14. Juni 1996.

dersinn erschienen wäre – die Epidemie der Überproduktion. Die Gesellschaft findet sich plötzlich in einen *Zustand momentaner Barbarei* zurückversetzt; eine Hungersnot, ein allgemeiner Vernichtungskrieg scheinen ihr alle Lebensmittel abgeschnitten zu haben; die Industrie, der Handel scheinen vernichtet, und warum? Weil sie zuviel Zivilisation, zuviel Lebensmittel, zuviel Industrie, zuviel Handel besitzt.«³³

Die Konsequenzen des radikalen liberalen Versuchs der Verwandlung von Arbeit, Boden und Geld in Waren, so Polanyi, waren die Entstehung einer *Marktgesellschaft* und die Reduktion der Politik auf die Sicherung der gesellschaftlichen Funktionsbedingungen der Selbstregulation von Märkten. Damit sind zum einen Innovation und Effizienzsteigerung verbunden, auf die im Wettbewerb der Staaten miteinander keiner von ihnen dauerhaft verzichten kann. Aber: »... keine Gesellschaft könnte die Auswirkungen eines derartigen Systems grober Fiktionen auch nur kurze Zeit ertragen, wenn ihre menschliche und natürliche Substanz sowie ihre Wirtschaftsstruktur gegen das Wüten dieses teuflischen Mechanismus nicht geschützt würden.«³⁴

Die lange Depression von 1873 bis 1886 beendete die Phase des Freihandels. Einerseits wurde der internationale Goldstandard eingeführt, der alle Währungen auf feste Wechselkurse festlegte und damit »die völlige Unabhängigkeit des Marktes von staatlichen Behörden nach sich zog«³⁵. Um die Auswirkungen zu mäßigen, entstand ein System von Schutzzöllen, Kartellorganisationen wurden gegründet, Sozialversicherungssysteme eingeführt und durch eine aggressive Kolonialpolitik erfolgte ein »Kampf der Mächte um das Recht auf Ausdehnung ihres Handels auf politisch ungeschützte Märkte«³⁶. Als nach dem Ersten Weltkrieg sich die genannten Probleme verschärften und die Gesellschaften in tiefste Krisen, höchste Arbeitslosigkeit, Verunsicherung, Angst und Elend stürzten, »wurde die Marktzivilisation selbst verschlungen«³⁷. Sie fiel dem Wirken von Institutionen zum Opfer, deren Zweck doch eigentlich die Wohlstandsmehrung sein sollte. Totengräber war der Faschismus.

Noch ohne das Wissen um das ganze Ausmaß der Vernichtungskraft des deutschen Nationalsozialismus bezieht sich Polanyi vor allem auf Faschismus als autoritär-korporatistische und repressive Organisationsform des Kapitalismus: »Den faschistischen Ausweg aus der Sackgasse, in die der liberale Kapitalismus geraten war, könnte man als eine Reform der Marktwirtschaft bezeichnen, erreicht um den Preis der Auslöschung aller demokratischen Institutionen sowohl im wirtschaftlichen als auch im politischen Bereich. Das ökonomische System, das vor dem Zusammenbruch stand, konnte damit wiederbelebt werden, während die Bevölke-

33 Karl Marx; Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: MEW, Bd. 4, S. 468 (Hervorheb. von mir – M. B.)

34 Karl Polanyi, a. a. O., S. 109.

35 Ebenda, S. 290.

36 Ebenda, S. 291.

37 Ebenda.

rung selbst einer Umerziehung unterworfen wurde, die den Einzelnen seines Wesens berauben und ihn außerstande setzen sollte, als verantwortungsvolles Mitglied der politischen Gemeinschaft zu wirken.«³⁸ Der Sieg des Faschismus sei durch »den Widerstand der Liberalen gegen jegliche Reformen, die Planung, Regelung und Kontrolle beinhalteten, praktisch unvermeidlich«³⁹ geworden.

Eine dritte Deutung der Katastrophen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, auf die ich eingehen will, ist von Erich Fromm aus dem Jahre 1941, auch er ein deutschsprachiger jüdischer Intellektueller in der US-amerikanischen Emigration. In seiner Schrift »Die Furcht vor der Freiheit« sieht er die Basis für die Unterstützung autoritärer Regime darin, dass die negativen Freiheiten der Moderne den einzelnen zwar »von den Fesseln der vorindividualistischen Gesellschaft befreien, die ihm gleichzeitig Sicherheit gaben und ihm Grenzen setzten«, ohne dass der Mensch aber bisher in der Lage sei, zur »positive(n) Verwirklichung seines individuellen Selbst«⁴⁰ zu finden. Er zitiert John Dewey, der darauf verwies: »Die ernste Gefahr für unsere Demokratie besteht nicht in der Existenz totalitärer fremder Staaten. Sie besteht darin, dass in unseren eigenen persönlichen Einstellungen und in unseren eigenen Institutionen Bedingungen vorherrschen, die der Autorität von außen, der Disziplin, der Uniformität und der Abhängigkeit vom Führer in diesen Ländern zum Sieg verhelfen. Demnach befindet sich das Schlachtfeld hier – in uns selbst und in unseren Institutionen.«⁴¹

Mit dem Monopolkapitalismus, so Fromm, mit allen Erfahrungen »der Bedeutungslosigkeit und Ohnmacht«, entstehe »ein fruchtbarer Nährboden für den Faschismus«⁴². Er sei auch in der »Verzweiflung des automatenhaften Konformisten«⁴³ zu finden. Der autoritäre Charakter sei zugleich sadistisch und masochistisch, er wolle das »Grundgefühl der Ohnmacht« dadurch überwinden, indem er im Namen von etwas handle, »das dem eigenen Selbst übergeordnet ist«⁴⁴. Destruktivität sei »das Ergebnis ungelebten Lebens«⁴⁵.

Rosa Luxemburg, auf die schließlich eingegangen sei, gehört zu einer Generation, die der von Hannah Arendt, Karl Polanyi und Erich Fromm vorausging. Sie stand an der Schwelle jener Ereignisse, in denen die Prozesse der Freisetzung von Elementen totaler Herrschaft und Barbarei in die Bildung totalitärer Systeme umschlugen. Anders als viele ihrer Zeitgenossen, die sich des unaufhaltsamen Fortschreitens der europäischen Zivilisation und ihrer letztlich wohltätigen Wirkungen für die »unzivilisierten Völker« gewiss waren, hatte Rosa Luxemburg die Verbrechen und Kriege an der »Peripherie« immer als Teil und Ausdruck der Krise des

38 Ebenda, S. 314.

39 Ebenda, S. 340.

40 Erich Fromm: Die Furcht vor der Freiheit. München 2002, S. 7.

41 Zitiert in: Ebenda, S. 10.

42 Ebenda, S. 174.

43 Ebenda, S. 185.

44 Ebenda, S. 128.

45 Ebenda, S. 136.

europäischen Kapitalismus verstanden und eine entsprechende »Akkumulationstheorie« des imperialistischen Zeitalters entwickelt.

1915 schrieb Rosa Luxemburg dann in ihrer berühmten »Junius-Broschüre«: »Friedrich Engels sagt einmal: Die bürgerliche Gesellschaft steht vor einem Dilemma, entweder Übergang zum Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei. Was bedeutet ein ›Rückfall in die Barbarei‹ auf unserer Höhe der europäischen Zivilisation? Wir haben wohl alle die Worte bis jetzt gedankenlos gelesen und wiederholt, ohne ihren furchtbaren Ernst zu ahnen. Ein Blick um uns in diesem Augenblick zeigt, was ein Rückfall der bürgerlichen Gesellschaft in die Barbarei bedeutet. Dieser Weltkrieg – das ist ein Rückfall in die Barbarei. Der Triumph des Imperialismus führt zur Vernichtung der Kultur – sporadisch während der Dauer eines modernen Krieges und endgültig, wenn die nun begonnene Periode der Weltkriege ungehemmt bis zur letzten Konsequenz ihren Fortgang nehmen sollte. Wir stehen also heute, genau wie Friedrich Engels vor einem Menschenalter, vor vierzig Jahren, voraussagte, vor der Wahl: entweder Triumph des Imperialismus und Untergang jeglicher Kultur, wie im alten Rom, Entvölkerung, Verödung, Degeneration, ein großer Friedhof; oder Sieg des Sozialismus, d. h. der bewussten Kampffraktion des internationalen Proletariats gegen den Imperialismus und seine Methode: den Krieg.«⁴⁶

Was aber, wenn der Sozialismus sich plötzlich selbst als untrennbar mit »Barbarei« verbunden erweisen sollte, wenn in ihm Unterdrückung Andersdenkender und Staatsterror zur Methode erhoben werden? Was, wenn Sozialismus zur Diktatur wird, die das geistige, politische und wirtschaftliche Leben dem Prinzip der Vorherrschaft einer Partei und ihrer Führung unterordnet? Rosa Luxemburg hatte nur die ersten Ansätze einer solchen Entwicklung zur Kenntnis nehmen müssen. Sie war nur die Zeitgenossin eines Weges, der dann unter Stalin – keinesfalls völlig zwangsläufig – zur Sklavenarbeit von Millionen in den GULAGs, zum Großen Terror der planmäßigen Menschenvernichtung nach quantitativen Vorgaben durch Schnellgerichte, zu Vertreibung und Völkermord führte. Aber schon gegenüber den ersten Elementen von totaler Herrschaft und Barbarei des leninistischen Parteikommunismus stand sie ablehnend gegenüber.

Sozialistische Demokratie leitete Rosa Luxemburg nicht aus von oben verordneten Klasseninteressen ab, sondern aus dem »aktive(n), ungehemmte(n), energische(n) politische(n) Leben der breitesten Volksmasse«⁴⁷. Der Propagierung und umfassendsten Verwendung von Mittel des Terrors im politischen Kampf, ganz im Geist der Jakobiner, stellt sie die Forderung der Abschaffung der Todesstrafe gegenüber, denn: »Blut ist in den vier Jahren des imperialistischen Völkermordes in Strömen ... geflossen. Jetzt muss jeder Tropfen des kostbaren Saftes mit Ehrfurcht in kristallinen Schalen gehütet werden. Rücksichtsloseste revolutionäre Tatkraft

46 Rosa Luxemburg: Die Krise der Sozialdemokratie (Junius-Broschüre). Werke, Bd. 4, S. 62.

47 Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution. Berlin: Karl Dietz Verlag 1974. Werke, Bd. 4, S. 356.

und weitherzigste Menschlichkeit – dies allein ist der wahre Odem des Sozialismus. Eine Welt muss umgestürzt werden, aber jede Träne, die geflossen ist, obwohl sie abgewischt werden konnte, ist eine Anklage, und ein zu wichtigem Tun eilender Mensch, der aus roher Unachtsamkeit einen armen Wurm zertritt, begeht ein Verbrechen.«⁴⁸

Vier Menschen, vier Verfolgte, vier Intellektuelle, die ihre Erfahrungen zu reflektieren suchten, und vier Deutungen, die sich begegnen in jenem großen Raum der Kultur, in dem nach Auswegen aus der Barbarei und nach Schutzwehren gegen die Barbarei gesucht wird. Hannah Arendt hat aus ihrer Analyse die Vision von Selbstverwaltung und eines Rätessystems entwickelt, der Stärkung der Staatsbürger als Individuen und der Schaffung von sozialen Räumen, »wo jeder frei sein kann«⁴⁹. In diesem Falle »würde Autorität weder an der Spitze noch an der Basis generiert werden, sondern auf jeder der Ebenen der Pyramide« und so »Gleichheit und Autorität« versöhnen⁵⁰.

Karl Polanyi zieht aus dem Versagen des Liberalismus und seines Umschlagens in den Faschismus den Schluss von der Notwendigkeit einer demokratisch-sozialistischen Alternative: »Sozialismus ist dem Wesen nach die einer industriellen Zivilisation innewohnende Tendenz, über den selbstregulierenden Markt hinauszugehen, indem man ihn bewusst einer demokratischen Gesellschaft unterordnet. Er ist die naheliegende Lösung für die Industriearbeiterschaft, die keinen Grund sieht, warum die Produktion nicht direkt geregelt werden sollte und warum Märkte mehr sein sollten als ein nützliches, aber untergeordnetes Element einer freien Gesellschaft. Vom Standpunkt der Gemeinschaft als ganzes bedeutet Sozialismus nur die Fortsetzung jenes Bemühens, die Gesellschaft zu einer humanen Gemeinschaft der Einzelnen zu gestalten, die in Westeuropa stets mit christlichen Traditionen verbunden war.⁵¹ An der Spitze aller Forderungen müsse »das Recht des Einzelnen auf Arbeit unter akzeptablen Bedingungen stehen«⁵². Die Arbeitskraft würde dadurch aufhören, wie eine Ware, über die fremdverfügt wird, behandelt zu werden.

Erich Fromm begründet die Utopie einer »*Stadt des Seins*«⁵³, in der die volle Entfaltung der eigenen Persönlichkeit und der des Mitmenschen zum höchsten Ziel menschlichen Lebens werde. Gesellschaftliche demokratische Planung der Richtung der Produktion, Auflösung der Großkonzerne, Übergang zu einem System der Basisdemokratie von Nachbarschaftsgruppen, ein jährliches Grundeinkommen sind nur einige seiner Forderungen.

48 Rosa Luxemburg: Eine Ehrenpflicht. Werke, Bd. 4, S. 406.

49 Hannah Arendt: On Revolution. New York: Penguin Books 1986, S. 255.

50 Ebenda, S. 278.

51 Karl Polanyi, a. a. O., S. 311.

52 Ebenda, S. 338.

53 Erich Fromm: Haben und Sein. München 2000, S. 193.

Rosa Luxemburg entwickelte in dem von ihr und Paul Levi verfassten Programm »Was will der Spartakusbund?« Grundvorstellungen eines partizipativen Sozialismus, der auf der Verwandlung der wirtschaftlichen, politischen und geistigen Räume der Gesellschaft in sozialisierte Räume der demokratischen Selbstverwaltung durch das Volk zielte: »Die Proletarierrmassen müssen lernen, aus toten Maschinen, die der Kapitalist an den Produktionsprozess stellt, zu denkenden, freien, selbsttätigen Lenkern dieses Prozesses zu werden.«⁵⁴

Alle vier wussten, dass ein Weiter-So bzw. eine einfache Rückkehr zum Status ante, vor der Katastrophe und offenen Barbarei, jene Bedingungen, die Weltkriege und systematische Menschenvernichtung möglich gemacht hatten, nicht aufhebt, sondern immer neu hervorbringt.

Kultur und Macht gegen Barbarei und Gewalt

Kultur, die etwas anderes ist als Herrschaftsideologie oder Unterhaltung, ist das mühselige Beginnen, durch das Menschen immer wieder neu versuchen, den Ausweg aus selbstverschuldeter Barbarei zu finden; Macht, die sich von bloßer Gewalt unterscheidet⁵⁵, ist Zivilisierung hin zu einer Kulturgesellschaft, in der die freie Entwicklung jeder und jedes einzelnen zur Bedingung der solidarischen Entwicklung aller wird und Politik wie Wirtschaft diesem Ziel untergeordnet werden. Erst in einer solchen Gesellschaft würde Geschichte als »eine der Möglichkeiten einer Kultur« erzählbar, durch die es möglich wird, »sowohl der persönlichen als auch der öffentlichen Vergangenheit einen Sinn zu verleihen«⁵⁶. Auschwitz lässt sich nicht erzählen, nur davon berichten. Und nicht nur für Auschwitz gilt: »Es hätte nicht stattfinden dürfen« (Hannah Arendt). Barbarei darf kein Sinn unterlegt werden. Es bleibt nur die Möglichkeit des Eingedenkens der Opfer und die Forderung, das Leid »zu einem Unabgeschlossenen«⁵⁷ zu machen.

Der Blick auf die Zertrümmerung menschlichen Lebens in der Geschichte und die mühseligen Versuche, die Diskrepanz zwischen banalsten Ursachen und furchtbarsten Wirkungen zu erinnern und nicht einfach nur hinzunehmen, führt keineswegs dazu, vor neuen Rückfällen in Barbarei gefeit zu sein. Eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart dürfte es sein, sich zu einer Sensibilität gegenüber Tendenzen der Barbarisierung zu erziehen, Sensorien auszubilden, die das unglaubliche Gefälle zwischen Taten und Folgen überhaupt wahrnehmbar machen und dabei Schmerz hervorrufen. Eine solche Selbsterziehung würde das Erklärbare auf das Nicht-Hinnehmbare von Diskriminierung, Entwürdigung, Ausbeutung, Unterdrückung und Vernichtung von Menschen beziehen und zugleich den Anspruch

54 Rosa Luxemburg: Was will der Spartakusbund. Berlin 1974. Werke, Bd. 4, S. 445.

55 Vgl. Hannah Arendt: Macht und Gewalt. München und Zürich, S. 46 ff.

56 Hayden White: Der historische Text als literarisches Kunstwerk. In: Ders.: Auch Klio dichtet oder die Fiktion des Faktischen. Studien zur Tropologie des historischen Diskurses. Stuttgart 1991. S. 106

57 Walter Benjamin: Das Passagen-Werk. Herausgegeben von Rolf Tiedemann. Erster Band. Frankfurt/M. 1983, S. 589.

erheben, dass kategorisch alles zu tun ist, dass jeder Mensch dahin gelangen kann, »worin noch niemand war: Heimat«⁵⁸.

Moderne Gesellschaften tragen die Möglichkeit der totalen Barbarei bis zur Selbstvernichtung der Menschheit in sich. Wir brauchen deshalb ein »geschärftes Bewusstsein für die Gefahr versäumter Entscheidungen und unterlassener Eingriffe«⁵⁹. Es bedarf der »Perspektive, aus der sich die Zeitgenossen für den aktuellen Zustand als die Vergangenheit einer künftigen Generation zur Rechenschaft gezogen sehen« und die tätigen »Verantwortlichkeit für den Anschluss einer Situation an die nächste, für die Fortsetzung eines Prozesses, der seine Naturwüchsigkeit abgestreift hat und sich weigert, das Versprechen einer selbstverständlichen Kontinuität zu geben«⁶⁰.

Einer der wichtigsten Beiträge zu dieser durch jede Generation neu zu erbringenden Kulturleistung, ohne die sie Barbarei nicht widerstehen kann und die Kontinuität der Zivilisation durchbrochen wird, ist eine »belehrte Unwissenheit«⁶¹ über den Zusammenhang zwischen unserem sehr endlichen rationalen Handeln und den niemals hinreichend abschätzbaren Folgen, die sich auf schreckliche Weise gegenüber Intentionen in fast unendlicher Weise völlig verselbständigen können. Aus den Deutungen, die Hannah Arendt, Karl Polanyi, Erich Fromm und Rosa Luxemburg für den Weg der europäischen Zivilisation in totale Herrschaft fanden, lassen sich zumindest einige wenige Maximen gewinnen, an denen die Fähigkeit zur Kultur und ihr unterworfenen Macht, die Fähigkeit, Auswege aus selbstverschuldeter Barbarei zu finden, gemessen werden könnten.

Die erste Maxime für Kultur und Macht ist sehr einfach: Es muss verboten bleiben, Menschen nach irgendwelchen »objektiven« Merkmalen, sei es Geschlecht, Ethnie, Staatszugehörigkeit, Zugang zum Arbeitsmarkt, politischen und religiösen Orientierungen von den grundlegenden Menschenrechten und Grundgütern eines freien Lebens auszuschließen. In dieser Hinsicht gilt: Gleichheit ist die Bedingung von Freiheit.

Die zweite Maxime könnte lauten: Jedes Vertrauen darin, dass selbstregulierende Systeme des Marktes, der Politik, des Rechts, der Wissenschaft an sich die Menschenwürde garantieren könnten, muss aufgegeben werden. Die Entfesselung dieser Systeme, sei es des Kapitalismus, der Bürokratie, der wissenschaftlichen Innovation oder des Militärs, von wirklich demokratischer Kontrolle (was etwas prinzipiell anderes ist als ihre Kontrolle nach den Spielregeln der liberalen De-

58 Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung. GA, Bd. 5, S. 1628.

59 Jürgen Habermas: Diskurs der Moderne. Frankfurt/M. 1988, S. 72.

60 Ebenda.

61 »Da (...) unser Verlangen nach Wissen nicht sinnlos ist, so wünschen wir uns unter den angegebenen Umständen ein Wissen um unser Nichtwissen. Gelingt uns die vollständige Erfüllung dieser Absicht, so haben wir die belehrte Unwissenheit erreicht. Auch der Lernbegierigste wird in der Wissenschaft nichts Vollkommeneres erreichen, als im Nichtwissen, das ihm seinsgemäß ist, für belehrt befunden zu werden. Es wird einer umso gelehrt sein, je mehr er um sein Nichtwissen weiß.« Nikolaus von Kues: Die belehrte Unwissenheit. In: Ders.: Philosophisch-theologische Werke. Bd. 1. Hamburg: Felix Meiner Verlag 2002, S. 9.

mokratie) und ihre Entkoppelung von der Wahrung der Menschenrechte jeder und jedes Einzelnen setzt Elemente von Barbarei frei.

Die dritte Maxime würde auf folgende Einsicht verweisen: Zivilisatorische Standards können nicht einfach nur bewahrt und verteidigt werden. Ohne immer neue Umgestaltungen, die die gesellschaftlichen Strukturen von Eigentum und Macht diesen Standards unterwerfen, breiten sich – zunächst an den Rändern und in den Poren – Elemente von totaler Herrschaft und von Barbarei aus. Eine noch stärkere Form dieser Maxime wäre: Rückfälle in Barbarei können nur dann erfolgreich abgewehrt werden, wenn der Prozess der fortschreitenden Überwindung jener Bedingungen, die Auschwitz möglich gemacht haben, nicht zum Stillstand kommt geschweige denn, dass er revidiert wird.

Eine vierte Maxime würde die Erfahrung ernst nehmen, dass humanste Ziele wie die des Sozialismus in offene Barbarei umschlagen können, wenn die gewählten Ziele nicht unmittelbar den angestrebten Zielen entsprechen, wenn das Ziel im Mittel nicht konkret enthalten ist, sondern umgekehrt das inhärente Ziel des Mittels (seine »Eigenlogik«) dem proklamierten Ziel widerspricht. Barbarische Mittel erzeugen barbarische Zustände. Mehr noch: Die Arroganz, man könne die Mittelanwendung in modernen Gesellschaften wirklich umfassend kontrollieren, kann nach den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts nicht aufrechterhalten werden. Die Macht, die in die Mittel und Institutionen moderner Gesellschaften delegiert wird, sollte begrenzt werden.

Eine fünfte und letzte Maxime soll so formuliert werden: Da es in komplexen Gesellschaften kein Entsprechungsverhältnis zwischen Ursachen und Wirkungen geben kann, sind wir schon bei »Bagatellen« gefordert, uns der aus Sachzwängen und rationalen Kalkülen scheinbar zwingend hervorgehenden Unterschreitung erreichter zivilisatorischer Standards zu widersetzen. Der Ausweg aus selbstverschuldeter Barbarei muss immer wieder, heute und hier, durch jede und jeden, durch uns gemeinsam gefunden werden – damit Auschwitz nicht noch einmal sei.

Imperialität. US-amerikanische Diskurse seit 9/11

Neue Fragen zur Ordnung der Welt

Um eine neue Revolution in der Weltpolitik wird gekämpft. Seit Anfang des Jahrzehnts steht die Grand Strategy einer Weltordnungspolitik neu zur Debatte und Entscheidung. Ihr Thema ist die Antwort auf die Schlüsselfrage der Weltpolitik – wer profitiert und wer kommandiert? Ihr Gedanke ist: Sicherung des globalisierten Kapitalismus durch ein dauerhaftes American Empire, das nicht herausgefordert werden kann. In der Welt, in der wir leben, haben wir es mit einem Versuch zu tun, das Projekt eines neoliberalen Empire zu realisieren. Das kommt nicht von ungefähr. Die Tradition des Projekts eines American Empire hat eine Jahrhundertgeschichte – so gesehen ist es bislang nicht mehr als eine Episode. Sein neoliberales Milieu entstand in den letzten vier Jahrzehnten. Seine mächtigsten Akteure fanden sich im letzten Vierteljahrhundert. Seine Ambition, die Praxis und das Profil seiner Großen Strategie konturierten sich in den 90er Jahren. Sein Katalysator und machtpolitischer Durchbruch endlich war Nineeeleven. Der lange Krieg im Irak ist seine erste Probe. Schlägt sie fehl, womöglich dramatisch, ist dieses Projekt noch lange nicht aus der Wirklichkeit.

Seine Debatte prägt den Diskurs über die politische Ordnung des globalen Kapitalismus. Jede Ära der internationalen Politik hat ihren eigenen Diskurs und zentrale Begrifflichkeit. Diese Begriffe, die Zeiten repräsentieren und unterscheiden, sind selbst Konstrukte und stehen für Diskurshegemonie, wie Toni Morrison schrieb: »Definitions belong to the definers — not the defined.«¹ In den 30er Jahren ging es um »Faschismus«, »Volksfront«, »Isolationismus«, »Appeasement« und »Krieg«. Der Kalte Krieg beschrieb sich mit Begriffen wie »Stalinismus«, »Freiheit«, »Containment«, »Deterrence« oder »Détente«. Die Zeit nach 1989, die noch keinen eigenen Namen hat, verhandelt »Unipolarität«, »Globalisierung«, »Terrorismus«, »Prävention«, »Freiheit« oder »Empire«. Der Versuch, zur Charakterisierung der neuen Substanz der gegenwärtigen politischen Weltordnung den Begriff des Imperialen zu reaktualisieren, ist hier die vielleicht auffälligste Veränderung. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war der Begriff »Empire« weitgehend aus der politischen Debatte verschwunden und zu einem Gegenstand der Geschichtswissenschaft geworden. Was dort dann beschrieben wurde, schloss allerdings die USA aus: 1955 vermerkte der Historiker William Appleman Williams, dass »eines der zentralen Themen der amerikanischen Geschichtsschreibung« gewesen sei,

1 Toni Morrison: *Beloved*. New York 1987, S. 190.

dass es »no American Empire« gebe.² Das letzte Empire war für viele die Sowjetunion. Der Begriff überlebte nur schwächlich in der Kritik von Minoritäten oder antiimperialen Widerstandsbewegungen und auch die sozialistische Begriffstradition verebbte immer mehr. Empire war aus der Mode geraten.

Ein halbes Jahrhundert später ist es wieder da. Nicht wenige sind erleichtert und sehen hier eine »normalisation of what was a radical discourse«.³ Der »neue Unilateralismus« (Charles Krauthammer) der USA wird seit gut einem halben Jahrzehnt begleitet von einer neuen politischen und politikwissenschaftlichen Grammatik. »People are coming out of the closet on the word empire« sagte eben dieser neokonservative Charles Krauthammer.⁴ Was zum Vorschein kommt, ist die Geschichte einer unterdrückten Eigentlichkeit und inneren Bestimmung der USA: der Bestimmung, ein Imperium zu sein, ein Empire, welches universelle Werte oder gar ein Ende der Geschichte verkörpert, da es nicht mehr besser werden kann. Insbesondere die Außenpolitik der USA wurde zunehmend durch das Prisma des Empirebegriffs gesehen, auch wenn der Begriff zuallererst als Metapher oder provokative Etikette (wie etwa auch zu Zeiten des Vietnamkriegs) und nicht als analytische Kategorie benutzt wurde: »Empire is not a word for scholars« (Lord Malcolm Haily). Doch viele Beobachter und politische Akteure griffen beim Versuch zu charakterisieren, was sie als Rezentralisation globaler Macht ansahen, auf den Empirebegriff zurück.

Plötzlich wurden Fragen formuliert, die zuvor niemand stellte: wie definiert man »Empire« und »American Empire« und was ist die Differenz zwischen ihnen? Was sind deren Grundlagen? Wenn ein Empire existiert – was sind die Konsequenzen? Ist die Annahme angesichts der Veränderungen im internationalen System plausibel? Woher die plötzliche Wende von der Idee einer »anarchischen« Ordnung der internationalen Welt, in der Souveränität, Unabhängigkeit und Machtgleichgewichte vorherrschen zur Annahme einer hierarchischen Ordnung der Unterordnung, Abhängigkeit und des Ungleichgewichts? Macht es Sinn, Geschichte als Folge kohärenter Epochen zu denken – also etwa vom Imperialismus über die Blüte der Nationalstaaten zu einem postnationalen, globalen Empire? Die offensichtliche »große« Frage ist: Wie ist das Verhältnis von Globalisierung und Neoliberalismus zu Empire und Imperialismus und wie beziehen sie sich zueinander?⁵ Können wir »Empire« denken ohne den modernen Kapitalismus als Imperialismus zu konzipieren – ist also beispielsweise Imperialismus etwas vergangenes, wie es Hardt/Negri in ihrem neoanarchistisch-libertären Text »Empire« darstellten?⁶ Geht es also um Postimperialismus? Wenn nicht, sollen wir Imperialismus

2 William Appleman Williams: The Frontier Thesis and American Foreign Policy. In: Pacific History Review Vol. XXIV (1955), S. 379.

3 Bryan Mabee: Discourses of Empire: The US »Empire«, Globalization and International Relations, MS, SGIR-Konferenz Den Haag 9.-11. 9. 2004, S.1.

4 Zitiert nach Emily Eakin, All Roads Lead to D. C. In: New York Times (NYT) v. 31. 3. 2002.

5 Jan Nederveen Pieterse: Globalization or Empire? New York/London 2004, S. 17 ff.

6 Michael Hardt/Antonio Negri: Empire. Cambridge 2000.

als sei's neue, sei's traditionelle Phase oder als Modus der Globalisierung verstehen oder als eine grundsätzlich eigenartige Dynamik, deren Typik sich mit dem Vorgang der Globalisierung (also der Expansion des Kapitals) nicht deckt? Hat die Globalisierung eine Anschrift und »Heimatadresse« (Agnew), ist sie made in USA? Wenn Empire oder Imperialismus eine Form oder ein Teil der Globalisierung sind, wie müssen wir dann das Imperialwerden einer neoliberalen Globalisierung begreifen – und ist, was Globalisierung genannt wird, eine neue eigene sozioökonomische Ordnung oder eine neue Stufe in der Entfaltung des Weltkapitalismus, die seit den 70er Jahren für den Übergang von der langen Epoche der Nationalstaaten und ihrer hegemonial strukturierten zwischenstaatlichen Ordnung des Kapitalismus zur Herausbildung eines transnationalen (globalen) Staates und seiner Institutionen steht, der eine transnationale, kosmopolitische und global hegemoniale Fraktion der kapitalistischen Klasse repräsentiert, welche eine neoliberale globale Produktion und transnationale Akkumulation und den dazugehörigen historischen Block organisiert – womöglich unter Führung der USA und auf diese zentriert?⁷ Und wie ist in diesem Verständnis der US-amerikanische regime change von neoliberaler Globalisierung hin zu einem militärischen Globalismus zu verstehen? Ist dies ein »unipolarer moment«, eine imperiale Episode? Nicht nur ein regime change, sondern ein langer Wandel des Systems, der den Charakter der neoliberalen Globalisierung substantiell ändert? Oder geht es um eine Wiederholung historischer Momente der globalen Ambition der USA? Und endlich: Während es weithin üblich ist, Kapitalismus bzw. Globalisierung und Neoliberalismus zusammenzudenken – wie steht es um das Verhältnis von Neoliberalismus, Empire und Imperialismus? Steht zum Beispiel das neue Moment des Imperialen für eine Krise oder gar ein Ende des Neoliberalismus⁸ oder haben wir es mit einem Formwandel des Neoliberalismus zu tun? Wie verhalten sich Neoliberalismus und Neokonservatismus zueinander? Müssen wir das neuimperiale Projekt von George W. Bush denken als Fortsetzung des liberalen US-Globalismus der Woodrow Wilson und Franklin Roosevelt?

Überhaupt – das unerwartet gebräuchlich gewordene Stichwort Imperialismus, über den erstmals 1874 Walter Bagehot in seinem auf die Innenpolitik Napoleons III. zielenden Text »Why an English Liberal May Look Without Disapproval on the Progress of Imperialism in France« gesprochen haben soll. Sollten wir doch einem traditionellen Verständnis folgen und darunter nur eine bestimmte Art Außenpolitik verstehen? Oder etwa bloß die Dominanz starker über schwache Länder bzw. Nationalstaaten? Und sollen wir allein schon angesichts des neuen Militarismus den gegenwärtigen Kapitalismus und seine Expansion in Form der neoliberalen Globalisierung in klassischer Manier als Imperialismus im Sinne einer neuen Entwicklungsstufe begreifen, in dem sich auf traditionelle Weise letzt-

7 So etwa William I. Robinson: *A Theory of Global Capitalism*. Baltimore 2004.

8 Vgl. David Harvey: *Neoliberalism as creative destruction*. In: *Geogr. Ann.*, 88 B (2), 2006, S. 145-158.

lich ökonomische Konkurrenz in militärische Auseinandersetzungen transformiert, wie dies neben vielen anderen etwa Alex Callinicos behauptet?⁹ Ist es also richtig, dass wir seit Nineelevn wieder in den Zustand der Rivalität zwischen imperialistischen Staaten zurückgefallen sind und diese Konkurrenz das erneuerte Signum der Jetztzeit ist? Tritt gegenwärtig an die Stelle der (neo-) liberalen Globalisierung der Rückfall in die politische Grammatik der imperialistischen Machtpolitik, löst der Imperialismus die neoliberale Globalisierung ab?¹⁰ Haben wir es also mit einem »new imperialism« zu tun – und was ist dabei das »Neue«? Die Wiederaufnahme des klassischen imperialistischen Musters der Kolonisierung und Okkupation? Sein endgültig globaler Ausgriff nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus? Ist dies einfach informeller »imperialism without colonies«, wie dies Harry Magdoff 1969 formuliert hat, also ein Regime, das mit Satellitenstaaten oder Protektoraten statt mit Kolonien operiert? Eine Mischform aus Okkupation und informeller Penetration? Oder ist dies (ganz anders) ein räuberisches Regime der accumulation by dispossession, wie David Harvey es skizziert hat?¹¹ Wer sind die Subjekte eines »neuen Imperialismus«? Oder macht es Sinn, das Neue am Imperialismus in einer spezifischen – eben vor allem: globalen! – Form des Imperialen zu denken? Macht es Sinn, den Gegenwartskapitalismus als Ordnung mit vielen kapitalistischen und einigen imperialistischen Akteuren zu denken, die in unterschiedlicher Weise und mit unterschiedlichem Erfolg auf Imperialität – also letztlich bevorteilende Neuordnung der Welt aus sind? Geht es deshalb nicht nur um einen »neuen Imperialismus«, sondern auch um eine neue Imperialität? Oder ist die Unterscheidung zwischen »Imperialismus« und »Empire« womöglich sinnlose Haarspalterei? Und schließlich: Sollte man vielleicht auf die traditionsreichen Begriffe des Imperialismus oder des Imperialen verzichten, weil es womöglich sogar um einen »neuen Kapitalismus« geht, den imperialistisch zu nennen wenig Sinn macht?¹²

Und schließlich: Wie ist die Rolle der USA zu bewerten? Gibt es ein American Empire? Oder ist es nur das Pentagon, das sich zum Zweck der Machtprojektion ein Empire aus Militärbasen hält? Gibt es vielleicht einen besonderen American way of imperialism, das »empire lite« eines humanitären »temporary imperialism« (Michael Ignatieff), das »informal empire« (Leo Panitch oder Peter Gowan oder Joachim Hirsch) oder das »benign empire« und das »empire of liberty«, von denen die Neokonservativen uns erzählen? Oder sollten wir die neuimperiale Wende der USA als die Bildung eines neoliberalen Empire begreifen, das auf sehr widersprüchliche Weise traditionell neoliberale und imperiale Praxen miteinander verbindet – also den starken nationalen Sicherheitsstaat und »small government«, den

9 Alex Callinicos: Imperialism and Global Political Economy. In: International Socialism 108 (2005).

10 So etwa Philip S. Golub: Die Macht ist mächtiger als der Profit. In: Le Monde Diplomatique 8/2005, S. 10 f.

11 David Harvey: The New Imperialism. Oxford 2003.

12 So Jonathan Nitzan; Simshon Bichler: New Imperialism or New Capitalism? Montreal/Jerusalem 2004 (www.bnarchives.net).

Shareholderkapitalismus mit einem staatsalimentierten Militär-Industrie-Komplex, die Unendlichkeit der globalen Finanzmärkte mit der Begrenztheit territorial ansetzender Geopolitik der Militär-, Rüstungs- und Extraktionsindustrie (Ö!), den Multilateralismus mit dem Unilateralismus, die Disziplin des freien Marktes mit der Disziplin des Militärischen und der neuen landscapes of fear, den politischen Kriegern, die für eine starke Politik kämpfen mit den Marktradikalen, die auf Schwächung des Staates und der Politik aus sind, den Besitzbürger und Unternehmer seiner eigenen Arbeitskraft mit dem Besatzer? Ist ein neoliberales Empire der Anfang vom Ende von drei Jahrzehnten Neoliberalismus oder ist es ein Neuaufschwung des neoliberalen Kapitalismus? Ist es eine relativ stabile Form oder sollten wir ein neoliberales American Empire als Passage zu etwas anderem begreifen, womöglich zu einem postliberalen Kapitalismus? Welche politische Richtungsspezifik hat dieses Projekt: Steht es in der liberalimperialistischen Tradition oder ist es ein genuines Projekt einer neuimperialen Rechten? Ist dies ein Empire in Decline wie uns seit den 70ern viele linke Intellektuelle von Paul Kennedy über Lester Thurow und Giovanni Arrighi bis zu Immanuel Wallerstein, Robert Brenner, Emmanuel Todd oder David Harvey («nur noch dominant oberhalb 30 000 Fuß») erzählen – zu schweigen von jenen Liberalen und Linken, die das Ende des Nationalstaates (und damit auch des US-amerikanischen Staates!) diagnostizieren? Oder ist dies ein rising empire, eine neue Hypermacht, die erstmals in der Geschichte auf Dauer zwischen sich und dem Rest der Welt einen grundsätzlichen Machtunterschied setzen kann? Auf welchen Zeitpunkt könnte man die Entstehung eines solchen Projekts legen – und wann war es womöglich von Erfolg gekrönt? Wer würde zum American Empire gehören und wer steuert es? Das Pentagon? Der amerikanische Staat? Bill Gates und seinesgleichen? Dient dieses »Empire« den »Interessen des Kapitals« oder einzelner »Fraktionen«? Ist der amerikanische Kapitalismus das Paradigma und ist Amerikanisierung das notwendige Schicksal oder sind beispielsweise die USA, Europa und Ostasien drei ziemlich unterschiedliche Orte, die sich womöglich zu ganz neuen varieties of capitalism entwickeln? Überspielt die Unipolarität des American Empire die anderen Spaltungen der Welt?¹³ Oder ist das alles viel Lärm um Nichts und die Welt der Blöcke um die Triadenmächte USA, Asien, Europa ist weitgehend unverändert? Stehen wir womöglich vor einer neuen Welt, die von einem »globalen Direktorium« (Kupchan) aus USA, EU, Japan, Russland und China arrangiert wird? Und wer, endlich, wird imperial beherrscht, gekauft, ausgebeutet vernutzt – oder steht dagegen?

13 »In our view, the discussion about unipolarity versus bipolarity and multipolarity, or about the relevance or irrelevance of unipolarity to the age of globalization is marginal to the major problem facing international society. The major impasse facing international society today is the huge disparity in power between the Concert of the North Atlantic and most of the rest of the members of the international system.« Mohammed Ayoob, Matthew Zierler: The Unipolar Concert. The North-South Divide Trumps Transatlantic Differences. In: World Policy Journal 1/2005, S. 40.

Auch diese Fragen zur Rolle der USA sind sicherlich theoretische Fragen. Doch sie sind zugleich von grundlegender politischer und moralischer Bedeutung. Ralph Peters, ein früherer Geheimdienstoffizier der US-Army, dessen Aufgabe das Nachdenken über zukünftige Kriege war, formulierte vor einem Jahrzehnt zu dieser Zukunft: »We are entering a new American Century, in which we will become still wealthier, culturally more lethal, and increasingly powerful. We will excite hatreds without precedent... The de facto role of the U.S. armed forces will be to keep the world safe for our economy and open to our cultural assault. To those ends, we will do a fair amount of killing.«¹⁴ Gelingt es, das Regiment des Neoliberalismus, seine ideologischen Positionen und politischen Versprechen weiter zu kritisieren und zu schwächen und seine Wirksamkeit im Alltagshandeln durch alternative Praxen zu erschüttern, dann wird auch die Wende zu einem neo-liberalen Empire und einer nach innen autoritär und nach außen vorwiegend militärisch durchgeführten konkurrenz- und finanzmarktgetriebenen Globalisierung erschwert.

Antworten auf die Frage nach einer neuen Imperialität zu finden ist keine kleine Aufgabe, wie Dominic Lieven ironisch vermerkte: »Over the last two millennia the word »empire« has meant many different things to different people from different countries at different times.«¹⁵ Manche freilich sehen die Dinge auch ganz einfach: »Left and right mostly agree«, schreibt Michael Mann, »this is the Age of American Empire. They disagree only on whether it is a good thing.«¹⁶ Näheres Hinsehen zeigt freilich aber auch eine Vielfalt der Positionen: Für die einen geht es um ein Imperium, aber nicht unbedingt um ein amerikanisches Empire, die anderen sehen das Empire in decline, wieder andere lehnen durchgängig oder nach Geschmack den Begriff zur Charakterisierung der USA ab und eine große Gruppe endlich ist der Ansicht, dass die USA ein Empire seien – ob im Auf- oder im Abstieg, ob wünschenswert oder nicht.

Milieus und Traditionen der Empire-Grammatik

Die taktische Reserve der Eliten

Seit Anfang dieses Jahrhunderts ist die Rede vom Empire anerkannt, akzeptiert, legitim, interessant, kontrovers, viel besprochen, kurz: öffentlich alltagspräsent geworden. Den Ausgangspunkt dieses rhetorischen Booms bildete wohl im Herbst 2001 der Aufsatz »The Case for an American Empire« von Max Boot im Wall Street Journal, der zur Begründung des Sinns einer militärischen Besetzung von

14 Ralph Peters: Constant Conflict. In: Parameters [US Army War College Quarterly] Sommer 1997, S. 4-14 (http://carlisle-www.army.mil/usawc/Parameters/97_summer/peters.htm).

15 Dominic Lieven: Empire: The Russian Empire and Its Rivals. London 2003, S. 3.

16 Michael Mann: The First Failed Empire of the 21st Century. In: Review of International Studies 4/2004, S. 633.

Afghanistan und Irak die stabilisierende Wirkung anrief, welche die britische Herrschaft im 19. Jahrhundert in dieser Region gehabt habe.¹⁷ Seitdem breitete sich die Empire-Idee zur Charakterisierung eines globus americanus schnell aus und fand rasch ihre massenkulturelle Unterfütterung durch die Medien der Soft-power. Vom »Gladiator« über den Zweiteiler »Julius Cäsar«, über das Großkinoprojekt »Imperium – Aufstieg und Fall des Römischen Reiches«, über die Verfilmung des Trojanischen Kriegs durch Wolfgang Peterson, über den Kampf um die Verfilmung von »Alexander dem Großen« bis zum millionenfachen Kult um Star Trek – die Eingewöhnung auf eine imperiale Kultur und ihre wunderbaren Kriege ist seit Ende der 90er Jahre in vollem Gange. Wie so oft, war Hollywood der Politik weit voraus.

Doch ungeachtet dieser medialen Veralltäglichung blieb die Rede vom American Empire im Wesentlichen eine Sache medialer und strategischer Intellektueller und der informellen Sprechweisen der Macht. Die gängigen Vergleiche mit dem römischen Imperium blieben jahrelang Einübungen in Identitätsbildung, erst seit 2004 folgten dann entsprechende theoretische Bemühungen. Im populären Verständnis ist das »Empire« als Selbstbeschreibung der USA von der Mehrheit der US-Bevölkerung offenbar noch lange nicht akzeptiert. Insofern ist die frühe kritische Befürchtung des prominenten amerikanischen Sozialwissenschaftlers Joseph Nye weit übertrieben, wonach sich die »USA im Griff einer heiklen Metapher«¹⁸ befänden. Die Dimension der Imperialität ist eine diskurspolitisch normalisierte, neu umkämpfte Sache geworden, in der politischen Rhetorik aber dominiert sie noch nicht. Das Diskursfeld ist dabei von sehr unterschiedlichen normativen und richtungspolitischen Positionen zur Empire-Frage markiert, denen sich in der Regel auch theoretische und historische Einschätzungen zuordnen lassen. Vor einer näheren Betrachtung der relativ kohärenten neokonservativen und der weitaus zerklüfteteren liberalen und linken Positionierungen lohnt es sich jedoch, zunächst einen kurzen Blick auf die regierenden Akteure zu werfen.

Die Rhetorik der gegenwärtigen politischen Entscheidungsträger der USA lehnt nämlich explizit den Empire-Begriff ab, spricht aber auch äußerst selten von Begriffen wie Primat, Hegemonie oder Dominanz. Sie operiert mit klassischen Referenzen auf Begriffe wie Gleichheit, Verteidigung, Sicherheit, Rache, Nation, Demokratie oder – allem voran – Freiheit, um ihr politisches Konzept vermarkten zu können: »We refuse the crown of empire« erklärte Bush in seiner ersten Wahlkampfrede zu außenpolitischen Fragen am 19. November 1999. Im April 2004 stellte er in einer Pressekonferenz klar, dass die USA im Irak nicht als eine »imperial power« sondern als eine »liberating power« gehandelt habe.¹⁹ In einem In-

17 Dann als Beitrag im Zentralorgan des Neokonservatismus Weekly Standard v. 15. Oktober 2001, S. 27: »Afghanistan and other troubled lands today cry out for the sort of enlightened foreign administration once provided by self-confident Englishmen in jodhpurs and pith helmets.«. S. auch Max Boot: *The Savage Wars of Peace: Small Wars and the Rise of American Power*, New York 2002.

18 Süddeutsche Zeitung v. 26. 9. 2002.

19 Zitiert nach John B. Judis: *Imperial Amnesia*. In: *Foreign Policy* 4/2004.

terview im Februar 2003 mit Al Jazeera TV verdeutlichte Verteidigungsminister Donald Rumsfeld: »...we're not a colonial power. We've never been a colonial power. We don't take our force and go around the world and try to take other people's real estate or other people's resources, their oil. That's just not what the United States does. We never have and we never will. That's not how democracies behave. That's how an empire-building Soviet Union behaved but that's not how the United States behaves.«²⁰ Auch Colin Powell nahm im selben Monat in der US-Botschaft in Islamabad klar gegen solche Positionen Front: »The United States has the best record of any major power for not establishing imperiums, for not taking over countries. Kuwait – did we take over Kuwait? No. Have we taken over Afghanistan? No. We gave it back to its Muslim leaders. Did we take over Kosovo when we bombed it and made it safer for the Muslim population? No. Did we take over Japan? Germany? Italy? No. The United States' record is not one of imperialism. It is one of doing the job, bringing peace, restoring order and getting a responsible government in place.«²¹

Vieles spricht dafür, dass die Bush, Rumsfeld oder Powell von diesen Referenzen überzeugt waren und sind und ihnen eine Zusammenfassung ihres politischen Projekts in einem Begriff wie »Empire« fremd ist. Die Ablehnung einer solchen Selbstbeschreibung nun ist nicht ungewöhnlich: Fast alle Führer moderner Imperien wiesen derartiges weit von sich und auch die Vorläufer der gegenwärtigen US-Regierung teilten diese Position.²² Keine einziger Präsident oder Minister eines großen Staates plädiert dieser Tage explizit für ein Imperium. Die Gründe dafür sind vielfältig. Da geht es nicht nur darum, dass ein Begriff wenig populär scheint, der für viele für eine Politik von gestern oder für ein konkurrierendes politisches Gebilde steht, das man los werden möchte. Das politische Führungspersonal sieht sich als postimperial, da es oft aus dem Zusammenbruch von Imperien hervorgegangen war oder stark verneint, als Erbe solcher Imperien zu fungieren. Es verweist natürlich auch immer wieder darauf, dass die USA keine formelle politische Kontrolle über andere Staaten des internationalen Systems ausübten. Dies alles steht zunächst dafür, dass jene, die politisch herrschen und Macht ausüben, von diesem zentralen Code der Politik nicht sprechen, es sei denn, er ist nützlich

20 http://www.defenselink.mil/transcripts/2003/t02262003_t0225sdlajaz.html.

21 <http://islamabad.usembassy.gov/www03022202.html>. Der Nationale Sicherheitsberater Stephen Hadley allerdings charakterisierte eine unilaterale Invasion der USA in den Irak schlicht als »the imperial option« (zit. nach Niall Ferguson: *The Unconscious Colossus: Limits of (& Alternatives to) American empire*. In: *Daedalus* 2/2005).

22 Als Beispiel siehe C. Rice in einem Interview des ZDF v. 31.7.2003: »I wouldn't accept the comparison to the Roman Empire, of course, because the United States has no imperial ambitions. This is an unusual time. The United States has a preponderance of military power. It, of course, has a strong economy, a lot of influence in the world. But I think the point that's been missed here is that it is really the alliance of states that were on the right side of history after World War II (...). Yes, the United States is the most powerful state within that alliance. But we see this, really, as an opportunity for states that share values to have an opportunity to bring those values to other parts of the world where they are not yet - have not yet taken hold.« 1999 erklärte Clintons Sicherheitsberater Sandy Berger, die USA sei die »first global power in history that is not an imperial power.« Zitiert nach Niall Ferguson: *Hegemony or Empire?* In: *Foreign Affairs* September/Oktober 2003.

als Fassade oder Trugbild.²³ Mit beträchtlicher Wahrscheinlichkeit hat die Ablehnung des Empire-Begriffs in der politischen Klasse eine bloß taktische Dimension, wie der neokonservative Historiker Niall Ferguson ebenso amüsiert wie zynisch bemerkte: »I applaud their ability to disclaim imperial ambitions in all of their public pronouncements. That is precisely the right way to play it. The United States should constantly deny that it's an empire, should consistently promise that its troops will be withdrawn. This seems to me almost inherently part of the new American Empire. The key thing is not to mean these things.«²⁴

Dies hat nicht nur damit zu tun, dass für dieses politische Personal das Imperiale und der Imperialismus eindeutig mit kolonialer und territorialer Okkupation nach dem Modell des Imperialismus zu Beginn des letzten Jahrhunderts verknüpft ist.²⁵ Hier setzt sich so die bis heute wirksame US-amerikanische Tradition fort, die an den Empire-Begriff gebundene Konnotation zu Raum und Territorium zu vermeiden und konkrete imperiale Ambitionen hinter politisch abstrakten Universalismen wie »Menschenrechte«, »Internationalismus« (die 2002 publizierte National Security Strategy of the United States of America (NSS) spricht vom »distinctly American internationalism«), »Humanismus«, »amerikanische Werte« oder auch hinter der Rede von der »Führung« (»leadership«) zu verbergen. »America wasn't put here to dominate the world... We have a higher calling: to lead it«, erklärte der Präsidentschaftskandidat der Demokraten John Kerry 2004.²⁶ Und sicherlich spiegelt sich auch hier noch die taktische Rücksicht auf die traditionelle Geschichtskultur des Antiimperialismus der einstigen Kolonie wider, die auch zu den offiziell gepflegten Basiswerten der USA gehört und wonach die USA als die genuin postkoloniale Macht erscheinen, deren Anfangsbestimmung der antiimperiale Kampf (nicht aber die Ausrottung der indigenen Bevölkerung Nordamerikas) war. Ein »American Empire« wird da von vorneherein bestenfalls als »Empire of liberty« gedacht und die einst mehr »zufällig« erworbenen Kolonien aus der imperialen Episode der 1890er und ihres »kolonialen Moments« sind nach dieser großen Erzählung vom genuinen Antiimperialismus der USA schon lange wieder aus dem fragmentarisch gebliebenen Kurzzeitimperium entlassen und zehren zudem bis heute von den wohlthätigen Konturen, welche nach dem Selbstverständnis der US-Eliten die guten Ziele wie die leichthändigen Mittel seines dortigen zivilisatorisch-modernisierenden Wirkens gerade im (vorgeblichen) Unterschied zu

23 Siehe Franz Bosbach; Hermann Hiery (Hg.): Imperium/Empire/Reich, München 1999. Als einst die die Rede vom kaiserlichen oder faschistischen »Reich« noch gängig war, fungierte der harmlos klassifizierende Begriff »Weltpolitik« als Codewort für die Begriffe »Imperialismus« und »Neuaufteilung der Welt«, die nach dem Ersten Weltkrieg nicht mehr kommunikabel waren.

24 Niall Ferguson; Robert Kagan: The United States Is, and Should Be, an Empire: A New Atlantic Initiative Debate, AEI 17. 7. 2003, S. 21.

25 »If we were a true empire, we would currently preside over a much greater piece of the Earth's surface than we do« stellte Anfang 2004 Dick Cheney fest, s. New York Times (NYT) v. 25. 1. 2004.

26 Siehe NYT v.8.5.2004, S. A14. Zum folgenden Susan Carruthers: The Imperial Interrogative: Questioning American Empire, 3. Drew Colloquium in Transdisciplinary Theological Studies zu »An American Empire? Globalization, War and Religion«, 25-27. 9. 2003.

rassistisch-brutalistischen Praxen des britischen Empire auszeichneten. Sie stehen zudem für die besondere Form einer kolonialen Herrschaft, deren Oszillieren zwischen Annexionsstatus und Selbstherrschaft hochflexibel und ausreichend diffus war, um vielfältigste Formen direkter Machtausübung wie ideologischer Rechtfertigungen zu gestatten: Länder wie Puerto Rico gehörten den USA, aber nicht zu ihnen, sie waren weder eine Kolonie der USA noch ein unabhängiges Land, sondern ein »unincorporated territory«, welches »foreign in a domestic sense« war.²⁷ Ihr unmittelbarer politisch-militärischer Einschluss in ein Regime direkter Machtausübung war unnötig für eine Ordnung, in der die Vertreter des machtvollsten Teilsystems Ökonomie derlei Kostenaufwand offenbar für unnötig hielten. Ihnen ging es um Zugang (»open door« und »freedom of the seas«) und um Inkorporation in ein amerikanisch beeinflusstes und letztlich kontrolliertes System der die Gesellschaft umwälzenden und »zivilisierenden« Kapitalakkumulation – mehr nicht. Sie waren zudem davon überzeugt, dass der Religion oder ihren sakulären Schwestern die moralische Integration der Eingeborenen überlassen werden könne und dazu keine gesonderte politische Regulation sinnvoll sei, aus der erst dann der Empire-Verdacht entspringen könne.

Dieser gegenüber dem »American Empire« durchaus traditionellen Rede vom »amerikanischen Jahrhundert« fehlt die politische Schärfe: Gegen ein Imperium kann man Front machen, gegen ein Jahrhundert nicht. Auch im Lager der US-amerikanischen Militärs sind die Zweifel am »Empire« als Rhetorik, Konzept oder Selbstbeschreibung offenbar beträchtlich. Insofern verlässt die Begriffspolitik der Bush-Administration aus funktionellen und historischen Gründen die Praxis der faktischen Verhüllung der politischen Natur ihrer imperialen Aktionen nicht, die nicht nur für die US-Regierungen seit jeher typisch war. Der implizite und revolutionäre Ausgangspunkt ihrer Politik ist gleichwohl die Annahme einer qualitativ neuen globalen Disparität der Macht zwischen den USA und dem »Rest der Welt«, die es auf Dauer zu stellen gelte. Imaginiert (aber nicht expliziert) wird ein Ungleichgewicht, das dauert.

Die neokonservative Debatte

Eine Kerngruppe neokonservativer Ideologen und strategischer Intellektueller hat sich demgegenüber mittlerweile die Rede vom »American Empire« als politischen, zum Teil auch als wissenschaftlichen Kampf- und Zielbegriff zu eigen gemacht – für sie ist sogar »the logic of neoimperialism ... too compelling ... to resist«, weshalb ein »imperialist revival« notwendig sei.²⁸ Schließlich sind für sie

27 So 1911 in Downes v. Bidwell, S. American Quarterly 2/2004, S. 433.

28 Sebastian Mallaby: The Reluctant Imperialist: Terrorism, Failed States, and the Case for American Empire. In: Foreign Affairs 2/2002, S. 2-3, 6. Mallaby verlangte eine Rückkehr zu jenen Tagen, in denen »orderly societies [imposed] their own institutions on disorderly ones.« (Los Angeles Times v. 26.1.2003). S. a. Tarak Barkawi, Mark Laffey: Retrieving the Imperial: Empire and International Relations. In: Millennium 1/2002, S. 109-127. Mallaby gehörte ursprünglich zum Lager der »liberalen Interventionisten«.

die Amerikaner spätestens seit 1989 die »undisputed masters of the world«.²⁹ In der neokonservativen Richtung ist dieses Verständnis (nicht unbedingt aber immer der Begriff) hegemonial. Das »Empire« ist für sie das neue legitime und oftmals nassforsch hingeworfene Codewort geworden, das die Einzigartigkeit der USA und ihrer Stellung im internationalen System aufruft. »Empire« – das ist funny (Hanson) und cool. Der Begriff fordert heraus. Er provoziert ganz anders als die alte Rede von der Supermacht (ein 1944 erfundener Begriff) oder vom Hegemon. Und er markiert einen im Zweifel ruppigen Sachzwang – Empire ist unvermeidlich: »Sadly, there are still a few places in the world that must be ruled before they can be freed«, erklärte Niall Ferguson 2005, und fährt fort: »Sadly, the act of ruling them will sorely try Americans, who instinctively begrudge such places the blood, treasure, and time they consume. Yet saddest of all, there seems to be no better alternative available to the United States and to the world«.³⁰

Einige wenige Vertreter des neokonservativen Feldes allerdings, die nicht selten als verbal zurückhaltendere Grenzgänger im Regierungsraum operieren oder vor allem noch zu der ersten Generation des Neokonservatismus gehören – also etwa die Norman Podhoretz, Nathan Glazer oder William Kristol – lehnen demgegenüber den Begriff »Empire« zumindest vordergründig ab. So hält Philip Zelikow, der als indirekter Autor der nationalen Sicherheitsdirektive von 2002 gilt, den Gebrauch dieses Begriffs für »böartig« und sieht darin eine politische Polemik, mit der jede Art von Einflussnahme etikettiert und diskreditiert werde. Unter »Empire« werde beschrieben »any circumstance where a powerful country exerts influence over lesser powers, whether direct or indirect, physical, cultural or commercial«, eine »shallow equation of all sorts of economic and cultural influences with ›imperialism‹«. But these imperial metaphors, of whatever provenance, do not enrich our understanding; they impoverish it. They use a metaphor of how to rule others when the problem is how to persuade and lead them.« Unter Empire versteht Zelikow demgegenüber das hergebrachte und nach seiner Ansicht auf die USA in keiner Weise zutreffende Verständnis einer schrankenlosen Durchgriffsdiktatur: »Real imperial power is sovereign power. Sovereigns rule, and a ruler is not just the most powerful among diverse interest groups. Sovereignty means a direct monopoly control over the organization and use of armed might. It means direct control over the administration of justice and the definition thereof. It means control over what is bought and sold, the terms of trade and the permission to trade, to the limit of the ruler's desires and capacities. In the modern, pluralistic world of the 21st century, the United States does not have anything like such direct authority over other countries, nor does it seek it.«³¹ Danach wäre allerdings auch die Verwendung des Begriffs zur Charakterisierung des »britischen«, in mancherlei Hinsicht auch des »römischen« Empire unangebracht. Anna Simons Aufsatz

29 Charles Krauthammer, zitiert nach *The Guardian* v. 18. 9. 2002.

30 Niall Ferguson: *The Unconscious Colossus: Limits of (& Alternatives to) American empire*. In: *Daedalus* 2/2005.

31 Philip Zelikow: *The Transformation of National Security*. In: *The National Interest* 71 (2003).

»The Death of Conquest« ist ein weiteres Beispiel für eine ablehnende Haltung, die mit dem Fehlen der Merkmale der klassischen imperialen Ordnung argumentiert: »But we are clearly not conquerors in the classical imperial sense. We do not seek permanent physical control. We are neither interested in forcibly subjugating nor in forcibly absorbing foreign populations. We do not exact tribute. Nor do we force anyone to labor on our behalf. Perhaps most significant but least appreciated, we also do not militarily seize or appropriate anything without offering compensation.«³² Auch ein hard core neoconservative wie Charles Krauthammer hat sich gelegentlich von dem Begriff distanziert: »The use of the word ›empire‹ in the American context is ridiculous. It is absurd to apply the word to a people whose first instinct upon arriving on anyone's soil is to demand an exit strategy. I can assure you that when the Romans went into Gaul and the British into India, they were not looking for exit strategies. They were looking for entry strategies.«³³ Hier wird stattdessen weiterhin den Begriff »Hegemonie« vorgezogen – was wiederum von anderen Vertretern der neokonservativen Strömung wie Deepak Lal abgelehnt wird: »the starting point must be to recognize the United States not merely as the world's hegemon, but as an empire.«³⁴

Im Wesentlichen ist eine mehr oder weniger explizite Referenz auf den Begriff Empire im Diskursraum des Neokonservatismus mittlerweile problemlos. Die Rede vom »American Empire« wird als politisch-rechtliche Konsequenz einer neuen militärisch-politischen Selbststärkung der ökonomisch wie kulturell uneinholbar dem Rest der Welt davongezogenen USA interpretiert.³⁵ Die USA befinden sich definitiv im Aufstieg: »This is the end of the decline« (Michael Novak), die declinists haben theoretisch wie praktisch verloren. Und die Rede vom American Empire ist selbst nur ein Element des konsequenten Verzichts auf die alte Rhetorik

32 Anna Simons: The Death of Conquest. In: The National Interest 71 (2003), S.42.

33 Charles Krauthammer: Democratic Realism: an American Foreign Policy for a Unipolar World, Washington 2004, S. 2. Ähnlich auch Dan Morgan: A Debate Over US »Empire« Builds in Unexpected Circles. In: Washington Post v. 10. 8. 2003. Für Glazer ist daegegen die »junge« Generation der Neokonservativen von der triumphalistischen Hauptidee des »Empire« okkupiert, siehe Liel Leibovitz: Tales of the Neocons. In: The Jerusalem Report v. 28. 6. 2004.

34 Deepak Lal: An Imperial Denial. In: Yale Global v. 6. 1. 2005.

35 In der theoretischen Debatte des Neokonservatismus stehen für die Entwicklung dieser Position und ihrer Kritik seit Anfang der 90er Jahre etwa Texte von Charles Krauthammer: The Unipolar Moment. In: Foreign Affairs Nr. 70 (1990-91); Michael Mastanduno: Preserving the Unipolar Moment: Realist Theories and U.S. Grand Strategy. In: International Security 4/1997, S. 49-88; Barry R. Posen; Andrew L. Ross: Competing Visions of U.S. Grand Strategy. In: International Security 3/1996-7, S. 5-53; William C. Wohlforth: The Stability of a Unipolar World. In: International Security 1/1999, S. 4-41; Robert Kagan; William Kristol: The Present Danger. In: The National Interest 59 (2000), S. 57-69; Zalmay Khalilzad: Losing the Moment? The United States and the World After the Cold War. In: Washington Quarterly 2/1995. S. a. John G. Ikenberry: After September 11: America's Grand Strategy and International Order in the Age of Terror. In: Survival 4/2001-02, S. 19-34; Steve E. Miller: The End of Unilateralism or Unilateralism Redux? In: The Washington Quarterly, 1/2002, S. 15-29; Joseph S. Nye: Tests: Between Concert and Unilateralism. In: The National Interest Winter 2001/02, S. 5-13; Robert Jervis: Doomed to Failure: Grand Strategy in a Weak State, Lecture v. 2. 2. 2000 in Yale. Zuvor bereits sehr einflussreich Zbigniew Brzezinski: The Grand Chessboard: American Primacy and Its Geostategic Imperatives. New York 1997.

des Kalten Krieges mit Wörtern wie »Totalitarismus«, »fünfte Kolonne«, »Infiltration« oder »Finnlandisierung«. Der Neokonservatismus erfand einen neuen politischen Sprechcode und stellte ihn gegen die politische Rhetorik des Liberalismus – es ging um »Unipolarität«, »Universalismus«, »Freiheit«, »Demokratie wagen«, »demokratischer Globalismus«, »Empire«, »Terrorismus« statt »freien Märkten«, um den »Zusammenstoß der Zivilisationen« statt um »Multikulturalismus«, um »Kreuzzüge«, »asymmetrische« oder »unbegrenzte Kriege« statt um »humanitäre Interventionen« oder »Wettbewerb«.

Ein einigermaßen konsistenter Konsens über den Inhalt des Begriffs Empire hat sich aber auch im neokonservativen Milieu bislang nicht etablieren können. Das betrifft sehr einfache Schlüsselfragen wie:

- Was ist die Differenz zwischen »Empire« und »Imperialismus«?
- Existiert ein »American Empire« bereits oder handelt es sich um eine politische Zielgröße?
- Wenn es existiert: Wer gehört eigentlich dazu und wo sind seine Grenzen?
- Welchen spezifischen Modus der Herrschaft zeichnet diese Ordnung aus und wie wird diese legitimiert?

Dissens gibt es zunächst hinsichtlich der abgrenzenden Unterscheidung von »Empire« und »Imperialismus«. Die Mehrheit der prominenten neokonservativen Wortführer spricht zwar vom »Empire«, lehnt aber zumeist den Begriff des »Imperialismus« ab, ohne dass allerdings eine solche Position in irgendeiner Weise analytisch durch eine Ausarbeitung des Unterschieds zwischen beiden Begriffen untermauert worden wäre. Sie baut zumeist auf die verbreitete Ansicht, dass vom »Imperialismus« nur reden dürfe, wer einen territorial ausgewiesenen, direkten Kolonialismus präsentieren kann. Imperialismus kollabiert hier unversehens in eine bestimmte, klassische Form des Kolonialismus. Mehr noch geht es ihnen mit der Ablehnung des Begriffs Imperialismus darum, »to eschew the labels of Marxism and Leninism« und festzuhalten, dass die »expansion of a free market is not, in fact, imperialism«. Die »expansion of American power is a good thing for America and for the world«, weshalb, so Robert Kagan in einer Debatte im American Enterprise Institute am 17. 7. 2003, die »essence of American policy ... not imperialist« sei.

Auffällig ist freilich, dass sich dies 2002/3 geändert hat: spezifizierende, aber dennoch klare Bekenntnisse zum Begriff »Imperialismus« auf Seiten einiger sehr prominenter, medial präserter und einflussreicher Neokonservativer wie Boot, Kaplan, Rosen oder Mallaby haben sich seitdem deutlich gehäuft, ohne dass hier freilich schon ein wirklich breiter und hegemonialer, mit der begriffspolitischen Zielfigur des Imperialismus hantierender neuer Mainstream im Neokonservatismus entstanden wäre: »U. S. imperialism has been the greatest force for good in the world during the past century«, erklärte etwa ein Max Boot recht forsch und zu-

gleich nostalgisch im Jahre 2003.³⁶ Robert Cooper – damals ein führender außenpolitischer Berater des britischen Premierministers Tony Blair und später Büroleiter Solanas, der wesentliche konzeptionelle Verantwortung für die Europäische Sicherheitsstrategie trug – entwickelte etwa die Idee des »cooperative empire«, um Zonen der Unordnung (Afghanistan, Burma, Somalia, Kolumbien, Zimbabwe) zu restabilisieren und das alte britische Empire mit im neuen Spiel zu halten. Klassische (prämoderne oder moderne) Imperien sind für Cooper dazu da, Ordnung, Kultur und Zivilisation ihrer diversen Elemente zu sichern – und Diversität ist die Essenz des Imperiums. Um diese Funktion zu sichern, macht für ihn ein Imperialismus neuer Art Sinn. »What is needed«, erklärte Cooper, »is a new kind of imperialism, one acceptable to a world of human rights and cosmopolitan values... an imperialism which, like all imperialism, aims to bring order and organization but which rests today on the voluntary principle. Postmodern imperialism takes two forms. First there is the voluntary imperialism of the global economy. This is usually operated by an international consortium through International Financial Institutions such as the IMF and the World Bank – it is characteristic of the new imperialism that it is multilateral...The second form of postmodern imperialism might be called the imperialism of neighbours. Instability in your neighbourhood poses threats which no state can ignore. Misgovernment, ethnic violence and crime in the Balkans pose a threat to Europe. The response has been to create something like a voluntary UN protectorate in Bosnia and Kosovo... If this process is a kind of voluntary imperialism, the end state might be described as a cooperative empire ...The postmodern EU offers a vision of cooperative empire, a common liberty and a common security without the ethnic domination and centralised absolutism to which past empires have been subject, but also without the ethnic exclusiveness that is the hallmark of the nation state.«³⁷ In dieser neuen Freude am Imperialismus schimmert dann nicht nur die alte aufregende britisch-imperiale Kultur, sondern auch ein politischer Triumphalismus nach dem »militärischen Sieg« über den Irak durch und endlich auch die Herkunft der Neokonservativen aus linken Milieus und die damit verbundene Eingebetheit in die Verwendung des Begriffs »Imperialismus«. An einer präzisen Unterscheidung zwischen »Empire« und »Imperialismus« ist jedoch auch dieser Gruppe wenig gelegen, in der sich recht trübe Nostalgie und Avantgardismus mischen.

36 Max Boot: American Imperialism? No need to run away from label. In: USA Today v. 6. 5. 2003, S. 15A sowie ders.: »Washington needs a colonial office«. In: Financial Times v. 3. 7. 2003, S. 19. Für Mallaby ist der »Neo-imperialismus« »the rich man's burden«.

37 Robert Cooper: The Post-Modern State, The Foreign Policy Centre 2002. S. a. Robert Cooper: Why We Still Need Empires. In: Guardian v. 7.4.2002, S.27 sowie Ottawa Citizen v. 5. 5. 2002, S. A14, zitiert nach Ivan Eland: The Empire Strikes Out. The »New Imperialism« and Its Fatal Flaws. In: Policy Analysis Nr. 459 v. 26. 11. 2002, S. 4. »We need to revert to the rougher methods of an earlier era – force, preemptive attack, deception, whatever is necessary...Among ourselves, we keep the law but when we are operating in the jungle, we must also use the laws of the jungle.«

Ebensowenig sind sich die neokonservativen Verfechter des Begriffs einig, ob angesichts der neuen weltpolitischen Situation ein American Empire erst hergestellt werden müsse, wir uns also noch auf dem »road to empire« (James Kurth) befinden, ob es demgegenüber womöglich ein American Empire bereits gibt (und es verteidigt oder ausgedehnt werden müsse)³⁸ und ob wir es in diesem Fall mit einem rising empire zu tun haben (so dereinst die Formulierung eines George Washington im März 1783) – entsprechend variieren die Begründungen für eine im Endeffekt gleichermaßen revisionistische Politik. Schließlich ist die Entstehung eines Empire kein Ereignis, sondern ein Prozess. Auch hier gibt es allerdings charakteristische Veränderungen: Seit Ende 2002 häuften sich Stimmen aus dem neokonservativen Lager, wonach die USA bereits mitten im Empire-Business steckten und die schlichte Frage sei: »How do we manage this world?«³⁹ Nahe liegt eine nächste Argumentation: dass es das American Empire schon sehr lange gegeben habe – und es dieses Empire noch sehr lange geben werde.⁴⁰

Weiter besteht auch unter den neokonservativen Intellektuellen keineswegs Einigkeit, wer und was denn eigentlich zum American Empire zu rechnen sei. Eine recht atemberaubende Zielsetzung publizierte noch vor Nineelevn James Kurth vom Swarthmore College in der neokonservativen Theoriezeitschrift *The National Interest* in einem Artikel, dessen Überschrift »The Next NATO« untertitelt war mit »Building an American Commonwealth of Nations«. Globalisierung, so Kurth, meine nichts anderes als die Globalisierung des »American way« und eine buchstäbliche Expansion der USA. Europa als der am stärksten amerikanisierte Teil der Welt müsste einem erweiterten Amerika angehören. »Amerika« müsse also neu definiert werden: »Worum es in Wirklichkeit geht ... sind nicht einfach amerikanische Interessen oder amerikanische Ideale. Es geht um amerikanische Identität, vor allem um die Neuerfindung der amerikanischen Identität durch die politischen, ökonomischen und kulturellen Eliten, um sie für die neue Ära der Globalisierung zu rüsten. Während Amerika bei weitem die stärkste Macht und die größte Ökonomie auf dem Globus ist, glauben diese Eliten, dass es nicht länger ausreicht für Amerika, nur aus dem nordamerikanischen Kontinent und nur aus Amerikanern zu bestehen; diese Definition von Amerika ist überholt ... es ist noch nicht möglich für Amerika gleichermaßen auf jedem Kontinent zu existieren und gleicher-

38 Ähnlich auch der wissenschaftsinterne richtungsübergreifende Dissens darüber, ob es mittlerweile ein unipolares System gibt (z. B. Kagan, Krauthammer) oder ob wir es (noch) mit einem multipolaren zu tun haben (z. B. Mearsheimer, Rabkin).

39 So die Fragestellung eines Interviews mit Robert D. Kaplan in *Atlantic Unbound* v. 16. 6. 2003. S. a. Niall Ferguson: *The »E« Word. Admit it: America is an empire.* In: *Wallstreet Journal* v. 7. 6. 2003: »If this isn't imperial power, I don't know what is ... we will have cause to celebrate the advent of this American empire.«

40 So Niall Ferguson: *Colossus: The Price of America's Empire.* New York 2004, nach dessen Ansicht die USA schon lange ein liberales Empire waren und das Problem nicht ist, dass es zu viel, sondern das es zu wenig American Empire gibt, weil seine Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt und auch zur Okkupation von Territorien gegenüber der Fülle neuer »failed states« zurückbleibe, deren »partial or complete suspension of their national sovereignty« (S. 170) ins Auge zu fassen sei. Boot, Ferguson, Kaplan, Rosen und Kurth sind sicherlich die schneidigsten neokonservativen Empire-Liebhaber.

maßen aus Völkern von überall auf der Welt zu bestehen; diese Definition von Amerika ist voreilig. Die Definition von Amerika die am besten zur gegenwärtigen Epoche passt ... ist eine, welche als Teil der neuen und vergößerten amerikanischen Identität Europa einschließt, jenen Kontinent, der am weitesten den amerikanischen Weg gegangen ist.«⁴¹ Was Kurth hier richtig fasst, ist die Schlüsselrolle der USA im Prozess der Globalisierung⁴² und die argumentative Linie ist die Radikalisierung der Empire-Idee (in deren Spannungsfeld »Förderung« und schließlich sogar Integration in einem globalen American Empire liegen). Dies knüpft an der klassischen Idee eines Übergangsregimes zu einem Territorialimperium an, die Carl Schmitt 1950 in »Nomos der Erde« skizzierte und ist aber doch von ihr radikal verschieden. Schmitt beschrieb diese »eigenartige Mischung aus offizieller Abwesenheit und effektiver Anwesenheit« so: »Der territoriale Boden-Status des gelenkten Staates wird nicht in der Weise verändert, dass sein Land in Staatsgebiet des lenkenden Staates verwandelt wird. Wohl aber wird das Staatsgebiet in den spatialen Bereich des kontrollierenden Staates und dessen special interests, d. h. in seine Raumhoheit, einbezogen. Der äußere, entleerte Raum der territorialen Souveränität bleibt unangetastet, der sachliche Inhalt dieser Souveränität wird durch Sicherungen des ökonomischen Großraums der kontrollierenden Macht verändert. Die politische Kontrolle oder Herrschaft beruht hier auf Interventionen, während der territoriale Status quo garantiert bleibt. Der kontrollierende Staat hat das Recht, zum Schutz der Unabhängigkeit oder des Privateigentums, zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit, zur Wahrung der Legitimität oder Legalität einer Regierung oder aus anderen Gründen, über die er selbst nach Ermessen entscheidet, in die Verhältnisse des kontrollierten Staates einzugreifen.«⁴³ Ein amerikanisches Empire, wie es sich Kurth hier vorstellt, hat allerdings wenig zu tun mit einer handfesten, raum-hoheitlichen Eingemeindungs-vorstellung, sondern geht von einer weitgehend autonomen Selbstassimilation vormals verschiedener Ordnungen aus und setzt somit auch den Gedanken der nicht-territorialen, informellen Imperialität fort, welche seit Anfang des letzten Jahrhunderts das US-amerikanische Projekt der Imperialität auszeichnete.⁴⁴ Deutlich wird dies an einer Skizze der klassischen Protektorats- und Kolonialisierungsidee, die ebenfalls Kurth 2003 vortrug: »Essential to every empire is an imperial class – the civil officials, military officers and business managers who go forth from the empire’s metropole to its dominions and colonies to carry out its

41 The National Interest 65 (2001).

42 Vgl. Leo Panitch: Neuer Imperialismus – neue Imperialismustheorie. In: Z 52 (2002), S. 80 f., wonach die Bewältigung des zweiten großen Globalisierungsschubs im letzten Quartal des 20. Jahrhunderts die Existenz eines Staates verlangte, der in der Lage war, die anderen Staaten anzuleiten, anzuführen, zu organisieren und sie zu beeinflussen und es daher in dieser Zeit zu einem Wiederaufbau der imperialen Kapazitäten der USA gekommen sei; im Zentrum ihrer Aktivitäten steht die Herstellung, Sicherung und Ausweitung freier Kapitalmärkte.

43 Zitiert nach FAZ v. 19. 11. 2002.

44 S. Simon Dalby: Political Space: Autonomy, Liberalism, and Empire. In: Alternatives 30 (2005), S. 415-441; Neil Smith: The Endgame of Globalization. New York/London 2005.

policies and practices. In other words, it is inherent in an empire that certain people will be imperial emigrants ... it is useful to distinguish between the three different components of an imperial class-civil, military and business... The problem, perhaps the void, in the American imperial class lies in the civil officials. There is no obvious equivalent of the Indian Civil Service or the Colonial Civil Service of the British Empire... The real civil servants of the American empire are not American in their physical origin. They are, however, American in their intellectual apparatus... From the perspective of the American empire, these imperial immigrants/emigrants – local in their outer appearance, American in their inner attitudes – are perfect candidates for political and economic leadership in the empire’s outer and even inner domains. And, indeed, a significant number of current officials in Latin America, Europe and East Asia are graduates of American universities, and an even larger cadre of graduates is now entering into official careers. The ability of the American empire to govern its domains will depend upon its success in producing this distinct kind of immigrant/emigrant to serve as its distinct kind of imperial civil official. In the empires of the past, the metropole served as the mind, and the colonies served as the body. The American empire is attempting to solve the imperial mind-body problem in a new way. In a sense, it seeks to perform a series of brain-transplants, to put an imperial mind into a colonized body.«⁴⁵ Diese Vorstellung ist insofern durchaus realistisch, als fast alle der 3,8 Millionen US-Amerikaner, die im Ausland leben, in nur vier Räumen (Kanada, Mexico, Europa und Israel) leben. Ein globales American Empire, dessen Führungspersonal aus stammländischen US-Amerikanern sich rekrutiert, ist da schlecht zu machen. Ein spezifisch amerikanisches Problem ist dies freilich nicht: Die französische Kolonialadministration war bevölkert von Männern, die aus peripheren Regionen Frankreichs kamen (wie Korsika) oder aus den Kolonien selbst.

Insgesamt aber ist auffällig, wie wenig kohärent und ausgearbeitet die Vorstellungen der neo-konservativen Community über Reichweite, räumliches Profil und Zeitdimension eines amerikanischen Imperiums sind. Die einschlägigen Positionen und Konzepte in dieser neuen Kultur des imperialen Revisionismus unterscheiden kaum zwischen nationalstaatlicher Aktionsreichweite, globaler Hegemonie, Welt-herrschaft – und was dies alles mit der Entstehung eines Empire zu tun haben könnte. Während die skizzierten handfest territorialpolitischen Erwägungen auch im neokonservativen Milieu eher selten sind und sie erstaunlich unklar und zurückhaltend bei der Beantwortung der Frage sind, wer und was denn nun zu einem solchen Empire zu rechnen wären, gibt es allerdings durchaus einen teils impliziten oder verschwiegene, teils expliziten Konsens über die Strukturen, Formen und Arbeitsweisen politischer Imperialität, der sich aus zahlreichen Äußerungen von Schlüsselpersonen und Leittexten rekonstruieren lässt. Materiell be-

45 James Kurth: Migration and the dynamics of empire. In: The National Interest Spring 3/2003.

deutet Imperialität im Paradigma des Neokonservatismus eine disziplinierende Politisierung des Staates: Der militärische Faktor wird nicht nur als last resort, sondern auch als frühes operatives Instrument und zentrales Politikfeld hochgeschätzt. Der nationale Sicherheitsstaat mit einer starken Exekutive (»unified command«), einer Entwertung parlamentarischer Teilhabe und zivilstaatlicher Legitimationsagenturen, Geheimhaltung und Limitierung der Bürgerrechte ist die Form dieser Disziplinierung, die zudem weitaus stärker als einst sich verkoppelt mit dem Moment der Privatisierung des Sicherheitsstaates und Militärs, also zugleich zum militärischen Kontraktstaat mutiert. Zwar sind hier das Private und das Staatliche eng verknüpft, die Welt des Ökonomischen taucht aber in aller Regel nur als Neuaufleben der Kultur des greedy capitalism auf, in welcher der Staat als Organisationsmedium der Korruption, große Bereicherungskasse vor allem für die Rüstungsindustrie und wissenschaftlich-technisches Innovationszentrum vorkommt. Die Umverteilung »von unten nach oben und von außen nach innen« ist der innere Bewegungsmodus der politischen Ökonomie imperialer Aneignung, die sich durch Kulturen der Exklusion, Superiorität und Ungleichheit realisiert. Die Finanzierung des imperialen Projekts geschieht – so der Gedanke – durch Staatsverschuldung und Tributsetzung (andere Staaten, Ressourcen). Die Schlüsselrolle im neokonservativen Paradigma des Politischen spielt aber die Außenpolitik. Sie geht davon aus, dass zwischen den USA und »dem Rest der Welt« seit 1989 die grundlegende Disparität einer unipolaren Situation existiert, die auf Dauer gesetzt und vertieft werden kann. Ihre Ambition geht über den Aufbau und die Sicherung globaler Reichweite (»reach«) hinaus auf die revolutionäre, transformative Produktion von Weltordnung durch eine massive Aufwertung des Instrumentariums eines politisch-militärischen Unilateralismus, des hegemonialen Rechts, einer Politik der begrenzten Souveränität, der präventiven Intervention und der Kreuzzugpolitik (»mission«), also durch Aufwertung politisch-militärischer Geopolitik und von Formen der direkten Herrschaft (zeitweilige Protektorate, Okkupation, Ethos des »politischen Kriegertums«). Militärisches Grenzmanagement und informelle Penetration in die inneren Welten der »Peripherie« sind die zentralen Aktivitäten auf dem Weg zur globalen »Raumhoheit« (Carl Schmitt). Dabei gibt es intensive Debatten über den Modus der Machtausübung. Im Kern soll ein American Empire tun können, was es will. Während Boot den USA eine globale Empire-Rolle zudenkt, die sich formal über die UN realisiert und ansonsten mit einer simplen Forderung auffällt (»Washington Needs a Colonial Office«⁴⁶), tritt Mallaby für eine eigene US-geführte internationale Körperschaft jenseits der UN ein. Kaplan widerum schreibt den USA kurzweg die alleinige Akteursrolle zu (»We and nobody else will write the terms for international society«⁴⁷). Wesentlich weiter als Kurth geht Niall Ferguson, der die USA auffordert, »(to) make the transition from

46 So der Titel seines Beitrags in der Financial Times v. 3. 7. 2003.

47 Robert D. Kaplan: Warrior Politics: Why Leadership Demands a Pagan Ethos. New York 2002, S. 144 f.

informal to formal empire«.48 Neokonservative wie Ferguson teilen zwar die Ansicht nicht, dass eine unmittelbare, direkte Einbeziehung in ein formelles Regierungssystem vorliegen müsse, um von einem »Empire« reden zu können. Auch das britische Empire habe weite Teile des Globus indirekt – d. h. vor allem mit ökonomischen Mitteln – beherrscht. Daher sprechen sie problemlos vom American Empire, plädieren für eine Aufwertung der Elemente unmittelbaren Zwangs und wollen hiermit eine Differenz zur bislang üblichen Rede von der »Hegemonie« aufmachen. »It is certainly true that in economic terms, the United States accounts for a much higher share of global output than the United Kingdom ever did, and it is also true that in military terms, the United States enjoys a greater lead over its rivals (one even bigger than that enjoyed by the United Kingdom immediately after 1815). But in other respects, the two countries' positions are reversed. A century ago, the United Kingdom's formal empire was very large indeed, covering nearly a quarter of the world's surface and ruling roughly the same proportion of its population. Today, on the other hand, the United States' formal empire includes just 14 dependencies (of which the largest is Puerto Rico) and covers less than 11,000 square kilometers. A century ago, the United Kingdom could draw wealth and personnel from the 15 million of its subjects who had settled in the temperate zones of the empire. Today, by contrast, fewer than four million Americans reside abroad, and nearly all of them live in Canada, Mexico, or Western Europe. A century ago, the United Kingdom was a net exporter of capital, on such a scale that it truly deserved to be called »the world's banker«. Today, the United States is a net importer of capital on almost as large a scale. A century ago, British leaders could devote the lion's share of their attention and taxpayers' money to imperial defense and grand strategy, since before 1910, government provided only minimal care for the sick and elderly, and most of that was local. Today, Washington spends its money on social security, defense, welfare, and Medicare – in that order.«49 Hier wird im neokonservativen Diskurs die Vielfalt der Herrschaftsmethodiken imperialer Projekte hervorgehoben: Imperien »exercise great authority over large and varied territories populated by diverse ethnic groups, cultures, and religions. They rely on a broad range of tools and incentives to maintain this dominance: political persuasion, economic advantage, and cultural influence where possible; coercion and force when necessary... empires do not always have sovereignty over their domains. This was certainly the case with Athens. It was also the case in the early period of the Roman Empire, when Rome sought domination rather than direct control over its dependencies.«50

Wie aber kann eine neuimperiale Dominanzstruktur legitimiert werden? Hier bewegt sich die neokonservative Community auf vertrautem moralpolitischen Ge-

48 Zitiert nach Harvey, *Imperialism*, S. 3.

49 Siehe Niall Ferguson: *Hegemony or Empire?* In: *Foreign Affairs* September/Oktober 2003.

50 So der Präsident des Nixon-Centers in Washington und Mitherausgebers der »National Interest« Dimitri K. Simes: *America's Imperial Dilemma*. In: *Foreign Affairs* 6/2003.

biet: Legitimation geschieht auf einfache und traditionelle Weise – es geht um Werte. »We are the good guys«, so Boot – die USA sind ein »gütiger Hegemon«, ein »benevolent empire« (Robert Kagan schon 1998). »We are an attractive empire«, schrieb das Wall Street Journal, »the one everyone wants to join.«⁵¹ Es gilt demnach zu unterscheiden zwischen dem guten und dem schlechten Empire. Das gute Empire hat gute Absichten, wie schon 1919 der politische Theoretiker John Watson in seinem Buch »The State in Peace and War« zum britischen Empire vermerkte: »Political rule over others«, schrieb er, »(is) justified if the rulers exercise their authority for a good that transcends their own desires.«⁵² In diesem Kontext werden dann auch die imperialen militärische Aktivitäten interpretiert, an die Eiland erinnert: zwischen 1800 und 1906 war das britische Empire in 98 Kriege und militärische Konflikte involviert, die USA ihrerseits waren zwischen 1801 und 1904 in 101 kriegerische Konflikte verwickelt, die – natürlich – als Unternehmen der Befreiung verstanden wurden⁵³ – daher im übrigen der moralisch-idealistische Ton, den die US-Außenpolitik dann (bis heute) anzuschlagen pflegte. In neokonservativer Sicht ist das britische Empire letztlich ein gutes, ein vorbildliches Unternehmen gewesen, dem nachzueifern die USA aufgefordert seien. Niall Ferguson gibt im Vorwort zu seinem Buch über das britische Empire ein Beispiel für diese fast uneingeschränkt positive Referenz auf das britische Empire: »Today, the principal barriers to the optimal allocation of labour, capital and goods in the world are, on the one hand, civil wars and lawless, corrupt governments, which together have condemned so many countries in sub-Saharan Africa and parts of Asia to decades of impoverishment; and, on the other, the reluctance of the United States and her allies to practice as well as preach free trade, or to devote more than a trifling share of their vast resources to programmes of economic aid. By contrast, for much (though certainly, as we shall see, not all) of its history, the British Empire acted as an agency for imposing free markets, the rule of law, investor protection and relatively incorrupt government on roughly a quarter of the world. The Empire also did a good deal to encourage those things in countries which were outside its formal imperial domain but under its economic influence through the ›imperialism of free trade‹. Prima facie, therefore, there seems a plausible case that the Empire enhanced global welfare – in other words, was a Good Thing.(...) Yet the fact remains that no organization in history has done more to promote the free movement of goods, capital and labour than the British Empire in the nineteenth and early twentieth centuries. And no organization has done more to impose Western norms of law, order and governance around the world.«⁵⁴

51 Zitiert nach Corey Robin: Endgame. Conservatives after the Cold War. In: Boston Review 1/2004, S. 28.

52 Zitiert nach Ivan Eland: The Empire Strikes Out. The »New Imperialism« and Its Fatal Flaws. In: Policy Analysis Nr. 459 v. 26. 11. 2002, S. 3; siehe auch Clyde Prestowitz: Rogue Nation: American Unilateralism and the Failure of Good Intentions. New York 2003.

53 S. Michael W. Doyle: Empire Ithaca, N.Y. 1986; Eland, Empire, S.11.

54 Niall Ferguson: Empire: The Rise and Demise of the British World Order and the Lessons for Global Power. London 2003, Vorwort. Weder beabsichtigte das britische Empire, Recht, Fairness, Friede oder freie Märkte durch-

Ein Empire trägt danach die Möglichkeit des Guten in sich (»...that our Empire is an Empire of liberty, of truth, and of justice« – Disraeli in einer Rede am 18. 7. 1878), zum Beispiel indem es nicht nur Sicherheit schafft, sondern auch die Institutionen der bürgerlichen Demokratie und Freiheit in der Welt durchsetzt; so verbindet ein Empire aufs schönste die gebieterische Logik der Sicherheit mit der Tugend der zivilisatorischen Weltverbesserung. Imperiale Aneignung und Absicherung unruhiger Orte schaffen Ruhe, Ordnung und Sicherheit für die Bewohner des Empire und die neuhinzukommenden Eingeborenen, denen mit der neuen Ordnung auch demokratische Werte und Einrichtungen gebracht werden. In Gebieten wie dem Irak ist nach dieser Ansicht ein American Empire »the last hope of democracy and stability alike«.55 In den Worten von Boot im Jahr 2002: »We don't want to enslave other countries and loot their resources. We want to liberate oppressed peoples and extend to them the benefits of liberal institutions.«56 Derselbe Boot vermerkt freilich, dass die Durchsetzung solcher Ziele im Zweifel mit der Gewehrspitze zu erfolgen habe, auf gute alte militärimperialistische Art also.⁵⁷

Es sind also zunächst militärische Gründe, die zu einer Positivbewertung imperialer Projekte führen. Nochmals Max Boot: »If we don't stop the bad guys, who will? If we don't police the world, who will? The job of policing these distant lands — places full of failed states, criminal states, or simply a state of nature — ultimately falls to us, which means that whether we like it or not, liberal imperialism appears to be in our future.«⁵⁸ Neokonservative wie Boot, Kagan, Haass, Malaby oder Ferguson sehen den positiven Sinn eines amerikanischen Empire darin, dass es allein imstande sei, neue militärische Bedrohungen zu konterkarieren, die in großer Vielfalt entstanden seien: Terror, Schurkenstaaten, »failed states«, Proliferation von Massenvernichtungswaffen. Eine Strategie des Aufbaus eines guten Empires verspricht, diese neuen schweren Probleme zu lösen: terroristische Grup-

zusetzen, noch war es dazu imstande. Mike Davis Skizze der Hungerpolitik des gütigen britischen Imperiums legt hiervon beredt Zeugnis ab, siehe Mike Davis: Die Geburt der Dritten Welt, Hamburg 2004. Frederick Cooper: Empire Multiplied. A Review Essay. In: Comparative Studies in Society and History 4/2004, S. 261 hat gefragt, wo die Imperialismen liberal waren: »Canada minus the Native-Americans? Australia minus the Aborigines? New Zealand minus the Maoris, India minus the Indians, Africa minus the Africans?« Auch ein reformistischer Imperialismus war damals Ausnahme und nicht bestandsfähig – er war einfach zu teuer.

55 Michael Ignatieff: The Burden in: NYTimes Magazine v. 5. 1. 2003, S. 54.

56 Max Boot: The Savage Wars of Peace: Small Wars and the Rise of American Power, Gespräch mit James Gibney. In: Slate, May 8, 2002, www.slate.msn.com/?id=2065505; Boot ist Olin Senior Fellow on National Security Studies beim Council on Foreign Relations. So argumentiert auch Kaplan: Warrior Politics, S. 147, 154, wonach die imperiale Ordnung eine »dependable form of protection for ethnic minorities and others under violent assault« sei, wie ja das aktuelle Beispiel des Minderheitenschutzes mit den Mitteln des Luftkriegs im Irak zeigte. Und als früheres Beispiel Ronald Steel: Pax Americana. New York 1967, S.14 ff., wonach die USA eine »imperial power« seien, »engaged in a kind of welfare imperialism, empire building for noble ends rather than for such base motives as profit and influence« – es sind Ziele wie »permitting other nations to enjoy the benefits of freedom, democracy, and self-determination.«

57 Max Boot schrieb dies in USA Today. »But it should definitely embrace the practice.« In Iraq this »means imposing the rule of law, property rights and other guarantees, at gunpoint if need be.« Zitiert nach I. H. Daalder, James M. Lindsay: American Empire, Not »If« But »What Kind«. In: NYT v. 10. 5. 2003.

58 Max Boot: Does America Need an Empire? Vorlesung an der UC Berkeley am 12. 3. 2003.

pen können nicht abgeschreckt, aber durch harte vorbeugende Schläge zerstört werden; Staaten, die den Besitz oder die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen anstreben, können nicht mit diplomatischen Mitteln davon abgebracht werden – aber durch vorbeugende militärische Intervention kann ein entscheidener struktureller Regimewandel durchgesetzt werden; potentielle Hegemonialkonkurrenten können durch den Aufbau eines engmaschigen Netzes von Militärstützpunkten und weitreichende Schlagkraft im Zaum gehalten und sogar notfalls durch direkte Intervention unterdrückt werden. Ein Empire hat in dieser Sicht ein hohes Lösungspotential für die neuen Fragen der nationalen Sicherheit.

Daher ist für viele nicht nur Neokonservative klar: Ein deutlicher imperiales Amerika hätte Nineeleven verhindert.⁵⁹ Die Unordnung der Welt ist so groß, dass sie nur durch ein gutes Imperium neu gestaltet und befriedet werden kann. Wo die Staaten zerfallen und Bürgerkriege millionenfach Opfer bringen, wo »ethnische Säuberungen« und Völkermorde als normale Rechtfertigungen humanitärer Interventionen herhalten, ist die Neigung zu imperialer Politik gleichsam selbstverständlich. Dieser Blick reflektiert auf die Güte des Militärischen: Schließlich geben die USA rund 60 mal so viel für militärische Zwecke aus wie für Entwicklungshilfe und von dieser geht ein Drittel nach Israel und ein Fünftel nach Ägypten und Jordanien, neuerdings ist der Irak als zusätzlicher Schwerpunkt hinzugekommen. Ein Empire USA ist für einen Niall Ferguson der einzige Schutz vor einem neuen »Dunklen Zeitalter« (Dark Age)⁶⁰. Für die neokonservativen Verfechter der neuperialen Richtung begründet die aus der neuen Verteilung von Ressourcen, Kapazitäten und damit Macht entstandene Situation der Ungleichheit und Unipolarität die Konzeption einer unilateralen und assymetrisch operierenden Machtrelation; Multilateralismus dagegen ist für sie die »weapon of the weak« (Robert Kagan) und ergibt sich letztlich aus einer Art Machtgleichgewicht, das gegenwärtig nicht mehr existiert.

Im neokonservativen Spektrum geht es jedoch nicht nur um nationale Sicherheit, sondern auch um Moral, Humanität und Freiheit, also um klassische Anrufungen in der Tradition des Liberalismus. Gesetzlosigkeit, Unterdrückung, Menschenrechtsverletzungen, Bürgerkriege, Hunger und Armut – kurz: das Elend der Welt schreit angesichts des Zerfalls nationalstaatlicher Souveränität nach der Güte imperialer Intervention, ohne die solche Übel nicht beseitigt und der letztlich entscheidende Wert durchgesetzt werden kann: der Wert der Freiheit. Krauthammer

59 S. Ivan Eland: The Empire Strikes Out: The »New Imperialism« and Its Fatal Flaws. In: Policy Analysis Nr. 459 (2002), S. 1-27.

60 In seinem Beitrag (»The End of Power«) für das Wall Street Journal v. 21. 6. 2004 argumentierte Ferguson mit der Unausweichlichkeit der Alternative »Empire versus Anarchie: »Anyone who dislikes U.S. hegemony should bear in mind that, instead of a multipolar world of competing great powers, a world with no hegemon at all may be the real alternative to it. This could turn out to mean a new Dark Age of waning empires and religious fanaticism; of endemic rapine in the world's no-go-zones; of economic stagnation and a retreat by civilization into a few fortified enclaves. (...) The alternative to unipolarity may not be multipolarity at all. It may be a global vacuum of power.«

sieht in der Wertorientierung (fokussiert um den zentralen Wert »Freiheit«), die Differenz zwischen dem außenpolitischen Konzept des Neokonservatismus (von ihm als »Demokratischer Realismus« bezeichnet) und dem Kanon der »realistischen Schule«.⁶¹ Auch Autoren, die nicht zum klassisch neokonservativen Spektrum gerechnet werden können, sehen den Gehalt amerikanisch-imperialer Politik im »Empowerment«.⁶²

Die neokonservativen »Empire-Gelehrten« (E. Eakin in der New York Times) heben also auch hervor, dass Amerika heute nicht nur mit roher Gewalt operiert, sondern seine »wohlwollende Herrschaft« (Wolfowitz) auch mit ökonomischen, kulturellen und politischen Mitteln realisiert, um Sicherheit wie Freiheit durchzusetzen. Man möchte andere Völker lieber zu Konsumenten oder gar Amerikanern machen als sie mit Krieg zu überziehen. »Wir sind immer noch ein attraktives Imperium«, sagt Max Boot. Und aus genau diesem Grunde müsse man sich für eine Pax Americana stark machen. Gerade in einer anarchischen Welt, mit Schurkenstaaten und terroristischen Zellen, biete eine den Globus beherrschende USA den besten Garanten für Frieden und Stabilität. Robert Kaplan schreibt in seinem Text, welcher der Frage nachgeht, wie und warum die Welt zu managen sei: »The purpose of power is not power itself; it is a fundamentally liberal purpose of sustaining the key characteristics of an orderly world. Those characteristics include basic political stability, the idea of liberty, pragmatically conceived; respect for property; economic freedom; and representative government, culturally understood. At this moment in time it is American power, and American power only, that can serve as an organizing principle for the worldwide expansion of liberal civil society.«⁶³ Die amerikanische Macht ist die Lösung, nicht die (Mit-)Ursache der Mängel der Welt und wer sich gegen sie wendet, ist unvernünftig und verlängert den Mangelzustand.

»Es gibt eine positive Seite am Empire«, sagt daher Robert Kagan. »Es ist in mancher Hinsicht die gütigste Ordnungsform.« Und: »Die Wahrheit ist, dass die wohlwollende Hegemonie der Vereinigten Staaten für weite Teile der Weltbevölkerung gut ist. Sie ist ohne Zweifel ein besseres internationales Arrangement als alle realistischen Alternativen.«⁶⁴ Für D'Souza sind die USA ebenfalls exzeptionell: »Das amerikanische Empire ist die großmütigste imperiale Macht aller Zei-

61 S. Charles Krauthammer: Democratic Realism. An American Foreign Policy for a Unipolar World. AEI Washington 2004, S. 13.

62 S. S. John Peterson: America as a European power: the end of empire by integration? In: International Affairs 4/2004, S. 618: »Postwar America may not be the only historical case of an imperial power seeking to empower, as opposed to dominating, its »subjects« in a vital sphere of influence. But the United States sustained empowerment for far longer than the classic empires were able to do in their own imperial domains (...) after all, the number of democracies has doubled globally since the early 1980s.«

63 Robert D. Kaplan: Supremacy by Stealth: Ten Rules for Managing the World. In: Atlantic Monthly, 4/ 2003, S. 68 f.

64 William Kristol, Robert Kagan: The Benevolent Empire. In: Foreign Policy, Sommer 1998. Später lehnte Kagan die Anwendung des Begriffs ab – die USA seien »bloß« eine Hegemonialmacht.

ten... Wenn ein Empire so wirkt, brauchen wir mehr davon.«⁶⁵ Das bemerkenswerte Selbstbewusstsein, das aus solcherart Großmut kommt, fragt nicht danach, ob es überhaupt Akzeptanz findet. Hinter dem Mantel der Großmut verbirgt sich allerdings nicht selten eine imperiale Rhetorik, die kaum ein Blatt vor den Mund nimmt und nicht mehr verhehlt, dass es nicht um eine imperial organisierte Protektion und die Ausbreitung von Demokratie und Menschenrechten geht, sondern um die Abstützung der Sicherheit der USA und ihrer Dominanz.⁶⁶ Neokonservative wie Boot und Ferguson hatten zuweilen nur Hohn für die von ihnen selbst strapazierte Rede vom »guten Empire« übrig. In einer Debatte, die das AEI wenige Monate nach dem formellen Ende des Irak-Krieges zur Frage veranstaltete, ob Unipolaristen und Neuimperiale explizit die Rede vom Empire praktizieren sollten, spottete Ferguson: »Ladies and gentlemen, it is a distinguishing feature of both the great Anglophone Empires that they insist they are acting in the best interests of the people that they subjugate. It is part of our charm. It is our share of culture.«⁶⁷

Die liberale Debatte

Ein Großteil der öffentlichen Debatte über die Rolle der USA im internationalen System spielt sich im Traditions- und Bezugsfeld des hegemonialen Liberalismus ab und ist entsprechend verzweigt und differenziert. Doch auch hier ist nur selten begriffssystematisch und theoretisch der Frage nachgegangen worden, ob die Position und der Charakter der USA sinnvoll mit dem Begriff »Empire« gekennzeichnet werden könnten. Amy Kaplan hat schon vor Jahren drei Merkmale einer solchen Absenz des Empire in der amerikanischen Wissenschaft genannt: »the absence of culture from the study of US imperialism; the absence of empire from study of American culture; and the absence of the United States from the postcolonial study of imperialism«.⁶⁸ Seit Nineeleven jedoch findet sich im großen politisch-ideologischen Feld des amerikanischen Liberalismus ein breites Spektrum unterschiedlicher Ansichten zur Empire-Frage, die sich in vier Positionen zusammenfassen lassen:

1. Grundsätzliche Ablehnung der Anwendung des Begriffs auf die USA – eine Position des »traditionellen« Liberalismus;
2. radikal- und linksliberale Kritik der real existierenden Politik des American Empire bzw. des neokonservativen Projekts als militaristisch, undemokratisch, ineffizient und kontraproduktiv;
3. die liberalimperiale Kritik nur eines Projekts offener und formeller Imperialität entsprechend der klassischen Tradition des Liberalimperialismus als immer

65 Dinesh D'Souza: In praise of American empire. In: Christian Science Monitor v. 26. 4. 2002.

66 So S. A. Wolfson: Conservatives and Neoconservatives. In: Public Interest 2004, S. 46.

67 Niall Ferguson, Robert Kagan: The United States Is, and Should Be, an Empire: A New Atlantic Initiative Debate, AEI 17. 7. 2003, S. 14.

68 Amy Kaplan: »Left Alone with America«: The Absence of Empire in the Study of American Culture. In: Amy Kaplan; Donald E Pease (Hrsg.): Cultures of United States Imperialism. Durham 1993, S. 11.

noch hegemonialer Strömung im amerikanischen Liberalismus und Betonung eines disziplinierenden Neoliberalismus als eigenem Projekt;

4. weitgehende Annäherung an die neokonservative Akzeptanz des imperialen Projekts und der Beschreibung der USA als imperial.

Für die erste Gruppe ist die »atavistische« (Ikenberry) Rede vom Empire und vom Imperialismus im Zusammenhang mit den USA vor allem deswegen gegenstands- und damit sinnlos, da für sie beides direkte, formelle territoriale Beherrschung und ein klassisch-koloniales Muster impliziert – wenn nicht sogar der Empire-Begriff als vormodern verstanden und damit aus der Geschichte des Kapitalismus faktisch vollständig hinausbefördert wird und als gleichsam mittelalterliche Figur gefasst wird.⁶⁹ Der Begriff wird an das Vorliegen einer formellen Regierungsmacht gebunden. Nach dieser lange Zeit weit verbreiteten Vorstellung besteht das internationale System aus souveränen Staaten als den Akteuren, deren Domänen scharf umgrenzt und hoheitlich klar reguliert sind. Eine imperiale Struktur meint dann jene Beziehung zwischen solche Staaten, die grenzüberschreitend die Souveränität eines Akteurs aufhebt. Auch in der aktuellen Debatte um das »American Empire« findet sich verbreitet diese Argumentation: Entweder ist die kurze Zeit des American Empire längst vorbei oder es hat eine solche Zeit nie existiert. Zwischen Liberalismus und Empire gebe es keinen systematischen Zusammenhang. Nach Arthur Schlesinger Jr. etwa mag die Rede vom American Empire für Noam Chomsky und Paul Wolfowitz – also die »Rechten« und die »Linken« – Sinn machen, nicht aber für eine liberale Position der Mitte. Für ihn gab es überhaupt kein dominantes klassisch imperiales und imperialistisches Projekt der USA und auch die Rede vom informellen Empire betreffe einen bedeutungsschwachen Sachstand: »Imperialism was never a broadly based, popular mass movement (...) Americans, unlike the Romans, the British, and the French, are not colonizers of remote and exotic places. We never developed a colonial outlook. The United States established no colonial department. It trained no administrators to man the outposts of empire. It had no upper class with younger sons who needed outdoor relief. Britain created a British world in India and Africa; the French created a French world in Indochina and Algeria. The number of Americans who settled in the Philippines was negligible. When Britain liberated India and when France liberated Algeria, it was a matter of bitter internal controversy. When America liberated the Philippines, it was a matter of indifference mingled with relief. To be sure, the United States like all great powers has varied and vital economic interests, ranging from access to raw materials to export markets. But to assert that these interests foreordain wars of conquest is contrary to the evidence, and indeed confuted by the writings of Marx and Engels, who in this matter were hardly as Marxist as their disciples. Of course we enjoy an informal empire — military ba-

69 S. Richard Saull: On the »New« American »Empire«. In: Security Dialogue 2/2004, S. 251: »Empire has been seen as a premodern form of political authority and rule counterposed to the modern form of rule and political order associated with sovereignty.«

ses, status-of-forces agreements, trade concessions, multinational corporations, cultural penetrations, and other favors. But these are marginal to the subject of direct control. (...) In their days of imperial glory, Rome, London, Paris, despite slow and awkward lines of communication, really ruled their empires. Today communication is instantaneous. But despite the immediacy of contact, Washington, far from ruling an empire in the old sense, has become the virtual prisoner of its client states.«⁷⁰ Hinter dieser Ablehnung der Anwendung des Begriffs Empire auf die USA steht übrigens häufig eine grundsätzliche These bzw. Überzeugung über liberale Wirtschaftspolitik: Die Expansion der Marktökonomie und einer marktfokussierten Wirtschaftspolitik untergraben zentralstaatliche Kollektivregelungen und schwächen diktatoriale und imperiale Politikverfassungen zugunsten der individuellen Freiheit des Marktbürgers. Markt und starker Staat oder gar ein Empire seien strukturell unverträglich.

Die zweite radikal- oder zuweilen auch linksliberale Gruppe – im Spektrum des Liberalismus sicherlich eine »kleine radikale Minderheit« – knüpft an die eben skizzierte Tradition der Reduzierung des Empire-Begriffs auf die Dimension der formellen Kontrolle und direkten (militärischen) Herrschaftsausübung an und macht sie sich häufig zu eigen. Sie sieht in den neuen Kriegen, der Aufwertung des Militärischen, der Okkupation Afghanistans und des Irak und dem Imperium der Militärbasen ein military empire, das als ein American Empire funktioniert.⁷¹ Für viele Vertreter dieser Richtung steht (wie für einen Großteil der öffentlichen Weltmeinung) die Politik der USA nach 9/11 dafür, dass sich eine US-Hegemonie, ein US-Empire oder gar ein US-Imperialismus just erst herausbilde und insofern eine grundsätzlich neue Situation entstanden sei. Es gibt einen Übergang zu einem formellen – militärischen – Empire. Diese Meinung spiegelt auf ihre Weise wieder, was für nicht wenige in der amerikanischen Administration das Charakteristikum der Situation ist: 9/11 sei ein tiefer Bruch in der Geschichte der USA. Mit dem Hervortreten des Militärischen, das als das entscheidende Charakteristikum eines »Imperialismus« gelten müsse, sei es auch zu einem Revival eines US-amerikanischen Imperialismus gekommen. Hier begründen letztlich Veränderungen in der Außenpolitik (oder der Formen der Regierung) die Rede vom Empire. Für die meisten Vertreter dieser Richtung ist das neuimperiale Projekt ein Projekt des Neokonservatismus und gehört nicht in das Begriffs- und Politikfeld des Liberalismus. Enttäuschung, Ablehnung, Zorn und scharfe Kritik zeichnen diese liberale Position aus, für die ein Beitrag von Robert Gilpin von der Princeton University stehen kann, der als einer der führenden Theoretiker der internationalen Beziehungen in den USA gilt. Er schrieb 2005: »President George W. Bush's costly and reckless war against Iraq has resulted in the greatest threat to the security and well-being of the United States since the US Civil War. The war against Iraq has signi-

70 Arthur Schlesinger, Jr.: The American Empire? Not So Fast. In: World Policy Journal 1/2005, S. 45.

71 So am prominentesten Chalmers Johnson: The Sorrows of Empire: Militarism, Secrecy, and the End of the Republic. New York 2004.

ificantly exacerbated dangerous social, cultural and regional fissures in US society. The war has not only undermined the social and political stability of the Middle East, but has also let loose forces that threaten the entire global political and economic system. The hubris, ambitions, and incompetence of the ideological amateurs managing the foreign policy of the Bush Administration are unparalleled in the history of the United States. The needless deaths and the maiming of thousands of both combatants and Iraqi civilians weigh, or at least should weigh, heavily on the consciences of every American. Every citizen of the United States and millions of others around the globe have been placed at serious risk for the foreseeable future. Rather than serving as a ›beacon of light unto the nations‹, the United States has become almost universally hated and distrusted. Further and more importantly, the ›preemptive‹ war against Iraq, launched ostensibly to eliminate Iraq's alleged weapons of mass destruction (WMDs) and its links to international terrorism, has actually greatly increased the magnitude of the terrorist threat to the United States and other societies.«⁷²

Die dritte Gruppe versammelt eine Fülle unterschiedlicher Positionen, doch sie stehen allesamt in der alten Tradition des amerikanischen Liberalimperialismus. Innerhalb des liberalen Diskursfeldes spielt sie die klar bestimmende Rolle und ihr Diskurs hat sich durch Nineleven deutlich verändert. Man äußert sich aus sehr verschiedenen Gründen entweder kritisch zu den Vereinigten Staaten der Gegenwart als einem imperialen Land oder macht gegen die aktuelle Politik der Administration Bush Front, die als Versuch charakterisiert wird, ein imperiales (oder zumindest: ein bestimmtes imperiales) politisches Projekt durchzusetzen. Gemeinsam ist dieser heterogenen Gruppe weiter, dass sie sich auf den Empire – Begriff einlässt, entweder um ihn kritisch der neokonservativen Richtung zuzuschreiben oder um ihn einzuverleiben in die liberalimperialistische Tradition und ihn dabei als äußerst schwache (und daher akzeptable) politische Form von Herrschaft zu bestimmen. In diesem Fall nähert sie sich an eine schon weit mehr akzeptierende Rede vom Empire über die Auseinandersetzung mit dem Begriff »Hegemonie« an, der ihr nach Nineleven immer weniger gültig schien – deutlich wird, dass wir es hier mit dem zu tun haben, was man liberalimperiale Positionen nennen könnte.

Zur Beschreibung der Stellung der USA im internationalen System hatte sich in der liberalen Öffentlichkeit und Wissenschaftskultur traditionell der Begriff »Hegemonie« als der politisch offenbar noch relativ problemlos für eine breite Öffentlichkeit tragbare Begriff etabliert. Soweit es sich dabei um theoretisch begründete Positionen handelte, ist die Rede von der Hegemonie das Ergebnis einer Auseinandersetzung mit Ungleichheit, Hierarchie und der Existenz von Großmächten im internationalen System. Auf dieser Grundlage wurde traditionell der Begriff Empire abgelehnt, was sicherlich auch mit einer liberalen Alltagsunterscheidung zu tun hat: »Überzeugung und Akzeptanz sind für Hegemonie, Befehl/Zwang und

72 Robert Gilpin: War is Too Important to Be Left to Ideological Amateurs. In: International Relations 1/2005, S.5.

Gehorsam/Unterwerfung für Imperium die entscheidenden Kriterien.«⁷³ Ähnlich die Kurzcharakterisierung von Imperien durch Barry Buzan: »Coercion is their first tool, and loyalty their first demand.«⁷⁴ Damit konnte die de facto – Ungleichheit im internationalen System oder auch in der Innenpolitik berücksichtigt werden, und der Begriff des »Empire« konnte reserviert werden für die Existenz eines formellen Zwangs- und Dominanzregimes. Patel formuliert: »Zugleich unterscheidet sich die Hegemonie ... von einem »Empire« dadurch, dass es auf konsensuale Entscheidungsmechanismen, auf Kompromiss, Überzeugung und Anerkennung der Führungsrolle durch die anderen Staaten setzt und nur in Ausnahmen auf die Durchsetzung blanker Gewalt. In diesem besonderen Stil muss man den zentralen Unterschied zum Verhalten der Sowjetunion gegenüber dem Ostblock sehen; er unterscheidet sich auch vom Umgang der USA mit einigen anderen Weltgegenden seit 1945.«⁷⁵

Ein solches Verständnis ermöglichte es liberalen Autoren wie Nye oder Ikenberry, sich von neokonservativ-neuimperialen »Triumphalisten« abzugrenzen, gleichzeitig aber entschieden eine Grundannahme der Neokonservativen zu teilen: dass es ein klares Übergewicht (»preponderance«) der USA im internationalen System gebe und das grundlegende Ziel der amerikanischen Politik sei, den Weltkapitalismus und das amerikanische Primat – also den American Way of Globalism zu sichern.⁷⁶ Das System internationaler Beziehungen ist nach ihrer Ansicht hierarchisch und man kann davon ausgehen, dass der 1989 eingetretene »unipolare Moment« dabei sei, zu einer »unipolaren Ära« zu werden⁷⁷ oder dass das Übergewicht der USA tief hinein in das 21. Jahrhundert reichen werde⁷⁸ (ganz im Unterschied zu »realistischen« Autoren wie Kenneth Waltz, die ein neues Gleichgewicht der Mächte erwarteten). »Pax Americana is likely to last«, schließt Nye.⁷⁹ Der Reichtum und das Übergewicht der USA an Machtressourcen wie Bevölkerung, Territorium, Naturschätze, ökonomische Stärke, militärische Kraft und politische

73 Werner Link: Imperialer oder pluralistischer Frieden? in: Internationale Politik 5/2003, S. 56. »Empire...offers the most extreme form of hierarchical order in international relations. It is order in which weaker units are not fully sovereign and control is ultimately based on coercive domination. (...) Hegemonic orders are also hierarchical, although within the order, weaker and secondary states are formally sovereign and the extent and mechanisms of domination can be looser and less formal. (...) Britain in the nineteenth century and the US after World War II are the great historical cases of liberal hegemony. « Siehe auch G. John Ikenberry, Liberalism and empire: logics of order in the American unipolar age. In: Review of International Studies 4/2004, S. 615 f.

74 Barry Buzan: American Exceptionalism, Unipolarity and September 11: Understanding the Behaviour of the Sole Superpower. Paper ISA-Konferenz Montreal 2004, S. 28.

75 Kiran Klaus Patel: Rolle der USA im europäischen Einigungsprozess. In: H-Soz-u-Kult v. 21. 10. 2004.

76 Der liberale Historiker und Politikwissenschaftler G. John Ikenberry hat diesen Big Deal des 20. Jahrhunderts zwischen den USA und den anderen kapitalistischen Ländern so formuliert: »The United States made its power safe for the world, and in return the world agreed to live within the US system.«, G. John Ikenberry: American Grand Strategy in the Age of Terror. In: Survival 4 (2001), S. 19-34, hier: S. 21. Wortgleich in Ikenberry: Liberalism and empire, S. 623.

77 S. etwa G. John Ikenberry: Institutions, Strategic Restraint, and the Persistence of American Postwar Order. In: International Security Winter 3/1998-1999, S. 43-78

78 Joseph S. Nye: Limits of American Power. In: Political Science Quarterly 4/2002-3, S. 546.

79 Joseph S. Nye: Limits, S. 560.

Stabilität sei auf lange Sicht nicht einholbar. Im Unterschied zum neokonservativen Verständnis vom Gewicht und der Verteilung dieser Ressourcen im Feld der Macht spielt nach Ansicht dieser Liberalen der militärische Faktor jedoch eine beträchtlich minimierte Rolle: postindustrielle Gesellschaften fokussierten sich auf Wohlfahrt, das Ethos des Krieges sei geschwächt und die soft power und ihr kooptierender Attraktionseffekt spiele eine weitaus wichtigere Rolle als früher.⁸⁰ Gleichwohl reflektiere die offenbare und nachhaltige Situation der Unipolarität die Existenz hierarchischer Beziehungen im internationalen System – und erstmals in der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft könne die Dominanz eines Nationalstaates auf Dauer gestellt werden.

In den 80er Jahren hatten sich noch viele akademische Vertreter dieser Richtung mit der Frage, was nach einem decline der US-amerikanischen Macht geschehen würde – »after hegemony« (Keohane) war die Frage. In den 90ern ging es darum zu erklären, warum die Annahme eines Niedergangs amerikanischer Macht sich nicht bewahrheitete und weshalb es zu keiner Ausbalancierung der unipolaren Position der amerikanischen Macht im internationalen System kam.⁸¹ Die Attentate in New York und Washington und die darauf folgenden politischen Reaktionen erschütterten dann aber die bisherigen Positionen. Diese Situation mit Begriffen wie soft power, Kompromiss oder Konsens zu beschreiben schien obsolet. Drei Reaktionen breiteten sich aus. Zunächst griffen jene liberalen Autoren, die bislang sogar den Gebrauch des Begriff Hegemonie vermieden hatten, nicht selten auf ihn zurück – es sei ein deutliches »Hervortreten« einer Hegemonie spürbar. Andere begannen den Begriff »Hegemonie« mit martialischen Beiworten zu versehen. Unverkennbar wurden nun die Schwierigkeiten, zwischen »Empire«, »Dominanz« und »harter« Hegemonie zu unterscheiden – und wenn etwa Mearsheimer Hegemonie beschreibt als »a state that is so powerful that it dominates all the other states in the system«⁸², dann ist hier Hegemonie deckungsgleich mit Dominanz.⁸³ Und während die einen somit den Begriff »Hegemonie« zur Beschreibung der Position der USA im internationalen System einführten und die anderen ihn zusätzlich auszeichneten, vollzogen eine weitere Gruppe sogar eine sanfte

80 »If I can get you to want to do what I want, then I do not have to force you to do what you do not want to do. If the United States represents values that others want to follow, it will cost us less to lead. Soft power is not merely the same as influence, though it is one source of influence. After all, I can also influence you by threats or rewards. Soft power is also more than persuasion or the ability to move people by argument. It is the ability to entice and attract. And attraction often leads to acquiescence or imitation.« Nye: Limits, S. 552.

81 S. Mark Beeson: U.S. Hegemony. In: Philipp O'Hara (Hg.): Encyclopedia of Public Policy: Governance in a Global Age. London 2004.

82 J. J. Mearsheimer: The Tragedy of Great Power Politics. New York 2001, S. 40.

83 Zumindest für jene allerdings, die in der gramscianischen Tradition des Verständnisses von Hegemonie stehen, bedeutet Niveleven und die folgende Politik natürlich genau das Gegenteil, also ein »Zurücktreten« oder eine Krise der Hegemonie, da sie für eine Krise der Führungsfähigkeit der USA und ihrer Fähigkeit zur kooperativen Produktion von Konsens steht. Die aktuelle Politik der US-Administration hat auf globaler Ebene einen wohl fast einmaligen Dissens und damit massiven Hegemonieverlust hervorgerufen.

Wende zum Begriff »Empire«, zuweilen mit starken Elementen der Akzeptanz, die sich allerdings nicht selten als neutrale Deskription verbarg (zunächst auch Michael Ignatieff, z. T. Charles S. Maier⁸⁴), oft aber auch mit Distanz (Nye, Ikenberry, Nairn u. a.).⁸⁵ Die Bestimmung des »Empire« in ihrer Sicht war dabei zunächst durchaus traditionell: »The term »empire« refers to the political control by a dominant country of the domestic and foreign policies of weaker countries« formuliert Ikenberry 2004.⁸⁶ Jenseits dieser abstrakten Übung wurde aber versucht, angesichts 9/11 sich aufgeschlossen gegenüber dem Begriff Empire zu zeigen und ein begriffliches Übergangsfeld zwischen »Hegemonie« und »Empire« aufzubauen bzw. zu beschreiben. Dieser Versuch schloss ein, Abstand vom traditionellen Empirebegriff als nur formellem Dominanz- und Zwangsregime zu nehmen und – mehr noch – auch eine Differenz zur Figur des »informellen Imperiums« aufzumachen, um den Unterschied zwischen einem klassisch-britischen und einem neuartigen US-amerikanischen Empire zu behaupten. Zunächst werden verschiedene Formen des Empire unterschieden nach dem Maß der Formalität und der Direktheit der Kontrolle. Sachverhalte, für die bislang der Begriff der Hegemonie benutzt worden war, werden nun in den Gültigkeitsbereich eines modifizierten Empirebegriffs einbezogen. Für Ikenberry gelten so einerseits die europäischen Kolonialimperien des 19. Jahrhunderts als jene territorialen und militaristischen, prämodernen Formen des Empire, die ihre politische Kontrolle direkt, formell und hierarchisch ausübten und auf »Tribut« oder unmittelbare Aneignung durch Zwang aus waren – es waren Billigimperien, die entsprechenden Kolonien sollten die Kosten ihrer eigenen Unterdrückung selbst bezahlen; andererseits betont er nun, dass etwa das britische Empire durchaus koloniale Herrschaft mit den Merkmalen eines »informal empire« verband und auch das sowjetische Imperium mit Zwang und weniger direkten Formen der Kontrolle gleichermaßen operierte. Jenseits dieser in der Geschichtswissenschaft längst verbreiteten Unterscheidung wird aber nun auf eine weitere Tradition aufmerksam gemacht: Es gebe eine noch weichere Form und einen besonders sanften Funktionsmodus des Imperiums – diesen gilt die Rede vom »Empire by invitation« (Lundestad, Meier) oder vom »consensual empire« (Meier), das die »seduction« der »coercion« vor-

84 Charles S. Maier: *Among Empires. American Ascendancy and Its Predecessors*. Cambridge 2006.

85 Vgl. J. S. Robert Jervis: *Understanding the Bush Doctrine*. In: *Political Science Quarterly* 3/2003, S. 377, der Empire, Hegemonie und Primat gleichsetzt oder die Adresse von Paul Schroeder vor der American Historical Association in Chicago am 3. 1. 2003, wonach Hegemonie gegenüber dem Empire mildtätiger (benign), konsensualer und respektvoller für die unterschiedlichen Interessen sei. Siehe auch David C. Hendrickson: *Toward Universal Empire: The Dangerous Quest for Absolute Security*. In: *World Policy Journal* 3/2002, S. 1-10. Und hinter einem geteilten Plädoyer für eine »multilaterale« Politik verbargen sich im liberalen Feld ganz unterschiedliche Perzeptionen des internationalen Systems als »unipolar« (Nye oder Ikenberry) oder »multipolar« (Lind, Calleo, Kupchan). So teilen Neokonservative wie Krauthammer oder Kagan mit den Liberalen Ikenberry oder Nye die Ansicht, dass es eine unipolare Verteilung der Macht im internationalen System gebe – sie unterscheiden sich in der Art ihres Plädoyers für eine daraus folgende unilaterale oder multilaterale Politik. Zur alten liberalimperialistischen Idee der Gewährleistung von Sicherheit durch imperiale Expansion siehe Jack Snyder: *Myths of Empire: Domestic Politics and International Relations*. Ithaca 1991.

86 G. John Ikenberry: *Illusions of Empire*. In: *Foreign Affairs* 2/2004.

87 Juan A. Alsace: *In Search of Monsters to Destroy: American Empire in the New Millennium*. In: *Parameters* Herbst 2003, S. 124.

ziehe (Juan A. Alsace)⁸⁷, vom »Empire by Integration« (Geir Lundestad) oder von der »imperialen Republik« (Raymond Aron) und seiner »gütige Hegemonie« (Brzezinski) – letztere freilich kennen wir von der Großzügigkeitsrhetorik der Neokonservativen bereits. Ob der Begriff Empire für die Charakterisierung der USA nun aber zögerlich oder engagiert aufgenommen wird – auf alle Fälle stehen die USA für einen ganz eigenen (und hier positiv konnotierten) Typus von Empire. Geir Lundestad, Sekretär des norwegischen Nobelpreiskomitees, entwickelte diesen Gedanken erstmals 1984 in einem kleinen Aufsatz und entfaltete ihn in der Folgezeit in mehreren Büchern: »First, in absolute and clearly also in relative terms, the United States emerged in 1945 as the strongest power in centuries. Its tremendous lead over other Great Powers provided the basis for an expression which was more comprehensive than that of the Soviet Union and in important respects also more comprehensive than that of Britain in the 19th century. It can in fact be argued that the United States created its own version of »empire.« One distinguishing characteristic of this »empire« was that it was informal; it resembled the informal parts of the British Empire. In key areas one could talk of the United States actually being invited to play the role it did. This is what I have earlier called »empire by invitation.« Second, starting in the 1960s it became obvious that America's relative strength was declining and its influence receding somewhat. In its heyday (1945-early 1960s) the United States had suffered defeats in Eastern Europe – the Soviet backyard – and China – the world's most populous country. Now it suffered an increasing number of setbacks and outright defeats in many different regions. In part this reflected the fact that the balance between superpower and »local« force was changing in favor of the latter. In America's relations with its allies the emphasis shifted somewhat away from invitational and cooperative arrangements against the Soviet enemy to trilateral economic disputes among the more troubled America, an increasingly integrated Western Europe, and a Japan which now had probably the second largest economy in the world. Yet, even in 1990 the United States was still clearly number one among the world's countries, with no clear successor in sight.«⁸⁸ Lundestad benutzt die Idee des einladenden Imperiums zur Beschreibung der Situation in Europa; in manchen anderen Fällen ist das amerikanischen Imperium nach seiner Ansicht aber durchaus auch auferlegt worden.

Auch Ikenberry versuchte probenhalber, eine akzeptanzschaffende Spezifik eines American Empire auszumachen: »If Empire is defined loosely«, schreibt

88 Geir Lundestad: *The American »Empire«*, Oxford 1990, S. 31 ff. S.a. ders., »Empire« by Integration: the United States and European Integration, 1945-97, Oxford 1997. Seine letzte Studie fasst seine These von einem American Empire, welches Westeuropa einschließt, zusammen: *The United States and Europe Since 1945. From »Empire by Invitation« to Transatlantic Drift*, Oxford 2003. Lundestad verwendet dort offenbar bewußt die Begriffe Empire und Hegemonie letztlich deckungsgleich: »in traditional empires most parts were rule directly from the imperial capital, whereas the American »empire« consisted mostly of independent countries. I could have used the word »hegemony«, the term most frequently used by political scientists and political economists to describe the superior American role after 1945, but although the terms are different, in this case their meaning is largely the same« (S. 1).

Ikenberry, »as a hierarchical system of political relationships in which the most powerful state exercises decisive influence, then the United States today indeed qualifies. If the United States is an empire, however, it is like no other before it.« Was ist in der »realistischen« liberalen Sicht Ikenberrys die einmalige (also über die seit langem als typisch für den amerikanischen Modus der Imperialität geltenden »informellen« und »indirekten« Herrschaftsmethoden hinausgehende) Spezifik des so eher locker definierten amerikanischen Imperiums? Ikenberry nennt vor allem zwei Sachverhalte. Er sieht das Besondere des amerikanischen Ordnungsmodells zunächst darin, dass die »U.S. led order is a negotiated system wherein the United States has sought participation by other states on terms that are mutually agreeable«. ⁸⁹ Getauscht wurden nach Ikenberry globale öffentliche Güter, nämlich Sicherheit und Zugang zu einem Regime des freien Handelns gegen Kooperation; charakteristisch für das lockere Empire ist weiter eine Machtausübung seitens der USA, die freiwillig durch verhandelbare Regeln und Institutionen selbstgebändigt wird⁹⁰; und endlich die Gewährung von »Voice« für schwächere Staaten in der amerikanisch geführten Ordnung, die informelle Beteiligung also an dem Politikprozess in den USA und den internationalen Institutionen. Ein American Empire kann tun, was es will, aber es kann nicht alle zwingen zu tun, was es will. Man könnte dies das paradoxe Muster eines partizipativen Empire nennen. Dass allerdings ein Recht auf exit aus diesem zugleich geschlossenen neuartigen American Empire nicht existiert, erwähnt Ikenberry nicht (für den der amerikanische Militär imperialismus »has helped (to) create a stable, open political space«). Generell thematisiert Ikenberry die harten Grenzen dieses Musters nicht. Im politischen Tagesgeschäft plädiert seine lockere Skizze des partizipativen Imperiums für einen »liberalen Leviathan«, den er einem »konservativen Leviathan« gegenüberstellt – der nichts als ein krudes Empire sei, das gebaut sei um »American unilateralism, coercive domination, divide and rule strategies, and reduced commitment to shared rules of the game (...) The contradiction in the Bush foreign policy is that it offers the world a system in which America rules the world but does not abide the rules. This is, in effect, empire.«⁹¹ Dieser konservative Leviathan mit seiner »hegemonic strategy with imperial characteristics« müsse scheitern. Der liberale Leviathan dagegen könne erfolgreich sein. Dies ist für ihn eine hegemoniale Ordnung mit liberalen Merkmalen und unterscheidet sich von einer hegemonialen Ordnung mit imperialen Merkmalen dadurch, dass sie durch Multilateralismus, Allianzbildung, strategische Selbstzügelung, institutionalisierte und normierte Beziehungen, gemeinsame Entscheidungsbildung und die Erbringung globaler öffentlicher Güter ausgezeichnet sei. Sobald freilich Ikenberry seine Beschreibung des liberalen Le-

89 G. John Ikenberry: Illusions of Empire: Defining the New American order. In: Foreign Affairs 2/2004.

90 Ikenberry, Liberalism and empire, S. 630: »The American System has features that it shares with past great empires. But ultimately the term »empire« is misleading...The American people are not seized with the desire to run colonies or a global empire. So even in a unipolar era, there are limits on American imperial pretensions.«

91 G. John Ikenberry: America as a Liberal Leviathan. Working Paper der Grand Strategic Choices Working Group, Princeton v. 16. 9. 2004, S. 6, 14.

viathans mit dem konservativen Leviathan konfrontiert, gibt er den Begriff »Empire« auf und wechselt wieder über zum liberalen »Hegemon«. Tatsächlich skizziert Ikenberry hier ein imperiales Projekt in der liberalimperialistischen Tradition. Auch dieses Projekt steht prägnant für den Übergang zu einer unipolaren Ordnung bzw. ihre Sicherung auf Dauer. Aber ist es imstande, das neue Problem zu lösen, um diese unipolare Macht der USA herum eine stabile und kooperative internationale Ordnung zu organisieren? Ikenberry beantwortet diese Frage mit »Ja« – vorausgesetzt, das Legitimationsproblem wird gelöst: »As an informal mechanism, the United States simply offers to listen to other governments. Washington, in effect, says to others: out door is open, please come in and make your case. In the end, the United States will decide on its own and do what it wants.«⁹² Ein liberaler Leviathan liefere verlässlich globale öffentliche Güter, lasse sich auf internationale Regelwerke ein und gestatte eine, wie auch immer phrasierte, Gemeinsamkeit im Entscheidungsprozess. Diese »liberal political processes make the exercise of American unipolar power more acceptable to the outside world.«⁹³ Die Welt, so Ikenberry, benötigt einen liberalen Leviathan. In dieser Sicht haben die USA also die Wahl zwischen zwei Ordnungslogiken: »One logic is unipolar order organised around ›liberal‹ characteristics. This is order built around multilateralism, alliance partnership, strategic restraint, and institutional and rule-based relationships – prominent features of the post-1945 Western system. The other logic is unipolar order organised around ›imperial‹ characteristics. This is order built around American unilateralism, coercive domination, divide and rule strategies, and reduced commitment to shared rules of the game. In this imperial vision of order, US power is the provider, protector, arbiter, and final word in international order.«⁹⁴ Für Ikenberry manifestiert sich diese Logik in der neokonservativen grand strategy; sie werde einmünden in einem globalen »hub and spoke« System: »This is order built around bilateralism, ›special relationships‹, client states, and patronage-oriented foreign policy.«⁹⁵

Damit aber hat sich eine deutliche Veränderung in der liberalen Rede über die Stellung der USA im internationalen System ergeben: Wer früher die hegemoniale Position der USA der letzten Jahrzehnte anerkannte und verteidigte, hat zugleich deren Beschreibung als Empire fast immer weit von sich gewiesen, in der Regel mit dem Hinweis auf »fehlende Kolonien« und auf die für die USA typischen Formen indirekter und informeller Herrschaft (die dann als »Hegemonie« beschrieben wurde, bei der eben die für ein Empire charakteristische Dominanzbeziehung zwischen Zentrum und Peripherie durch ein starkes Element der Koordination und

92 Ikenberry: Leviathan, S. 21.

93 Ebd., S. 21.

94 Ikenberry: Liberalism and empire, S. 610.

95 Ikenberry: Liberalism and empire, S. 611.

96 S. Ikenberry: Illusions: »In contrast to empire, this negotiated order depends on agreement over the rules of the system between the leading state and everyone else. In this way, the norms and institutions that have developed around U.S. hegemony both limit the actual coercive exercise of U.S. power and draw other states into the management of the system.«

des Konsens abgelöst worden sei⁹⁶). Hier überlappen sich aber nun die Begriffe und was heute als »weiche« Formen eines Empire beschrieben wird hat anderswo und zuvor Hegemonie geheißen.

Bei der akzeptierenden Konstruktion eines lockeren Empire kommt aber noch ein zweiter Gedanke hinzu, der die Idee eines »partizipativen Empire« ergänzt. In der Politik nach 9/11 wird zwar eine Veränderung in Richtung auf ein System direkter, formeller – also etwa mit Militär und Protektoraten operierender – Herrschaft gesehen, doch diese Veränderung betrifft nach dieser Ansicht die Beziehungen zwischen den USA und der Peripherie, und sie ist vorbereitet worden im Kalten Krieg und den 90ern, als die USA gleichsam als »latentes Empire« (Richard Saull) operierte. Die Beziehungen zwischen den USA und den Großmächten dagegen konstituieren kein Empire – dieses Gefüge habe keinen Vorläufer und eigentlich gar keinen Begriff, schon gar nicht den des Empire. Hier hat wiederum Ikenberry die verbreitete Ansicht dieser zweiten Gruppe liberaler Wissenschaftler und Politiker exemplarisch formuliert, dass der Begriff des Empire nur für die Beziehungen zwischen Kern und Peripherie gelte und für die Beschreibung der Beziehungen zwischen den Akteuren im Kern und im Feld der global players ungeeignet sei. »But ultimately, the notion of empire is misleading – and misses the distinctive aspects of the global political order that has developed around U.S. power. The United States has pursued imperial policies, especially toward weak countries in the periphery. But U.S. relations with Europe, Japan, China, and Russia cannot be described as imperial, even when »neo« or »liberal« modifies the term. The advanced democracies operate within a »security community« in which the use or threat of force is unthinkable. Their economies are deeply interwoven. Together, they form a political order built on bargains, diffuse reciprocity, and an array of intergovernmental institutions and ad hoc working relationships. This is not empire; it is a U.S.-led democratic political order that has no name or historical antecedent.«⁹⁷ Nach seiner zwischen Euphemismus und Apologie schwankenden Ansicht könne man hier bestenfalls von einer »security community« sprechen, einem »amalgam of open integrated democratic states«, in dem Gleichgewichtspolitik »and indeed hierarchy as well – is rendered irrelevant«.⁹⁸ Zu dieser er-

97 S. Ikenberry: Illusions; fast gleichlautend ders., Liberalism and empire, S. 611: » The key difference between empire and hegemony is that an empire, the lead state operates unilaterally and outside the order, whereas in a hegemonic order, the lead establishes multilateral rules and institutions that it itself operates within. They are different types of domination. In a security community, coercion is washed out of the system, power becomes »domesticated«, and hierarchy itself is muted.« Ähnlich argumentiert Shaw, Global State.

98 Ikenberry: Liberalism and empire, S. 616. Antihierarchisch wirksam sind: kollektive Identitäten, geteilte Werte, transnationale ökonomische und soziale Interdependenz und Governance. Dementsprechend entscheidet sich Ikenberry dann doch gegen die These vom »American Empire«: »...its liberal hegemonic and security community features make American empire a structural impossibility.« Ikenberry, Liberalism and empire, S. 620. 2001 hatte Ikenberry noch anders geklungen: »If empires are coercive systems of domination, the Americancentred world order is not an empire. If empires are inclusive systems of order organized around a dominant state – and its laws, economy, military and political institutions – then the United States has indeed constructed a world democratic-capitalist empire« (American Power, S. 192). Er hat nun mittlerweile das American Empire-Lager verlassen.

staunlichen These von der Entfernung der Hierarchie aus dem eigentlichen Macht-kern der Politik kommt eine zweite, passende Annahme: Auch gegenüber der Peripherie hat das American Empire seine Spezifik. Es ist überraschend durchsetzungsschwach. Im Hintergrund steht die Überzeugung, dass im Zeitalter globaler Interdependenz gerade der kapitalistischen Ökonomien der alte Imperialismus der Ostindischen Company, der Seemächte und Kolonialsoldateska nicht nur outdated ist, sondern dass an seine Stelle geradezu eine Umkehrung der für ihn konstituierenden Verhältnisse getreten sei: »Empire suggests a kind of imposed dependency (loss of sovereignty) of the periphery on an autonomous and sovereign center«, schreibt Benjamin Barber und notiert dann zur Verkehrung dieser Situation in der Gegenwart: »Interdependence suggests an actual but unacknowledged dependency of the stategrounded center on the non-state periphery, however puissant the center seems...that imperialism is a failed and archaic dogma under the actual conditions of global markets that define modern interdependence.«⁹⁹ Nye gibt dafür weitere Beispiele: »Some say the United States is already an empire and it is just a matter of recognizing reality. It's a mistake, however, to confuse the politics of primacy with those of empire. The United States is more powerful compared with other countries than Britain was at its imperial peak, but it has less control over what occurs inside other countries than Britain did when it ruled a quarter of the globe. For example, Kenya's schools, taxes, laws and elections – not to mention external relations – were controlled by British officials. The United States has no such control today. We could not even get the votes of Mexico and Chile for a second U.N. Security Council resolution. Devotees of the new imperialism say not to be so literal. »Empire« is merely a metaphor. But the problem with the metaphor is it implies a control from Washington that is unrealistic and reinforces the prevailing strong temptations toward unilateralism.«¹⁰⁰

Grundsätzlich ist es natürlich notwendig, der inneren Differenzierung der Herrschaftsstruktur einer politischen Ordnung nachzugehen – zumal die gängige Debatte um das »American Empire« diese Frage weitgehend ignoriert. Für Ikenberry und Nye sind die großen Mächte kein Bestandteil einer (amerikanischen) imperialen Ordnung und die USA selbst verhält sich nur einigen anderen schwachen Peripheriestaaten gegenüber wie ein Empire. Hier spiegelt sich wieder, dass für diese liberale Betrachtungsweise Beziehungen der informalen Kontrolle – wie sie für die Beziehungen zwischen den kapitalistischen Kernstaaten charakteristisch sind – letztlich doch kein Konstituens einer imperialen Struktur sein können und sie nicht selten auch Schwierigkeiten haben, für sie auch nur den Begriff der Hegemonie gelten zu lassen. Erst recht soll die Vorstellung von der hierarchischen Ordnung internationaler Beziehungen (als zwingendes Merkmal von Imperialität) in dieser Sicht für die Beziehungen zwischen Großmächten und Kernstaaten nicht

99 Benjamin R. Barber: Imperialism or Interdependence? In: Security Dialogue 2/2004, S. 242.

100 Joseph S Nye: Ill-Suited for Empire. In: Washington Post v. 25. 5. 2003; konzis hier der kurze Text von Richard Saull: On the »New« American »Empire«. In: Security Dialogue 2/2004.

gelten. Wo also die prominentesten Vertreter dieser Gruppe den Empire-Begriff positiv und nur gegenüber neokonservativen großen Strategien kritisch aufnehmen, wird er zugleich auf dreifache Weise ausgehöhlt und relativiert:

- die großen Mächte werden aus seinem Geltungsbereich ausgenommen,
- seine effektive Durchsetzungskraft gegenüber der Peripherie ist begrenzt und
- sein Modus ist der eines konsensualen Empire.

Ganz offensichtlich ist hier kaum noch ein Unterschied zwischen »Empire« und »Hegemonie« auszumachen und hier gibt es auch faktisch keine Differenz zu der klassischen defensiv-realistischen Theorie z. B. eines Kenneth Waltz, der sich nur für die Beziehungen zwischen großen Mächten interessierte (die er als nicht-hierarchisch, nicht-hegemonial und erst recht als nicht-imperial, dagegen als anarchisch und gleichgewichtsorientiert bestimmte) und der daher die imperiale Grundstruktur der Zentrum-Peripherie-Beziehung erst gar nicht als grundlegendes Bestimmungselement der internationalen Ordnung zuließ.

Entgegen dieser liberalen Enttennung der Beziehungen zwischen den Staaten des kapitalistischen Kerns und auch entgegen der traditionellen linken Fokussierung auf die Beziehungen zwischen dem »kapitalistischen Norden« und dem »globalen Süden« (als der »Peripherie«) kann die Substanz des »Empire« auch anders gedacht werden: Das wirkliche American Empire umfasst danach das nördliche Zentrum der kapitalistischen Industriestaaten und seine »Sicherheitsgemeinschaft« als einer Zone des »imperialen Friedens« (Barkawi/Laffey) oder des »protective imperialism« (Samuel Flagg Bemis), demgegenüber, wie Peter Gowan aus linker Sicht feststellt, die Beziehungen zur Peripherie »were of small significance in comparison with the enormous, unprecedented significance of the protectorate empire over the core«. ¹⁰¹ Die Besonderheit und soziale Substanz des American Empire war in dieser Sicht, dass es nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs seine Reichweite über das gesamte kapitalistische Zentrum ausdehnte; für Gowan transformierten die USA Deutschland und Japan in »Protectorate« und andere Länder in »Quasiprotectorate«, indem sie eine ihrer zentralen Staatsfunktionen (die Gewährleistung der äußeren Sicherheit) weitgehend übernahmen und so schon Mitte des letzten Jahrhunderts (und keineswegs erst nach Nineleven!) das internationale politische System der kapitalistischen Welt in eine unipolare Ordnung verwandelten. Regionale Zentrenbildung wurde vermieden. Doch mit welcher politischen Form wurde dies realisiert? Imperien, so auch hier das Argument, müssten verstanden werden als internationale Ordnungen und nicht – nach dem Vorbild des römischen Empire – gleichsam als Vergrößerung eines Stadtstaates. Diese Ordnungsstruktur ersetzt nicht das zwischenstaatliche System durch ein tributheisches Imperium und interveniert nicht breitbandig in die inneren Prozesse der politischen Entscheidungsbildung in den Nationalstaaten des kapitalistischen Kerns

101 Peter Gowan: Empire as Superstructure. In: Security Dialogue 2/2004, S.259; dort auch die sehr weitgehende Formulierung: »The entire advanced capitalist world was turned into the single sphere of influence of the USA.«

und der Peripherie. Allerdings aber durchdringt sie die zwischenstaatlichen Beziehungen und ordnet sie – ist sie erst nachhaltig etabliert – hierarchisch um; sie kann Ressourcen zur Kontextsteuerung und selektiven Intervention aufbringen; sie zieht subtile oder massive Handlungsgrenzen für subsumierte Akteure; sie ist gleichsam ein »pervasiver Überbau« (Gowan). Sie schränkt zwingend die materielle Souveränität der zu dieser Ordnung gehörenden Staaten ein. Die Kraft und Reichweite dieses imperialen Überbaus ist jedoch nicht unbegrenzt: Das System der Nationalstaaten, welches Ordnung, Gesetze und Verträge organisiert, widersteht offenbar hartnäckig seinem oft prognostizierten Untergang und zieht ihm Grenzen. In der Sprache der neogramscianischen Hegemonietheorie formuliert: Es existiert »a geographical division of hegemony with ongoing hegemonies of consent in the core and scattered hegemonies of dominance in the periphery as nonperforming, nondisciplining states are brought back to line«. ¹⁰²

Bei der Erfassung der Beziehungen zwischen den kapitalistischen Kernstaaten muss der Betrachter also nicht zwingend in Begriffs- und Namenslosigkeit verfallen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als ob wir es hier mit einem Versuch zu tun haben, angesichts der veränderten Situation nach Nineeleven und der ideologischen Vorhand der neokonservativen und neuimperialen Konzepte, den Begriff Empire zu übernehmen und zugleich weitgehend zu modifizieren, um im diskursiven Spiel zu bleiben. Die dabei verfolgte Absicht ist die diskurspolitische Rehabilitierung und gleichzeitige Modifizierung des klassischen liberalen Projekts des informellen, pervasiven Empire. Diese Rehabilitierung erscheint umso dringlicher, als in der Sicht dieser liberalimperialen Gruppe das neokonservative Projekt kontraproduktiv ist, da es unzureichende ökonomische Grundlagen habe (und diese noch zusätzlich schwächt) und Akzeptanz wie Konsens zerstöre, welche die hegemoniale Position der USA begründeten. Die Kritik an der neokonservativen Empire-Option konzentriert sich vor allem darauf, dass ein American Empire unrealistisch und illusionär, aufwendig, nicht nachhaltig, delegitimierend und daher riskant sei – und letztlich nicht funktionieren würde – auch, weil es nicht nur die Welt (das wäre ja noch erträglich), sondern auch noch die Amerikaner eigentlich gar nicht wollten. ¹⁰³ Mearsheimer fasste Mitte 2002 die Kritik zusammen: »Why is an American empire an unrealistic objective? First, empires are very difficult to build today because of nationalism....Some argue that the United States is different, because it would create a benign empire. After all, it is a democracy, and most Americans believe that democracies pursue enlightened foreign policies. Unfortunately, large numbers of people outside the United States – even in other democracies – are sharply critical of American foreign policy, which is not always benign toward them...Therefore, if the United States pursues empire, even a democratic Pax Americana, it will end up as public enemy number one.

102 Matthew Sparke: Political geography: political geographies of globalization (1) – dominance. In: Progress in Human Geography 6/2004, S.788.

103 S. Michael Ignatieff: Empire Lite. In: Prospect 83 (2003), S. 36-43.

Second, using military force to topple regimes and replace them with pro-American leaders is a daunting task... Third, the extensive use of military force is no way to deal with terrorists because they make poor targets for conventional military operations... The final problem with fighting wars to root out terrorism is that most Americans do not have much appetite for participating in the fight.«¹⁰⁴ Eine wesentliche Rolle spielt dabei auch der Hinweis auf die absehbare Erfolglosigkeit einer Option des militärisch akzentuierten politischen Unilateralismus, weil er zwingend in Widerspruch zu den engen ökonomischen Verbindungen vor allem zwischen den USA und Europa geraten müsse: »For all that has changed in transatlantic relations over the past decade«, schreibt ein Autor des Brookings-Institute, »the core of the relationship remains largely in tact. This core consists of a commitment to a set of values — peace, democracy, liberty, and free enterprise — that is shared by Americans and Europeans alike. The mutual commitment to uphold and defend these values provides the fundamental basis of the U.S.-European relationship — it is what created the sense of community for more than half a century. And no matter what differences exist or may emerge across the Atlantic (or, indeed, within Europe itself), the commitment to these values will ensure that their resolution will be peaceful rather than by force of arms. That, given the continent's bloody history, is no mean achievement. Divorce is also made more difficult by the unprecedented degree to which the United State and Europe have become economically intertwined. On the trade side, more than a third of all U.S. exports outside NAFTA are destined for the EU, while 27 percent of all non-NAFTA U.S. imports originate in the EU. Twentyseven percent of the EU's non-EU exports go to the United States, while almost a fifth of the EU's imports from outside the union come from the United States. The degree of financial interdependence is greater still. In 2001, the EU accounted for more than 60 percent of all foreign direct investment into the United States (or about \$ 800 billion), while over 45 percent of all U.S. FDI in 2001 was invested in Europe.«¹⁰⁵ Diese Argumentation ist weit verbreitet. Krell verweist darauf, dass 1999 45,2 Prozent der US-Investitionen im Ausland nach Europa gingen und 60,5 Prozent der europäischen Investitionen in die USA. Allein die europäischen Investitionen in Texas sind höher als alle japanischen Investitionen in den USA. Mehr als ein Drittel des US-Exports nach Europa wird als firmeninterner Handel US-amerikanischer Konzerne in Europa abgewickelt, im umgekehrten Fall sind es zwei Fünftel. Insgesamt hängen sechs Millionen Arbeitsplätze auf beiden Seiten des Atlantiks hiervon ab.¹⁰⁶ »Trotz aller Rhetorik über das ›asiatische Jahrhundert‹ gilt es zu sehen, dass die amerikanische Wirtschaft während der zurückliegenden acht Jahre [1994-2001

104 John J. Mearsheimer: Hearts and Minds. In: *The National Interest* 69 (2002), S. 13 f. Siehe auch David P. Calleo: Power, Wealth and Wisdom: the United States and Europe after Iraq. In: *The National Interest* 72 (2003), S. 10 f.

105 Ivo H. Daalder: *After Transatlanticism, What?* München 2003.

106 Siehe Gert Krell: *Arroganz der Macht. Arroganz der Ohnmacht.* Frankfurt 2002, S. 9.

(d. Verf.)] zehnmal mehr in den Niederlanden als in China investiert hat. Die europäische Wirtschaft erzeugt mehr als 60 Prozent aller neuen Arbeitsplätze, die von internationalen Investoren in den USA geschaffen worden sind.«¹⁰⁷ Für diese Autoren sticht eben das Argument der Ökonomie gegen die Idee des Empire. Auf einer anderen Ebene liegt die Komplementarität von liberaler Ökonomie und Imperialität, die zwischen neokonservativer und liberaler Position Übereinstimmung schafft: Freie Märkte, so war schon im 19. Jahrhundert die ideologisch wirksame Gedankenführung, benötigten zur Risikovermeidung und Selbstsicherung eine rechtlich abgesicherte und politisch vermittelte »Einbettung« (Polanyi) in die Gesellschaft.¹⁰⁸ Sie erforderten eine Kraft, die instande sei, auf die marktbedingten Ungleichheiten, Krisen und Verelendungen mitsamt ihren Effekten politischer Aufrührertums und Rebellion durch Gewalt, neue Regeln und ökonomische Kompensationen zu reagieren. Die liberalimperialen Tugenden werden angerufen: nationale Interessen, Bereitstellung des öffentlichen Guts der globalen Sicherheit, singuläre Kapazität zur Intervention. Ein imperiales Ausgreifen vermittele sich auch über die Notwendigkeit, der liberalen Ökonomie neue Kapitalanlagemöglichkeiten zu erschließen, um reale oder potentielle Kriseneffekte aus der notorischen Situation der Überakkumulation zu vermeiden. Es geht um Ausbreitung des globalen Liberalismus. Die Idee der Umsetzung der Marktexpansion in eine imperiale politische Struktur wird hier geradezu geläufig.¹⁰⁹ Im Mittelpunkt der liberalen Geopolitik steht die Geoökonomie.

Die Fokussierung des neokonservativen Projekts auf militärische Ressourcen untergräbt nach Ansicht der Nye u. a. endlich auch die hegemoniale Stellung der USA. Anatol Lieven etwa forderte, die USA sollten »behave as a conservative hegemon, defending the existing international order and spreading its values by example«. Diese Hegemonie werde jedoch durch einen von der Bush-Administration repräsentierten und beförderten amerikanischen Nationalismus gefährdet: »American nationalism is beginning to come into serious conflict with any enlightened or even rational version of American imperialism« und entwickle sich zu einer »extremely unstable basis for hegemony«.¹¹⁰ Der Übergang zu imperialen

107 Daniel S. Hamilton: Die Zukunft ist nicht mehr, was sie war. Europa, Amerika und die neue weltpolitische Lage. Robert-Bosch-Stiftung Stuttgart 2002, S. 29 f. Freilich: von Mitte der 60er bis Mitte der 70er sank der Anteil der USA am Weltexport von 15 Prozent auf 11 Prozent, während der Exportanteil der Güter aus US-Fabriken bei 17 Prozent blieb.

108 Darauf zielte die Korrektur der Formel »trade not rule« in der klassischen Studie von Gallagher und Robinson: »(t)he usual summing up of the policy of the free trade empire as »trade not rule« should read »trade with informal control' if possible; trade with rule when necessary«., John Gallagher; Ronald Robinson: The Imperialism of Free Trade. In: The Economic History Review 1/1953, S. 13.

109 Vgl. Robert E. Prasch: Neoliberalism and Empire: How Are They Related? In: Review of Radical Political Economics 3/2005, S.281-287.

110 Anatol Lieven: In the Mirror of Europe: The Perils of American Nationalism. In: Current History Nr. 677 (2004), S. 101. Detailliert dann in seinem Buch: America Right or Wrong: An Anatomy of American Nationalism. Oxford 2004.

Formen ist in dieser Sicht nicht notwendig: Wo der Liberalismus sich global durchgesetzt hat, muss er nicht revolutionär realisiert, sondern bewahrt werden.

Tatsächlich aber ist das Verständnis der USA als Akteur der Transformation, der seine politischen Ideale und Normen in der Welt verbreitet, dem Liberalismus keineswegs fremd: es liegt der gesamten Geschichte der amerikanischen Außenpolitik zugrunde. Nur die Methodik oder das Verfahren, vermittels derer die exemplarischen Tugenden in die Welt gebracht werden sollen, waren innerhalb des liberalen Lagers umkämpft: Während die einen aktives (womöglich auch militärisches) Handeln für notwendig hielten, waren die anderen überzeugt, dass die Kraft des attraktiven Beispiels dasselbe Resultat hervorbringe. Waren den einen die USA ein vorbildliches Beispiel (»city on the hill«), plädierten die anderen für einen – zuweilen buchstäblich – missionarischen Kreuzzugsansatz.¹¹¹ Der Liberalismus – erst recht in seiner liberalimperialistischen oder –imperialen Ausprägung – bildet keine Scheidelinie zwischen diesen konkurrierenden Optionen – diese entfalteten sich vielmehr in ihm selbst. Das Vordringen eines interventionistischen Kreuzzugsansatzes nach Nineeleveln ist daher durchaus auch im Feld der traditionell liberalen Diskurse zu vermerken.

Spürbar ist dies vor allem an der vierten deutlich ausgeprägten liberalen Gruppe, die für die Akzeptanz des Gedankens eines »American Empire« steht. Sie repräsentiert etwa die von dem Autor Michael Ignatieff (Carr Center for Human Rights an der Harvard University) später als »zurückhaltend« bezeichnete Ausarbeitung, die Anfang 2003 in der New York Times versuchte, jenseits historischer Vergleiche den ambivalenten Gehalt des Begriffs für eine »humanitäre« und »demokratische« liberalimperialistische Interpretation näher zu bestimmen. Als »realistischer Liberaler« betonte Ignatieff: Ein Empire »lite« ist nicht mehr zu haben¹¹²: »Yet what word but »empire« describes the awesome thing that America is becoming? It is the only nation that polices the world through five global military commands; maintains more than a million men and women at arms on four continents; deploys carrier battle groups on watch in every ocean; guarantees the sur-

111 Diese Unterscheidung ist gut pointiert in dem Papier von Jonathan Monten: Nationalism and Neoconservative Perspectives of Democracy Abroad, APSA 2004.

112 Michael Ignatieff: The Burden. In: NYT-Magazine v.5.1.2003. Auch vom Blick der humanitären Intervention her vergleichbar etwa Samantha Power oder William Shawcross und vor allem David Rieff: A new age of Liberal Imperialism. In: World Policy Journal 2/1999 (»I wrote that if we had to choose between barbarism and imperialism, we must always choose imperialism. Again, I'm no longer so sure about that.« Ders., Democracy by Force, CFR v. 14. 3. 2005). Zur Kritik siehe Matthew Rothschild: Empire's Apologists. In: The Progressive 3/2003. Ignatieff hat bereits mit »How to Keep Afghanistan from Falling Apart: The Case for a Committed American Imperialism« im NYT-Magazine v. 26. 7. 2002 diese Argumentation angedeutet. »America's entire war on terror is an exercise in imperialism. This may come as a shock to Americans, who don't like to think of their country as an empire. But what else can you call America's legions of soliders, spooks and special forces straddling the globe?« Dazu gehört für Ignatieff auch, bei aller noblen Reserve, die Folter: »torture might be admissible in cases of necessity«, Michael Ignatieff: The Lesser Evil: Political Ethics in an Age of Terror. Princeton 2004, S. 141 und: »To defeat evil, we may have to traffic in evils: indefinite detention of suspects, coercive interrogations, targeted assassinations, even preemptive war. These are evils because each strays from national and international law...The question is not whether we should be trafficking in lesser evils but whether we can keep lesser evils under the control of free institutions«, ders. in: NYT Magazine v. 2. 5. 2004, S. 48.

vival of countries from Israel to South Korea; drives the wheels of global trade and commerce; and fills the hearts and minds of an entire planet with its dreams and desires. (...) Being an imperial power, however, is more than being the most powerful nation or just the most hated one. It means enforcing such order as there is in the world and doing so in the American interest. It means laying down the rules America wants (on everything from markets to weapons of mass destruction) while exempting itself from other rules (the Kyoto Protocol on climate change and the International Criminal Court) that go against its interest. It also means carrying out imperial functions in places America has inherited from the failed empires of the 20th century – Ottoman, British and Soviet. In the 21st century, America rules alone. (...) America's empire is not like empires of times past, built on colonies, conquest and the white man's burden. We are no longer in the era of the United Fruit Company, when American corporations needed the Marines to secure their investments overseas. The 21st century imperium is a new invention in the annals of political science, an empire lite, a global hegemony whose grace notes are free markets, human rights and democracy, enforced by the most awesome military power the world has ever known. It is the imperialism of a people who remember that their country secured its independence by revolt against an empire, and who like to think of themselves as the friend of freedom everywhere. It is an empire without consciousness of itself as such, constantly shocked that its good intentions arouse resentment abroad. But that does not make it any less of an empire, with a conviction that it alone, in Herman Melville's words, bears »the ark of the liberties of the world« (...) Regime change is an imperial task par excellence, since it assumes that the empire's interest has a right to trump the sovereignty of a state. (...) Being an empire doesn't mean being omnipotent. (...) the Americans cannot afford to create a global order all on their own. European participation in peacekeeping, nation-building and humanitarian reconstruction is so important that the Americans are required, even when they are unwilling to do so, to include Europeans in the governance of their evolving imperial project. The Americans essentially dictate Europe's place in this new grand design. The United States is multilateral when it wants to be, unilateral when it must be; and it enforces a new division of labor in which America does the fighting, the French, British and Germans do the police patrols in the border zones and the Dutch, Swiss and Scandinavians provide the humanitarian aid. This is a very different picture of the world than the one entertained by liberal international lawyers and human rights activists who had hoped to see American power integrated into a transnational legal and economic order organized around the United Nations, the World Trade Organization, the International Criminal Court and other international human rights and environmental institutions and mechanisms. Successive American administrations have signed on to those pieces of the transnational legal order that suit their purposes (the World Trade Organization, for example) while ignoring or even sabotaging those parts (the International Criminal Court or the Kyoto Protocol) that do not. A new international order is emerging, but

it is designed to suit American imperial objectives. America's allies want a multi-lateral order that will essentially constrain American power.«

Oder, in der kurzen Aufforderung der Unterzeile des großen Aufsehen erregenden Artikels von Ignatieff an seine amerikanischen Mitbürger: »Get used to it« – gewöhnt euch an das Empire! Schließlich stellt es die liberalen Rechte bereit und sichert sie, nicht zuletzt (sondern zuerst) das Recht auf Privateigentum und dessen vielfältige Bewegungsweisen.

7.2.4. Linke Kritik und Positionen

Liberalen wie neokonservative Bestimmungen des »Empire« sehen in ihm ein politisches Projekt, für das ein Bezug auf ein »heimisches« Territorium und die Fähigkeit charakteristisch sind, Ressourcen global zu mobilisieren. Die Linke, die immerhin eine Tradition der Analyse des Empire-Problems hat, hat in Imperien keine überhistorische Formen politischer Herrschaft gesehen, sondern demgegenüber in der Regel das Kommando über die Akkumulation des Kapitals im Raum und in der Zeit als Kern eines imperialen Projekts bzw. als unterscheidenden Inhalt des Imperialismus betont.¹¹³ Die Beziehung zwischen den beiden Aspekten einer territorialen Logik der Politik und einer kapitalistischen Logik stehen hier im Zentrum der Analyse. Sie hat dabei allerdings mit dem Rekurs auf den Imperialismusbegriff, der sich auf den Zusammenhang von historischer Entwicklungsstufe des Kapitalismus (ökonomische Konkurrenz zwischen Kapitalien und Kapitalismen) und Nationalstaat (geopolitische Konkurrenz und »politische Akkumulation« von Macht zwischen Staaten) bezog, es weitgehend aufgegeben, nach dem »Imperium« zu fragen. Anfang der 90'er Jahre hatte die Linke im Wesentlichen ebenso aufgehört, eine internationale Imperialismusdebatte zu führen, nachdem sie schon lange darauf verzichtet hatte, in ihrem staatstheoretischen Nachdenken über die politische (Welt-) Ordnung den Begriff Empire als handhabbare Kategorie ins Auge zu fassen. Auch im wissenschaftslinken Diskurs tauchte der Begriff »Imperialismus« praktisch nicht mehr auf, er war zur historischen Reminiszenz geworden. Die amerikanische Linke reagierte kaum und spät auf die veränderte Weltlage seit 1989 und das sich einer übrig gebliebenen USA-Macht stellende zentrale Problem, wie eine neue politische Weltordnung aufgebaut werden konnte, welche das Primat der USA sicherte. Diese Schlüsselfrage differenzierte sich ja in eine Reihe einzelner Probleme auf:

- Wie konnte der Schritt zu einer neuen – eben nun erstmals globalen – kapitalistischen Raumordnung gegangen werden, deren Größenordnung die herge-

113 Beispiele: Alex Callinicos: Imperialism and Global Political Economy. In: International Socialism 108 (2005). Richard W. Van Alstyne: The Rising America Empire New York 1974 (1960); Lloyd C. Gardner; Walter F. La Feber; Thomas J. McCormick: Creation of the American Empire. Chicago 1973; Michael Parenti: Against Empire, San Francisco 1995. Unter diesem Aspekt ist der theoretische Zugang Rosa Luxemburgs zur Imperialismusanalyse ungebrochen attraktiv.

brachte Nachkriegsordnung weit übertraf, da sie insbesondere Großstaaten wie Russland, China und Indien einbeziehen musste?

- Wie konnte in diesem neuen Raum eine Struktur genuiner politisch-militärischer Abhängigkeit geschaffen und damit zugleich verhindert werden, dass militärisch potente, eigenständig konkurrenzfähige Gegenmächte entstanden?

- Wie konnte die nach 1945 entwickelte Technologie der Macht (»hub-and-spokes-structure«) stabilisiert werden, die gewährleistete, dass die USA als jeweils stärkster internationaler Partner dauerhafte Abhängigkeitsverhältnisse zu je einzelnen Partnern begründen konnte?

- Wie konnte dieses Primat der USA nach außen, aber auch im Inneren des Landes legitimiert werden – welche Feinde standen dafür zur Verfügung und welche große Idee bot sich an?

Erst die neuen Kriege der 90er und danach, die zunehmenden Rivalitäten zwischen den kapitalistischen Zentren und die langandauernde Vertiefung der sozialen und ökonomischen Ungleichheit in der Welt, endlich Nineeleveln und American Empire haben auch auf der politischen Linken Anfang des neuen Jahrhunderts eine neue Debatte provoziert. Auch das neue Auftreten terroristisch agierender Gruppen und Personen, die sich als »antiimperialistisch« verstanden, hat diese neue Debatte befördert. Das Maß an wirklicher Veränderung erforderte neue Begriffe oder die Wiederanrufung alter Begriffe wie »Imperialismus«. Schließlich gab es gerade in der liberalen und linken Debatte ein »Return of the State« in der Reaktion auf die theoretische und zum Teil auch praktische Entwertung des Nationalstaates durch die neoliberale Ideologie und Theorie. Schon neoinstitutionalistische Autoren wie Hymer¹⁴, Wade, Hirst und Thompson hoben die Notwendigkeit einer staatlichen Kontrolle der transnationalen Konzerne hervor, eine Position, die z. B. in der UNCTAD von Bedeutung war. Auch sozialdemokratische, aus einer weberianische Tradition kommende Autoren wie Evans und Skopcol akzentuierten in den 90er Jahren die entwicklungspolitischen Möglichkeiten der relativ autonomen Staatsmacht gegenüber dem Kapital. Neoklassische und neoinstitutionalistische Theorien flossen in dieser Zeit jedoch oftmals im Zeichen der Dritte-Wegs-Konzepte zusammen und wurden Bestandteil einer ausgeweiteten neoliberalen Position. Gleichwohl trug diese Debatte dazu bei, dass die Frage nach der Entwicklung von Formen politischer Herrschaft neu ins Blickfeld geriet.

Von einer konsensfähigen, ausgearbeiteten materialistischen Imperialismustheorie ist die Linke allerdings heute noch weit entfernt und dementsprechend gibt es auch keinen Konsens darüber, wie diese neue Konstellation zu charakterisieren sei: Welchen constraints unterliegen Politik, Nationalstaaten oder »Imperien« durch die Ökonomie und konkurrierende politische Subjekte, und ist die klassische Annahme weiterhin gültig, dass sich die krisenhafte zwischenimperialistische Konkurrenz in politische Konflikte oder gar Kriege umsetzt? Geht es um einen

114 S. Hymer: *The Multinational Corporation: A Radical Approach*. Cambridge 1979.

partnerschaftlichen Kollektivimperialismus nach dem Muster des kautskianischen »Ultraimperialismus«? Und gibt es dabei die sukzessive Herausbildung eines neuen globalen, transnationalen Subjekts, dessen Kern eine ebenso neuartige transatlantische ruling class oder internationale Managerklasse ist und der die politische Form eines transnationalen (imperialen) Staates ausbildet, welcher die Nationalstaaten und das zwischenstaatliche System ablöst und nach der neuen Formel operiert: »Was gut für Halliburton ist, ist ebenso gut nicht bloß für Amerika, sondern für die ganze Welt« – dessen Subjekt also nicht mehr in den alten Container des Nationalstaates und eines »nationalen Interesses« eingesperrt werden kann?¹¹⁵ Gibt es also ein neues Zentrum – auch wenn die neue Imperialität nicht mehr so straff zentriert sei mag, wie es in den Zeiten des alten Imperialismus einst üblich war? Oder hat sich diese Konstellation des informellen Imperialismus nach 1945 mittlerweile gar zu einem postimperialistischen Empire mit einem »ortlosen«, also von den ursprünglichen nationalen und territorialstaatlichen Bezügen weitgehend losgelösten Subjekt verallgemeinert, dessen hegemoniale wie imperiale Kraft nicht aus einer territorialisierten und homogenisierenden, sondern aus einer vernetzten und fragmentierten Topologie der Macht der allgemeinen Marktgesellschaft mit ihrer starken Vision des guten Lebens in den Märkten kommt, wie es Agnew und vor allem Hardt/Negri nahe legen, die das Empire allerdings unmittelbar der Zeit des formellen Imperialismus nachfolgen lassen und daher ständig mit prekären Übergangskategorien (»Passagen«) operieren müssen? Oder entsteht endlich eine hierarchische Struktur, die eine grundsätzliche positionelle Differenz zwischen den USA und ihrer ruling class und dem »Rest der Welt« einschließt und als Rezentrierung, also als Neukonfiguration eines American Empire beschrieben werden muss, wo eine solche hierarchische Zentrierung sich also auch in der gewachsenen Welt der herrschenden Klassen des Globus reproduziert? Und geht es bei einem solchen American Empire in der Tradition des klassischen Imperialismus weiterhin um eine Ausweitung der politischen Kontrolle von einem Territorium auf ein anderes und ist es insofern die politische Form einer Beziehung ökonomischer Ungleichheit und Ausbeutung, in deren Zentrum ein in Leninscher Analysetradition verstandenes Monopolverhältnis steht? Wer also dann gehört zum Empire, wie Bruce Cumings zu Recht einwendet: »we cannot determine what is in and what is out of this empire. (Did the Chinese become part of it when the United States allowed them to join the WTO?)«¹¹⁶

Weiter: Mit welchen Entwicklungstrends haben wir zu rechnen? Die einen se-

115 So William J. Robinson: Social theory and globalization: The rise of a transnational state. In: Theory and Society 30 (2001), S. 157-200.

116 Bruce Cumings: Is America an Imperial Power? In: Current History, November 2003.

117 Z. B. Jonathan Friedman; Christopher Chase-Dunn (Hrsg.): Hegemonic Declines: Present and Past. Walnut Creek 2003; Immanuel Wallerstein: U. S. Weakness and the Struggle for Hegemony. In: Monthly Review 3/2003; ders.: When Will Bush Fall? Commentary No. 117 v. 15. 7. 2003; »The U. S. was already a declining hegemonic power when Bush came to power in 2001. In seeking to restore the U. S. world position in his first four years of power, Bush actually made the situation much worse for the U. S.« Ders.: Bush and the World: The Se-

hen eine »US-Hegemonie im Abschwung« (von Wallerstein und Arrighi über Bello bis Todd oder Falk)¹¹⁷ oder bereits eine posthegemoniale Situation. Je komplizierter und langwieriger die militärische Situation im Irak wurde, desto mehr verbreitete sich die Grundthese, wonach die einstige absolute wie relative ökonomische Hegemonie der USA kontinuierlich schwinde und ihre Stärke nur noch auf dem Erbe des Kalten Krieges beruhe: der Rolle des US-Dollars als der Weltwährung, der internationalen Verankerung der US-Firmen und der Gestaltung internationaler Wirtschaftsbeziehungen und Geschäftspraktiken nach US-Regeln. Sie sehen ein »Ableben« (Arrighi) des neo-konservativen imperialen Projekts, welches die US-Hegemonie unterminiert hätte.¹¹⁸ Sie argumentieren in der Regel mit Einzelaspekten der ökonomischen Situationen der USA (insbesondere ihrer Angewiesenheit und Fähigkeit zum Kapitalimport) oder betonen sogar wie die liberalen Autoren die krisenhaften Widersprüche zwischen florierendem ökonomischem Multilateralismus und einem Projekt des politischen Unilateralismus: Für sie realisiert die Internationalisierung des Kapitals die Dimension der Gleichheit und nicht der Ungleichheit, und sie bauen daher darauf, dass hegemoniale Projekte ökonomieseitig unterminiert werden. In der neoliberalen Finanzialisierung sehen sie ein klassisches Symptom einer Hegemonialkrise. Die USA seien außerstande, die Weltgesellschaft wenigstens im Ansatz zu stabilisieren. Arrighi und Silver (die im Übrigen den Begriff des Empire nicht bzw. sehr zurückhaltend verwenden) sehen einen langen Niedergang des Hegemonen USA und den Aufstieg eines neuen Hegemons Ostasien, der im Stande ist, eine Ordnung eigenen Typs zu generieren, in dessen Entwicklungspfad er sich dann freilich irgendwann neu verfangen wird, da hier Probleme entstehen, die dereinst ebenfalls nur durch einen neuen Hegemon gelöst werden könnten, so dass im langen Zyklus der Weltentwicklung Aufstieg und Niedergang einander in unabsehbarer Folge ablösen. Nach ihrer Ansicht waren die USA außerstande gewesen, in der Phase des Neoliberalismus und in Sonderheit während der 90er Jahre eine neue, dynamischere Basis für die eigene Kapitalakkumulation zu schaffen (new economy) und so dem von ihnen selbst in der Nachkriegszeit gebauten Pfad zu entrinnen – dass freilich die (zukünftig nach ihrer Meinung hegemonialen) neuen Wachstumszentren in China und im ASEAN längst durch europäisches, japanisches und US-amerikanisches Kapital aufgeschlossen und erschlossen werden, wird dabei nicht oder kaum berücksichtigt. Auch die Möglichkeit einer neuen Machtallianz (Europa/Ostasien) und ihrer Etablierung als konkurrierender Hegemon scheidet in diesen Erwägung-

cond Term, Comment No. 152 v. 1. 1. 2005; Walden Bello: Interview. In: TAZ v. 28./29. 6. 2003. Richard Falk: The Declining World Order: America's Imperial Foreign Policy. New York 2004. Schließlich John Agnew: Hegemony: The New Shape of Global Power. Philadelphia 2005, S. 3: »The trend of the U.S. government since the 1980s toward unilateral military and economic action...represents, rather than its burgeoning strength, the weakness of the United States.« Vgl. demgegenüber zum Verschwinden der Decline-These außerhalb der Linken Richard Cox: Whatever Happened to American Decline? International Relations and the new United States Hegemony. In: New Political Economy 3/2002, S. 311-340.

118 Giovanni Arrighi: Hegemony Unravelling – I. In: New Left Review 32 (2005), S. 26.

gen meist aus zugunsten der Annahme, das der zentrale regionale oder gar nationalstaatliche Konkurrent der USA Ostasien (China) sein werde.

Diese – oft eher sozialdemokratische, zuweilen auch radikale – Linke interpretiert die Entwicklung um und nach 9/11 somit entweder als dramatische Beschleunigung eines ohnehin seit den 80er Jahren evidenten decline der amerikanischen Hegemonie – weshalb die USA eben keine Ausnahme von der goldenen Regel des Niedergangs großer Mächte seien – oder als einen dramatischen Vorgang des abrupten Rückfalls in den klassischen Territorial- oder Kolonialimperialismus. Sie akzentuiert also den Gedanken der Anomalie und des Bruchs: »Having reached the boundaries of post modern power, the United States has gone back to old fashioned understandings on the nature of power. Under this process we are witnessing a backward movement from empire to imperialism, from the society of control to the disciplinary society and from soft power to hard power.«¹¹⁹ Michael Mann spricht in seiner Studie von einem »neuen Imperialismus«, der nach seiner Meinung in einen neuen Militarismus einmünde.¹²⁰ Andere sehen eine sukzessive, langjährig sich entwickelnde Abkehr vom Isolationismus, die den Keim der Krise durch »imperialen Überdehnung« (Paul Kennedy) in sich trägt.¹²¹ Durchgängig interpretiert diese Position die militärische Besetzung des Irak als einen verzweifelten Versuch, das Schwinden einer US-Hegemonie mit militärischen Mitteln aufzuhalten. Alle sehen in dieser Entwicklung mehr oder weniger explizit den Ausdruck einer politischen Defensive, eines Decline oder Rückfalls in eine historisch überholte Figur.

Hardt/Negri, deren Buch »Empire« schon lange vor Niveleven die neue linke Imperialismusdebatte initiierte, sehen demgegenüber im Empire die politisch-juristische Form einer postfordistischen Regulationsweise, die ohne Hegemonie eines einzelnen Staates (und seien es die USA) oder einer Staatengruppe auskommt und die unberührt bleibt von Ereignissen wie Niveleven – für sie also gilt der Gedanke der grundsätzlichen Kontinuität einer neuen, dezentrierten imperialen Kon-

119 Alfredo Toro Hardy: *Models of Global Governance and their Relationship to US Power*. London 2003. Siehe auch Stephen Howe: *American Empire: the history and future of an idea*. In: *Opendemocracy* v. 12. 6. 2003, für den das Zeitalter formeller Imperien (mit direkter Kontrolle fremder Territorien) zu Ende ist und der deshalb im Falle der USA vom »imperialism after empire« spricht. Vgl. auch William Appleman Williams: *Empire as a way of life*. New York 1980. Für diese Position ist die Okkupation des Irak gleichsam ein Rückfall in einen Kolonialimperialismus. Wood wendet dagegen zu Recht ein: »The point is simply that non-colonial imperialism is far less risky and costly, and far more profitable. If the United States can use its massive economic power, backed up by the threat of its overwhelming military superiority, to command the world economy, why would it want to get bogged down in colonial rule?« Ellen Meiksins Wood: *Capitalist Empire and the Nation State: A New U. S. Imperialism?* In: *Against the Current* 6/2003.

120 Michael Mann: *Die ohnmächtige Supermacht*. Frankfurt/New York 2003, S. 12, 22. Auch für Peter Bender ruht in allen Imperien der Weltgeschichte die Macht auf dem Militär, so auch im Falle Roms und der USA. Ähnlich die Einschätzung von Andrew J. Bacevich: *The New American Militarism: How Americans Are Seduced by War*. Oxford 2005; nach seiner Ansicht geht es im Falle der bushistischen USA nicht nur um einen militarisierten Staat, sondern eine militarisierte Gesellschaft, in der die bewaffnete Macht das Maß nationaler Größe ist und Kriege das einzig gemeinschaftliche Vorhaben sind.

121 Während der neue bushistische Expansionismus den »imperial understretch« beklagt, siehe Richard N. Haass: *Imperial America*, Konferenz des Brookings Institute v. 11. 11. 2000.

figuration, die keinen besonderen staatsterritorialen Fokus mehr hat, da sie die Unterscheidung von innen und außen transzendiert hat, nach welcher der im klassischen Feld nationalstaatlicher Souveränität operierende Imperialismus fungiert hatte.¹²² Für sie spielen die USA für die Beantwortung der Frage nach dem Ort der imperialen Macht eine wesentliche, aber keine singuläre Rolle – sie sind gleichsam der militärische Arm auch des Empire und stehen in der Ordnung der Pyramide der Macht oben. Eine territoriale Fixierung eines Empire, wie es die Rede vom American Empire mache, sei anachronistisch.¹²³ Sie heben in ihren Publikationen bis 2002 vielfach hervor, dass das Empire keine Krise durchlaufen könne, aus der ein neues imperialistisches Projekt entstehen könnte und dass kein Staat – auch nicht die USA – im Zentrum eines solchen Projekts stehen könne. Für sie übernehmen die USA vor allem repressive Funktionen im Tätigkeits- und Aufgaben-, also Funktionszusammenhang des globalen Empire, dessen Spezifität sie im Wesentlichen aus der Politik heraus entwickeln, der gegenüber sie die Frage der Kapitalakkumulation und damit verknüpften systemischen Expansivität weitgehend zurückstellen. Ähnlich auch die Positionierung von Nitzan/Bichler: »The ›United States‹ may be strong or weak, but it is not a capitalist empire. The capitalists who happen to live there are de-creasingly ›American‹ in terms of what they own, and many of those who own ›American‹ assets live elsewhere. The ›United States‹ has no savings to export; it desperately needs those of others. U.S.-based capitalists do not unleash their government against other core countries, and

122 Siehe auch Martin Coward: *The Globalisation of Enclosure: interrogating the geopolitics of empire*. In: *Third World Quarterly* 6/2005, S. 855-871. Für Georg Steinmetz: *The State of Emergency and the Revival of American Imperialism: Toward an Authoritarian Post-Fordism*. In: *Public Culture* 2/2003, S. 323-345 reflektiert sich in der Konzeption Hardt/Negris eine singuläre, spezielle postfordistische Situation der 90er Jahre, für die ebenso eine transitorische, relativ dezentrierte politische Struktur und das Fehlen eines zentralen Feindbildes im ideologischen Raum charakteristisch war. Entsprechend charakterisierte 1998 Lawrence Summers, Minister unter Clinton, die USA als »first nonimperialist superpower«. (Lawrence Summers: *America: The first nonimperialist superpower*. In: *New Perspectives Quarterly* 15/1998, S. 34-35). Für Steinmetz sind die ideologischen, politischen und ökonomischen Bedingungen eines dezentrierten, multivalenten Systems seit 9/11 in der Auflösung und es wird auch deutlich, dass die Behauptung Hardt/Negri's unhaltbar ist, es gebe keine grundlegende Ungleichheit zwischen Kern- und Peripherie im Weltssystem mehr. Panitch/Gindin halten Hardt/Negris Zugang mittlerweile für geradezu bizarr. Auch für Smith ist mit den Türmen des WTC zugleich diese Konzeption des Empire ein für alle mal zusammengebrochen, siehe Neil Smith: *Scales of terror and the resort to geography*: in: *Environment and Planning D: Society and Space* (2001), S. 636.

123 Das Empire der Postmoderne hebt für Hardt/Negri die Unterscheidung zwischen innen und außen auf, entwertet die Kategorien des Raumes und sie speichert von einem »non-place« der Macht – doch die Pyramide der Herrschaft des Empire ist hochgradig im Sinne einer geopolitischen Moderne strukturiert nach verschiedenwertigen Nationalstaaten und Organisationen siehe Claudio Minca: *Empire Goes to War, or, The Ontological Shift in the Transatlantic Divide*. In: *ACME*, 2/2003, S. 231. James D. Sidaway: *Empire's Geographies*. In: *ACME: An International E-Journal for Critical Geographies*, 3/2005, S. 63-78 hat auf das Cover des vielfach verkauften und in der Harvard University Press publizierten Buches *Empire* verwiesen, das einen tropischen Sturm über dem Globus zeigt – ein Foto, das vom US-Space Shuttle Challenger aus gemacht wurde, das dann von einer der größten Fotoagenturen der Welt gekauft wurde, die wiederum mittlerweile im Besitz des US-Amerikaners Bill Gates ist.

124 Jonathan Nitzan, Simshon Bichler: *New Imperialism or New Capitalism?* Montreal/Jerusalem 2004, S. 63 f.

when the U.S. does go to war – in Grenada, Panama, Afghanistan or Iraq – the purpose is neither conquest, nor the ›exploitation‹ of the conquered.«¹²⁴

Hardt/Negri folgend, versucht Finzsch das Verhältnis von »Empire« und »American Empire« so zu beschreiben: »Vielmehr ist amerikanische Politik einerseits historisch der Vorläufer des Empire und das Empire reproduziert als Oberflächenphänomene abgestorbene Elemente des Amerikanismus, die wie Wiedergänger immer wieder amerikanische Kultur oder amerikanische Doktrin beschwören, während die Realität des Empire längst transnational unamerikanisch ist. Andererseits bedient sich das Empire bestimmter Elemente amerikanischer Restsouveränität, um innere Probleme zu lösen.«¹²⁵ Hardt/Negri interpretieren daher die Auseinandersetzungen zwischen einzelnen europäischen Ländern und den USA 2002/3 als Kampf um die Hegemonie im neu entstandenen Weltsystem Empire und das »American Empire« als politisch-ideologische Kampfpositionierung eines Schlüsselakteurs in dieser globalen Auseinandersetzung.¹²⁶ Andere Autoren wie Ellen Maiksin Wood folgen der Vorstellung vom Empire, sehen es aber gegenwärtig als nicht reduzierbar auf die amerikanische Regierung und als nicht deckungsgleich mit den USA; es habe sein Zentrum in global ansetzenden Agenturen und transnationalem Kapital. Eine Vorstellung freilich, die mit der Hardt/Negrischen Empire-Konzeption wenig zu tun hat, sondern eher auf die klassische Vorstellung vom Ultraimperialismus zurückgreift.

Während also im linken Diskursfeld die einen den Bruch diagnostizieren: als Rückfall in den Imperialismus des Krieges und der Rivalität oder als Überwindung des Imperialismus durch die Herausbildung eines globalen Empire, hebt eine andere Richtung das Element der Kontinuität des imperialistischen Charakters der USA bzw. ihrer unilateralen Politik und ihrer herausragenden Position im internationalen System hervor. Sie debattiert die neue Situation als neu »entstehendes imperiales Projekt« (Arrighi). Sie stellen den Akteur Nationalstaat USA ins Zentrum, sei es als klassisch dominante Imperialmacht (wie James Petras oder John Bellamy Foster¹²⁷), sei es – wie Panitch anknüpfend an Poulantzas – als Agieren eines neuen Staatstypus (»prototypischer Globalstaat« USA), der insbesondere den europäischen nationalstaatlich fundierten Imperialismus durchdringt, sei es endlich – wie Martin Shaw – als globaler »western state« oder »western empire«, also eines modernen, progressiven, westlich profilierten Staatenblocks. Dem hegemonietheoretischen Ansatz (z. B. Arrighi) und den Positionen der Herausbildung einer transnationalen Klasse und des dazugehörigen transnationalen Staates (z. B. Robinson oder Corbridge/Agnew) werfen sie ebenso wie der Empire – Diagnose von Hardt/Negri vor, die Veränderung des Nationalstaates USA und seine heraus-

125 Norbert Finzsch: Von Wallerstein zu Negri: Sind die USA das »Neue Rom«? In: Sabine Sielke (Hg.) Der 11. September 2001: Fragen, Folgen, Hintergründe. Frankfurt/M. u. a. 2002, S. 159-171.

126 Etwa Michael Hardt: Second Empire; or, The Eighteenth Brumaire of George W. Bush. In: Radical History Review Nr. 95 (2006), S. 89-92.

127 S. John Bellamy Foster: The New Geopolitics of Empire. In: Monthly Review Nr. 57 (2006).

ragende Rolle wie auch die Rolle des Systems der Nationalstaaten überhaupt unhaltbar abzuwerten. Staaten – und in Sonderheit der US-amerikanische Staat – sind relativ autonome aktive Einrichtungen, welche durch Recht, Zwang und Geld Klassenbeziehungen wie die Makroökonomie arrangieren und als letzte Hilfe in allen Lebenslagen fungieren, nicht nur national, sondern auch international. Alle genannten Autoren dieser Position sehen daher in 9/11 keinen weitreichenden Bruch. Für sie fasst die Rede vom American Empire im Grundsätzlichen nur Merkmalselemente des sich transformierenden US-Imperialismus und/oder seines politischen Systems, die sich schon zur Jahrhundertwende oder sukzessiv nach dem zweiten Weltkrieg herausgebildet haben. Empire oder Imperialismus haben also keineswegs erst mit einer Regierungspolitik Bush eingesetzt. Für sie ist, wie es einst William Appleman Williams formulierte, das »Empire« schon lange ein »way of life« der amerikanischen Bürger. Edward Rhodes spricht vom »informal global American empire«¹²⁸, Amiati Etzioni vom »Semi-Empire« und Chalmer Johnson vom »verdeckten Imperialismus«¹²⁹ – oftmals freilich, ohne zu fragen, ob der Irak-Krieg für eine territorialpolitische Wende gegenüber der Tradition eines informellen Imperiums steht und welche Vorteile ihm gegenüber eine solche zeit- und ressourcenraubende Unternehmung bietet. Auf dieser Linken ist so weiterhin die Behauptung einer jahrzehntelangen, durchgängigen Konstanz der Dominanzposition der USA vorhanden, der gegenüber wir es bloß mit wechselnden Rhetorikern in Sachen »Imperialismus« zu tun haben, deren Ehrlichkeits-, Wahrheits- oder Wirklichkeitsgehalt variiert; folgerichtig wird hier die Nutzung eines gesonderten Begriffs »Empire« zur Charakterisierung der gegenwärtigen Situation abgelehnt¹³⁰ oder die Gültigkeit des Begriffs wird auf die gesamte Geschichte des US-Kapitalismus seit etwa 1890 ausgedehnt¹³¹, und das, was mit 9/11 geschah, ist nur ein »Hervortreten« und »Deutlichwerden« dieser Eigenschaft: »The American Em-

128 Edward Rhodes: The Imperial Logic of Bush's Liberal Agenda. In: *Survival* 1/2003, S. 143. Auch Panitch/Gindin: Empire, sprechen von einem informellen, globalen amerikanischen Imperium.

129 Siehe auch Clyde Prestowitz: Schurkenstaat: Wohin steuert Amerika? Düsseldorf 2004.

130 Siehe etwa Alexander Cockburn: Dare call it an empire. In: *Working for Change* 20. 11. 2002: »The basic aims of American international strategy have changed barely at all since the end of the Second World War. The difference is in the degree of frankness with which the brute realities of world domination are discussed.« Perry Anderson weist in »Casuistries of Peace and War« (in: *London Review of Books* v. 6.3.2002) auf die Verschiebung der Argumente hin: »Historically, the United States has always reserved the right to act alone where necessary, while seeking allies wherever possible. In recent years it acted alone in Grenada, in Panama, in Nicaragua, and which of its allies now complains about current arrangements in any of these countries? As for the UN, Nato did not consult it when it launched its attack on Yugoslavia in 1999. In which every European ally that now talks of the need for authorisation from the Security Council fully participated, and which 90 per cent of the opinion that now complains about our plans for Iraq warmly supported.«

131 Siehe William Appleman Williams: *The Tragedy of American Diplomacy*. New York 1972, S. 55: »The empire that results [from an advanced industrial nation's controlling endeavors] may well be informal in the sense that the weaker country is not ruled on a day-to-day basis by resident administrators, or in-creasingly populated by emigrants from the advanced country, but it is nevertheless an empire. The poorer and weaker nation makes its choices within limits set, either directly or indirectly, by the powerful society, and often does so by choosing between alternatives actually formulated by the outsider.«

132 Leo Panitch; Sam Gindin: *Global Capitalism and American Empire*. In: *Socialist Register* 2003, S. 1.

pire is no longer concealed.«¹³² Wobei allerdings die Frage bleibt, wozu die bisherige »Verhüllung« diente, wie sie entstand und reproduziert wurde und warum sie denn nun zu Ende ging – ja, was das denn nun eigentlich ist, eine offenbar intentionale »Maskierung« eines Imperiums und in was sich etwas Informelles« (das »informal empire«) verwandelt, streift es seine Verhüllung ab. Verwandt, aber doch deutlich verschieden hiervon die Position von Peter Gowan, der hervorhebt, was er sieht als »the central fact of contemporary international relations: one single member...has acquired absolute military dominance over every other state or combination of states on the entire planet«; durch diese militärische Dominanz wird eine Einheit zwischen der Welt der kapitalistischen Staaten hergestellt, »whose empire is guarded not by any suprastate authority, but by a single hegemon«.¹³³ Für Gowan ist mit dem Ende des Kalten Krieges die »superimperialistische« Position der USA wieder restauriert. Hier also wird eine Gegenposition zum linken »Decline-Lager« formuliert: In der Entwicklung seit 1989 bzw. 2001 wird klar eine kontinuierliche Stärkung der Position der USA im internationalen System gesehen. Freilich sind nicht wenige der Argumente der Anti-Declinisten von einer gewissen Beliebigkeit: Wenn ein »Sich-Leisten-Können« explodierender Staatsdefizite und Verschuldungen zum Zeichen imperialer Stärke wird, sind dann fallende Defizite und der Abbau von Verschuldungen Zeichen von Schwäche? Oder stehen beide Erscheinungen gleichermaßen für imperiale Stärke? Und sind amerikanische Investitionen in China und chinesische Anlagen in den USA gleichermaßen ein Zeichen einen starken US-Empire? Wie wird hier der Zusammenhang von Macht und Eigentum (Kapital) gedacht?

Eine weitere Position endlich, die etwa Georg Steinmetz vertritt, sieht demgegenüber Kontinuität und Bruch: Kontinuität in der ökonomischen Regulationsweise, Diskontinuität in der Politik, wo mit 9/11 die für die 90er Jahre charakteristische Phase des Fehlens eines klaren politischen Projekts des amerikanischen Imperialismus beendet wurde. Im Unterschied zur relativ stabilen postfordistischen Ökonomie gab es mit 9/11 in der Politik eine hohe Suchdynamik und evidente Veränderungen, die sich primär auf den Staat und das System der politischen Macht, also auf die politische Regulationsweise fokussierten (Geopolitik, Veränderung des Staatsapparats, Transformation des Rechtssystems, Überwachung). Es vollzieht sich ein Schwenk zu einem »new political space«, einem »enhanced police state. Security in the disciplinary, not the social, sense is the focus of current government activity«. Steinmetz resümiert: »The political experimentation we are now seeing in the United States does not constitute a move away from post-Fordism, then, but toward a different brand of post-Fordism, one in which flexible

133 Peter Gowan: Neoliberal Cosmopolitanism. In: *New Left Review* 11 (2001) S. 81 und 89 sowie insbesondere sein Beitrag: American grand strategy. In: *Critical Asian Studies* 1/2005, S. 128-139.

134 Georg Steinmetz: The State of Emergency and the Revival of American Imperialism: Toward an Authoritarian Post-Fordism. In: *Public Culture* 2/2003, S. 338 und 327. Zur »Imperial Presidency« und dem Umbau des Rechtssystems in den USA siehe David Cole: What Bush Wants to Hear. In: *The New York Review of Books* v.

specialization is conjoined with more explicitly imperialist politics and a more authoritarian interior order.«¹³⁴ Für ihn entsteht ein neuer »Neoimperialismus« in den USA. Er ist kein klassischer Kolonialismus, denn zumindest die starken Staaten der Peripherie behalten zumindest ihre nominelle Selbstkontrolle – schließlich planten die USA auch keine eigene Kolonialregierung im Irak. Hegemonie, die weiterhin zu verstehen sei als eine Funktion von Nationalstaaten, die territoriale und institutionelle Orte haben, konzentrierte sich weiterhin auf die international dominante USA. »The result, for now, is a process of reconfiguring the mode of regulation. This emergent framework is still post-Fordist with respect to its core model of industrial production, but its state model is domestically authoritarian and geopolitically imperialist.«¹³⁵ Unipolarer Militarismus und geopolitische Imperialität werden kontrastiert zu einer multipolaren Ökonomie.

Ebenfalls Kontinuität wie Bruch akzentuieren David Harveys exzellente Studie »The New Imperialism« und der anknüpfende große Aufsatz von Giovanni Arrighi »Hegemony Unravelling«¹³⁶, die weithin als gegenwärtig tragfähigste Konzeption angesehen werden. Harvey ist der Ansicht, dass die USA nach 1970 ihre ökonomische Überlegenheit auf dem Feld der Produktion verloren haben und nun daran sind, ihre Überlegenheit auf dem Gebiet der Finanzen einzubüßen. Dieser doppelte Verlust an Überlegenheit erkläre ihr neues Kriegerum. Leitend für Harveys theoretisches Konzept ist der Gedanke der Expansion – als Extension oder Verdichtung, im Raum und in der Zeit. Dieser Gedanke der Ausdehnung ist sicherlich ein zentraler Schlüssel zum Verständnis der Marxschen Vorstellung vom Kapital und seiner Akkumulation, auch wenn Marx selbst räumliche Expansion nur als Ausdehnung in nichtkapitalistische Räume dachte und beispielsweise der Gedanke der ungleichen Entwicklung des Kapitalismus oder die Frage nach der ökonomischen Funktion des Staates noch nicht substantiell in sein Blickfeld kam. Harvey unterscheidet im Anschluss an Arrighi politische (territoriale) und kapitalistische Logiken der Macht, deren Agenten besondere Interessen in unterschiedlichen Zeit-Raum-Konstellationen verfolgen: Das Profitinteresse ist nicht, wie das Interesse an Machtmaximierung in der Politik, auf den Staat bezogen; es ist individuell auf das jeweilige Kapital ausgerichtet, der staatliche Akteur dagegen handelt nach kollektivem Vorteil; Politik bezieht sich für einen gewissen Zeitraum (z. B. eine Wahlperiode) auf ein Territorium, auf Ressourcen und Menschen und bedarf der Legitimation, das Kapital operiert demgegenüber auf diffuse (Harvey: »molekulare«) Weise in Zeit-Raum-Kontinuitäten. Danach begründet das Kom-

17. 11. 2005, Elizabeth Drew: Power Grab. In: The New York Review of Books v. 22. 6. 2006 sowie Richard S. Conley: Reform, Reorganization and the Renaissance of the Managerial Presidency: The Impact of 9/11 on the Executive Establishment. In: Politics & Policy 2/2006, S. 304-342.

135 Steinmetz: State of Emergency, S. 341. »I will define imperialism as a nonterritorial form of empire in contradistinction to colonialism as a territorial one and I will argue that the United States is by this definition imperialist.« George Steinmetz: Return to Empire: The New U.S. Imperialism in Comparative Historical Perspective. In: Sociological Theory 4/2005, S. 340.

136 Oxford 2003 bzw. NLR 32 (2005).

mando über ein Territorium die politische Macht des Staates und das Kommando über die Produktion, den Austausch und die Akkumulation von Kapital und seinen nicht an Territorien gebundenen Fluss die ökonomische Logik der Macht des Kapitals. Internationalisierung von Kapital ist die Expansion von Geld-, Produktions- und Warenbeziehungen im Raum und entlang der Zeitachse. Staaten und Betriebe kalkulieren also grundsätzlich unterschiedlich. Das Moment grundlegender Expansivität ist ihnen beiden eigen – und koinzidiert es mit großer Dynamik, dann ist eine Grundvoraussetzung für Imperialität gegeben. Der – als kapitalistisch ausgezeichnete – Imperialismus wird jedoch grundsätzlich von der kapitalistischen Machtlogik beherrscht. Doch weitere Spezifika kommen hinzu, um den Begriff »Imperialismus« überhaupt treffend zu machen. »Imperialismus« charakterisiert für Harvey einen Typus Kapitalismus, der die ungleichen geografischen Bedingungen ausbeutet und die notwendig durch die Austauschbeziehungen im Raum entstehenden Asymmetrien aufrechterhält, unter denen die Akkumulation des Kapitals geschieht.¹³⁷ Als eine bestimmte Form der Produktion und Nutzung globalen Raums ist Imperialismus »a property of interstate relations and flows of power within a global system of capital accumulation«.¹³⁸ Der historische Prozess der Akkumulation meint somit permanente Produktion und Reproduktion von Verhältnissen der Ungleichheit im Raum und damit einhergehend Verschiebungen von Hegemonie und immer auch wieder Überakkumulation (von Gütern, Geld – und Arbeitskräften), aus der ständig neu der Ausweg der massiven Entwertung oder einer Erschließung neuer Kapitalanlagefelder im Inneren (z. B. zeitlich lang andauernde Investitionen zur Verbesserung der allgemeinen Bedingungen der Produktion, Inwertsetzung neuartiger, gegenwärtig und sicherlich langfristig insbesondere immaterieller – Ressourcen) bzw. der geografischen Expansion nach außen und räumlichen Umstrukturierung gegangen wird, wobei jeder dieser Auswege mit intensiver Staatsaktivität einhergeht (häufig auf Grund der Kreditfunktion des Staates). Hier kommt ins Spiel, was Harvey »Accumulation by Dispossession« nennt und was er als »an important and continuing force in the historical geography of capital accumulation through imperialism«¹³⁹ ansieht. Seiner Meinung geschieht die Akkumulation des Kapitals grundsätzlich auf zweierlei Weise. Die »erweiterte Reproduktion« als erste Form schafft neuen Wert und Mehrwert als Grundlage der Akkumulation und, sodann, auch krisenhafter Überakkumulation, aus der durch Kapitalentwertung oder durch Expansion in den (nichtkapitalistischen) Raum bzw. Investitionen ein Ausweg gesucht wird. Ein solcher Ausweg

137 Diese Asymmetrien zeigen sich in unfairem und ungleichem Austausch, räumlich konzentrierten Monopolen und Ausbeutungspraxen, die auf die ungleiche Kapitalflüsse zurückgehen. Die Sicherung dieser Asymmetrien im Tausch gegen die Unterstützung seiner Macht ist der Kerngehalt imperialistischer Politik. Eine typische Dominanz der kapitalistischen Logik anzunehmen, sei charakteristisch für die Konzeption »Imperialismus« gegenüber anderen Konzeptionen von »Empire«; »zu Zeiten« können allerdings auch die territoriale Logik in den Vordergrund treten (Harvey: Imperialism, S. 33).

138 Ebenda.

139 Ebenda, S. 143.

ist nach Harvey mit einer intensiven Konkurrenz verbunden. Zur Beschreibung der zweiten Form der Akkumulation erinnert Harvey daran, dass alle die Merkmale der von Marx »primitiv« oder »ursprünglich« genannten Akkumulation in der Entstehungsphase des Kapitalismus in seiner weiteren Entwicklung nicht verschwunden seien, sondern durchgängiges und ständiges Merkmal einer kapitalistischen Entwicklung blieben, zu der das Element der Gewalt und des Expansiven bzw. Imperialen schon immer gehörte.¹⁴⁰ Im Unterschied zur erweiterten Reproduktion, welche die Aneignung neu geschaffenen Mehrwerts einschließt, baut dieser kontinuierliche Prozess der »Akkumulation durch Enteignung« auf der Aneignung bereits existierenden Mehrwerts auf. Auch dadurch werden Krisen der Überakkumulation ständig neu gelöst: »What accumulation by dispossession does is to release a set of assets (including labour power) at very low (and in some instances zero) cost. Overaccumulated capital can seize hold of such assets and immediately turn them to profitable use.«¹⁴¹ Diese Akkumulationspraxis spielte in den einzelnen Entwicklungsphasen des Kapitalismus eine unterschiedliche Rolle. In der ersten Phase der politischen Herrschaft der Bourgeoisie zwischen 1884 und 1945 trat sie anfänglich ebenso wie in den 30er Jahren in den Vordergrund, als im geopolitischen Kampf verschiedener kapitalistischer Hauptmächte ein Großteil der Welt kriegerisch ausgeplündert wurde. Nachdem im folgenden Zeitalter der US-amerikanischen Hegemonie nach 1945 das Problem der Überakkumulation noch begrenzt werden konnte, änderte sich Ende der 60er Jahre die Situation. Im Zentrum der folgenden Periode neoliberaler Hegemonie stand mit dem Projekt der Privatisierung ein ungeheurer Schub der »Akkumulation durch Enteignung«, die in der Zeit nach der Überakkumulationskrise 1973-1975 als primäre Widerspruchsbeziehung¹⁴² innerhalb der imperialistischen Organisation der Kapitalakkumulation in den Vordergrund zu treten begann und die durch eine globale Öffnung vorhandener und Schaffung neuer Märkte erreicht wurde. Angesichts der abnehmenden Stärke der US-amerikanischen Produktion realisierte sie sich durch eine neue Dominanz des US-Finanzkapitals, die sich am ausgeprägtesten unter Clinton im Medium eines »centralized multilateralism«¹⁴³ der regionalen Triade USA/Europa/Asien zeigte. Die Ausweitung der Kapitalakkumulation auf ein weiteres »Drittel der Welt« nach 1989 und die kapitalistische Transformation Chinas hat diesem neoliberalen Akkumulationstypus einen ungeheuren Schub gegeben, da

140 »These include the commodification and privatization of land and the forceful expulsion of peasant populations; the conversion of various forms of property rights (common, collective, state, etc.) into exclusive private property rights; the suppression of rights to the commons; the commodification of labour power and the suppression of alternative (indigenous) forms of production and consumption; colonial, neo-colonial, and imperial processes of appropriation of assets (including natural resources); the monetization of exchange and taxation, particularly of land; the slave trade; and usury, the national debt, and ultimately the credit system as radical means of primitive accumulation.« Ebenda, S. 145.

141 Ebenda, S.149

142 So ebenda, S. 172, 177. Vorsichtiger in: Ders: Der »neue« Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 5/2003, S. 24 f. sowie in einem Interview in Sozialismus 11/2003, S. 27.

143 Harvey: Imperialism, S. 68.

nun gleichsam planetar Institutionen beseitigt wurden, welche (warum auch immer) die Gesellschaft vor dem Markt schützten. Der »neue Imperialismus«, von dem Harvey spricht, »appears as nothing more than the revisiting of the old, though in a different place and time«. ¹⁴⁴ Insofern haben wir es nach seiner Konzeption mit Kontinuität zu tun (Akkumulation durch Enteignung), aber auch mit Bruch – dem Übergang vom neoliberalen zum neo-konservativen Imperialismus. Die Bush-Administration steht somit für eine Phase, in der »Akkumulation durch Enteignung« die dominante Form kapitalistischer Akkumulation wird, zu der aber auch ein eigenes politisches Projekt gehört, denn bereits vor 9/11 war nach Harveys Ansicht das neoliberale Modell erschöpft. »The Bush administration's shift towards unilateralism, towards coercion rather than consent, towards a much more overtly imperial vision, and towards reliance upon its unchallengeable military power, indicates a high-risk approach to sustaining US domination, almost certainly through military command over global oil resources. Since this is occurring in the midst of several signs of loss of dominance in the realms of production and now (though as yet less clearly) finance, the temptation to go for exploitative domination is strong.« ¹⁴⁵ Problematisch bei Harvey's Unterscheidung zwischen erweiterter Akkumulation und Akkumulation durch Enteignung (die im Übrigen auch an die Arbeit der Autoren der monopolkapitalismustheoretischen Schule (Kalecki, Tsuru, Baran und Szweezy oder Magdoff anknüpft) ist allerdings, wie die Akkumulation durch Enteignung erfasst und die (auch damit einhergehenden) Phasen der Überakkumulation empirisch präzise erkannt werden können. Die Einführung einer inhaltlich äußerst weitgespannten, zahlreiche völlig unterschiedliche Prozesse einschließenden Kategorie der »Akkumulation durch Enteignung« erlaubt keine präzise und empirisch gehaltvolle Zurechnung von Effekten. ¹⁴⁶

Das zentrale Unterscheidungsmerkmal nun zwischen dem neoliberalen und dem neokonservativen Imperialismus ist, dass der Neokonservatismus nach innerer und äußerer Ordnung strebt, hierfür moralpolitisch und militärisch mobilisierte

144 Ebenda, S. 182.

145 Ebenda, S. 75. Auch Giovanni Arrighi betonte in einem Workshop („Global Capitalism and World System Theory“) an der Universität Marburg am 4. Juni 2005, dass das neokonservative Projekt keine Verlängerung, sondern ein Verlassen (»departure«) des Neoliberalismus sei, das die Erkenntnis reflektiere, dass der Markt die Position der USA nicht begünstige, weshalb eine militärische Intervention (zum Beispiel zur Sicherung der US-Macht über die Ressource Öl) notwendig sei.

146 Siehe Jonathan Nitzan; Simshon Bichler: *New Imperialism or New Capitalism?* Montreal/Jerusalem 2004, S. 9 f., die folgerichtig »Macht« als zentrales Element einer Werttheorie einführen, versuchen Kapital und Staat aufs engste miteinander zu verbinden und ein Konzept der »differentiellen Akkumulation« entwickeln: »The primacy of power in capitalism is rooted in the centrality of private ownership. ›Private‹ comes from the Latin *privatus*, meaning ›restricted,‹ and from *privare*, which means ›to deprive.‹ In the words of Jean-Jacques Rousseau: ›The first man who, having enclosed off a piece of land, got the idea of saying ›This is mine‹ and found people simple [minded] enough to believe him was the true founder of civil society‹ (Rousseau 1754: Second Part). The most important feature of private ownership is not to enable those who own, but to disable those who do not. (...) In this sense, private ownership is wholly and only an act of exclusion, and exclusion is a matter of power. Exclusion does not have to be exercised. What matters is the right to exclude and the ability to exact terms for not excluding. These ›terms‹ are the source of accumulation.« (S. 19).

Machtressourcen die Schlüsselrolle spielen und explizit eine globale pax americana angestrebt wird, die auf einer Umverteilung der Macht im internationalen System zugunsten der USA beruht. Kapitalistische wie territoriale Logiken verbindet – neben anderem – eine wesentliche Gemeinsamkeit, die Hannah Arendt (allerdings noch bezogen auf den »Container« des einzelnen Nationalstaates und nicht, wie etwa bei Arrighi, auf das Konkurrenzsystem der Staaten) als die fortwährende Expansion von Macht, sei sie nun ökonomisch oder politisch, charakterisierte.¹⁴⁷ Die politische Logik eines globalen Regimes der Akkumulation durch Enteignung haben sich die Neokonservativen zu eigen gemacht: »The neo-conservatives are, it seems, committed to nothing short of a plan for total domination of the globe.«¹⁴⁸ Die Macht des Staates ist substanzell bei der Produktion eines Raums, über den sich die erweiterte Reproduktion des Kapitals vollzieht und damit bei der Erzwingung von Entwertungen, welche die Essenz des Akkumulation durch Enteignung darstellen. Die Gefahr des »imperialen overstretch« (overextension, overreach) ist dabei allerdings ständig präsent, und die Frage steht, ob die USA groß genug und militärisch wie ökonomisch ausreichend ressourcenstark sind, um die ausgeweitete Weltökonomie des 21. Jahrhunderts zu managen – oder ob es bei einem »Dream of Empire«¹⁴⁹ bleibt? Dementsprechend sieht Arrighi sowohl hinsichtlich der kapitalistischen als auch hinsichtlich der politischen Machtlogik die Chancen zum Erhalt der US-Dominanz als äußerst problematisch an – insbesondere sei der Verlust an Hegemonie, also an der Fähigkeit der US-Eliten, den ihnen global untergeordneten Gruppen eine von diesen als in ihrem allgemeinen Interesse liegende Perspektive zu geben, ganz offenbar und es drohe nicht mehr nur »Dominanz ohne Hegemonie« (Ranajit Guha) – sie sei mittlerweile bereits existent.¹⁵⁰ Die Elemente des Zwangs – in Sonderheit eine die fehlende Hegemonie kompensierende militärische Dominanzpolitik – und der Korruption überwiegen nunmehr die des Konsens und der Überzeugung, die auf die Phase der materiellen Expansion folgende »belle époque« der New Economy und Finanzialisierung sei vorbei und abgelöst worden durch die doppelte Abhängigkeit von den Billigwaren und dem Geld Chinas. Die terminal crisis der US-Hegemonie habe begonnen, ein neue Geografie und Operationsweise des Weltkapitalismus entstehe. Arrighi hebt in seiner Skizze des langen historischen Prozesses die Momente der Kontinuität wie der Entwicklung hervor: Er sieht »a progression from a city-state and cosmopolitan business diaspora (the Genoese); to a protonational

147 »A never-ending accumulation of property«, schrieb Arendt, »must be based on a never-ending accumulation of power...The limitless process of capital accumulation needs the political structure of so »unlimited a Power« that it can protect growing property by constantly growing more powerful.« Hannah Arendt: Imperialism. New York 1968, S. 23.

148 Harvey: Imperialism, S. 199. Ebenso Giovanni Arrighi: Hegemony Unravelling – 1. In: NLR 32 (2005), S. 27: Der »neokonservative Imperialismus« ist das »most ambitious project of world rule ever conceived.«

149 Hakan Tunc: Neoconservatives and the Limits to their Dream of Empire. Papier für die APSA-Jahrestagung 2005.

150 So auch David Harvey: Last days of the US empire? In: Socialist Worker v. 30. 7. 2005.

state (the United Provinces) and its jointstock chartered companies; to a multinational state (the United Kingdom) and its global-encircling tributary empire; to a continentsized national state (the United States) and its world-encompassing system of transnational corporations, military bases and institutions of world governance. As this progression shows, none of the agencies that have promoted the formation and expansion of world capitalism correspond to the mythical national state of political and social theory (...) the networks of accumulation and power that enabled these agencies to play a leading role in the formation and expansion of world capitalism were not ›contained‹ within the metropolitan territories that defend their proto-national, multinational, or national identities. Indeed, long-distance trade, high finance, and related imperialistic practices (that is, war-making and empire-building activities) were even more essential sources of profit for the early than for the later agencies.« Im Verlauf dieses Prozesses (und für diesen Ansatz bedeutet der Aufstieg des Vereinigten Königreichs zur hegemonialen Macht »a complete fusion of capitalism and imperialism«) kommt es zu einer »increasing interpenetration of the capitalist and territorialist strategies of power«.¹⁵¹ Arrighi wie auch Harvey sehen somit in der Politik der Bush-Regierung ein Indiz für einen Niedergang der amerikanischen politischen und ökonomischen Macht. Der Irak-Krieg sei nicht der Beginn einer globalen Herrschaft der USA, sondern das Ende ihrer Hegemonie.

Ungeachtet dieser extrem unterschiedlichen Ansätze und Einschätzungen ist damit fast allen Analytikern der Linken gemeinsam die Diagnose des krisenhaften Overstretch eines unilateralen Projekts der USA. Nachdem seit den 60er Jahren die US-Dominanz im Bereich der Realakkumulation dahinschwand und seit Ende der 90er Jahre mit dem Ende des New-Economy-Bubble auch die Dominanz des US-Finanzkapitals neu erordnet, sind für sie bereits zwei der vier Säulen amerikanischer Dominanz erschüttert (hinzukommen die Kontrolle des »Geists des Kapitalismus« durch die Kontrolle der soft culture und die Dominanz in der Sphäre der Gewalt).

Eine alte Debatte in einer neuen Lage

War in der amerikanischen Empire-Debatte die Referenz auf das römische Imperium bislang eher eine Sache der isolationistischen und der neokonservativen Rechten oder der Linken, so ist sie mittlerweile in die Mainstream-Publizistik, die Diskurse der politischen Thinktanks und vor allem in die Kultur der Macht eingewandert. Das »Globale«, für das ein Clinton stand, wurde abgelöst durch das »Imperiale«. Das I-Word hat jenseits der clandestinen Subtexte der offiziellen Selbstbeschreibungen der USA auf eine neue Weise Legitimität in der medialen, politischen und wissenschaftlichen Öffentlichkeit erhalten. Binnen kurzem ist eine erstaunliche Menge Einwohner der USA zu Anhängern der Ideen des US-Prä-

151 Giovanni Arrighi: Hegemony Unravelling – 2. In: NLR 33 (2005), S. 9, 15.

sidenten Woodrow Wilson geworden, der nach dem Ersten Weltkrieg für den Aufbau eines Systems kollektiv beherrschter Protektorate aus den kolonialen Überresten der deutschen und türkischen Reiche plädierte. Allerdings: Hier geht es um einen »Wilsonianismus in Stiefeln« (Pierre Hassner), dessen Vertreter sich deshalb zuweilen selbst als »hard Wilsonians« bezeichnen.¹⁵²

Dieser erstaunlich expansive begriffspolitische Diskurs um das Empire ist nicht nur ein dramatischer Bruch gegenüber jener linksliberalen und -sozialdemokratischen Diagnose und Prognose vor allem aus den späten 80er Jahren, demzufolge wir es mit einem »America in Decline« zu tun hätten, das wie andere Reiche vor ihm unter der Last der militärischen Überdehnung und Belastung seine Position sukzessiv an andere neue Akteure (Japan, Europa) abtreten müsse. Die damalige Debatte prononcierte die Schwäche, die heutige Empire-Debatte akzentuiert überwiegend die Stärke der USA. Die 2001/2 geradezu explodierende Rede vom »Empire« ist mehr noch für die gesamte amerikanische Geschichte der politischen Rhetorik, Ideologie und Selbstbeschreibung durchaus ungewöhnlich – wenn auch nicht völlig neu, denn Debatten über die USA als »Empire« gab es mehrfach.

Sie konnte dabei natürlich von einem Alltagsverständnis von »Empire« zehren, das dieses oftmals so weitläufig fasste wie gegenwärtig Niall Ferguson als einem der Hauptverfechter der normativen Idee eines American Empire: er entwickelte eine »imperial typology«, unter die er ein so breites Feld von Merkmalen subsumierte, dass es äußerst schwierig wird, einer politischen Ordnung keinen imperialen Charakter zuzuordnen: Ein Imperium kann für ihn einer herrschenden Elite nutzen oder »allen Einwohnern«; es kann völkermörderisch oder assimilativ operieren; seine Ökonomie reicht von der Sklaverei und Plantagenwirtschaft bis hin zur Planwirtschaft; die Herrschaftsmethoden gehen von militärischer Gewalt bis zur Unternehmensregulierung; die Leistungen des Empire reichen vom Frieden bis zur Gesundheit; die Ziele spannen sich von Sicherheit bis zur Aneignung von Arbeitskräften und das politische System reicht von der Tyrannei bis zur Demokratie. Unter derlei Allerweltsbestimmungen fällt geradezu jedes Regime, das historisch sich »Reich« oder »Imperium« nannte oder das der Betrachter in seine imperiale Typologie vereinnahmen möchte. Folgerichtig zählt Ferguson mehr als 70 Imperien in der Geschichte – genauer: Der Times Atlas of World History hat sie gezählt. Es bedarf keiner methodischen oder theoretischen, sondern bloß einer politischen Anstrengung, die USA sodann unter die weitläufige Rubrik »Empire«

152 Max Boot: Neocons. In: Foreign Policy 1/2004, S.20. Wo dann schon mal Opfer gebracht werden müssen: Der Neokonservative Richard Perle plädierte für einen unilateralen Schlag gegen Nordkorea auch auf die Gefahr hin, dass dabei die über zehn Millionen Einwohner von Seoul über die Klinge springen müssten, siehe David Frum; Richard Perle: An End to Evil: How to Win the War on Terror, New York 2004, S.99 f. Bedacht werden sollte im Falle Wilsons allerdings auch, dass dieser Champion der Selbstbestimmung in seiner Amtszeit bei fast zehn Gelegenheiten militärische Einsätze gegen den Süden sanktionierte.

153 Niall Ferguson: The Unconscious Colossus: Limits of (& Alternatives to) American empire. In: Daedalus 2/2005. »Empires. In short, are always with us.«

zu subsumieren: »it is certainly not difficult to characterize the United States as an empire.«¹⁵³

Ihre konkrete historisch-geopolitische Referenz findet die heutige Debatte zunächst in einem immer mehr oder weniger präsenten Bezug auf das römische Imperium: »the United States will dominate the twenty-first century as Rome dominated the first.«¹⁵⁴ Als sich einst die USA im 19. Jahrhundert gegen die europäischen Monarchien abgrenzen wollten, riefen sie die römische Republik an. Später, dann selbst imperial geworden, ging es nicht mehr um die römische Republik, sondern um das römische Imperium und die gut 400 Jahre, die es existierte. Das dabei zumeist aufgerufene Verständnis von einem Imperium römischen Typs meint einfach das Faktum, dass es seit Mitte des zweiten Jahrhunderts vor Christus eine singuläre politische Herrschaft über verschiedene Völker und Territorien durch eine zentrale administrative Autorität gab, die dezentral regierte.¹⁵⁵ Nun gibt es natürlich zahllose Charakterisierungen des »römischen Imperiums«. Michael Mann etwa akzentuiert die militärische Seite (die er auch als typisch für das gegenwärtige US-Regime diagnostiziert) und sieht im römischen Imperium einen militarisierten Staat, der auf der autoritären Macht eines spezifisch römischen Klassensystems und der »Legionärsökonomie« extensiver Militärmacht basiert.¹⁵⁶ Die politisch-soziale Integration der ethnisch stark differenzierten Bevölkerung geschah durch die Ausdehnung der römischen Staatsbürgerschaft auf die lokalen herrschenden Klassen – im Jahr 212 waren beinahe alle, die im Römischen Reich lebten, auch römische Bürger. Assimilation war ein politischer Modus, der in späteren Kolonialpolitiken (etwa jener Frankreichs) aufgenommen und fortgesetzt wurde – sie changierte zwischen voller Inkorporation und einem Zustand dauerhaften »Otherness«. Der Konsens in der imaginierten Gemeinschaft des römischen Empire wurde weiter generiert durch zeremonial-religiöse Überhöhung der imperialen Subjekte, öffentliche Arbeiten, Verschwendung, Feste usw. (also die Sakralisierung der Politik) und die Idee der Totalität oder Universalität des Konzepts des Imperiums: Ein Imperium ist »sine fine« (Vergil), ohne Grenzen und Begrenzung, ewig und allumfassend – es kennt, ist es vollendet und zu sich gekommen, kein Außen mehr, weil es – einst ein Stadtstaat mit dispersem Kolonialbesitz – nun die (damalige) Welt absorbiert hat.¹⁵⁷ Ein Imperator aber gehört nicht zwingend zum Imperium: Roms Zeit der Expansion fiel weitgehend mit der Zeit der römischen Republik zusammen.

Diesen politisch-ideologischen Formen des römischen Imperiums liegt nun allerdings eine spezifisch historische Reproduktionslogik zugrunde, die Mann igno-

154 Jim Garrison: *America As Empire: Global Leader Or Rogue Imperium?* San Francisco Briefing Paper Nr. 2 v. Juni 2003.

155 C. R. Whitaker: *Frontiers of the Roman Empire: A Social and Economic Study*. Baltimore, London 1994, S. 17 unterscheidet zwischen dem »empire of administration« und dem »empire of control«.

156 Michael Mann: *Sources of Social Power*, Cambridge 1989 Kap. 8.

157 Darauf verweist der ausgezeichnete Text von Alejandro Colás: *Modes of Empire: The USA in Comparative Perspective*. Oxford 2004, S. 4.

riert: Rom war (im Unterschied etwa zu China) nicht nur das erste koloniale Imperium, Rom kombinierte Imperium und Dominium, den imperialen militärischen Staat mit der Herrschaft des privaten Eigentums an Land, Rom war daher der erste Typus des Empire of Property (Wood). Das römische Empire, welches vielfach als Prototyp des europäischen imperialen Projekts angesehen wird, war auf Landraub und -aneignung aus. Sein Territorialimperium wurde durch ein Netzwerk von Landaristokraten, Aneignung von Land, Siedlung, Ressourcenextraktion und durch eine Ausbeutung mittels außerökonomischer Gewalt (Politik, Recht, militärische Gewalt, Kultismus) zusammengehalten. Spätere Imperien setzten die Kombinationen aus starkem Eigentum und kleinen, aber kraftvollen stadt-dominierten Zentralstaaten mit kolonialen Okkupationen und der Aneignung von Territorien fort. Abgelöst wurde dieser Typus durch das Empire of Commerce – Handelsimperien wie Spanien, Holland, Venedig oder Arabien. Diese (frühkapitalistischen) imperialen Ordnungen waren in einer Hinsicht beispielgebend: Sie agierten jenseits ihrer staatlichen oder »nationalen« Grenzen als oftmals informelle Ordnungsmächte, die so ihre Handelsbeziehungen sichern und erweitern wollten. Mit militärischen Mitteln sicherten sie ihre Handelswege (durch Forts und strategische Stützpunkte als ihren eigenen »Militärbasen«), schlossen lokale Bündnisse und bauten sogar entsprechende Infrastrukturen auf. Dann, endlich, entwickelte sich ein Typus national-staatlich basierter imperialer Herrschaft, der erstmals auf einer Trennung von ökonomischer und politisch(-militärischer) Macht und der Vorherrschaft ökonomischen Zwangs beruhte – das Empire of Capital.¹⁵⁸ Im Kapitalismus hängen alle ökonomischen Akteure vom Markt ab, die direkte Macht liegt bei diesem und nicht den Herrschern. In vorkapitalistischen Gesellschaften dagegen hängt die ökonomische Macht der herrschenden Klassen von außerökonomischen (meist militärischen) Mächten ab. Findet man da die politisch-militärische Macht, hat man auch die ökonomische gefunden. Die Kapitalisten aber können ohne unmittelbaren militärischen Zwang ihre Arbeiter ausbeuten, denn diese sind eigentumslos und dem indirekten und unpersönlichen Zwang des Marktes ausgesetzt, der ihre Positionierung im Aneignungsprozess vorweg besorgt. Im Kapitalismus gibt es einerseits die Aneignung der Mehrarbeit und andererseits einen staatlichen Zwang, der dieses Aneignungsverhältnis und seine rechtliche sowie soziale Reproduktion aufrechterhält, indem er für die Exklusivität des Eigentums und die Aufrechterhaltung der Eigentumslosigkeit an den Mitteln der Produktion auf der Seite der Produzierenden sorgt. Er sichert die freie Mobilität des Kapitals und kontrolliert die Mobilität der Arbeitskräfte. Die Besonderheit der kapitalistischen Form von Imperialität gegenüber den vorangegangenen Imperien besteht somit erstens darin, dass sie nicht in erster Linie auf direktem Zwang beruhte, sondern auf dem Zwang des Marktes, der durch die Eigentumslosigkeit der Produzenten konstituiert und reproduziert wurde. Die klassische kapitalistische Imperialität war

158 Ellen Meiksins Wood: Empire of Capital. London, New York 2003.

somit von kapitalistischen Eigentümern dominiert und durch die Imperative der Kapitalakkumulation getrieben. Zu diesem ökonomischen Modus imperialer Herrschaft tritt ein zweiter Aspekt: Die im Kapitalismus institutionalisierte Trennung zwischen Ökonomie und Politik heißt, dass der Raum der ökonomischen Macht des Kapitals jede politische oder militärische Macht bei weitem überschreiten kann; der Kapitalismus kann seine Macht mit rein ökonomischen Mitteln nach alleiniger Maßgabe des Wertgesetzes weit über seinen unmittelbar politische Machtraum ausdehnen. Während die alten Imperien politisch-militärisch herrschten, herrschten die kapitalistischen Imperien vor allem mit Ökonomie. Da die ökonomische Macht früher von der direkten Wirksamkeit der politisch-militärischen Macht abhing, konnte sie deren Machtraum auch kaum überschreiten; im Kapitalismus und damit auch im kapitalistischen Imperialismus wird dies anders: Es geht um die Ausdehnung der Gültigkeit des Raums des Wertgesetzes und um die Expansion der kapitalistischen Gesellschaft. Dieser Sachverhalt macht ein drittes, weiteres grundlegendes Merkmal des klassischen Imperialismus erst möglich: die Unterscheidung zwischen »Zentrum« und »Peripherie« und die damit verknüpfte Eroberung von Territorien in der Peripherie und die Konflikte zwischen den Staaten des Zentrums bzw. den Export von Kapital in die Peripherie und deren Ausplünderung und Ausbeutung durch das Zentrum. Allerdings bedeutet dies nicht, dass in der Zeit des Globalkapitalismus das Kapital mit seinem Machtinstrumentarium der ökonomischen Ausbeutung diesen Globalkapitalismus auch organisieren kann! Die Administration dieses Globalkapitalismus geschieht nach Wood im Kern weiterhin durch Nationalstaaten und die Frage ist, wer dieses System der Nationalstaaten durch die Installierung eines pervasiven politischen Überbaus kontrolliert und beherrscht. Die herrschaftspolitischen Problemstellungen sind aufgrund der historischen Verschiedenartigkeit der strukturellen Voraussetzungen also so unterschiedlich, dass die gängige Gleichsetzung »Rom«:»USA« keinen Sinn macht.

Aus der Sicht der politischen Ökonomie ist somit insofern eine Gleichsetzung oder weitergehende Subsumption Roms und der USA unter den Begriff Imperium wenig zielführend. Auch Peter Bender, der in jüngster Zeit – allerdings unter Außerachtlassung der politischen Ökonomie – wie kein Zweiter den Unterschieden und Gleichartigkeiten der beiden Ordnungen nachgegangen ist, kommt auf seine Weise zu einem skeptischen Resümee: »Die Unterschiede erscheinen letztlich größer als die Ähnlichkeiten. Hier ein Imperium in der Gestalt eines großen Staates, dort ein großer Staat mit imperialer Macht über viele Länder. Hier eine zentrale Regierung und gleichartige Verwaltungsformen, dort ein Geflecht zwischenstaatlicher, ökonomischer, strategischer und kultureller Beziehungen... Hier ein unbedingter Herrschaftswille, gesteigert bis zum Herrscherkult, dort demokratische Beschränkung imperialer Versuchen und Möglichkeiten. Um sich wie Rom zum monarchischen Weltherrscher zu verwandeln, fehlen Amerika die Voraussetzungen. Die Vereinigten Staaten verfügen zwar über eine erdumspan-

nende Macht, wie sie noch kein Land jemals hatte, aber Macht ist nicht Herrschaft. Die Welt von heute ist zu groß und vielfältig, um von Einem beherrscht zu werden... Wo Amerika herrscht, kann es das nur indirekt, seine Verbündeten sind keine Satelliten ... erlauben nur ein Informal Empire, die lockere, Kräfte sparende und Ruf wahrende Vorherrschaft. Nur ohne direkte Verantwortung, ohne Regierungs-, Verwaltungs- und Fürsorgepflichten bleiben die Vereinigten Staaten fähig, ihre Weltmachtrolle weiter zu spielen. Hier zeigt sich der Unterschied zu Rom am Klarsten: Die Römer mussten Herrschaft organisieren, um Weltmacht zu bleiben; die Vereinigten Staaten müssen auf direkte Herrschaft verzichten, um ihre Weltmachtposition aufrechtzuerhalten. Amerikas Problem ist seine Größe. Es ist zu stark, um sich in eine überstaatliche Ordnung einzufügen, aber nicht stark genug, um selbst die Welt zu ordnen. In den Augen der Welt wiederum ist Amerika unentbehrlich und unerträglich... Sein Empire, wenn man es denn so nennt, kann nur ein Empire light sein. Amerika erreicht damit lediglich die erste Stufe der Weltmacht: Es kann gegen den Protest der Weltmeinung so ziemlich alles tun, was es will; auch Großstaaten sind außerstande, es zu hindern. Die zweite Stufe der Weltmacht, auf der das Römische Kaiserreich stand, bleibt Amerika jedoch unerreichbar: Es kann nicht alle zwingen zu tun, was es will. Ein Imperium wie das römische zu schaffen, wird Amerika deshalb versagt sein.«¹⁵⁹

Die zweite große historisch-geopolitische Referenz der US-amerikanischen Debatte um das American Empire bezieht sich auf das eigene Herkunftsland – das britische Empire – und dann natürlich auf die eigene Kolonialgeschichte, womit sie sich vorwiegend auf die ersten zwei Zyklen des Versuchs konzentriert, ein amerikanisches Empire zu schaffen (1898-1919 bzw. zu Zeiten Roosevelts »New Order«) – ein Versuch, in dessen Ergebnis die USA zur Großmacht wurden. Wo liegen nun Differenzen zwischen dem klassischen imperialen Projekt des britischen Imperialismus und der aktuellen Option eines »American Empire«?

- Für Eric Hobsbawm sind die gegenwärtige Weltsituation und das US-imperiale Projekt in mehrfacher Hinsicht präzedenzlos: »The great global empires of the past – such as the Spanish and notably the British – bear little comparison with what we see today in the United States empire. A key novelty of the US imperial project is that all other empires knew that they were not the only ones, and none aimed at global domination. None believed themselves invulnerable, even if they believed themselves to be central to the world – as China did, or the Roman empire. Regional domination was the maximum danger envisaged until the end of the cold war. A global reach, which became possible after 1492, should not be confused with global domination.«¹⁶⁰ Es geht nicht um ein Intervenieren in die Welt-politik, sondern um deren Beherrschung, um »world supremacy«.¹⁶¹

159 Peter Bender: Imperium als Mission. Rom und Amerika im Vergleich. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/2005, S. 863.

160 Eric Hobsbawm: America's imperial delusion. In: The Guardian v. 14. 6. 2003.

161 Eric Hobsbawm: America's Neo-Conservative World Supremacists Will Fail. In: Guardian v. 25. 6. 2005.

- Festzuhalten ist, dass keines der klassischen Imperien – Spanien, England, Russland – imstande gewesen ist, eine dauerhafte Suprematie zu sichern und die Entstehung von Konkurrenten (Feinden) zu verhindern. Mehr noch: Sie verfolgten ein solches Projekt überhaupt nicht. Auch das britische Empire, durchaus unangefochten global operierend durch seine Beherrschung der Meere, strebte keine dauerhafte globale politisch-militärische Kontrolle und schon gar keine direkte globale territoriale Kontrolle an – obwohl es gemeinsam mit den USA das einzige Imperium mit globalem Zuschnitt ausbildete. Zum Zeitpunkt seiner höchsten Machtentfaltung beherrschte das britische Empire rund 40 Prozent der Erdoberfläche mit 25 Prozent der Weltbevölkerung. Die direkte, durch Kolonien ausgewiesene Kontrolle des britischen Empire im Jahr 1903 war weit umfangreicher als die der USA heute. Das Stützpunktwesen der USA wird jedoch durch eine globale Ordnung indirekter Kontrolle gesichert. In der Konstruktion von Reichweite liegt eine tiefgreifende und kaum zu überschätzende Differenz der imperialen Projekte.

- Neu ist weiterhin die qualitative Differenz der gegenwärtig (seit 1989 existierenden) Verteilung von Macht gegenüber der Zeit des britischen Empire.¹⁶² Das betrifft die militärische Macht¹⁶³ und auch die Dimension ökonomischer Macht: Vor einem Jahrhundert betrug der Anteil Großbritanniens an der Weltproduktion nur rund ein Drittel des Anteils der USA heute.¹⁶⁴ Neu ist auch, dass die USA Arbeitskräfte im großen Maßstab durch Immigration importieren können – die klassischen Imperien exportierten Arbeitskräfte, Ausbeutungs- und Herrschaftspersonal.

- Neu ist, dass gegenüber der Zeit dieser Reiche mittlerweile neue Machtressourcen entstanden sind, die für die Sicherung militärischer Suprematie von substantieller Bedeutung sind (Technik und Wissenschaft). Hier dominieren die USA – ein Faktum, das angesichts der militaristischen Orientierung der gegenwärtigen

162 Von der ausgebeuteten Peripherie her gesehen freilich war die militärische Dominanz der imperialistischen Mächte des frühen letzten Jahrhunderts weitaus krasser – und die Ungleichverteilung der Überlebensfähigkeit im Krieg ebenso. Der jahrzehntelange Trend zur Verringerung dieser Differenz kehrt sich gegenwärtig – und vor allem seit 1989 – wieder um. Eine solche Perspektive ist Apologeten des Weltgendarmen USA (»Globo-Cop«) wie Boot fremd: »So the question I have tonight is: who does that leave to be the world's policeman. If you agree, as I do, that the world needs one. Who has to play that role. Is it going to be Belgium? Bolivia? Burkina Faso? Bangladesh? Our friends in Paris? I think the answer is pretty obvious. It's the country with the most vibrant economy, the most fervent devotion to liberty, and the most powerful military. In the 19th century, Britain battled the enemies of all mankind, such as slave traders and pirates, and kept the world's seas open to free trade. Today, the only nation capable of playing an equivalent role is the United States of America. We have more power than Britain did at the height of its empire. We have more power than any other nation in history in either relative or absolute terms. Don't get me wrong: we still need allies. But as Madeleine Albright said, America is the indispensable nation.« Max Boot: Does America Need an Empire? Vorlesung an der UC Berkeley am 12. 3. 2003.

163 Siehe Paul Kennedy: Even the Royal Navy was equal only to the next two navies – right now all the other navies in the world combined could not dent American maritime supremacy. Zitiert nach Ferguson: Empire, Vorwort.

164 Siehe Stephen Howe: American Empire: the history and future of an idea. In: Opendemocracy v. 12. 6. 2003. Kritisch hierzu Dominic Lieven: Empire: The Russian Empire and its Rivals. London 2000 sowie Bruce Cumings: The American Ascendancy. In: The Nation v. 8. 5. 2000.

Bush-Administration leicht übersehen wird. Über diesen Fokus auf die militärischen Aspekte wird auch leicht ignoriert, dass die USA im Finanzsektor in einer eigenen Liga spielen: Der Dollar ist faktisch die planetare Leitwährung, weshalb die Preise der Waren in Dollar angegeben werden. Die Umsätze der Wallstreet machen fast zwei Drittel des globalen Börsenhandels aus. Dass die USA die größte Schuldernation der Welt sind, ist nicht nur ein Indikator von Schwäche: Auf der Basis ihrer ökonomischen Stärke sind die USA imstande, Wirtschaftssanktionen zu verhängen, Vergünstigungen zu gewähren und globalen access für ihre Waren durchzusetzen (»Freihandel«) – dies freilich war bereits die Politik des britischen Empire. Die Bank von England strebte freilich auch in den Jahren ihres größten Einflusses vor dem Ersten Weltkrieg nicht danach, die Verantwortung für das internationale Finanzsystem zu übernehmen oder als »lender of last resort« für britische und andere Banken zu fungieren. Dennoch ist die ökonomische Interventionsmacht der USA zumeist auf die Prägung der Kontexte und Bedingungen begrenzt. Die Kehrseite ist, dass die USA im Anlagen- und Maschinenbau keinen Vorsprung mehr hat und in internationalen Körperschaften nicht im Alleingang handeln kann. Eine Desintegration der Weltökonomie, in der sich ein klassisches Muster zwischenkapitalistischer Konkurrenzrivalität ausdrücken würde, das der US-Ökonomie auf den Leib rückt, ist gegenwärtig nicht zu erkennen.

- Neu ist, dass im Zeitalter des real existierenden Globalkapitalismus realistisch nur große Staaten oder Staatenbünde ein Projekt globaler Suprematie und Machtprojektion angehen können; demgegenüber konnten einst kleine Staaten wie Holland oder mittelgroße Staaten wie Großbritannien eine weltpolitische Rolle spielen.¹⁶⁵ Gegenüber der alten Geopolitik der zwischenimperialistischen Konkurrenz und den Monroe-Doktrinen der Hemisphärenkontrolle ist die neue neoliberale Geopolitik nicht auf Abschottung, sondern die Erzwingung von Anschluss an das Regime neoliberalen Globalismus aus: »disconnection defines danger« (Barnett).

- Politisch-militärische Aktivitäten in einer Welt mit vergleichsweise hoch verdichteten Zusammenhängen bringen aber auch hohe und schwer kalkulierbare Risiken mit sich (z. B. Attacken auf die Zentren des Empire selbst). Endlich sind die Kosten eines solchen Projekts ganz außerordentlich. Die ökonomische Dimension eines solchen Projekts wird als unproblematisch dargestellt – dabei spricht vieles dafür, dass die Stellung der US-Ökonomie in der Weltwirtschaft gegenüber den 50er und 60er Jahren doch substantiell schwächer ist und das Projekt eines primär militärisch abgestützten Empires die Gefahr einer weiteren – rüstungswirtschaftlichen – Schwächung dieser Stellung mit sich bringt. Wenn so oft eine riesige militärische Überlegenheit der USA mit dem Hinweis auf die aufgewandten Mittel belegt wird, bleibt unerwähnt, dass das Militärpersonal der USA das teuerste der

165 Siehe Eric Hobsbawm: Rücksichtslose und zänkische Diva der Weltpolitik. In: *Le Monde Diplomatique* Juni 2003, S. 16.

166 Siehe Anatol Lieven: *The Empire Strikes back*. In: *The Nation* v. 7. 7. 2003: »For one thing is gradually becoming clear: Given its immense wealth, the United States can afford a military capable of dominating the earth; or

Welt ist.¹⁶⁶ Doch: »Im Moment sind die USA in der Lage, das imperiale Auftreten im Wesentlichen zu finanzieren... Das ist tatsächliche imperiale Macht.«¹⁶⁷

Die Debatte um das Projekt eines »American Empire« wird also in einer Situation geführt, die sich in vielfacher Hinsicht gegenüber jener der Vorgängerprojekte unterscheidet. Reichweite, Ressourcen, Akteursgröße, Risiken und Kosten setzen deutliche Unterschiede gegenüber den früheren imperialen Projekten. Doch trotz der dramatischen Intensivierung der Debatte seit 9/11 ist noch kein Konsens entstanden, was unter einem »neuen« Imperium zu verstehen wäre, wie man sich seine Arbeitsweise vorzustellen hätte und was es wohl der Welt in Zukunft bringen wird – angesichts der weit auseinander fallenden Interessenlagen ist ein solcher Konsens auch nicht zu erwarten. Doch die Breite der Debatte erinnert daran, dass das Spektrum der Möglichkeiten, Macht auszuüben, weit über die Spanneiten der klassischen Bestimmungen hinausreicht, die sich am Modell des Nationalstaats orientieren. Auch deshalb gilt die Notwendigkeit der Begriffsarbeit für die Kategorie »Empire« ebenso wie für die Kategorien »Kapitalismus«, »Imperialismus« oder »Neoliberalismus«. Imperien sind nicht nur ganz offenbar schwierig zu definieren, es gibt auch eine ganze Reihe von Einwänden gegen die Verwendung dieses Begriffs zur nicht bloß metaphorischen Beschreibung einer gegenwärtigen Ordnung oder eines Modus (bzw. einer Form) von Herrschaft und sehr unterschiedliche Vorschläge, wie es im Detail zu fassen ist. Dabei geht es beispielsweise darum,

- ob es überhaupt Sinn macht, von Imperien zu sprechen und vom Raum als auszeichnendem Bestimmungsmerkmal zu schweigen, gibt es doch erstens keine »kleinen« Imperien, weil heutzutage für solche »kleinen« politischen Subjekte kein ausreichender Zugriff auf Ressourcen gegeben ist, muss zweitens die Bewegung des Raumes als Expansion als substantielles Merkmal von Imperialität (schrumpfende Imperien verlieren recht rasch und auf jeden Fall ihren Namen) gesehen werden und hängt es drittens vor allem auch vom Charakter der Arena ab, ob ein Spieler imperialen Zuschnitt bekommt: Es geht um die Absicht und auch Fähigkeit zur Welt-Ordnung, also um einen Transformationsanspruch, der auf das Globale zielt und auf eine neue Geographie der Globalisierung – »Empires are in the business of producing world order«¹⁶⁸;

- ob als analytischer Ausgangspunkt eine Unterscheidung zwischen Zentrum und Peripherie, Kern und Rand, »Innen« und »Außen«, »Mitte« und »Extreme«, »Metropole« und »Land« u. ä. trägt, ein Imperium also zunächst als etwas ver-

it can afford a stable, secure system of social and medical entitlements for a majority of its aging population; or it can afford massive tax cuts for its wealthiest citizens and no tax raises for the rest. But it cannot afford all three, unless it can indefinitely sustain them through a combination of massive trade deficits and international borrowing. This seems most unlikely, especially in the midst of a global economic downturn...For in the words of Arnold Toynbee, »great empires do not die by murder, but suicide.«< Belege für dieses recht sympathische Argument bringt Lieven allerdings nicht an.

167 Mann: Supermacht, S.103

168 Charles Meier: An American Empire? In: Harvard-Magazine 2/2002.

standen wird, das sich durch eine spezifische Struktureigenschaft auszeichnet, es somit um die Struktur einer Ordnung geht, die begriffen wird als eine Beziehung zwischen ungleichen Positionen, Ressourcen, Möglichkeiten etc. und damit als Kombination der Einheit des Imperialen mit innerer Vielfalt (als Opposition der Vielfalt der Peripherie (Kolonien, Protektorate, koloniale Mandate, Departments, föderale Gemeinwesen usw.) gegenüber der Homogenität des oftmals bürokratischen Zentrums oder als inneres Beziehungsgefüge eines multiethnischen oder multinationalen Staatsvolks) – Imperien können diversity management nach innen und Grenzmanagement (also Inklusion/Exklusion) nach außen;

- ob eine formelle Kontrolle von Territorien jenseits der Grenzen eines Nationalstaates ein notwendiges oder ausreichendes Kriterium ist, um von einem Empire sprechen zu können oder ob es nicht grundsätzlich notwendig ist, entwickeltere, komplexe Formen imperialer Herrschaft ins Auge zu fassen, welche »both formal annexation and informal domination, direct political rule and indirect economic control« miteinander verknüpfen¹⁶⁹; welche Rolle heute überhaupt dem in der klassischen Figur des Empire so relevanten Aspekt des territorialen Bezugs mit- samt dessen Bindung an den Staat (»Territorialempire« mit »Gebietshoheit«), die »Nation« oder einen anders bestimmten »absoluter Ort« zukommt und ob es möglich und sinnvoll ist, diese Koppelung zu lockern oder gar aufzugeben, ob also etwa John Agnew zuzustimmen ist, dass sich die globale Geografie der Macht immer weniger nach den Maßgaben der territorialen Basis von Nationalstaaten organisiert und daher die Anwendung des Begriffs Empire auf den Nationalstaat USA »fundamentally misleading« ist?¹⁷⁰ Inwieweit macht es überhaupt noch Sinn, den auf Raumhoheit gehenden Begriff »Empire« an ein Staatsverständnis zu binden, das mit dem Gedanken der territorialen Souveränität mit klaren Grenzziehungen zwischen »innen« und »außen« verknüpft ist? Und ist nicht gerade die Fluidität und Unbestimmtheit der Grenzen ein substantielles Merkmal imperialer Expansivität gewesen – und ist es noch?

- ob somit nur das Vorliegen deutlich direkter (womöglich gewaltsamer) Kontrolle ausreicht um von einem Empire zu sprechen, wie dies etwa Dominic Lieven

169 Michael Cox: *The Empire's Back in Town: Or America's Imperial Temptation – Again*. In: *Millenium* 1/2003, S. 21; demgegenüber die Definition von David Abernathy, wonach ein Empire eine »relationship of domination and subordination between one polity (called the metropole) and one or more territories (called colonies) [sei] that lie outside the metropole's boundaries yet are claimed as its lawful possessions«, David Abernathy: *The Dynamics of Global Dominance: European Overseas Empires 1415-1980*. New Haven 2000, S. 19. Ähnlich auch John Agnew: *Hegemony: The New Shape of Global Power*. Philadelphia 2005, S. 22: »Hegemony's difference from empire, however, lies in (1) its lack of explicit commitment to the territorial or geographic alloc organization of power per se and (2) its reliance, to some degree, on persuading or rewarding subordinates rather than immediately coercing them, although even empire as »absolute hegemony« is never reliably achieved purely by coercive means.«

170 John Agnew: *Hegemony: The New Shape of Global Power*. Philadelphia 2005, S. VIII. »If empires have a core feature it is that they exercise power territorially through effective centralized command. The Roman Empire...was an imperium in which all roads led (figuratively and literally) directly to Rome. American hegemony, however...is fundamentally not imperial in its goals or territorial in its organization.« (Ebenda, S. 2).

171 Dominic Lieven: *The Concept of Empire*, www.fathom.com/feature/122086.

vorschlägt, nach dessen Ansicht »there has to be some sort of direct rule over the dominion for a power to be classified as an empire«¹⁷¹, oder ob es auch etwa Sinn macht, den Begriff auch für solche Situationen zu gebrauchen, in denen es direkte und formelle Kontrolle weit in den Hintergrund tritt und nur noch latent vorhanden ist;

- ob sich der Begriff Empire mit der Existenz von (welchen?) Grenzen der Einflussausübung verträgt oder ob nicht realistische Annahmen sinnhaft sind, dass es keine totale Weltkontrolle geben kann (sie auch nicht notwendig ist) und es keine vollständige Willensdurchsetzung geben kann und eine solche Konstruktion auch keinerlei Sinn macht für eine Klassifikation weiterreichender »internationaler Beziehungen« – wie die Geschichte der Imperien der Vergangenheit zeigt: »that those who were members of the (imperial – RR) club and wished to benefit from the membership, had to abide by the club’s rules and behave like gentlemen«¹⁷²;

- ob das Konzept des Empire daher so weit gefasst werden soll, dass es zahlreiche andere Politikformen der Macht, Hegemonie, Dominanz, Einfluss etc. einschließt und damit seine analytische Trennschärfe fraglich wird oder ob ein weitaus engerer Zugriff sinnvoll ist, der sich im Zeichen von Guantanamo und Abu Ghraib auf unmittelbare politische Dominanz, expliziten Zwang und hierarchische Strukturen bezieht und die Souveränität und Handlungsfreiheit eines untergeordneten Staates weitgehend einschränkt, so dass dann auch die Fragen der Legitimität von Beziehungen der Kontrolle und des Fehlens eines expliziten Konsens in den Vordergrund treten;

- welcher Charakter einem wohlthätigen »Imperium« zugeschrieben werden kann (»benign«), das z. B. für eine »antiimperiale« Selbstbestimmung (Demokratie) eintritt, oder ob nicht eine solche Politik die Zerstörung konkurrierender (imperial) Machtstrukturen beförderte und ob

- eine imperiale Ordnung, der sich zu unterwerfen im Tausch bürgerliche Freiheit, Privateigentum und Wohlstand sichert (was alle möglichen anderen Nachteile aufwiegen mag und den Erfolg des American Empire begründet) nicht aus dem Muster der klassischen imperialen Konstrukte herausfällt und diesen Begriff daher nicht beanspruchen könne.

Jede dieser Alternativen ruft zugleich die Frage nach der Historizität von Imperialität auf: Der Vorschlag, den Begriff zu historisieren (ihn also eben nicht in die römisch-britische Vorzeiten zu verbannen oder zur überhistorischen Ordnungs- oder Politikform zu verdinglichen), muss sich dabei gegenüber einer langjährigen Praxis der Ablehnung dieses Begriffs durchsetzen. Um die neue Dynamik der politischen Weltordnung zu begreifen, ist ein so neu bearbeiteter Begriff zweckvoll. Bleibt man auf dieser Ebene der Makroordnungen von Politik und Strategie, Sicherheit und Design der großen Ordnungen und ignoriert in dieser

172 Michael Cox: The Empire’s Back in Town: Or America’s Imperial Temptation – Again. In: Millenium 1/2003, S. 21

Diskurslogik die Menschen und Völker, in welche diese Imperien investieren, die sie verbrauchen und bewegen, dann muss man die USA als »nonterritorial empire« (Cumings) denken. Nichtterritoriale Imperien wie die USA haben das Ziel der Kontrolle des Raums und eben nicht der Annexion von Territorien (im Sinne von Einverleibung) und der Überwältigung territorial basierter Souveränität (im Sinne der Okkupation). Für einen solchen Wechsel von einer geopolitisch (territorial) zu einer geoökonomisch ansetzenden Politik und Ordnung eines globalen Amerikanismus stand einst Woodrow Wilson. Neben der Sowjetunion als »the world's first post-imperial state« (Terry Martin) war es diese amerikanische Form der nichtterritorialen Imperialität, welche als die nachhaltigen ausgreifenden Ordnungsformen des letzten Jahrhunderts gelten können. »If the United States is an empire, it is largely an informal one. The segments of the American imperium are sovereign states, and the scope of American political control is much less than that of the great historical empires.«¹⁷³ Die wesentliche Form der Imperialität in der Gegenwart ist die nichtterritoriale, auf die Produktion von Weltordnung zielende Form des informellen, pervasiven und expansiven Empires, die, wie jene der USA, imstande ist, temporär und selektiv in den Modus formeller, territorialer Imperialität überzuwechseln, wo es ihr in der Regel aus geopolitischen, eher selten (wie im Falle des Irak) auch aus geoökonomischen Gründen zwingend notwendig erscheint. Die USA sind dann nicht nur das, was man auf der Karte sieht, ein Land mit physikalisch identifizierbaren Grenzen, sondern sie sind ein Land, das in der Welt arrangiert wird¹⁷⁴, ein Amerika des Americanism und seiner Vektoren global projizierter Macht, in der Zugehörigkeiten und Ausschlüsse und Ausnahmen, Teilsouveränitäten und Territorialansprüche, Präsenz und Verschwinden, Rechte und Ansprüche, Ausbeutung und Reichtum, Aneignung und Ungleichheit im Raum und in der Zeit platziert werden. Es geht nun tatsächlich erstmals um die unmittelbare Produktion von Weltordnung und nicht mehr nur um große Räume. Dies ist das in unserer Zeit das alleinig amerikanische Projekt der Gegenwart – unabhängig davon, ob es durch eine rechts- oder durch eine liberalimperiale Variante repräsentiert wird. Man kann dies die Frage des Empire nennen.

173 Daniel Nexon, Thomas Wright: Taking American Empire Seriously, Paper für die 5. Pan-Europäische Konferenz. Den Haag 2004, S. 42.

174 So im März 2004 Donald Rumsfeld in CNN: »how our country is arranged around the world«, zit. nach Aruif Dirlik: American Studies in the time of Empire. In: Comparative American Studies 3/2004, S. 288.